Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages
1900.

HX
256
S6
1900

r Adler
363
Wien

Verhandlungen

des

Parteitages

der

Deutschen Sozialdemokratie

Oesterreichs

abgehalten zu

Graz

vom 2. September bis einschließlich 6. September 1900.

(Nach dem stenographischen Protokolle.)

Preis 50 Heller.

Wien 1900.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.

Soeben erschienen das zweite Heft:

Volksthümliches Handbuch

des

Oesterreichischen Rechtes.

Ein Rathgeber und Wegweiser für jeden Staatsbürger in allen Fragen des öffentlichen und privaten Rechtes, mit besonderer Berücksichtigung der im Berufs- und Geschäftsleben vorkommenden Rechtsfälle und des Arbeiterrechtes.

Mit mehreren hundert Formularien

für Verträge, Eingaben, Gesuche, Klagen in Zivilsachen, in Strafsachen, in Verwaltungs- und politischen Angelegenheiten.

Von Dr. J. Ingwer und Dr. J. Rosner.

Vollständig in etwa 25 Heften à 25 Heller.

Das **Volksthümliche Handbuch des Oesterreichischen Rechtes** stellt sich in erster Linie die Aufgabe, allen Nichtjuristen die für das praktische Leben nothwendige Gesetzeskenntniß zu vermitteln und den direkten Verkehr mit Gerichten und Behörden zu ermöglichen.

Das **Volksthümliche Handbuch des Oesterreichischen Rechtes** wird vor den bisherigen populären Darstellungen des österreichischen Rechtes die **besondere Berücksichtigung der in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Steuerwesens, des Heimatsrechtes, des Gerichtsverfahrens und des Arbeiterrechtes neu entstandenen Gesetze** voraus haben.

Das **Volksthümliche Handbuch des Oesterreichischen Rechtes** wird ungefähr 25 Hefte à 2 Druckbogen umfassen, welche vom 20. September ab in regelmäßigen vierzehntägigen Zwischenräumen zum Preise von 25 Hellern erscheinen.

Das **Volksthümliche Handbuch des Oesterreichischen Rechtes ist unentbehrlich für Unternehmer und Angestellte aller Branchen, Kaufleute, politische und Gemeindebeamte, Handwerksmeister, Lehrer — kurz, für Jedermann.**

Insbesondere Arbeiter und Arbeiterbibliotheken sollten im eigenen Interesse die Anschaffung dieses neuen volksthümlichen Lieferungswerkes nicht unterlassen.

Das Buch ist durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur zu beziehen.

Man verlange aber ausdrücklich das **Volksthümliche Handbuch des Oesterreichischen Rechtes von Dr. Ingwer und Rosner** aus dem Verlage der Wiener Volksbuchhandlung.

Probehefte, Subskriptionslisten und Prospekte versendet auf Verlangen gratis die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand

Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.

Für Fabriks-Kolporteure leichter Verdienst bei hohem Rabatt.

Verhandlungen

des

Parteitages

der

Deutschen Socialdemokratie

Oesterreichs

abgehalten zu

Graz

vom 2. September bis einschließlich 6. September 1900.

(Nach dem stenographischen Protokolle.)

Preis 50 Heller.

Wien, 1900.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.

HX
256
.S6
1900

Druck und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., VI., Mariahilferstraße 80 A.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. V. Adler, A. Aufobsky, H. Beer, Dr. W. Ellenbogen, E. Pernerstorfer, J. Popp, E. Rieger, F. Schuhmeier, F. Skaret, J. Smitka aus Wien.

Dr. L. Czech (Brünn), A. Müller (Graz), J. Prähauser (Salzburg), C. Schiller (Reichenberg), H. Schmidt (Jägerndorf), J. Seliger (Reichenberg).

Bureau des Parteitages:

Präsidium:

Julius Popp (Wien), Florian Drößler (Graz).

Schriftführer:

L. Winarsky (Wien), Dr. L. Czech (Brünn).

Tagesordnung des Parteitages:

1. Bericht der Parteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und Dr. Ellenbogen.
2. a) Parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Rieger.
   b) Parteitaktik. Berichterstatter: Dr. Adler.
3. Wahl der Parteivertretung.
4. Parteiorganisation. Berichterstatter: F. Skaret.
5. Parteipresse. Berichterstatter: J. Popp.
6. Gemeindewahlrecht. Berichterstatter: F. Schuhmeier.
7. Alters- und Invaliditätsversicherung. Berichterstatter: S. Kaff.
8. Landagitation. Berichterstatter: Dr. Ellenbogen.
9. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Lokal des Parteitages:

Steinfelder Bierhalle, Graz, Münzgrabengasse.

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbeinspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiterorganisationen, welcher auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitag zu Wien 1897.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, dessen Beschickung in folgender Weise geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivcomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Abgeändert am Parteitage zu Linz 1898 und zu Graz 1900.)

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokal organisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationscomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungne oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.
In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Bericht der Parteivertretung

der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und der zu ihr gehörigen Organisationen an den nach Graz einberufenen Parteitag.

(Vom 1. Juni 1898 bis 30. Juni 1900.)

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich ist der zweite, der auf Grund des im Jahre 1897 in Wien beschlossenen neuen Organisationsstatutes einberufen ist.

Die seinerzeit so viel besprochene Theilung unserer Gesammtorganisation nach sprachlichen Gruppen hat sich auch bei der deutschen Sozialdemokratie in jeder Hinsicht bewährt. Ohne die Aktionen der Gesammtpartei oder deren Taktik irgendwie zu beeinträchtigen, ist gerade durch die Schaffung der sprachlichen Gruppen jeder einzelnen von ihnen in Bezug der Organisation und Agitation eine weit größere Bewegungsfreiheit gegeben worden, als es vordem der Fall war. Wir können daher auf die seit dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (Linz 1898) abgelaufene Periode mit besonderer Befriedigung zurückblicken.

So wie vordem, waren in der sozialdemokratischen Partei auch in den letzten beiden Jahren in politischer Hinsicht zumeist nur gemeinsame Angelegenheiten zu fördern und zu vertreten. In einer Zeit wie dieser, in der durch den wüsten Nationalitätenhader und durch die in der Obstruktion sich ablösenden bürgerlichen Parteien jede parlamentarische Thätigkeit verhindert worden ist, fiel der Sozialdemokratie die Hauptaufgabe außerhalb des Parlaments zu. In der parlamentslosen Zeit mußte sich unser Kampf naturgemäß gegen den immer unverschleierter auftretenden Absolutismus und die mit ihm verbundene Anwendung des berüchtigten § 14 wenden.

Die ersten Arbeiten der neugewählten Parteivertretung galten der Durchführung der auf dem Linzer Parteitag gefaßten Beschlüsse. Im Vordergrund dieser Beschlüsse stand die Einführung der neuen Parteisteuer. Ihre Durchführung erforderte eine umfangreiche Thätigkeit des Parteisekretariats, und wir müssen leider hier erklären, daß es immer noch einen ganz beträchtlichen Theil von Genossen gibt, die diesem Beschlusse nicht nur nicht nachgekommen sind, sondern dessen Durchführung direkt verweigern. Die Gründe dieser Weigerung wollen wir hier unerörtert lassen.

Die Parteisteuer wird derzeit von durchschnittlich 50.000 organisirten Genossen und Genossinnen abgeführt, die sich auf 1113 Organisationen vertheilen. Wenn von verschiedenen Orten die Undurchführbarkeit dieses Beschlusses damit motivirt wurde, daß der geforderte Betrag unerschwinglich sei, so können wir nicht umhin, hier nochmals zu erklären, daß das nichts Anderes als ein leerer Vorwand ist, mit der man das Fehlen jeder Organisation zu verbergen sucht. Zwei Heller pro Monat für einen Parteigenossen: das kann selbst für den Schlechtestentlohnten nicht zu viel sein. Viel wird in dieser Beziehung auch von den Vertrauensmännern der Lokal- und Bezirksorganisationen gesündigt, wenn auch ihr Widerstand allmählig im Schwinden begriffen ist. Anstatt sich mit ihrer ganzen Autorität für die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse einzusetzen, finden es manche noch immer bequemer, denen das Wort zu reden, die sich dagegen sträuben

Ein weiterer Umstand, der dem Parteisekretariat die Durchführung des Beschlusses über die Reichsparteisteuer sehr erschwert hat, ist der, daß die Landes- und Wahlkreisorganisationen fast durchwegs bei ihren nach dem Linzer Parteitag abgehaltenen Konferenzen die Blocks- und Listensammlungen aufhoben, dafür aber eine vielfach ungleich höhere Steuer einführten.

Ein weiterer Parteitagsbeschluß, dessen Durchführung der größte Theil der Wahlkreisvertrauensmänner sich trotz aller Urgenzen entschlagen hat, lautet:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährig über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreis, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Durch die Thatsache, daß diese Berichterstattung bis jetzt zum großen Theil unterblieben ist, ist die Parteivertretung außer Stand gesetzt, das Vorschreiten oder Zurückgehen der Parteiorganisation in den einzelnen Orten beobachten zu können. Durch die Nichtdurchführung dieses Beschlusses ist aber auch die Parteivertretung außer Stand gesetzt, rechtzeitig helfend eingreifen zu können. Dort, wo Hilfe von der Parteivertretung angesprochen wurde, stand diese zumeist vor einer bereits vollzogenen Thatsache, wo nur sehr schwer, oft auch gar nicht mehr zu helfen war. Im Interesse einer engeren Fühlung zwischen Parteivertretung und Wahlkreisorganisation müssen wir wünschen, daß sich die Vertrauensmänner mit diesem Beschluß mehr als bisher befreunden. Seine strenge Durchführung wird zweifellos sehr viel dazu beitragen, die zentralistische Grundlage unserer Organisation zu stärken, ohne daß der selbstständigen Bethätigung der Wahlkreise irgendwie Abbruch geschähe.

Dem der Parteivertretung zugewiesenen Antrage über die Einsetzung einer Kommission, die sich mit der Frage der Agitation und Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem diesjährigen Parteitage Bericht zu erstatten hat, konnte die Parteivertretung nur insoweit Rechnung tragen, als sie eines ihrer Mitglieder beauftragte, mit den dabei in Betracht kommenden Personen Fühlung zu nehmen. Das Ergebniß ist allerdings kein durchaus zufriedenstellendes, was eben durch die hiebei in Betracht kommenden besonders schwierigen Verhältnisse bedingt wird; ein Bericht darüber wird dem Parteitage bei Punkt 8 der Tagesordnung erstattet werden.

Ein vom Parteitag der Parteivertretung zugewiesener Antrag des Genossen Smitka über die Einberufung einer Konferenz zur Regelung der Heimarbeit hat seine Erledigung durch eine in der Zeit vom 26. Juni bis 6. Juli 1899 von Seite des arbeitsstatistischen Amtes abgehaltene Enquête über die Heimarbeit gefunden. Das hiebei zu Tage geförderte Material ließ die Einberufung einer eigenen Konferenz überflüssig erscheinen, weshalb auch, insbesondere im Hinblick auf die hieraus erwachsenden Kosten, davon Abstand genommen worden ist.

Der auf dem Linzer Parteitag gefaßte Beschluß, daß die Gründung von politischen Blättern nur von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz, oder der Reichsparteivertretung beschlossen werden kann, hat wiederholt die Intervention der Parteivertretung nothwendig gemacht. Freilich nicht immer mit dem durch diesen Beschluß beabsichtigten Erfolg. In zwei Fällen wurden wir von der beabsichtigten Gründung überhaupt nicht verständigt, so daß die Parteivertretung nach dem Erscheinen der Blätter vor eine vollzogene Thatsache gestellt war; in weiteren zwei Fällen wurden die Blätter entgegen dem Willen der Parteivertretung herausgegeben, in einem sogar selbst gegen einen ablehnenden Beschluß der Landeskonferenz. Dagegen ist es der Intervention der Parteivertretung in sechs Fällen möglich gewesen, total aussichtslose Blattgründungen zu verhindern oder statt einer vollkommenen Neugründung die Herausgabe eines Kopfblattes eines bereits bestehenden Blattes zu erzielen. Ganz unrichtig ist der gegen die Parteivertretung wiederholt ausgesprochene Vorwurf, daß sie überhaupt gegen jede Neugründung von politischen Blättern Stellung nimmt, aber es ist falsch, ohne genügende Geldmittel und ohne eine kräftige Organisation die Organisation und Agitation nur mit einem Lokalblatte betreiben und fördern zu wollen.

Bezüglich des am Linzer Parteitag urgirten Beschlusses auf Errichtung eines Preßbureaus von Seite der Parteivertretung berichten wir an dieser

Stelle, daß trotz der in dieser Richtung versendeten zahlreichen Zuschriften sowie Urgenzen im ganzen zwölf Antworten eingelangt sind, und zwar: Von fünf Antworten der politischen Parteipresse lauteten zwei zustimmend, drei ablehnend; von sieben Antworten der Fachpresse, an die sich die Parteivertretung ebenfalls gewendet hatte, lauteten vier zustimmend, drei ablehnend. Angesichts einer so schwachen Betheiligung und einer so unzweideutigen Interesselosigkeit an diesem projektirten Bureau mußte von der Gründung Abstand genommen werden.

* * *

Was die gemeinsamen Aktionen, die von der Gesammtpartei in den letzten beiden Jahren durchgeführt wurden, betrifft, so können wir wohl ohne jede Ueberhebung von uns sagen, daß die Parteivertretung deutscher Zunge sowie die zu ihr gehörigen Organisationen ihre Pflicht und Schuldigkeit der Gesammtpartei gegenüber, deren Interessen sie sich stets vor Augen hielten, voll und ganz gethan haben.

Wir erinnern hier an die großen Protestversammlungen gegen den Ausgleich mit Ungarn, die am 16. Juli und an den darauf folgenden Tagen im Jahre 1899 in ganz Oesterreich abgehalten worden sind, sowie an die anschließende Flugblattvertheilung vom 28. Juli 1899, bei der allein 700.000 deutsche Flugblätter zur Vertheilung gelangten. Das Flugblatt richtete sich vornehmlich gegen den die österreichische Reichshälfte wirthschaftlich benachtheiligenden Ausgleich mit Ungarn und die Erhöhung der Zuckersteuer. An diese Massenverbreitung von Flugblättern schlossen sich sodann Demonstrationsversammlungen an, in welchen scharf Stellung gegen die Erhöhung der Zuckersteuer sowie gegen die mißbräuchliche Anwendung des § 14 genommen wurde. In Graslitz kam es durch das ungeschickte Eingreifen der Behörde zu blutigen Zusammenstößen mit der Gendarmerie (21. August 1899). Bei dieser von Deutschnationalen inszenirten Demonstration waren wie gewöhnlich auch diesmal die Arbeiter die Opfer. Vier Todte und fünf Schwerverwundete waren das Ergebniß dieser ebenso unsinnigen als übereilten Schießerei.

Am 17. Oktober 1899 fanden aus Anlaß der Eröffnung des Reichsrathes im ganzen Reiche Versammlungen statt, die sich mit der Haltung zur neuen Regierung (Ministerium Clary, Antritt 2. Oktober 1899) beschäftigten. In diesen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Genugthuung über die Entlassung des verbrecherischen und meineidigen Ministeriums Thun-Kaizl aussprach, und die Aufhebung des oktroyirten Ausgleiches verlangte.

Während am 17. November 1899 im Abgeordnetenhause die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels beschlossen wurde, suchte das Herrenhaus die Vorlage in der Sitzung vom 19. Dezember 1899 durch Zuweisung an die Budgetkommission zu verschleppen. Nur dem sofortigen energischen Eingreifen unserer Partei in einer Reihe von Versammlungen und in der Presse ist es zu danken, daß sich das Herrenhaus in seiner nächsten Sitzung am 21. Dezember bequemen mußte, das Gesetz über die Aufhebung des Zeitungsstempels anzunehmen. Es war höchste Zeit, denn noch am selben Tage erfolgte die Demission des Ministeriums Clary, und an seine Stelle trat das Ministerium Wittek, dessen ganze Thätigkeit in einigen Verordnungen auf Grund des § 14 bestand.

Wir halten es für überflüssig, über die Stellung der Partei sowie die der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament zu den 70.000 streikenden Bergarbeitern und ihren Forderungen an dieser Stelle nochmals des Eingehenderen zu berichten. Es genügt, hier zu konstatiren, daß der am 22. Februar 1900 vom Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht im Laufe der weiteren parlamentarischen Berathungen in der definitiven Zusage des Ministerpräsidenten v. Körber endigte, nach Ostern einen Gesetzentwurf über die Neunstundenschicht einzubringen. In der That wurde ein solcher Gesetzentwurf am 17. Mai 1900 von der Regierung im Parlament vorgelegt, durch die Skandalszenen der Jungtschechen aber und den daraus entspringenden vorzeitigen Schluß des Parlaments (9. Juni 1900) wieder illusorisch gemacht.

Was die Maifeier anlangt, so gestaltete sie sich auch in den letzten beiden Jahren gleich den vorhergegangenen imposant und eindrucksvoll. An der Arbeits-

ruhe am 1. Mai wurde festgehalten, und sie wurde auch im größten Ausmaße durchgeführt. Wenn die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe scheinbar in einzelnen Fabriksdistrikten zurückgegangen ist, so hat sie in anderen Theilen Oesterreichs hingegen an Ausdehnung zugenommen. Jeder von oben begünstigte Versuch des vereinigten Unternehmerthums, die Maifeier zu beseitigen, scheiterte an der Energie und dem Opfermuth unserer Genossen. Wir werden auch weiterhin daran festhalten.

* *
*

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wurde in der abgelaufenen Periode ein nennenswerther Fortschritt nicht gemacht; es sei denn, daß man die Schaffung des arbeitsstatistischen Amtes (4. Juni 1898) sowie das Inkrafttreten des Gesetzes über die Gewerbegerichte und die damit verbundene Aufhebung der Judikatur für die politischen Behörden (1. Juli 1898) und die Schaffung der Unfallverhütungskommission für besondere sozialpolitische Leistungen ansehen wollte. Die österreichische Regierung kommt eben auf diesem Gebiete aus dem eingeschlagenen langsamen Trott nicht heraus. Alles, was bisher auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes geschehen, ist nur dem ungestümen Andrängen der aufstrebenden Arbeiterorganisationen zu danken. Zu mehr fühlt sich in Oesterreich niemand bemüssigt, man thut nur, wozu man unbedingt gezwungen ist.

Was die **Agitation** anlangt, so liefen auch in der Berichtszeit wieder zahlreiche Wünsche um Beistellung von beliebten Rednern und Abgeordneten ein. Soweit als thunlich wurde diesen Wünschen der Genossen entsprochen. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß das ständige Wachsthum unserer Partei auch einer ständigen Pflege der Organisation und Agitation, besonders in industriellen Gebieten, bedarf, wurde nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel mit der Anstellung von Vertrauensmännern und Subventionirung derselben nicht gegeizt. Die in solcher Weise unabhängig gemachten Vertrauenspersonen konnten sich ohne Gefahr für ihre Existenz voll und ganz der Agitation und Organisation widmen, so daß überall dort, wo mit solchen Anstellungen vorgegangen werden konnte, ein stetiges Wachsthum unserer Parteiorganisation zu verzeichnen ist. Wohl konnte bis heute nicht allen dahinzielenden Wünschen Rechnung getragen werden, und die Parteivertretung mußte sich darauf beschränken, Subventionen für jene Orte zu bewilligen, die ihr am wichtigsten schienen.

In Folge der Aufforderung der einzelnen Wahlkreis- und Bezirksorganisationen wurden vom Parteisekretariat in der Berichtszeit zu 211 Volksversammlungen Referenten beigestellt. So weit die allerdings sehr mangelhaft eingesendeten Fragebogen eine Uebersicht gewähren, wurden in der Zeit vom 1. Juni 1898 bis 30. Juni d. J. 3648 Volks-, 17.945 Vereins-, 7672 § 2-Versammlungen, sowie 234 Konferenzen abgehalten. Von diesen Versammlungen wurden 229 verboten und 109 aufgelöst. Die meisten Versammlungsverbote entfallen auf den Brüxer und Gablonz-Tannwalder Bezirk. Die Zahl der Vereinsversammlungen gibt nicht einmal annähernd ein richtiges Bild der wirklich abgehaltenen Versammlungen, da hier größtentheils nur die politischen, nicht aber auch die Fachvereinsversammlungen mit einbezogen worden sind. Auch § 2-Versammsammlungen sind bestimmt mehr als doppelt so viel abgehalten worden, wie hier angegeben wurde, denn die Genossen haben in dieser Rubrik nur ausnahmsweise bestimmte Zahlen verzeichnet. Es bleibt aber immerhin noch der sozialdemokratischen Partei deutscher Zunge ein ganz schönes Stück agitatorischer Arbeit.

Außer der Pflege der Parteiorganisation im Allgemeinen stellen die Vorbereitungen für die möglicherweise bald erfolgenden Reichsrathswahlen große Anforderungen an die Organisationsarbeit der Genossen. Die Stärke unserer Partei beruht zweifellos auf der Klarheit unseres Programms und an dem festen Gefüge unserer Organisation sowie der dadurch bedingten Disziplin der Genossen. Anzuerkennen ist, daß die Vertrauensmänner in der Durchdringung der einzelnen Wahlkreise nach ihren Kräften das Beste leisten. Zu tadeln wäre, daß bei aller Rührigkeit im Wohnort oder Wahlkreise die Genossen die Fühlung mit der Parteivertretung nicht so aufrechterhalten, wie es im Interesse der Organisation zweifellos gelegen wäre. Was darüber das Organisationsstatut vorschreibt und durch Parteitagsbeschlüsse festgelegt ist, auf dessen Erfüllung muß die Parteivertretung bestehen.

Ueber die Thätigkeit des Frauenreichscomités zu berichten, ist sehr schwierig, da vieles, das von den Genossinnen agitatorisch und organisatorisch geleistet wurde, in den anderen Berichten bereits enthalten sein wird. Außerdem wurde voriges Jahr dem Gesammtparteitag in Brünn ein genauer Bericht erstattet und muß das dort Gesagte theilweise im vorliegendem Bericht mit verwendet werden.

Die Mittel, welche dem Comité zur Verfügung stehen, sind so beschränkt, daß ein planmäßiges Arbeiten damit nicht möglich ist. Die finanzielle Stütze des Comités sind die Unterstützungen, welche eine Anzahl Wiener Organisationen — Gewerkschaften und Bildungsvereine — in den abgelaufenen zwei Jahren dem Comité überwiesen haben. Die einzige „feste Einnahme" ist eine Subvention von monatlich Kr. 10, welche die niederösterreichische Kreisvertretung aus eigener Initiative seit Dezember 1899 dem Comité zuwendet.

Die gesammten Einnahmen beliefen sich in zwei Jahren auf Kr. 1001·84; davon wurden verausgabt Kr. 849·32.

Außer mit den materiellen Schwierigkeiten, hat das Frauencomité mit dem Mangel an Kräften zu kämpfen. Viel zu wenig Genossinnen stellen sich in den Dienst der Agitation; manche, welche infolge ihrer unabhängigen Stellungen ganz Gutes leisten könnten, halten sich aus schlecht angebrachter Bescheidenheit im Hintergrunde, während andere in der Agitation thätige Genossinnen mit vielen unüberwindlichen Schwierigkeiten zu ringen haben, das gilt für Wien und die Provinz, obwohl konstatirt werden muß, daß in den letzten zwei Jahren in der Provinz weit mehr Frauen für die Agitation dienstbar gemacht wurden als in Wien. Das Comité hat es an Bemühungen zur rascheren Ausbreitung der Arbeiterinnenbewegung nicht fehlen lassen, allerdings in dem engen Maßstabe, wie es den Genossinnen unter den geschilderten Umständen möglich war. Das Comité war jederzeit bereit, Organisationen in Wien und der Provinz bei ihren Anforderungen entgegen zu kommen. Vieles konnte es nicht thun, da uns das Einemal die agitatorischen Kräfte, das Anderemal die finanziellen Mittel fehlten. Es wurden Referentinnen zu 346 Volks-, Frauen- und § 2-Versammlungen entsendet. Auch wurden Konferenzen — politische und gewerkschaftliche — beschickt, um dort für die Organisation der Arbeiterinnen zu wirken. Außerdem war das Comité bei vier Frauenkonferenzen vertreten.

Das Eine haben wir auch erreicht: daß durch Einflußnahme des Comités sehr oft der Grund für den Anfang einer Arbeiterinnenorganisation gelegt wurde. Unser Bestreben ging dabei immer dahin, die Arbeiterinnen vor Allem den Gewerkschaften zuzuführen, wo es nicht anders ging, sind wir dafür eingetreten, Sektionen in Bildungsvereinen oder gemischten Gewerkschaften zu errichten. Manchmal mußte eine von Beiden abweichende Form der Organisation gefunden werden. So sind in einigen Orten, wo vorläufig die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht gegeben ist, Frauencomités gebildet worden; durch diese Comités werden regelmäßige § 2-Versammlungen aller jener Frauen und Mädchen veranstaltet, welche schon zur Partei gehören und solchen, von welchen man voraussetzt, daß sie gewonnen werden können. Durch Diskussionen und Vorlesungen wird Aufklärung und Kenntniß der sozialdemokratischen Prinzipien verbreitet. Diese Genossinnen zahlen vorläufig nur einen geringen Mitgliedsbeitrag, welcher für Parteisteuer und die Agitation verwendet wird. In vielen Fällen wird den Genossinnen die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Gegenleistung verabfolgt und geht das Bestreben immer mehr dahin, die „Arbeiterinnen-Zeitung" allen organisirten Arbeiterinnen zu verabfolgen. Im Allgemeinen können wir sagen, daß sich die Gründung von Frauensektionen bewährt hat. Wenn auch ab und zu die Erwartungen nicht erfüllt werden, so ist das kein Grund gegen die Nützlichkeit der Sektionen, da speziell bei dieser Organisationsform die Erfahrungen viel besser sind, als bei allen früheren. Wiederholt kam das Comité in die Lage, gegen die Gründung von separaten Frauenvereinen Stellung zu nehmen. In einzelnen Fällen konnte die Gründung nicht verhindert werden, doch sprechen dort die Verhältnisse und die Erfahrungen dafür, daß vorläufig eine andere Organisationsform nicht durchführbar ist.

Das Comité hat auch Stellung genommen zu allen großen Ereignissen der letzten zwei Jahre. Es wurden Versammlungen gegen die Zuckersteuer und die Lebensmittelsteuerung veranstaltet; auch zum Bergarbeiterstreik haben die Genossinnen Stellung genommen.

Anläßlich der Bewegung für das Wiener Gemeindewahlrecht hat das Frauencomité Versammlungen veranstaltet, um die Frauen über die Bedeutung desselben aufzuklären und sie gleichzeitig zum Kampf gegen die christlich-soziale Schandwirthschaft aufzurufen. Auch die Angriffe auf die Schule von Seiten der Christlich-Sozialen hat das Frauencomité in Versammlungen gebührend gewürdigt. Die Genossinnen haben gethan, was sie konnten, um das ihrige zum Emanzipationskampfe des Proletariats, und speziell zur Aufklärung und Organisirung der Frauen beizutragen. Wir verkennen nicht, daß das Geleistete wenig ist. Von der Einsicht und der Unterstützung der Parteigenossen wird es abhängen, ob wir in Zukunft mehr leisten können.

* * *

Ueber den gegenwärtigen Stand der **deutschen Parteipresse** gibt folgende vergleichende Tabelle eine genaue Uebersicht:

a) politische Blätter:

Es erscheinen:	1898	1900
Täglich	1	1
Wöchentlich zweimal .	2	3
„ einmal .	9	16
Vierzehntägig . . .	1 (Glühlichter)	1 (Glühlichter)
Monatlich dreimal .	5	—
„ zweimal .	2	2
„ einmal .	1	1
Zusammen .	21	24

Außerdem erscheinen noch drei Blätter wöchentlich einmal (Tachau, Brüx und Mährisch-Schönberg). Diese sind jedoch gegen die Bestimmungen der Parteiorganisation gegründet worden und können daher zur Zeit als anerkannte Parteiblätter nicht gezählt werden.

b) Gewerkschaftsblätter:

Es erscheinen:	1898	1900
Wöchentlich einmal	3	5
Vierzehntägig	4	5
Monatlich dreimal	4	3
Vierteljährig siebenmal	1	1
Monatlich zweimal	6	6
Halbjährig neunmal	—	1
Monatlich einmal	3	3
Zusammen .	21	24

Ueberdies erscheint noch ein Organ für Krankenversicherungswesen zweimal monatlich und ein Organ der Stenographen und eines der Naturfreunde einmal monatlich.

Die **politischen Verfolgungen und Bestrafungen** haben in der Berichtszeit eine Höhe erreicht, wie wir sie in den früheren Jahren nicht zu verzeichnen hatten. Von den Arreststrafen ist diesmal nur ein kleiner Bruchtheil auf die mit Lohnkämpfen im Zusammenhange stehenden Verurtheilungen zurückzuführen. Der größere Theil der Strafen ist auf die Demonstrationen gegen die Regierung als auch gegen die Wahlrechtsräubereien der Wiener Christlich-Sozialen zurückzuführen. Die Freiheitsstrafen, welche die Genossen deutscher Zunge in der Berichtszeit zu erleiden hatten, betrugen **29 Jahre, 1 Monat, 6½ Tage. Die Geldstrafen beliefen sich insgesammt auf Kronen 3621·72.** Diese Zahlen können bei der mangelhaften Einsendung der Berichtsbogen noch lange keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. In Wirklichkeit sind die den sozialdemokratischen Parteiangehörigen zudiktirten Strafen weit höher.

Doch wie sehr man von Oben aus bestrebt sein mag, das energische Vordringen der sozialdemokratischen Idee durch Strafen und andere Gewaltmaßregeln zurückzudämmen, konstatiren wir hier, daß es vorwärts geht trotz alledem.

Was bis heute erreicht wurde, ist nur dem Opfermuthe der Genossen zu danken. Daher wünschen wir im Interesse des arbeitenden Volkes, daß dieser Opfermuth sich auch weiterhin bewähren möge. Waren die von den Genossen gebrachten Opfer manchesmal auch schwer, so wurden doch gerade dadurch der Muth und die Ausdauer nur noch mehr gestählt. Ohne Kampf kein Sieg.

Im Nachstehenden lassen wir den Kassenbericht des Kassiers der Parteivertretung und anschließend daran die Berichte der Landes- und Wahlkreisorganisationen in alphabetischer Ordnung nach Kronländern folgen.

Ferd. Skaret,
Parteisekretär.

* * *

Die am Linzer Parteitage eingeführte **Parteisteuer** wurde im Ganzen von 518 Orten abgeliefert. Die Ablieferung ist aber äußerst unregelmäßig vor sich gegangen und es sind unter dieser Zahl viele Orte inbegriffen, die nur für ein bis sechs Monate gesteuert haben, so daß die Zahl der wirklich regelmäßig ihre Parteipflicht erfüllenden Orte eine bedeutend geringere ist.

Eingekommen sind in der Zeit vom 1. Juli 1898 bis 30. Juni 1900 Kr. 24,693·72. Nachstehend lassen wir eine tabellarische Uebersicht folgen, aus der die Betheiligung der einzelnen Orte in dieser Summe zu ersehen ist. Um Rekriminationen vorzubeugen, heben wir an dieser Stelle noch ausdrücklich hervor, daß in der Tabelle nur die bis einschließlich 30. Juni 1900 bei uns eingelaufenen Beträge eingestellt worden sind.

Bericht des Parteikassiers.

Der diesmalige Kassabericht weist gegenüber den vergangenen Jahren eine wesentliche Steigerung der Einnahmen und damit naturgemäß auch der Ausgaben auf, was hauptsächlich der Ein- und systematischen Durchführung der am Linzer Parteitag beschlossenen regelmäßigen Parteisteuer zu danken ist. Die Parteivertretung war in Folge dieser Sicherung ihrer finanziellen Basis in weit größerem Ausmaß als früher in der Lage, der Agitation und Organisation der Provinz ihre Unterstützung zu leihen und auch den anderen nationalen Exekutiven, soweit sie einer finanziellen Nachhilfe bedurften, unter die Arme zu greifen.

Gebahrungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben vom 7. Mai 1898 bis 30. Juni 1900.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Baarsaldo vom letzten Parteitag	3,443·37		3,443·37	
Agitationsfonds . . .	41,687·35	41,266·58	420·77	
Inhaftirtenfonds . . .	3,842·95	7,545·20		3702·25
Wahlfonds	361·56		361·56	
Maifonds	10,258·68	5,376·40	4,882·28	
Broschürenkonto . . .	20,667·70	1,442·74	19,224·96	
Medaillenkonto . . .	6,071·94	7,316·54		1244·60
Summe . .	86,333·55	62,947·46	28,332·94	4946·85
Saldo vom 1. Juli 1900	23,386·09		23,386·09	
		Hievon baar . .	4,170·16	

Der Parteikassier:
Dr. Ellenbogen.

Revidirt und richtig befunden:
Die Kontrole:
A. Anfobsky, Dr. V. Czech, A. Müller, J. Prähauser, K. Schiller
H. Schmidt, J. Seliger, J. Smitka.

Tabellarische

der seit dem Linzer Parteitage

1. Juli 1898 bis

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
1	**Aich**	1·28	20·64	20·64	20·64	20·64	20·64	17·38	17·38	17·42	13·74
2	Albrechtsdorf	1·26	1·26	1·26	1·26	1·28	1·28	1·60	1·60	1·60	1·60
3	Algersdorf	1·28	1·28	1·28	1·06	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	1·64
4	Alt-Bielitz	1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—·84
5	Alt-Dietmanns	—·48	—·48	—·30	—·20	—·20	—·22	—	—	—·66	—·48
6	Altehrenberg	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34
7	Altendorf	—·52	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·56	—·56	—·58	—·76
8	Althofen	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·50	—·50	—·60	—·60
9	Altnagelberg	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·20	—·20	—·20	—·20
10	Altrohlau	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·—	1·—	1·—	1·—
11	Altsattl	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
12	Altstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Amstetten	1·—	1·10	1·20	1·08	1·50	1·10	—·48	—·48	—·48	—·48
14	Andritz	1·40	1·40	1·40	1·40	2·50	2·50	2·—	2·—	2·—	1·84
15	Annadorf bei Steffengrün	—	—	—	—	—	—	—	—·36	—·38	—·38
16	Antoniwald	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	2·—
17	Arnau a. d. Elbe	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
18	Arnsdorf-Haida	1·12	1·44	1·02	—·90	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
19	Asch	2·28	1·14	1·14	3·46	3·48	3·50	3·40	3·40	3·40	2·52
20	Atzgersdorf	1·86	1·86	—·82	—·82	—·84	—·84	—·24	—·24	—·26	—·46
21	Augenthal	—	—	—	—	—	—	—·28	—·28	—·28	—·28
22	Aussee	2·—	2·—	2·—	1·40	1·58	1·56	1·50	1·52	1·52	1·60
23	Aussig	6·96	6·38	6·42	4·92	4·92	4·96	4·36	5·68	12·64	12·64
24	**Baden**	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50	—·78	—·78	2·76	—·20
25	Bäringen	—	—·72	—·72	—·64	—·64	—·60	—·60	—·64	—·50	—·50
26	Bärn	—	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·62	1·50	1·02	1·02
27	Bärnsdorf	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
28	Bennisch	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·70	—·70	—·72	—·72
29	Bensen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Bergstadt bei Römerstadt	—	—	—	—	—	1·—	—	—	—	—
31	Bernsdorf	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—
32	Berzdorf	—	—	—	—	—	—	—·52	—·52	—·54	—·54
33	Bettelgrün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Biela bei Bodenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35	Bielenz bei Eidlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	Bielitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Bilin	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
38	Bischofshofen	—	—	—	—	—	—	1·58	1·40	1·04	1·88
39	Blattnitz	—	1·84	1·84	1·84	1·80	1·84	—·66	—·66	—·66	—·66
40	Bleiberg-Kreuth	2·48	2·20	2·22	2·22	2·62	1·28	1·80	1·80	1·80	2·—
41	Bleistadt	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
42	Bludenz	—·68	—·68	—·68	—·88	—·88	—·88	—·66	1·94	1·96	2·06
43	Bober bei Schatzlar	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
44	Bodenbach	1·—	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·48
45	Böhm.-Kamnitz	—·88	—·70	—·70	—·74	—·70	—·70	—·80	—·78	—·78	—
46	Böhm.-Leipa	1·62	1·62	1·64	1·64	1·64	1·64	3·34	3·50	3·22	3·44
47	Böhm.-Liebau	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34
48	Bozen	8·70	5·70	6·36	5·72	5·72	5·74	5·64	5·64	6·14	8·66
49	Brand bei Tannwald	—	—	—	—·26	—·26	—·28	—·20	—·20	—·20	—·20
50	Bras bei Pilsen	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	—·24
51	Braunau in Böhmen	—	—	—	—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
52	Bregenz	1·92	1·92	1·94	1·86	1·88	1·88	1·58	1·58	1·60	1·48

Uebersicht

eingegangenen Reichsparteisteuer.

30. Juni 1900.

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
13·76	13·76	8·32	8·32	8·34	8·34	8·34	8·34	—	—	—	2·66	—	—	250	58	1
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	—	—	31	60	2
1·66	1·66	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·80	—·80	—·80	—	—	24	60	3
—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	4
—·48	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·56	—·58	1·20	1·23	1·40	1·39	1·39	—	12	43	5
—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	6	—	6
—·78	—·86	—·88	—·88	—·88	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·88	—	—	—	14	04	7
—·60	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—	—	—	—	—	—	8	60	8
—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	78	9
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	22	—	10
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	—	—	—	—	—	—	54	—	11
—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	12	—	12
—·48	—·48	—·48	—·50	—·50	1·84	1·86	1·86	1·86	1·86	1·86	1·86	—	—	24	34	13
1·86	1·94	1·70	1·40	1·88	1·14	1·16	1·16	1·30	1·30	1·32	1·30	—	—	35	90	14
—·34	—·34	—·34	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—	—	—	—	—	—	3	42	15
2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	16
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—	9	60	17
3·52	1·86	1·86	1·96	1·96	1·88	1·88	1·98	1·40	1·40	1·40	1·40	—	—	38	98	18
3·54	3·54	2·40	1·—	1·22	4·22	4·22	4·22	4·24	4·24	4·24	—	—	—	64	80	19
—·46	—·46	1·06	1·08	1·08	1·18	1·18	1·18	—·96	—·26	—	—	—	—	17	14	20
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—	—	—	—	—	—	3	38	21
1·82	1·84	1·90	2·04	2·04	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·75	1·70	—	39	97	22
12·64	12·64	12·66	14·22	14·22	14·24	12·18	12·18	11·62	3·16	3·14	2·04	1·56	—	196	38	23
—·14	—·12	—·62	—·64	—·64	—·62	—·56	—·64	1·48	1·48	1·46	—·80	—·64	—·38	17	44	24
—·44	—·46	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	12	46	25
1·30	1·20	1·20	1·20	1·20	1·08	1·08	1·08	1·30	1·30	2·40	2·40	—	—	28	90	26
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	10	80	27
—·72	—·72	—·72	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	12	74	28
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	50	31
—·54	·54	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·54	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	9	46	32
—	—	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—	—	—	1	80	33
—	—	—	—	—	—	—	—	1·42	1·44	1·44	—	—	—	4	30	34
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	—	—	—	—	2	—	35
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	37
—	—	—	2·34	1·24	1·52	1·94	1·76	2·08	2·22	1·30	2·10	—	—	22	40	38
—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	16	39
2·—	2·—	2·—	2·—	3·38	1·64	1·64	1·74	1·66	—	—	—	—	—	38	48	40
—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—	—	—	6	60	41
2·24	2·52	2·88	3·06	3·—	2·80	2·88	3·06	2·62	2·60	3·36	1·66	1·72	1·34	47	04	42
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	9	—	43
—	—·50	6·16	6·16	7·10	11·30	12·76	9·10	10·12	10·12	11·—	11·—	12·—	11·30	125	82	44
—	—·46	—·48	—·48	—·56	—·58	—·58	—·58	—·50	—·50	—·50	—	—	—	12	—	45
3·50	3·62	3·86	3·26	3·56	3·08	3·10	3·14	3·22	—·27	—·28	—·28	—·28	—	54	75	46
—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	5	68	47
7·60	7·62	7·48	10·80	10·66	10·62	11·66	9·08	7·32	4·—	4·—	5·—	5·—	1·—	165	86	48
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	3	20	49
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	·26	—·26	—·26	—	—	—	—	—	—	4	56	50
3·—	3·—	3·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	37	—	51
1·48	1·48	1·48	1·50	1·50	1·30	—·90	—·90	1·16	1·18	1·18	2·02	2·04	—	35	76	52

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
53	Bruck a. d. Mur	—·80	1·66	1·68	1·68	1·68	1·68	4·48	4·30	4·28	4·30
54	Brüm	7·14	5·64	5·82	3·32	4·38	4·38	4·02	3·02	2·98	2·98
55	Brüx	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	1·92	—·32
56	Brunn am Gebirge	—	—	—	—	—	—	—·54	—·54	—·54	—·54
57	Brunnersdorf	—	—	—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60
58	Budau bei Luck	—·44	—·44	—·44	—·44	2·50	—·64	—·78	—·34	—·34	—·34
59	Budweis	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	5·04
60	Bürgstein-Johannesdorf	—	—	—	1·82	1·84	1·84	1·32	1·32	1·34	1·34
61	Bullendorf bei Friedland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·40
62	Buschullersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—·62	—·62
63	Chodau	2·66	2·66	2·68	1·—	1·—	2·—	1·32	1·34	1·34	—
64	Chotieschau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
65	Christiansau	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
66	Christiansberg	—	—	—	—	—	—	—·64	—·64	—·64	—·64
67	Christofhammer	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·4	—·40	—	—	—
68	Christofsgrund	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·40	—·40	—·40	—·40
69	Cilli	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	1·06	1·06	1·06	—·72
70	Czernowitz	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40
71	Dallwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
72	Dessendorf	—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
73	Deutsch-Altenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·60
74	Deutsch-Feistritz	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·32	·32	—·32	—·32	—·38
75	Deutsch-Kralupp	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—·80
76	Deutsch-Landsberg	—	—	—	—·56	—·58	—·58	—·56	—·50	—·50	—·74
77	Deutsch-Liebau	3·—	2·—	2·—	—·80	—·80	—·80	—·82	—·84	1·22	1·24
78	Dittersbach	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·36	—·36	—·36	—·36
79	Dobraken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
80	Dönis bei Grottau	—·76	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·82	—·84	—·8,	1·36
81	Doglasgrün bei Chodau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
82	Dornbirn	—·60	—·74	—·80	—·80	—·78	—·60	1·86	1·68	1·92	1·60
83	Drahowitz bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
84	Dunkelthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Dux	1·52	2·64	2·58	1·40	1·72	1·26	1·80	1·92	1·82	1·82
86	Ebensee	5·10	3·06	3·06	2·70	1·40	1·40	1·42	1·42	1·42	1·42
87	Ebreichsdorf	—	—	—	—	—	—	2·80	2·80	2·80	2·80
88	Eger	—·60	—	—	6·—	6·—	6·—	1·90	1·90	1·94	3·22
89	Ehlend	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
90	Eibenberg-Grünberg	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
91	Eibiswald	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
92	Eichicht	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
93	Eichwald	2·88	2·88	2·90	2·90	2·90	2·90	3·32	2·64	2·64	2·12
94	Eidlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
95	Einsiedl bei Reichenberg	—	—	—·36	—·36	—·36	—·36	·44	—·44	—·44	—·44
96	Eisenerz	1·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·72	—·72	—·72	1·04
97	Eisenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·24
98	Elbogen	1·32	1·34	1·34	—	—	—	—	—	—	—
99	Eleonorenhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100	Engelsberg bei Kratzau	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60
101	Erlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
102	Ernstbrunn	—·70	—·70	—·72	—·70	—·70	—·70	—·66	—·66	—·68	—·56
103	Eulau bei Bodenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
104	Falkenau	—	10·10	11·26	11·12	11·30	10·80	13·32	14·06	13·10	13·08
105	Feldbach	—	—	1·—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·22	—·22	—·38
106	Feldkirch	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—·74
107	Feldkirchen	2·40	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
108	Felixdorf	—	—	—	—	—	—	1·80	1·80	1·60	1·60
109	Ferlach	—·76	—	—	—	—	—	—	—	—	—
110	Fischern bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
4 26	4·24	4·52	4 02	4·12	3·98	3·58	3·78	3·92	2·86	3·28	3·20	1·60	2·38	76	28	53
3·—	3·18	2·20	2.32	2·30	2·40	2·40	2·46	1·74	1·74	1·—	—	—	—	68	42	54
— 32	—·32	—·36	—·36	—·36	1 94	1·94	1·98	2·28	2·30	2 30	2·32	2·32	—	24	94	55
—·56	—·56	—·30	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—	—	6	06	56
1 60	1·60	1 60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	—	—	—	27	20	57
—·44	—·44	—·46	—·40	—·42	—·50	—·50	—·53	—	—	—	—	—	—	10	39	58
5·04	5 04	5·04	5·04	5 04	5 04	5·04	5·04	4 40	4·40	4·40	4·40	4·40	4·40	98	76	59
1·34	1·34	1·12	1·12	1·14	1·14	1·14	1·14	1·08	1·08	1 08	1·08	1·08	1 08	26	78	60
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	40	61
—·62	—·62	—·64	—·64	— 64	—·64	—·64	—·64	—·74	—·76	—·76	—	—	—	8	58	62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	63
—	—	—	—	—	—	—	2·08	2·54	—	—	—	—	—	4	62	64
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	6	24	65
·64	—·64	—·66	— 66	—·66	— 66	—·66	—·66	—	—	—	—	—	—	7	80	66
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	80	67
·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	22	68
—·72	—·72	—·72	—·72	1·20	1·20	1·20	—	—	—	—	—	—	—	13	26	69
1 40	1·40	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	—	—	—	29	94	70
—	—	—	—	—	—	—	—	—·62	—·52	—·42	—	—	—	1	56	71
2 —	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	40	—	72
—·60	—·60	—·60	— 60	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	8	40	73
— 38	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·38	—·38	—·38	—·50	— 50	—	—	—	7	70	74
—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	75
—·68	—·48	—·70	—·70	— 86	—·86	—·84	—·84	—·92	1·72	—·80	—·72	1·19	—	15	33	76
1·24	1·24	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·06	—	—	—	—	—	—	22	26	77
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	12	12	78
2 92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	92	79
1·36	1·36	1·18	1·20	1·20	—·94	—·94	—·94	1·64	1·64	1·66	1·16	1.18	1·18	26	10	80
—	—	—	—	—·34	—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	—	1	02	81
1·76	1·52	1·94	1·62	1·82	1 89	2·28	2·12	2·—	2·18	2·—	—·92	—·40	— 40	34	14	82
—	—	—	—	—	—	—	—	1 80	1·99	—	—	—	—	3	79	83
—	—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	3	—	84
1 26	5·36	1·32	1 32	1·18	1·18	1·20	1·20	—·86	—·82	—·82	—·82	—·84	—	36	66	85
1·08	1·09	1·10	1·04	—·94	—·96	—·96	1·18	1·18	1 06	1·16	—	—	—	34	15	86
2·80	2·82	1·42	1·44	1·44	—·86	—·86	—·88	—	—	—	—	—	—	23	72	87
3·24	2·58	2·58	2·58	2·58	2·58	—·58	—·58	1·06	1·06	1·08	—·50	—·50	—·50	49	56	88
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—	—	15	84	89
1·—	1·—	1·-	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	—	-	22		90
—	—	2·40	2 40	2·40	2 40	2 40	2·40	—	—	—	—	—	—	14	40	91
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	20	92
2 12	2·94	2·94	2·94	2·94	2·96	2·96	2·96	3·—	3·—	3·—	—	—	—	59	84	93
—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—	—	—	—	1	32	94
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	9	48	95
1·04	2·60	3·34	3·72	3·34	3·38	3·—	2·98	3·12	2·54	2 62	3·40	2·50	1·34	47	52	96
1·24	1·90	1·90	1·92	1·—	1·—	1·—	1·—	1 46	1·46	1·48	—	—	—	16	60	97
—	—	—	6·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	-	98
—	—	—	—	—	—	1 40	1·50	1·56	1·70	1·66	—	—	—	7	82	99
— 60	—·60	—·60	—·60	— 60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	10	80	100
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101
—·58	—·58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	94	102
—	—	—	—	—	—	—	—	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	1	80	103
13 08	13·54	12·94	12·94	12·40	12·56	12·22	12·48	15·23	15·24	6·90	3·16	3 22	1·04	255	19	104
—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	02	105
—·74	—·76	1·42	1·44	1·44	1·54	1·54	1·54	1·14	1·14	1·14	—	—	—	17	58	106
2·—	2·—	2·—	2·—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	39	80	107
1·60	1·60	1·62	1·62	1·58	1·58	1 60	1·60	—	—	—	—	—	—	19	60	108
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76	109
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
111	Floridsdorf	8·40	9·44	9·46	9·44	9·78	11·06	12·80	12·74	13·38	14·28
112	Fohnsdorf	4·—	4·—	4·—	4·26	4·26	—	—	—	—	—
113	Franzensdorf b. Reichenberg	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
114	Franzensthal bei Bensen	—	—	—	—	—	4·04	—	—	—	1·—
115	Frainersdorf bei Znaim	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—
116	Freiwaldau	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·40	3·40	3·40	3·40
117	Freudenthal	—	—	3·—	3·—	3·—	3·—	4·—	4·—	4·—	2·—
118	Friedland	4·02	4·02	4·02	4·02	4·02	4·02	3·42	3·42	3·42	3·42
119	Friedrichshain	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·40	—·42	—·42	—·42
120	Frohnleiten	—	—	—	1·24	1·24	1·24	—·90	—·90	—·42	—·41
121	Fürstenfeld	—·86	—·88	—·80	1·—	1·—	1·—	—·64	—·66	—·66	4·72
122	Fulnek	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·50	1·50	1·—	1·—
123	Gabel-Markersdorf	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·—	1·—	1·—	1·
124	Gablonz	1·16	1·12	1·12	—·84	— 84	1·56	1·32	1·32	1·34	1·18
125	Gaming	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
126	Garsten	—	—	—	—	—	—	—·70	—·70	1·20	1·20
127	Georgenthal b. Morchenstern	—	—	— 30	—·30	—·30	—·30	—·28	—·28	—·28	—·28
128	Georgswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
129	Gfell bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
130	Gießhübl bei Buchau	1·16	1·16	1·16	1·16	1·18	1·18	—	—	—	—
131	Gloggnitz	—	—	—	—	—	—	1·20	1·20	1·20	—
132	Gmünd	7·40	3·50	3·52	3·54	4·98	4·98	5·60	4·38	4·38	1·96
133	Gmunden	—·92	—·92	84	—·86	— 80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—
134	Göpfritz a. d. Wild	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
135	Görkau	—·58	—·58	—·58	- 58	—·58	—·60	—·30	—·30	—·30	- 30
136	Görsdorf bei Grottau	—	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
137	Göß bei Leoben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
138	Goisern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·22
139	Gottowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
140	Granesau	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·90	1·20	1·20	1·20
141	Grasliz	2·80	2·82	2·68	—·66	— 66	—·68	1·—	1·—	1·—	1·—
142	Grasseth	—	—	—	—	—	—	—·70	—·70	2·36	2·36
143	Graupen	1·60	1·60	1·60	1·60	1·20	1·20	—·60	—·60	—·60	—·60
144	Graz	31·84	42·46	42·26	41·26	30·50	29·16	35·90	32·22	31·86	34·86
145	Groß-Glockersdorf	—	—	—	—	—	—·66	—·34	— 34	—·36	- ·40
146	Grottau	1·56	1·56	1·58	1·58	1·58	1·58	1·16	1·16	1·16	1·16
147	Grünbach am Schneeberg	—	—	—	—	—	—	—·76	—·76	—·76	—·76
148	Grünlas	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·36	1·—	1·—	1·—	1·—
149	Grünwald bei Gablonz	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·4	—·40	—·40	—·40
150	Grund bei Warnsdorf	—	—	—	1·86	1·86	1·88	2·16	2·16	2·16	2·16
151	Grußbach	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·22	—	—	—	—
152	Güntersdorf	—·60	—·60	—·60	—·6	—·60	—·60	—·70	—·70	—·70	—·70
153	Guntramsdorf	—·46	—·46	—·46	—·44	—·42	—	—·30	—·30	—·30	—·30
154	Haan bei Ossek	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
155	Habendorf bei Reichenberg	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·74	1·76
156	Hainburg	1·40	1·40	1·40	2·02	2·34	2·28	2·36	2·36	2·36	1·60
157	Haindorf bei Friedland	3·92	3·92	3·92	3·90	3·90	3·90	3·22	3·22	3·22	3·22
158	Hainfeld	—·90	—·90	—·90	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80
159	Hallein	1·20	1·20	1·22	—·84	—·84	1·62	1·64	—·80	—	—
160	Hallstatt	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—·96
161	Hamnichen	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·66	—·66	—·66	—·66
162	Hartberg	—·86	—·86	2·06	1·80	1·—	1·—	1·—	1·20	1·22	1·20
163	Hartmanitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Harzdorf	—·96	—·98	—·98	—·86	—·86	—·86	—·50	—·50	—·50	—·50
165	Haselbach	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	—·80	—·62	—·82	—·54
166	Heinersdorf bei Friedland	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—
167	Heinrichsdorf	1·—	1·—	1·—	—·92	—·94	—·94	—	1·—	1·—	1·—
168	Hermsdorf bei Friedland	—	—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
11·04	12·06	11·56	9·84	11·—	10·64	10·12	11·64	7·08	7·70	6·14	4·80	1·16	—	225	56	111
—	—	—	7·50	—	4·48	4·14	2·42	3·34	3·35	5·04	2·16	—	—	52	95	112
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	9	60	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	04	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	52	115
3·40	3·40	3·32	3·32	3·34	3·34	3·34	3·34	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	70	40	116
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	42	—	117
3·42	3·42	3·94	3·98	3·98	3·98	3·98	3·98	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	70	52	118
—·42	—·42	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	68	119
—·44	—·50	—·50	—	—	—·56	—·56	—·56	—·52	—·54	—·54	—	—	—	11	10	120
2·58	2·60	2·72	3·18	2·80	3·84	3·08	2·60	5·24	5·24	4·60	4·60	4·60	—	59	90	121
1·—	1·—	1·—	1·—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	23	40	122
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	28	—	123
1·20	2·78	1·22	1·22	1·22	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	—	—	21	54	124
1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	125
—·74	—·76	—·56	—·50	—·50	1·04	—·94	—·60	—·72	—·88	—·58	—	—	—	11	62	126
—·28	—·30	—·30	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—	5	60	127
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	3	—	129
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	130
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	60	131
8·60	7·46	5·54	5·38	4·82	4·64	4·66	5·90	5·91	3·52	2·40	—	—	—	103	07	132
1·04	1·32	1·24	1·24	1·06	1·06	—·88	—·90	1·60	1·60	1·26	1·26	—·32	—·32	23	84	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	134
—·30	—·30	—	—	—	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—	—	—	8	18	135
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	18	40	136
—	—	—	—	—	—	—	—	—·44	—·44	—·44	—	—	—	1	32	137
1·24	1·24	1·30	1·26	1·26	1·24	1·22	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	17	18	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	139
1·20	1·20	1·20	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	—	—	1·50	—	—	24	—	140
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	24	30	141
2·36	2·36	2·38	2·38	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	21	20	142
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	16	—	143
32·74	42·54	39·60	42·02	44·24	42·64	44·44	43·34	36·55	38·62	38·68	33·87	35·12	26·74	893	46	144
—·40	—·40	—·34	—·34	—·34	—·32	—·46	—·36	—·50	—·50	—·50	—	—	—	6	56	145
1·18	1·18	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	25	44	146
—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	1·—	1·02	1·02	—	—	—	12	32	147
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	26	36	148
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	20	149
2·16	2·16	1·60	1·60	1·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	36	150
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	22	151
—·72	—·72	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	12	64	152
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—	—	—	—	—	—	5	86	153
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	6	—	154
1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	—	—	33	50	155
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	40	32	156
3·26	3·20	2·84	2·84	2·84	2·84	2·84	2·84	1·36	1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	68	10	157
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·86	1·86	1·86	1·86	1·88	1·88	1·—	1·—	1·—	37	30	158
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	36	159
—·96	—·96	1·04	1·04	1·04	1·06	1·06	1·0·	1·90	1·90	1·90	—	—	—	17	90	160
—·68	—·68	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	13	20	161
1·20	1·10	1·10	1·06	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	—	—	—	—	—	22	—	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4·—	—	—	—	4	—	163
—·50	—·52	—·50	—·50	—·50	—·48	—·50	—·50	—·72	—·74	—·74	—·74	—	—	14	44	164
—·74	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—	—	—	—	—	—	10	26	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	40	166
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	21	80	167
—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	168

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1899 Jänner	Februar	März	April
169	Herzogenburg	2—	2·—	2·—	2·—	2·02	2·02	2·60	2·60	2·60	2·60
170	Hieflau	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·58	—·58	·58	—·58
171	Hilm-Kematen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Hirschberg in Böhmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Hötting bei Innsbruck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Hötzelsdorf	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·38	—·58	—·58	—·60	—·68
175	Hof in Mähren	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
176	Hohenberg	3·70	3·70	3·72	4·32	4·28	4·28	3·88	3·88	3·90	3·90
177	Hohenelbe	1·16	1·16	1·16	1·16	1·18	1·18	1·32	1·32	1·32	1·32
178	Hombok	1·16	1·16	1·14	1·10	1·16	1·30	1·30	1·60	1·60	1·80
179	Hotzenplotz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180	Iglau	—·12	—·12	—·12	—·46	—·46	—·44	—·38	—·38	—·40	—·40
181	Innsbruck	9·32	9·32	9·32	9·64	9·64	10·42	11·78	10·44	10·50	10·36
182	Inzersdorf	11·60	2·84	2·38	2·34	2·36	2·20	2·20	2·24	2·26	2·42
183	Ischl	1·78	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·92
184	Irnsdorf	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Jägerndorf	7·64	5·68	8·28	8·96	8·96	8·08	9·60	7·50	8·26	10.14
186	Joachimsthal	2·58	2·58	4·86	4·86	4·82	4·18	—·80	4·90	4·90	4·44
187	Johannesthal b. Reichenberg	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	1·02	1·14	1·14	1·20	1·20
188	Jokes bei Welchau	—·40	—·40	—·40	—·40	—·44	—·46	—·44	—·46	—·24	—·24
189	Josefsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
190	Josefsthal-Glöckelberg	1·88	1·88	1·88	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
191	Judenburg	1·44	1·44	1·44	1·44	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	—
192	Kaaden	—	—	—	—	—·20	—·22	—·64	—·64	—·64	—·64
193	Kapfenberg	1·42	1·42	1·42	1·28	1·28	1·42	1·42	1·42	2·08	2·08
194	Kaplitz	—	—	—	—	—	—	—·10	—·10	—·10	—·10
195	Karlberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
196	Karlsbad	1·40	1·26	1·22	1·08	1·08	1·10	—·90	—·86	—·70	1·10
197	Karlsdorf	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	·50	—·50
198	Karlsthal	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	—	—	—
199	Karlswald	—·52	—·52	—·52	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	·50
200	Karolinsfeld b. Reichenberg	—	—	—	—	—	1·02	—·26	—·26	—·28	—·28
201	Katharinaberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
202	Katharinberg b. Reichenbg.	—	—	—	—	—	—	—·90	—·90	—·90	—·90
203	Ketten bei Reichenberg	—·86	—·86	—·88	1·20	1·20	1·20	1·—	1·—	1·—	1·—
204	Kindberg	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	—	—
205	Kirchberg	—·46	—·46	—·46	—·40	—·40	—·30	—·30	—·30	—·30	—·40
206	Kirchdorf	—	—·06	—·06	—·06	—·06	—·08	—	—	—	—
207	Kitzbühel	2·20	1·04	1·04	1·44	1·44	1·44	1·46	1·04	1·04	1·06
208	Klagenfurt	1·50	1·22	1·22	1·22	1·22	3·88	4·40	4·24	4·40	4·46
209	Kleinaugezd	1·76	1·76	1·80	1·88	1·90	1·90	1·82	1·82	1·82	1·96
210	Kleingrün bei Zwickau	—	—	—	—	—	1·—	—	—	—	—
211	Klein-Mohrau	—·84	—·76	—·76	—·46	—·46	—·48	—·64	—·64	—·66	—·66
212	Kleinmünchen	—	—·38	—·38	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·48	—·48
213	Kleinreifling	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·94	1·10	1·16	1·20	1·20
214	Klösterle a. d. Eger	2·50	2·50	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52
215	Klostergrab	—	—	—	—	—	—	—·44	—·50	—·60	—·62
216	Klosterneuburg	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	—	—	—
217	Knittelfeld	5·60	5·60	5·60	5·60	5·60	5·60	—	—	—	—
218	Köflach	4·—	5·38	6·22	6·24	5·64	5·64	4·66	4·28	4·30	5·14
219	Königsberg a. d. Eger	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—	—	—	—
220	Königswerth-Marienwerth	—	—	—	—	—	—	4·—	4·—	—	—
221	Köstldorf	—	—	—	—	—	—	1·46	1·48	1·48	1·48
222	Kohlstadt bei Langenbruck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·36
223	Komeise bei Jägerndorf	1·60	—·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·48	—·48	—·48	—·48
224	Komotau	—·98	—·98	1·76	1·76	1·76	1·34	1·10	1·10	2·12	2·12
225	Kosolup bei Tuschkau	—	—	—	—	—	—	1·06	1·06	1·06	1·06
226	Kratzau (Bezirk)	—	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
2·60	2·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27	64	169
—·58	—·58	—·68	—·68	—·68	—·68	— 68	—·68	—	—	—	—	—	—	11	34	170
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	1·34	1·36	—	—	—	—	—	—	5	40	173
—·68	—·68	—·68	—·68	— 70	1·22	—·72	—·72	—·66	—·66	—·68	—·20	—·20	—·20	12	96	174
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	17	—	175
3·90	3·90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	36	176
1·34	1·34	—·16	—·16	—·16	— 16	—·16	—·16	—	—	—	—	—	—	15	92	177
1·80	1 24	1·24	1·26	1·26	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	26	12	178
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—	—	—	—	—	—	—	—	2	54	179
—	—	1·80	1·86	1·98	2·22	2 44	2·46	2·40	2·44	2·62	2·74	2·70	—	28	94	180
9 80	9·88	8·02	8·10	8·12	6·78	6·78	7·88	7·96	7·98	7·98	6·36	6·94	6·38	209	70	181
2 46	—·66	—·66	—·72	—·72	—·52	—·52	—·60	—·60	—·68	—·70	—·54	— 56	—	42	78	182
—·92	—·68	—.68	—·68	—·68	—·70	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—	—	18	52	183
—	—·80	—	—	—	—	—	—	—·36	—·36	—·42	—·42	—·42	—	3	58	184
7 40	7·36	8·30	8·30	8 50	8·46	8·06	8·10	7·96	7 84	7·24	7·42	—·34	—	178	38	185
4 46	5·12	4·64	4 64	5 12	4·54	4·40	4·64	3·34	3·74	3·74	—	—	—	87	30	186
1·22	1·22	1 66	1·06	1·06	1 06	1·06	1·06	—	—	—	—	—	—	20	16	187
—·24	—·24	—·24	—·24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	84	188
—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	189
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	64	190
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	06	191
—·64	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	— 68	—·40	—·40	—	—	—	—	9	08	192
3·48	1·86	1·86	3·14	3·14	2 74	2 64	2 64	2·64	—	—	—	—	—	39	38	193
—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	194
—	—	—·40	—·40	— 40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	2	40	195
1·14	1·14	1·16	1 52	1·26	—·68	1·10	—·50	—·84	—·58	—·06	—·76	—	—	21	44	196
—·50	—·50	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—	—	—	—	9	—	197
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	20	198
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	12	06	199
—·28	—·28	—·28	—·28	— 28	—·28	—·28	—·28	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	6	38	200
—	—	—	—	—	—	—	—	1·20	1·20	1·20	—	—	—	3	60	201
—·90	— 90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—	—	—	13	50	202
1·—	1·—	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	—	—	—	22	10	203
—	—	—	—	—	—	—	2·30	4·94	2·—	—	1·50	1 50	—	14	24	204
—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	18	205
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	206
1·06	—·90	—·90	—·90	— 90	—·90	—·90	—·90	—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	—	25	16	207
4·50	4·68	4·74	4·46	4 48	4·34	3·82	3·80	3·16	3·—	2 92	2·86	2 86	3·14	80	52	208
1 96	1·98	1·68	1 68	1·70	1·76	1·76	1·78	1·86	1·88	1·86	—	—	—	38	32	209
—	1·—	—	1·44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	44	210
1·—	1·—	—·72	—·72	—·74	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—	—	—	11	80	211
—·48	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50	—.72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—	11	76	212
1·20	1·20	1 20	1·20	1·18	1·18	1·20	1·20	1·18	1·18	1·34	1 34	1 36	1·36	27	72	213
2 52	2·52	2·50	2·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	20	214
—·62	—·52	—·56	—·42	1·50	1·52	1·52	1·52	—	—	—	—	—	—	10	34	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	60	216
—	—	—	—	9 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	—	217
5·14	4·30	1·94	1·94	1·94	2·62	2·62	2·64	2·02	2·06	2 38	—	—	—	81	10	218
—	—	—	—	—	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	3	06	219
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	220
1·48	1·48	1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	—·90	— 90	—·90	— 90	—	—	18	52	221
—·36	—·36	—·36	—	—	—	—	1·14	—	—	—	—	—	—	2	58	222
—·48	— 60	—·60	—·60	— 60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	12	—	223
2·12	2·12	2·42	2·42	2·42	2·06	2·06	2·06	—·46	6·46	6·48	6·—	6·—	—	58	10	224
1·06	1·06	1·06	1 06	1·06	1·06	1·06	1 06	—	—	—	—	—	—	12	72	225
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	226

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
227	Kratzau (Ort)	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1 –
228	Krems	4·16	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Kriegern	—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—	—	—	—
230	Krieglach	2·44	2·40	2·40	2·40	2·36	2·38	2·40	2·44	2·46	2·52
231	Kriesdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Kröllendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2 3	Krummau	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	2·—	2·—	2·—	2 —
234	Krummnußbaum	1·02	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	—·84	—	—	—
235	Krženmusch	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	— 50	—·50
236	Kufstein	—	—	—	—	—	—	—·88	—·88	—·88	—·8
237	Kunnersdorf bei Zwickau	—	—	—	—	—	—	—·30	—·32	—·32	—·32
238	Kuttowitz	—·40	—·20	—·20	—·20	— 20	—·20	—·46	—·46	—·46	—·46
239	Ladowitz	—	—	—	1·20	1·20	1·20	1 20	1·20	1 20	1·20
240	Lampersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
241	Landeck	2·20	1·50	1·78	1 72	2·14	1·54	2·56	2·30	2·58	2 46
242	Landskron	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
243	Langendörflas	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Langendorf	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—
245	Langgrün	—	—	—	—	—	—	—·14	—·14	—·14	—·14
246	Langenbruck	1·04	1·04	1·04	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—
247	Langenwang	—·54	—·56	—·72	—·70	—.70	—·70	—·68	—·68	1·58	1·58
248	Lanterbach (Dorf)	1·02	1·06	1·03	1·10	1·12	—·96	—·98	1·—	1·—	1·06
249	Lend	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
250	Leoben	13·44	11·96	13·02	11·76	11·78	11·78	14·86	14·88	14·92	19 22
251	Leobersdorf	1 04	1 04	1·26	1·28	1·28	1·30	1·56	1·60	1·60	1·08
252	Lichtenstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
253	Lichtenwörth	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2· -	—·62	—·62	—·62	—·62
254	Liebenau	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
255	Liebwerda bei Friedland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
256	Lienz	—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2 —	2·—
257	Liesing	1·98	1·58	1·58	1·66	—·78	—·66	2·10	2·10	1·96	—·20
258	Liezen	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	- ·40
259	Lilienfeld	—·76	—·76	—·64	—·66	1·26	1·16	1·76	1·88	1·20	1·30
260	Linz	14·92	16·66	15·42	14·98	16·40	14·02	16·96	20·56	15·44	13·88
261	Littmitz	—	—	—	—	—	—	1·40	1·40	—·20	—
262	Lofer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Loosch bei Dux	—·80	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·52	—·50	—·52	—·52
264	Lusdorf	—	—	—·54	—·54	—·56	—·56	—·66	— 66	—·68	—·66
265	Machendorf bei Reichenberg	—·86	—·86	—·88	—·80	·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·40
266	Mähr.-Rothwasser	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—.52	—·52	—·52	—	—
267	Mähr.-Schönberg (Bezirk)	—	—	—	—	—	—	—	—	18·88	—
268	Mähr.-Schönberg (Ort)	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·36	—·36	—·36	—·36
269	Mähr.-Neustadt	—	—	—	2·—	2·—	2 —	2·—	1 50	1·50	2·—
270	Mähr.-Trübau	1·—	1·—	1·02	1·36	1·48	1·—	1·—	1·—	1·–	1·—
271	Maffersdorf	1 70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·60	1·60	1·60	1·60	1·6
272	Matthenern	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·92	—·92	—·94	—·92
273	Marburg	2·96	2·28	2·30	2·32	4·34	4·34	4 56	4·74	6 84	6·8
274	Marchegg	—	—	—	—	—	—	—·64	—·64	—·64	—·64
27.	Maria Lanzendorf	—	—	—	—·66	—·66	—·68	—·36	—·36	—·38	·62
276	Mariaschein	—·32	—·32	—·31	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34
277	Marienberg b. Albrechtsdorf	—·80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
278	Marktl	—	—	—	—·80	—·82	—·82	—	—	—	—
279	Marschendorf	2 50	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	1·86	1·86	1·86	1·88
280	Mautern	—	—	—	—	—	—	—·44	—·44	—·44	—·44
281	Mauthausen	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1 20
282	Meran	2·88	2·90	2·88	2·42	3·46	3·46	3·46	2·16	2·18	2·18
283	Merkelsgrün	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·38	1·38	1·38	1·38
2 4	Mildenau u. Raspenau	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·60	—·60	—·60	— 60

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
1·—	1·—	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	18	84	227
—	—	1·32	1·34	1·34	—·94	—·94	—·94	—	—	—	—	—	—	10	98	228
—	—	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—	—	—	5	14	229
2·62	2·54	2·44	2·46	2·46	2·62	2·64	2·64	2·64	2·70	—·90	—	—	—	50	86	230
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·04	1·06	—	—	—	3	10	231
—	—	—	—	—	—	—	1·08	—	—	—	—	—	—	1	08	232
2·—	2·14	2·14	2·14	2·14	2·14	2·14	2·16	3·12	3·14	3·14	1·14	1·14	—	46	68	233
—	—	—	—	—	—	—	—	—·46	—·46	—·48	—	—	—	9	16	234
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	50	235
—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	1·34	1·40	1·34	1·30	1·—	—·86	17	80	236
—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	90	237
—·46	—·46	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	6	56	238
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	—	22	80	239
—	—	2·56	2·58	2·58	2·58	2·58	5·60	2·42	2·42	2·42	2·22	2·38	—	30	34	240
2·14	2·04	3·32	2·40	2·96	2·04	2·48	2·84	3·14	2·52	2·52	3·—	4·34	2·10	59	12	241
—	—	—	—	—	—	—	1·50	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	5	22	242
—	—	—	—	—	—	—	—	1·46	1·46	—·30	—·30	—·30	—	3	82	243
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64	244
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—	—	—	—	—	—	1	68	245
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	52	246
1·60	—·72	—·74	—·74	—·86	—·86	—·88	—·88	1·40	1·40	1·40	—	—	—	19	92	247
1·08	1·08	1·08	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·30	—·30	—·30	—·30	—	—	19	02	248
—	—	—	—	—	1·26	1·26	1·26	1·30	1·10	1·12	1·—	—	—	8	30	249
19·24	18·02	20·10	18·12	18·10	13·44	13·—	13·—	16·64	12·44	11·74	9·17	9·36	—	329	99	2 0
1·08	1·06	1·02	1·02	1·02	1·02	1·04	1·32	—·88	1·36	—·88	—	—	—	24	74	251
—	—	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—	—	—	—	—	1	26	252
—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—	—	—	—	—	—	17	56	253
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—	9	—	254
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	255
2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	—	256
—·24	—	—	—	—	—	—	—	—·20	—·20	—·48	—·40	—·40	—	16	52	257
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	60	258
1·30	1·32	1·34	1·34	1·48	1·68	1·68	1·70	1·70	—·88	—·90	—	—	—	26	70	259
19·90	16·70	16·—	17·24	16·68	16·24	19·04	16·78	17·14	16·86	14·60	14·60	15·32	4·94	381	28	260
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—·24	—·24	—·22	—	—	—	—	70	262
—·52	—·52	—	—	—	—	—	—·90	—	—	—	—	—	—	6	86	263
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	10	—	264
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·74	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·70	—·76	—	15	80	265
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	16	266
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	88	267
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	1·20	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	15	46	268
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	29	—	269
—	—	—	—	—	—	—	1·96	1·96	1·98	1·46	1·48	1·48	—	21	18	270
1·60	1·66	1·66	1·66	1·68	1·18	1·18	—·50	—	—	—	—	—	—	27	62	271
—·92	—·94	—·20	—·20	—·20	—·86	—·86	—·90	—·24	—·24	—·26	—·26	—	—	12	66	272
6·46	6·68	7·94	8·10	8·38	7·44	8·50	7·10	7·62	7·90	8·18	5·92	6·34	4·40	141	72	273
—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	7	76	274
—·80	—·80	—·82	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	14	275
—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	276
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	20	20	277
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	44	278
1·—	1·—	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—	—	—	—	—	—	29	46	279
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	5	32	280
1·20	1·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	40	281
2·52	2·52	2·52	4·42	4·44	4·44	3·68	3·70	3·70	2·54	2·56	2·54	—	—	67	56	282
1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	1·40	1·40	—	—	—	—	—	—	28	60	283
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	14	32	284

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1899 Jänner	Februar	März	April
285	Mißlitz	—·80	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—
286	Mistek	—·14	—·14	—·16	—·18	—·18	—·18	—·20	—·22	—·22	—·22
287	Mistelbach	1·40	1·78	1·04	1·22	1·—	1·06	—·88	—·88	—·88	—·60
288	Mitterdorf	—·28	—·28	—·30	1·92	—·80	—·82	1·40	—·92	—·74	—·76
289	Modlau	1·76	—·96	—·48	—·48	—·48	—·52	—	—	—	—
290	Mödling	—·96	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	5·80	5·80	6·18	4·88
291	Molln	—·52	—·28	—·28	—·30	—·24	—·24	—·24	—·32	—·32	—
292	Morchenstern	2·40	2·42	1·82	1·86	—·70	1·82	1·82	1·82	1·70	1·70
293	Müglitz	—	—	—·80	—·80	—·80	—·80	—·40	—·40	—·42	—·42
294	Mühlbach	1·40	1·40	1·42	2·06	2·—	2·50	1·72	1·50	1·74	1·60
295	Mürzzuschlag	9·90	9·90	1·50	1·50	5·50	5·20	5·76	5·08	5·08	4·64
296	Nallesgrün	—·94	—·94	—·94	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
297	Naßengrub bei Asch	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26
298	Neuberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
299	Neudeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
300	Neudörfel bei Teplitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
301	Neudonawitz bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
302	Neudonitz	—	—	—	—	—	—	1·24	1·24	1·26	1·26
303	Neudorf bei Petschau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
304	Neudorf bei Sebastiansberg	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·80	—·60	—·60	—·80	—·66
305	Neuhammer	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
306	Neumarkt in Steiermark	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
307	Neundorf bei Kratzau	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	2·—
308	Neunkirchen	1·64	1·64	1·64	1·64	1·66	1·66	2·50	2·52	2·52	3·64
309	Neurode bei Reichenberg	—	—	—	—	—	—	—·28	—·28	—·28	—·28
310	Neustadtl bei Friedland	1·20	1·20	1·20	1·20	1·22	1·22	11·42	4·80	4·80	4·80
311	Neutitschein	1·60	2·40	2·04	1·22	1·22	1·—	1·26	1·24	1·34	1·42
312	Neuzeug	2·28	—·48	—	—	—·46	—·44	—·36	—·26	—·26	—·26
313	Niederalm	—	—	—	—	—	—	—	—	—·38	—·38
314	Niemes	—	—	2·50	2·50	2·50	2·50	5·32	5·34	5·34	3·32
315	Nikolsburg	—	—	—	—	—	—	—·36	—·36	—·36	—·36
316	Oberalm	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
317	Oberdorf bei Voitsberg	—	—	—	—	—	—	—·68	—·68	—·68	—·68
318	Ober-Georgenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—
319	Ober-Grafendorf	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38
320	Ober-Hennersdorf	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66
321	Oberhollabrunn	—	—	—	—	—	—	—·22	—·22	—·22	—·22
322	Ober-Kratzau	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·32	1·34	1·34	1·20
323	Ober-Leutensdorf	—·66	—·66	1·36	1·36	1·38	1·38	2·70	2·70	2·70	2·70
324	Ober-Plan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
325	Ober-Tannwald	—	—	—	—·80	—·84	2·80	—·78	—·78	—·78	—·78
326	Ober-Wittig	—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·70	—·24	—·24	—·24
327	Odrau	3·—	3·—	2·90	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
328	Olmütz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
329	Pankratz	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·44	—·44
330	Paulsdorf	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
331	Payerbach	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—
332	Pechgrün	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
333	Perg	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·32	—·34	—·34	—·34
334	Perchtoldsdorf	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·90	—·90	—·90	—·90
335	Pettau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
336	Piesting	2·16	2·50	2·24	2·48	2·26	2·42	2·36	2·36	2·30	2·40
337	Pihlerbaustellen	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·56	—·70
338	Pintschei, P. Laban	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
339	Pirano	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·56	—·56	—·58	—·58
340	Pirkenhammer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
341	Platten bei Joachimsthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Plauschnitz	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—

1899								1900						Summe	Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr. h.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 40	285
—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—.26	—·26	—·26	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	5 62	286
—·60	—·60	—·60	—·70	—·84	—·66	—·66	—·68	—·90	—·90	1·—	1·02	—	—	19 90	287
—·80	—·78	—.78	—·82	—.80	—·56	—	—	—·68	—·68	—·76	—·40	—·40	—	15 68	288
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 48	289
2·96	2·98	—·82	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—	—	—·20	—·20	—·32	—	37 84	290
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 74	291
1·70	1·70	1·—	1 32	1·32	1·32	1·34	1·28	1·30	1·30	—	4·80	—	—	36 46	292
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—	—	—	8 20	293
1·48	1·16	1 34	1·34	1·20	1 14	1·08	1 62	—·93	1·11	1·43	—·77	1·13	—	33 07	294
3·62	2·94	2·94	3 10	3·10	3·80	3·80	5 70	5 70	3·70	3·70	1·02	1·02	—	98 20	295
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—	—	—	15 06	296
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·34	—·34	—·34	—	—	—	4 14	297
—	—	2·—	2 —	2·—	2·10	2·10	2·10	2 10	2·10	2·10	—	—	—	18 60	298
—	—	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—	—	—	—	1 60	299
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	— —	300
—	—	—	—	—	—	—	—	—·48	—·48	—·50	—	—	—	1 46	301
1·26	1 26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	—	—	—	—	—	—	15 08	302
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	— —	303
—·66	—·68	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	12 60	304
—·50	·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6 —	305
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4·72	—	—	—	4 72	306
2·—	2 —	1·-	1·--	1·—	1	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	22 —	307
3·66	3·66	3 02	3·02	1·58	1·58	1·58	1 88	1·90	2·36	2·42	2·46	—·38	—	50 56	308
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	— 28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	3 36	309
4 80	4·82	5·46	5·46	5·46	5·48	5 48	5·48	—	—	—	—	—	—	75 50	310
1·18	1 18	—·22	—·22	—·22	- ·24	—·24	—·24	—·36	—·38	—·38	—	—	—	19 60	311
— 26	—	—	—	—	—	—	—	—	—·28	—·28	—	—	—	5 62	312
—·38	—·38	—·38	— 38	—·38	—·38	—·38	—·38	— 52	- ·54	—·54	—	—	—	5 40	313
3·34	3·36	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	3·66	3·66	3·66	1·66	1·68	1·68	62 02	314
—·36	—	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	3 80	315
—·48	—·56	—·54	—·48	—·36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 02	316
—·68	—·68	—·68	—·68	— 68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6 12	317
1·—	1·-	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1	1·—	1·—	1·—	—	—	—	13	318
—·38	—·38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 56	319
—·68	— 68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	12 —	320
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—	—	—	3 —	321
1·20	1 20	1·06	1·06	1 06	1·06	1·08	1·08	—·90	—·90	—·90	— 90	—	—	25 64	322
2·70	2·70	2·—	2·—	2·—	2·—	2 —	2·-	1·20	1 20	1·20	1·20	2·40	—	42 20	323
—	—	—	—	—	—	—	—	1·04	1·04	1·06	—	—	—	2 14	324
— 78	—·78	—·72	—·88	—·78	—·78	— 70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	15 08	325
—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·22	— 24	—·24	—·22	—·24	—·24	—	—	—	5 42	326
3 —	3·—	3·—	3·—	3·—	2·-	2·—	2·—	2 —	2·—	2·—	—	—	—	56 90	327
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	- ·28	—	—	— 80	328
—·44	—·44	2·04	—	—	1·92	—	—	—	—	—	—	1·92	—	10 88	329
—·80	—·80	— 80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	— 80	—·80	—	—	—	16 80	330
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 —	331
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	— 60	— 60	—·60	—·60	—·60	14 40	332
— 34	— 34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 12	333
— 90	—·90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 08	334
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	— —	335
2 70	2 40	2 64	2 68	2·44	2·44	2·46	2 48	—·46	—·46	—·44	—·44	—·46	—	45 98	336
·70	—·80	—·80	— 80	—·68	—·68	—·68	—·68	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—	10 88	337
—·36	—·36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 32	338
—·58	—·58	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·44	—·44	—·44	—	—	—	9 20	339
—	—	—	—	—	—	—	—	—·43	—·36	—·86	—	—	—	1 65	340
—	—	—	—	—	—	—	—	—·84	—·84	—·84	—	—	—	2 52	341
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 20	342

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1899 Jänner	Februar	März	April
343	Pleil-Sorgenthal	—·90	—·52	—·40	—·42	—·40	—·52	—·26	—·28	—·28	1·—
344	Podersam	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	1·32	1·40
345	Pöls	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	1·08	—·28	—·28	—·28
346	Policka	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·14	—·26	—·26	—·28	—·26
347	Pomeisl	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
348	Pontafel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
349	Pottenbrunn	—	—	—·68	—·68	—·68	—·68	—	—	—	—
350	Pottendorf	1·30	1·30	3·—	3·—	—·28	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32
351	Pottenstein	—·66	—·66	—·68	—·62	—·62	—·62	—·64	—·60	—·60	—·60
352	Prävali	—·56	—·40	—·40	—·64	—·80	2·—	2·—	2·—	2·—	—
353	Prag	1·92	2·70	2·08	2·52	2·54	2·54	1·14	1·14	1·14	1·14
354	Prassedit bei Teplitz	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·60	—·60	—·60	—·6
355	Preheischen	—	1·68	1·68	1·68	1·84	2·—	1·94	1·96	1·80	1·78
356	Preran	—	—	—	—	—	—	2·06	2·04	2·02	—
357	Preßnitz (Bezirk Kaaden)	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
358	Prießen bei Komotau	—	—	—	—·66	—·70	—·70	—·70	—·70	—·66	—·68
359	Priesten-Straden	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
360	Probstau bei Teplitz	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·02	1·02	1·02	1·04
361	Proschwitz	1·42	1·42	1·44	1·44	1·44	1·44	1·22	1·22	1·22	1·22
362	Proßnitz	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
363	Puletschnei bei Gablonz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·30
364	Puschwitz	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·20	1·20	1·20	1·20
365	Putzmannsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
366	Quickau	—·28	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14
367	Raad bei Haberspirk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
368	Rabensgrün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
369	Rabenstein bei Frohnleiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
370	Radl bei Gablonz	—	—	—	—·52	—·52	—·52	—·52	— 52	—·52	—·52
371	Rankweil	—	—	—	—	—	1·46	—·56	—·58	—·58	—·40
372	Ratschendorf	—·68	—·68	— 68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
373	Reichenau bei Falkenau	—	—	—	—	—	—	—	—	1·28	1·14
374	Reichenau bei Gablonz	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
375	Reichenberg	2·46	2·46	2·46	2·52	2·54	2·56	5·66	4·36	4·68	3·98
376	Reischdorf	—·80	— 80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—
377	Rettendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—
378	Ried	—·98	—·98	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1.—	—	—
379	Ringelshain bei Gabel	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30
380	Röchlitz bei Reichenberg	2·24	3·22	5·04	—	—	2·80	—	—	—·64	—·64
381	Römerstadt	1·40	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
382	Ronsperg	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26
383	Rosenthal I	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
384	Rosenthal II	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	—·58
385	Roßnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—·46	—·46
386	Rothau-Schindelwald	2·94	2·94	2·96	2·96	3·40	3·40	3·40	3·20	3·20	6·—
387	Rottenmann	—	—	—	—	—	—	—·62	—·62	—·64	—·64
388	Rudig bei Podersam	—	—	—	—	—	—	1·20	1·20	1·20	—·60
389	Rückersdorf	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·36	—·36	—·36	—·36
390	Rumburg	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
391	Ruppersdorf	—·60	—·60	1·04	1·06	1·06	1·08	92	—·92	—·94	—·94
392	Saalfelden	—	—	—	—	—	—	— 80	—·80	—·80	—
393	Saaz	3·72	3·42	3·42	3·42	3·42	3·44	6·30	4·30	4·30	5·02
394	Salzburg	6·08	5·82	5·10	4·38	4·26	4·28	10·10	13·70	11·36	11·56
395	St. Egyd a. N.	1·90	1·90	1·92	1·92	1·92	1·92	1·76	1·76	1·78	1·34
396	St. Johann im Pongau	—·42	—·44	—·44	—·30	—·30	—·32	—·36	—·36	—·38	—·38
397	St. Michael	1·96	2·10	1·90	1·96	1·98	1·80	1·82	2·88	2·88	2·48
398	St. Peter bei Leoben	—·84	—·84	—·84	—·84	1·52	1·52	1·52	1·54	1·54	—·72
399	St. Pölten	1·82	1·52	1·80	1·66	1·72	1·72	1·76	1·62	4·08	2·68
400	St. Stefan in Steiermark	—	—	4·02	4·24	3·58	2·46	4·74	4·78	4·78	4·08

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
1·—	1·—	1·—	1·66	1·66	2·28	1·48	1·48	1·48	1·48	1·28	—·60	—	—	21	48	343
1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·50	1·50	1·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	18	30	344
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	8	04	345
—·26	—·28	—·18	—·20	—·20	—·22	—·24	—·24	—·39	—·39	—	—	—	—	4	56	346
—·80	—·80	—·60	—·60	—·60	1·20	1·20	1·20	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	18	60	347
—	—	—	—·82	—·86	—·88	—·88	—·90	—·98	1·88	1·02	—·98	—·98	1·02	11	20	348
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	72	349
—·32	—·32	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	2·12	2·12	2·12	2·12	—	—	25	—	350
—·60	—·60	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	—·50	—	—	—	11	86	351
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	80	352
1·14	1·14	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·12	—	—	—	—	—	—	27	76	353
—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	60	354
1·76	1·66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	78	355
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	12	356
—·44	—·44	—·44	—·44	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	6	96	357
—·68	—	—	—	—	—	—	—	—·84	—·84	—·84	—	—	—	8	—	358
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	6	—	359
1·04	1·04	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·86	—	—	—	—	—	—	18	80	360
1·22	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	17	70	361
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	7	32	362
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·60	—·60	—·60	—	—	—	4	50	363
1·20	1·20	—	—	—	—	—	—	—·68	—·68	—·70	—·66	—·66	—·68	20	86	364
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	365
— 14	—·14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	82	366
—	—	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	1	80	367
—	—	—	—	—·46	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	—	1	38	368
—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·46	—·46	—·69	—·69	—	—	—	—	5	70	369
—·52	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	7	76	370
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·58	—·58	—·58	—·50	—·50	—·50	—	—	—	8	82	371
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	16	32	372
—·80	—·94	—·72	—·74	—·74	—·76	1·68	1·68	—	—	—	—	—	—	10	48	373
1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	374
4·42	5·04	6·18	8·06	6·38	6·76	6·50	6·32	7·58	7·42	7·08	6·66	6·64	5·74	124	46	375
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	80	376
1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	—·90	—·90	—·92	—	—	—	13	52	377
—	—	—·62	—·68	—·68	—·70	—·68	—·64	—·66	—·74	—·64	—·72	—·62	—·58	15	92	378
—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	3	70	379
—·66	—·66	—·86	—·86	—·86	—·88	—·88	—·88	2·26	2·27	2·28	—	—	—	27	93	380
1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1.—	—	—	20	20	381
—·28	—·28	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	3	20	382
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	4	80	383
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	9	46	384
—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	4	60	385
6·—	6·—	4·60	4·60	3·—	3·—	5·—	5.—	3·10	3·10	3·10	—·50	—	—	81	40	386
—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	—·96	—·96	—·98	—·98	—·70	—·70	2·90	2·92	—	16	88	387
—·60	—·60	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—	—	—	—	—	—	8	82	388
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	—	—	8	12	389
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	6	—	390
—·96	—·96	—·54	—·54	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	16	16	391
1·—	1·—	—·44	—·44	—·46	1·04	1·32	—·90	—·42	—·24	—·24	—	—	—	9	90	392
5·02	5·02	4·78	4·78	4·80	4·80	4·82	4·82	—·72	—·72	2·72	—·72	—·72	—·72	85	92	393
11·46	11·46	12·34	13·32	13·12	12·92	13·46	11·88	14·47	11·24	10·86	11·50	9·26	—	233	93	394
—·14	—·16	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	—·78	—·80	—·80	—	—	—	28	84	395
—·38	—·38	—·20	—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	06	396
2·50	1·94	1·86	1·86	1·88	1·90	1·90	1·90	1·32	1·32	3·10	—	—	—	43	24	397
—·72	2·06	2·08	2·08	—	—	—	—	—	—	2·—	—	—	—	20	66	398
2·76	4·20	5·22	7·14	6·42	5·40	4·44	4·42	1·38	1·14	—·68	—	—	—	63	58	399
3·74	4·28	5·42	4·90	6·94	5·66	4·80	4·86	4·70	2·68	4·86	7·54	—	—	93	06	400

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
401	St. Veit a. d. Gl.	1·30	1·30	1·30	1·30	1·42	1·42	1·42	5·90	6·12	5·70
402	St. Veit a. d. Tr.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—·96	—·96	—·96	—·96
403	Sangerberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
404	Sanbsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	Schaben bei Daßnitz	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·—	1·—	1·—	1·—
406	Schärding	—·20	—·24	—·26	—·26	—·30	—·30	—·38	—·38	—·38	—·38
407	Schaßlowitz	—	—	—	—	—	—	—·52	— 52	—·52	—·52
408	Schatzlar	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·—	1·—	1·—	1·—
409	Scheibbs	—	1·—	1·20	1·20	1·—	1·—	—·66	—·66	—·68	—·80
410	Scheibmühl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
411	Schmiedeberg	—	—	—	—	2·—	—	—	—	4·—	—
412	Schneegattern	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·38	—·78	—·78	—·78	—·78
413	Schöbritz bei Aussig	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·46
414	Schönau bei Buchau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
415	Schönau bei Schluckenau	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—
416	Schönborn bei Reichenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
417	Schönfeld bei Karlsbad	1·06	—	—	—	—	—	—	—	—·64	—
418	Schönfeld bei Petschau	—·78	—·80	—·52	—·54	—	—	—·54	—·24	—·24	—·26
419	Schönlinde	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·—	1·—	1·—	1·—
420	Schönwald bei Friedland	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24
421	Schönwehr bei Petschau	—	—	—	—	—	—	—·54	—·54	—·56	—
422	Schrambach	—·80	—·80	—·80	1·20	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—
423	Schrems	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·80	—·82	—·46	—·46
424	Schwanberg	—·34	—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·28
425	Schwechat	—	—	—·56	—·56	—·56	—·58	— 58	—·58	—·58	—·50
426	Schwertberg	—·78	—·78	—·78	—·80	—·80	—·80	—·74	—·74	—·74	—·32
427	Sebenico	—·24	—·24	—·30	—·32	—·36	—·36	—·32	—·32	—·36	—·36
428	Selzthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
429	Servola	—·50	—·50	—·50	—·42	—·48	—·36	—·38	—·54	—·54	—·26
430	Setzdorf	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
431	Siebenhirten	—·80	—·80	—·80	—·80	—·72	—·72	—·54	—·54	—·54	—·54
432	Sierning	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26
433	Silberbach	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—.42
434	Soborten bei Teplitz	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
435	Sodau bei Karlsbad	—	—	—	—	—	2·80	—	—	—	—
436	Soldatenhäuser	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
437	Sonnenberg bei Komotau	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	1·—	—·50	—·50	— 50	—·50
438	Sophienthal-Heinrichsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Spital a. d. Dr.	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—	—	—	—
440	Spittelgrund bei Grottau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
441	Staab	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
442	Stadlau	—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·80	4·80	5·52	4·86	5·72
443	Stefanau bei Olmütz	1·68	1·66	1·20	1·20	1·40	1·46	1·48	2·—	2·22	—·80
444	Steinach in Steiermark	—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·80	1·—	1·—	1·—
445	Steinbach bei Falkenau	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·86	—·86	—·88	—·88
446	Steinpöhl bei Asch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
447	Steinschönau	2·—	2·—	2·—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
448	Sternberg	—	3·88	3·92	6·04	6·20	9·84	7·88	7·98	9·56	9·04
449	Steyr	7·26	32·34	32·36	30·60	4·38	6·16	5·74	8·96	9·—	6·30
450	Stockerau	1·96	1·96	1·82	1·72	1·74	1·42	1·40	—·98	—·98	1·02
451	Strahl bei Kosten	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80
452	Stubenbach in Böhmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
453	Tachau	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·22	2·22	2·22	2·22
454	Taschwitz	1·26	1·22	1·16	1·16	1·16	1·18	1·06	1·06	1·08	—
455	Teplitz	—·50	—·50	1·50	2·70	2·70	3·04	4·14	3·94	3·94	3·94
456	Ternitz	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—	—
457	Teschen	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·—
458	Teschnitz	—	—	—	—	—	—	—·66	—·66	—·66	—

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
6·04	5·98	7·04	6·04	6·12	6·50	6·98	6·78	6·55	6·24	6·42	6·08	6·18	—	110	13	401
—·96	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	23	80	402
—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·86	—·86	—·86	—	—	—	4	38	403
—	—	—	2·02	2·28	2·48	2·92	3·—	3·10	3·12	3·—	3·06	—	—	24	98	404
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—	405
—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·64	—·64	—·66	—·66	—·22	—	—	—	8	22	406
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·28	—	—	—	—	—	—	6	—	407
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	22	—	408
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	20	409
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·06	—	—	1	06	410
—	—	—	—	2·—	—	—	—	—	2·—	—	—	—	—	10	—	411
—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·80	—	—	—	—	—	—	23	56	412
—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·60	—·60	—·60	—·60	—·56	—·56	—·56	—·56	—	12	84	413
—	—	—	—	—	—·60	—·58	—·66	—·70	—	—	—	—	—	2	54	414
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	415
—	—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	2	40	416
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	70	417
—·26	—·64	—	—	—·60	—·60	—	—	—	—·52	—·52	—	—	—	7	06	418
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	22	—	419
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—	—	—	—	—	—	4	32	420
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	64	421
—	—	—	—	—	—	—	—	2·—	—	—	—	—	—	7	60	422
—·48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	42	423
—·28	—·28	—·30	—·30	—·32	—	—·28	—·34	—·28	—·46	—·26	—·34	—·22	—	6	70	424
—·50	—·50	—·50	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	—·52	—·52	—	—	—	—	9	68	425
—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	80	426
—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	427
—	—	—	1·76	1·50	1·60	1·66	1·60	1·76	2·28	1·58	1·96	—	—	15	70	428
—·26	—·28	—·38	—·38	—·38	—·34	—·34	— 36	—·36	—·34	—·36	—	—	—	8	26	429
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	—	—	—	9	30	430
—·54	—·54	—·54	—·54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	96	431
—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	3	22	432
—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—·42	— 42	—·42	10	—	433
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	—	—	12	60	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	80	435
—	—	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—	—	—	1	20	436
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	—	10	50	437
—	—	—	—	—	—	1·96	—	—	—	—	—	—	—	1	96	438
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	88	439
—	—	—	—	—	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—	—	—	2	88	440
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	441
6·62	6·64	6·70	6·44	6·28	6 88	6·40	7·04	6 08	6·08	6·08	6·64	6·26	—	125	84	442
—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	70	443
1·50	1·50	1·50	1·—	1·—	1·32	1·34	3·44	1·50	1·50	1·16	1·16	1·38	1·39	27	89	444
—·88	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	14	56	445
—	—	—	—	—	—	—	—	—·90	—·90	—	—	—	—	1	80	446
2·—	2·—	2·—	2·—	1·22	1·22	1·22	1·24	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	—	35	60	447
7·58	7·54	11·54	8·38	9·16	9·32	9·34	9·40	5·23	5·25	10·19	6·92	3·01	—	167	20	448
6·30	14·76	13·34	13·36	12·34	9·86	12·78	17·82	6·52	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	253	18	449
1·02	1·04	1·06	1·08	1·58	3·—	2·84	2·96	6·64	2·72	2·44	—·36	—	—	41	74	450
1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	30	—	451
—	—	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—	—	—	2	40	452
2·22	2·22	2·22	2·22	2·24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	—	353
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	34	454
3·60	3·60	2·60	2·60	2·60	4·10	3·50	3·50	3·04	1·—	—	—	—	—	57	04	455
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	456
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52	20	457
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	98	458

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1899 Jänner	Februar	März	April
459	Tetschen a. d. Elbe	—·98	—·98	—·98	—	—	—	—·68	—·68	—·68	—·68
460	Thörl	2·90	2·90	2·92	3·—	2·66	4·06	4·08	4·08	4·08	4·—
461	Tischau	—	—	—	—	1·82	1·82	1·44	1·44	1·42	1·42
462	Tollinggraben	—	—	—	—	—	1·—	—	—	1·—	1·—
463	Traisen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
464	Traiskirchen	—·82	—·82	—·82	—	—	—	—	—	—	—
465	Traismauer	—	—	—	—	—	—	—·56	—·56	—·56	—·32
466	Traun bei Linz	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2.—	2·—
567	Trauschkowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
468	Trautenau	1·32	1·32	1·34	1·34	1·34	1·34	1·16	1·16	1·16	1·16
469	Trinkfaifen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
470	Trofaiach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
471	Troppau	8·02	8·02	9·70	7·80	8·56	8·56	9·12	8·84	8·96	9·02
472	Trossau bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
473	Tyssa	—·30	—·10	—·12	—	—	—	—	—	—	—
474	Turn bei Teplitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
475	Ullersdorf bei Grottau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
476	Unter-Polnau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
477	Unzmarkt	—·90	1·—	1·—	1·10	1·30	1·48	1·50	1·86	1·88	1·94
478	Urfahr	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
479	Veitsch	—	—	—	—	—	—	1·40	1·40	—·78	—·78
480	Villach	5·86	8·06	8·56	8·34	8·40	8·40	7·96	8·—	8·02	7·06
481	Vöcklabruck	—·60	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·46	—·46	—·48	—
482	Voigtsgrün	—	—	—	—·60	—·62	—·62	—·62	— 62	—·62	—·62
483	Voigtsberg	—	2·—	2·02	3·50	3·50	2·52	2·52	2·52	2·76	2·76
484	Vordernberg	2·30	2·30	2·30	2·30	2·30	2·30	2·90	2·90	2·92	2·92
485	Vordersdorf	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·28	—·28	—·28	—·28
486	Wagstadt	—·22	—·94	—·96	—·60	—·68	—·58	—·64	—·52	—·54	—·42
487	Waidhofen a. d. Thaya	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
488	Waidhofen a. d. Ybbs	2·80	2·80	2·80	1·76	1·86	1·92	2·14	2·16	3·46	3·46
489	Wallern	2·44	2·44	2·44	2·44	2·44	2·46	—·66	—·66	—·66	—·66
490	Warnsdorf	—·80	—·80	—·80	3·46	3·46	3·46	3·44	3·46	3·48	·80
491	Wartberg	2·14	2·14	2·—	1·88	1·84	1·56	1·58	1·40	1·40	1·24
492	Wehebitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
493	Weipert	4·—	4·—	4·—	4·—	—	—	—	—	—	—
494	Weisbach in Böhmen	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30
495	Weiskirch bei Jägerndorf	1·10	1·04	1·06	1·20	1·20	1·10	1·10	1·—	1·—	1·—
496	Weißkirchen bei Kratzau	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
497	Weißenbach a. d. Triesting	—·54	—·54	— 54	—·54	—·54	—·54	—·60	—·60	—·60	—·60
498	Weißkirchlitz	—	—	—	—	—	—	—·32	—·32	—·32	—·32
499	Wetz	—·64	—·72	—·76	—.40	—·28	—·28	—	—	—	—
500	Wellhotten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
501	Wels	1·68	1·46	1·40	1·32	1·40	—·80	1·30	1·30	1·30	1·10
502	Wernersreuth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
503	Weyer a. d. Enns	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
504	Wetzelsdorf bei Graz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
505	Wetzwalde	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
506	Wien	427·20	465·10	461·02	456·18	428·94	495·42	840·96	415·78	480·16	499·50
507	Wr.-Neustadt	3·42	3·42	4·38	3·42	3·42	3·42	2·36	2·36	2·36	2·36
508	Wigstadtl	—	—	—	—	—	4·92	4·60	4·04	3·94	3·94
509	Wies	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·66	—·66
510	Wiesa-Ober-Leutensdorf	—·36	—·26	—·36	—·36	—·38	—·38	—·52	—·52	—·54	—·54
511	Wiesenberg	1·48	1·50	1·50	1·50	1.50	1·50	2·42	2·42	2·42	2·08
512	Wiesen-Rabersdorff	—	—	—	—	—	—	1·66	1·66	1·68	1·—
513	Wilhelmsburg	2·72	3·44	3·46	3·30	3·66	3·68	4·36	2·90	2·90	1·94
514	Wilhelmshöhe b. Schenkenh.	—	—	—	—	—	—	—·52	—·56	—·56	—·56
515	Willomitz	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
516	Wilten bei Innsbruck	—	—	—	—	—	—	—·62	—·62	—·62	—·62

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
—·68	—·68	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—	—	—	—	—	—	10	86	459
4·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	68	460
1·42	1·42	1·48	1·48	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	23	16	461
1·—	1·—	—	—	—	—	—	4·—	—	—	2·—	—	—	—	11	—	462
—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·34	1·34	1·36	—·56	—·56	—	8	66	463
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	46	464
—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	—	—	—	—	—	4	80	465
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	38	—	466
—	—	—	—	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64	467
1·16	1·16	2·02	2·12	2·20	2·28	2·34	2·44	1·26	1·44	1·60	1·78	1·80	1·84	38	08	468
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2·—	2·—	2·—	—	—	6	—	469
—	—	—	—	—	—	—	—·78	—·78	—·80	—·84	—·84	—·84	—	4	88	470
8·32	6·84	6·88	6·86	6·88	6·86	6·86	6·86	6·86	6·10	5·20	4·—	4·—	—	169	12	471
—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	1	60	472
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52	473
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	474
—	—	—	—	—	—	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—	—	—	2	68	475
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	476
1·94	1·36	1·86	1·86	2·46	3·58	3·82	1·91	—·86	—·86	—·88	—·44	—·44	—·46	37	22	477
—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	60	478
—·98	—·98	—·98	—·74	—·76	—·98	—·98	3·—	1·82	1·14	1·—	—	—	—	17	72	479
7·08	7·08	5·20	5·20	5·20	5·18	5·36	5·38	3·96	3·96	—·44	—	—	—	132	70	480
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	60	481
—·62	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—	—	—	14	54	482
2·52	2·54	2·54	2·62	2·62	—	—	—	2·06	2·08	—	—	—	—	41	08	483
2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	60	80	484
—·28	—·30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	02	485
—·44	—·44	—·56	—·60	— 60	—·54	—·56	—·56	1·32	1·32	1·36	—·60	—·30	—	15	30	486
—	—	—	—	—	—	—	—	—·32	—·34	—·34	—	—	—	1	—	487
3·38	3·22	3·60	3·68	3·68	3·68	3·66	2·46	2·48	—	—	—	—	—	55	—	488
—·68	—·68	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	2·60	2·40	2·40	—	—	—	28	26	489
—·80	—·80	—·69	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	—	—	29	75	490
1·26	1·10	1·10	1·10	1·10	1·18	1·18	1·20	1·20	1·24	1·24	—	—	—	30	08	491
—	—	—	—	—	—	—	—	1·86	1·86	1·88	—	—	—	5	60	492
—	—	3·32	3·34	3·34	2·—	2·—	2·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	—	47	—	493
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—	—	—	—	—	—	3	60	494
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	23	80	495
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	—	—	25	20	496
—·60	—·44	—·44	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	04	497
— 32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	92	498
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	08	499
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·06	1·06	—	2	12	500
1·28	1·42	1·42	1·44	1·44	1·28	1·30	7·52	1·44	—·76	—·60	—·60	—	—	33	56	501
—	— 62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	8	18	502
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1 —	1·—	1·—	1·—	1·—	24	—	503
—	—	—	—	—	—	—	2·67	—	—	—	—	—	—	2	67	504
—·66	—·68	— 66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	16	—	505
472·36	492·50	518·44	476·89	503·41	498·24	491·48	478·04	494·90	449·73	404·81	323·57	250·70	137·90	10.963	23	506
2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2 36	2 36	2 36	1·—	1·—	1·—	—	—	—	52	80	507
3·94	4·—	4·—	4·—	4·—	4·36	5·22	5·40	5·68	5·68	5·72	—	—	—	73	44	508
—·66	— 66	— 66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—	—	—	13	50	509
—·54	— 54	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	18	40	510
2·08	2·08	2·08	2·36	2·36	2·38	2·96	2·98	2 98	2·—	2·—	—	—	—	44	58	511
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	17	—	512
1·94	1·96	1·96	1·22	1·22	1·22	2 96	2·96	3·06	3·06	—·56	—·54	—	—	55	02	513
—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·54	—·54	—·54	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	9	88	514
— 60	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	515
—·64	—·58	—·60	—·60	1·10	1·04	1·06	1·06	—	—	—	—	—	—	9	16	516

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
517	Windisch-Feistritz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
518	Wintersgrün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
519	Wistritz	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—·80	3·20	2·80
520	Wörgl	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	2·36	2·38	2·38	2·40
521	Wolfersdorf bei B.-Leipa	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30
522	Wolfsberg bei Schönlinde	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60
523	Wolfsberg in Kärnten	— 60	—·60	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64
524	Wolfsegg	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14
525	Ybbs	—·56	—·56	—·56	—·50	—·46	—·74	—·84	—·90	—·92	1·—
526	Zech bei Elbogen	2·70	3·10	3·28	1·34	1·98	1·50	1·—	1·—	1·—	1·—
527	Zell am See	—	—	—	—	—	—	—·92	—·92	— 92	—·92
528	Zeltweg	5·50	5·50	5·50	5 50	5 26	5·30	1·86	1·92	1·90	1·90
529	Zieditz	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
530	Znaim	3·—	3·—	3·—	3·—	2·—	3·—	3·32	2·32	2·32	2·32
531	Zuckmantel bei Teplitz	2 76	2 76	2·76	2·78	2·78	2·78	2·78	5·76	2·76	2·78
532	Zwettnitz	1·30	1·30	1·30	1·54	1·40	1·36	1·—	1·—	1·—	1·—
533	Zwickau	—·	1·52	— 60	1·—	1·—	1·—	1·16	1·16	1·14	1·98
534	Zwittau	2·80	2·80	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
535	Zwodau bei Falkenau	—·76	—·76	—·76	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	—	—	—	—	—	1	—	517
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1· -	—	5	—	518
2·80	2·80	2·80	2·80	2·80	2·80	2 80	2·80	1·26	1.26	1·28	—	—	—	35	40	519
2·40	2·46	2·46	2·46	2·46	2·58	2·58	2·58	—·42	—·42	—·44	—	—	—	32	28	520
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	8	—	521
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·	—	—	—	—	—	7	20	522
·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—.66	—·66	—	—	—	—	—	12	14	523
1·16	1·16	1·16	—·86	- ·86	—·86	—·86	—·86	- ·88	—·88	—·88	—·88	—	—	22	70	524
—·78	—·58	—·62	—·62	—·64	—·60	·60	—·62	—·48	—·48	—·48	—	—	—	13	54	525
1·—	1·—	—		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	90	526
—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	- ·94	1·50	—·58	—·60	—·60	—	—	—	13	54	527
1·90	1·92	1·90	1·88	1 94	—·90	—·88	—·84	—·86	—·96	—·86	2·14	—·90	—	58	02	528
1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	529
2·34	3·34	3·34	2·34	3·34	2·54	3·14	3·30	3·—	—	--	—	—	—	53	96	530
2·78	3·06	1·62	1·62	1·62	1·62	1 62	1·64	—	—	—	—	—	—	46	28	531
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	20	20	532
1·98	1·98	3 80	3·82	3·82	—·72	—·72	—·72	1·78	1·78	1·78	—	—	—	33	46	533
3·—	3·—	3·—	3·—	5· -	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	—	—	—	—	71	60	534
—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	06	535

Berichte der Wahlkreise.

Böhmen.

Die politische Organisation deutscher Zunge in Böhmen gliedert sich in die sechs deutschen Wahlkreise III, IV, V, VI, VIII und IX, sowie in die zwei deutschen Wahlkreissektionen I und XVI. Der Stand dieser deutschen Wahlkreisorganisationen und Sektionen ist, soweit uns Berichte hierüber zugekommen sind, wie folgt:

I. **böhmischer Wahlkreis (Prag).** Deutsche Sektion. Der Agitationskreis dieser Sektion erstreckt sich außerhalb Prags auf die Orte Lieben, Weinberge, Zizkov, Smichov, Stichov und Wrschowitz. In der Berichtszeit wurden 24 Volks-, 39 Vereins- und 63 § 2-Versammlungen, sowie 4 Konferenzen abgehalten. In Prag erscheint alle 20 Tage einmal das Fachblatt „Organ" (deutsch) für die Handlungsgehilfen, in einer Auflage von 1200 Exemplaren. Außerdem werden die „Arbeiter-Zeitung" in 20, die „Volkstribüne" in 100 Exemplaren verbreitet. Der Verein deutscher Arbeiter in Prag zählte am 1. Mai 1898 85, am 30. Juni 1900 70 Mitglieder.

II. **böhmischer Wahlkreis (Mies).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist derzeit in Tachau. Der Wahlkreis zerfällt, soweit Berichte hierüber eingelangt sind, in zwölf Lokalorganisationen, und zwar Auschowitz, Podersam, Brand, Langendörflas, Manthdorf, Schönau-Buchau, Schönbrunn, Staab, Tachau, Tuschkau und Venussen. Laut eingelangter Berichte wurden seit dem Linzer Parteitage 39 Volks-, 90 Vereins- und 62 § 2-Versammlungen neben einer Reihe von Konferenzen abgehalten. Von den Versammlungen wurden vier verboten. Im Wahlkreise erscheint ein von der Parteivertretung bis jetzt noch nicht anerkanntes politisches Blatt „Vorwärts". Außerdem finden noch eine große Zahl anderer Blätter Verbreitung. An Strafen wurden acht Tage Arrest und 22 Kronen Geldstrafe verhängt. Bei den Gemeindeausschußwahlen haben die Genossen im dritten Wahlkörper in Auschowitz zwei Genossen durchgebracht, in zwei Orten des Podersamer Bezirkes hatten sie vollen Erfolg. In Langendörflas wurden von zwölf Ausschüssen acht sozialdemokratische gewählt, somit auch der Bürgermeister aus unserer Partei. In Manthdorf sitzen zwei Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung. Mit Befriedigung konstatiren wir, daß sich die Bewegung in den letzten beiden Jahren sehr stark gehoben hat.

IV. **böhmischer Wahlkreis (Eger).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Falkenau. Von den 115 ausgesendeten Berichtsbögen sind 43 retour gelangt. Nach diesen haben in der Berichtszeit 164 Volks-, 699 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen stattgefunden. Als Wahlkreisorgan erscheint der „Volkswille" in Falkenau wöchentlich in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Außerdem erscheint noch „Glück auf!", Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter, (Auflage 6500) dreimal im Monat.

An Strafen wurden im Wahlkreise verhängt: 49 Tage, 12 Stunden Arrest und 119 Kronen Geldstrafe; einige Prozesse sind noch im Zuge.

Bei den Gemeindewahlen hat sich die Organisation, soweit Berichte vorhanden, in 20 Fällen betheiligt. In den drei Gemeinden Pechbach, Schwaderbach und Zech haben die Sozialdemokraten die Majorität im Gemeindeausschusse erlangt. In zwölf Fällen siegten die Sozialdemokraten nur im dritten Wahlkörper und in fünf Fällen blieben sie mit neun bis zwölf Stimmen in der Minorität.

Soweit wir aus den wenigen und mangelhaft ausgefüllten Fragebogen ersehen können, hat sich die Organisation im Wahlkreise freilich nicht in allen Orten gehoben. Bemerkenswerth ist, daß besonders stark in den ländlichen Bezirken vorgedrungen wurde.

V. **böhmischer Wahlkreis (Saaz).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Teplitz.

Soweit durch die eingesandten 24 Fragebogen zu ermitteln war, befinden sich im Wahlkreise 5 politische, 115 gewerkschaftliche, 30 Bildungs-, 20 Turn und 16 Gesangvereine, sowie eine Frauenorganisation, die zusammen 11.867 männliche und 557 weibliche Mitglieder zählen.

In der Berichtszeit wurden 559 Volks-, 2860 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen abgehalten; davon wurden 132 verboten und 55 aufgelöst.

Als Wahlkreisorgan erscheint die „Freiheit" zweimal wöchentlich in einer Auflage von 3500 Exemplaren. Außerdem erscheint noch ein politisches Wochenblatt „Nordwestböhmische Volkszeitung" in Saaz und das bis jetzt noch nicht anerkannte, in Brüx herausgegebene Blatt „Wahrheit", ebenfalls wöchentlich, in einer Auflage von 1500 Exemplaren.

Die politischen Verfolgungen haben in der Berichtszeit eine besonders große Zahl von Verurtheilungen und hohen Strafen zur Folge gehabt. Die über die Genossen des V. böhmischen Wahlkreises verhängten Freiheitsstrafen betrugen, soweit dies durch

die Fragebogen ermittelt werden konnte, 15 Jahre, 11 Monate, 13½ Tage Haft und 339 Kronen Geldstrafe. Der größte Theil dieser Freiheitsstrafen besteht aus schwerem Kerker, zu welchem über 25 Arbeiter, die eine Versammlung der Deutschnationalen in Saaz besuchen wollten, infolge der beispiellosen Niedertracht dieser Deutschnationalen verurtheilt worden sind.

In der Berichtszeit haben sich die Genossen in 21 Orten an den Gemeindewahlen betheiligt, wo sie zumeist den gegen sie verbündeten Fortschrittlichen, Deutschnationalen und Christlich-Sozialen gegenüber gestanden sind. Dessenungeachtet wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in drei Orten im dritten Wahlkörper durchgebracht, in den übrigen Fällen hatten sie sehr starke Minoritäten auf sich vereinigt, so daß bei den kommenden Wahlen auf große Erfolge zu rechnen ist.

Trotzdem die Deutschnationalen mit den verwerflichsten Mitteln gegen die einzelnen Genossen, wie auch gegen die Organisationen vorgehen, trotzdem sie die Saalabtreibereien im größten Stile betreiben, hat doch die Organisation in der letzten Zeit, vielleicht gerade deshalb, bedeutende Fortschritte gemacht.

Der 1. Mai wurde, wie in den vorhergegangenen Jahren, trotz wiederholter Aussperrungen und Maßregelungen in den meisten Orten des Wahlkreises durch Arbeitsruhe gefeiert.

VI. böhmischer Wahlkreis (Leitmeritz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Aussig a. d. E. Die Wahlkreisorganisation besteht aus den Bezirksorganisationen: Aussig, Karbitz, Tetschen, Bensen, Leipa, Niemes, Wernstadt, Yoboslitz, Leitmeritz, Gastorf, Dauba und Auscha.

An Organisationen bestehen im Wahlkreise derzeit 8 politische, 29 gewerkschaftliche, 14 Bildungs-, 4 Turn- und 3 Gesangvereine, sowie ein landwirthschaftlicher Verein mit zusammen 11.205 männlichen und 527 weiblichen Mitgliedern.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 130 Volks-, 355 Vereins- und mehr als 900 § 2-Versammlungen abgehalten. Davon sind 4 Versammlungen verboten und 11 aufgelöst worden.

Als Wahlkreisorgan erscheint das „Volksrecht" in einer Auflage von 8000 Exemplaren zweimal wöchentlich in Aussig, und es werden außerdem noch eine große Zahl anderer Blätter im Wahlkreise abgesetzt.

An politischen Verfolgungen hatte der Wahlkreis 9 Verurtheilungen zu zusammen 17 Tagen Arrest und 90 Kronen Geldstrafe zu verzeichnen.

Trotz des Terrorismus, der von den Deutschnationalen, vereint mit den hiesigen Fabrikanten gegen die Organisation praktizirt wird, ist sie nicht nur nicht geschwächt worden, sondern es hat im Gegentheile dieses Vorgehen viel dazu beigetragen, endlich einmal eine Klärung bei den Arbeitern des Wahlkreises herbeizuführen. Unbeschadet aller Versuche, die Maifeier zu unterdrücken, wird nach wie vor an ihr festgehalten.

VIII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Reichenberg. Der Wahlkreis ist in drei Agitationsbezirke eingetheilt, und zwar: I. Reichenberg mit Haindorf, Friedland, Neustadtl, Kratzau, Grottau und Gabel; II. Warnsdorf mit Rumburg, Schluckenau und Hainsbach; III. Haida-Steinschönau mit Zwickau und Böhmisch-Kamnitz.

Der Wahlkreis umfaßt, soweit Berichte hierüber vorliegen, 5 politische Vereine, 57 Lokalorganisationen, 63 gewerkschaftliche, 36 Bildungs-, 11 Turn- und 12 Gesangvereine mit zusammen 10.216 männlichen und 1018 weiblichen Mitgliedern. Innerhalb des Verbandes der Glas- und keramischen Branche bestehen separat noch 7 Frauensektionen in den Orten: Steinschönau, Scheiba, Langenau, Arnsdorf, Blottendorf, Falkenau und Kittlitz.

Ueber die Agitation ist zu berichten, daß in der Berichtszeit 224 Volks-, 1370 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen im Wahlkreise abgehalten wurden. Verboten wurden davon 5, aufgelöst 2.

Als Wahlkreisorgan gilt der in Reichenberg in einer Auflage von 3200 Exemplaren zweimal wöchentlich erscheinende „Freigeist". Nebstdem erscheinen in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote" (Auflage 2000) und in Warnsdorf die „Nordböhmische Volksstimme" als Wochenblätter. Bezüglich des „Volksboten" besteht die Absicht, dieses Blatt demnächst zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. In Reichenberg erscheint außerdem noch das Fachblatt „Der Textilarbeiter".

Politische Prozesse haben in der Berichtszeit 23, darunter 5 Preßprozesse, stattgefunden, die mit Verurtheilungen von zusammen 175 Tagen Arrest und 186 Kronen Geldstrafe endigten.

An Gemeindewahlen haben sich Genossen von 42 Ortschaften betheiligt, und zwar in drei Fällen mit einem vollständigen Siege der sozialdemokratischen Liste; in 33 Fällen gelang es nur, einzelne Kandidaten durchzubringen, und in 6 Fällen blieben die Genossen in einer starken Minorität. Außerdem betheiligten

sich die Genossen des VIII. Wahlkreises an den Landtagswahlen. In Reichenberg entfielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten 46 bis 54 Stimmen; im Städtebezirk Friedland, Neustadtl, Kratzau 171 Stimmen; im Städtebezirk Rumburg 130 und im Reichenberg-Gablonzer Bezirk 42 Wahlmännerstimmen.

Was die Feier des 1. Mai anbelangt, so versuchten wohl die Fabrikanten dieses Wahlkreises Alles daranzusetzen, sie auch in den letzten Jahren zu verhindern, doch ohne jeden Erfolg. Soweit die Möglichkeit vorhanden war, wurde die Arbeitsruhe an diesem Tage durchgesetzt.

In den abgelaufenen beiden Jahren haben im Wahlkreise eine große Zahl größerer und kleinerer Streiks, hauptsächlich in der Textilbranche um die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, bei den Holzarbeitern auf neun Stunden, stattgefunden. Wir erwähnen hier nur die großen Textilarbeiterausstände in Zwickau, Liebenau und Warnsdorf, die 6 bis 13 Wochen dauerten.

Auch hier hat die Bewegung in der letzten Zeit ganz hübsche Fortschritte gemacht. Wenn schon nicht sprungweise, so geht es doch Schritt für Schritt vorwärts.

IX. böhmischer Wahlkreis (Trautenau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich in Gablonz a. d. N. Die Bewegung nimmt in unserem Wahlkreise im Allgemeinen einen guten Fortgang. Neben der Fachorganisation der Glasarbeiter hat die der Textilarbeiter durch die Zehnstundenbewegung einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Selbst im Riesengebirge wird eine Position um die andere gewonnen. Die Deutschnationalen üben daselbst Hand in Hand mit den autonomen Behörden und den Fabrikanten einen kolossalen Terrorismus gegen die Organisation. Seit zirka anderthalb Jahren hat sich im Riesengebirge, wo früher nur sehr vereinzelt Arbeiterbildungs- oder Lesevereine bestanden, eine ganz ansehnliche Gewerkschaftsbewegung festgesetzt.

Im April dieses Jahres ließen sich die Arbeiter der Firma Haase in Nieder-Altstadt bei Trautenau wegen der erfolgten Maßregelung ihres Obmannes zu einem Streik hinreißen, den die dortigen Fabrikanten zu einem Hauptschlage gegen die Organisation der Arbeiter benützen wollten. Ungefähr 2000 Arbeitern wurde mit Entlassung gedroht, falls die Arbeiter bei Haase die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen. Die Deutschnationalen leisteten hierbei, wie immer, den Fabrikanten Schergendienste und setzten Prämien für Streikbecher aus, um die Forderungen der Arbeiter zu Fall zu bringen. Was sie beabsichtigten, war, die Organisation zu vernichten. Es ist ihnen nicht gelungen.

In der Berichtszeit wurden 226 Volks-, 1009 Vereins- und ungezählte § 2-Versammlungen abgehalten, davon 21 verboten und 12 aufgelöst.

Organisationen befinden sich im Wahlkreise 2 politische Vereine, 32 Lokalorganisationen, 26 gewerkschaftliche, 29 Bildungs- und 9 Turnvereine mit zusammen über 7000 Mitgliedern beiderlei Geschlechtes.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so wurden in der Berichtszeit über einzelne Genossen 3 Monate und 27 Tage Arrest, und 420 Kronen Geldstrafen verhängt.

Das Wahlkreisorgan „Der Gebirgsbote" erscheint wöchentlich einmal und hat derzeit eine Auflage von 3000 Exemplaren. Außerdem werden noch eine große Zahl außerhalb des Wahlkreises herausgegebene Blätter verbreitet.

Die Maifeier macht dauernd Fortschritte, und ist sie besonders bei den Glasarbeitern im Isergebirge zu einer bleibenden Einrichtung geworden. Im Tannwalder Bezirke feierten dieses Jahr, was vordem noch nie der Fall war, sämmtliche Textilarbeiter. Mit einem Wort: Es geht vorwärts, trotz aller Hindernisse und Bedrückungen.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis). Deutsche Sektion. Der Sitz des Ausschusses dieser Sektion befindet sich derzeit in Budweis. Die Bevölkerung des Wahlkreises gehört dem Berufe nach größtentheils der Landwirtschaft an, und die Industrie ist hier nur sehr spärlich entwickelt.

Soweit ermittelt werden konnte, befinden sich im Wahlkreise 2 politische, 7 gewerkschaftliche und 6 Bildungsvereine deutscher Zunge, mit zusammen 1201 männlichen und 68 weiblichen Mitgliedern.

Das Wahlkreisorgan „Böhmerwald-Bote" erscheint wöchentlich einmal in der Auflage von 2500 Exemplaren. Pfaff', Adel und Kapital im Bunde mit Gendarmerie und Behörden waren bisher emsig bestrebt, Alles zu thun, um dieses Blatt zugrunde zu richten. Das Gegentheil wurde erreicht, seine Auflage steigt stetig.

Was die Agitation betrifft, so wurden in der Berichtszeit 89 Volks-, 177 Vereins- und mehr als 150 § 2-Versammlungen abgehalten. Hiervon wurden 4 verboten, 2 aufgelöst.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: 7 Verurtheilungen zu 29 Tagen Arrest und 50 Kronen Geldstrafe. In drei Fällen erfolgten Freisprüche.

Der 1. Mai wurde durchwegs, soweit industrielles Proletariat in Betracht kommt, durch Arbeitsruhe gefeiert. Im Allgemeinen macht die Organisation hier ganz bedeutende Fortschritte.

Kärnten.

Das Land Kärnten bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die in neun Bezirksorganisationen eingetheilt ist.

An Vereinsorganisationen bestehen im Wahlkreise: 2 politische, 47 gewerkschaftliche und 2 Bildungsvereine mit zusammen 2603 Mitgliedern.

Als Wahlkreisorgan für Kärnten erscheint seit 20. Juli 1900 das Wochenblatt „Volkswille" in Klagenfurt, das bei der geringen industriellen Bevölkerung sein Hauptabsatzgebiet unter den landwirthschaftlichen Arbeitern hat.

Auf dem Gebiete der politischen Verfolgungen haben wir 33 Verurtheilungen zu zusammen 1 Jahr, 7 Monate und 18 Tage Arrest und 26 Kronen Geldstrafe zu verzeichnen.

In der Berichtszeit wurden 132 Volks-, 204 Vereins- und mehr als 300 § 2-Versammlungen abgehalten, davon wurden vier verboten. Die Agitation leidet hier vornehmlich wegen Mangel an geeigneten Kräften. Wohl wird jetzt die Agitation durch die Verbreitung des Bruderorgans unterstützt, was ja einen neuen und nicht zu unterschätzenden Vortheil für die Organisationsarbeit in Kärnten bedeutet.

Was von Seite der Pfaffen an Terrorismus gegen die Arbeiterorganisationen Kärntens aufgebracht wird, klingt fast unglaublich. Diese schwarzen Himmelsgendarmen lassen kein Mittel unversucht, von dem sie glauben, daß es der Arbeiterbewegung schadet. Deutschnationale und k. k. Gendarmen assistiren dabei. So wurde in Spital a. d. Drau eine Wirthin von einem Gendarmen aufgefordert, ihr Lokal den Sozialdemokraten zu verweigern, sonst wird ihr die Konzession entzogen. Solcher Mittel der Erpressung bedienen sich sogenannte „k. k. Gendarmen".

Zum Schlusse müssen wir erklären, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse, sowie trotz aller Feindschaft der Pfaffen und ihrer Bundesgenossen, der Deutschnationalen, es in der letzten Zeit in Kärnten recht schön vorwärts gegangen ist.

Mähren.

Von den sieben Wahlkreisen der fünften Kurie, in die Mähren eingetheilt ist, untersteht nur einer, der siebente, vollkommen der deutschen Exekutive. Es bestehen aber noch in vier anderen Wahlkreisen deutsche Sektionen. Im Folgenden der Bericht.

Trotz der auf dem Wiener Parteitage im Jahre 1897 beschlossenen Gliederung unserer Parteiorganisation nach den Wahlkreisen der V. Kurie haben es die mährischen Organisationsverhältnisse als dringend nothwendig erscheinen lassen, die bisherige Form der Landesorganisation im vollen Umfange aufrecht zu erhalten. Um der Landesparteivertretung auch die nöthigen finanziellen Mittel zur Entfaltung einer regen agitatorischen und organisatorischen Thätigkeit zu sichern, wurde die Aufhebung der Blocks- oder Listensammlungen und die Einhebung der Landesparteisteuer durch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in dem Betrage von 2 Heller per Kopf und Monat beschlossen.

Die Berichtsperiode war reich an agitatorischen Aktionen und an schweren wirthschaftlichen Kämpfen, welche an den Opfermuth und die Agilität der Parteigenossen die stärksten Anforderungen gestellt haben.

Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Streiks in den Berichtsjahren. Der große Textilarbeiterstreik in Brünn, die Streiks in Sternberg, Zwittau, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Neustadt, die Aussperrung in Jägerndorf und der Riesenausstand der Bergarbeiter haben an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Genossen große Anforderungen gestellt.

Die mährische Landesorganisation gliedert sich in eine rein deutsche Wahlkreisorganisation, 3 deutsche Wahlkreissektionen, 15 Bezirks- und 121 Lokalorganisationen. In den Berichtsjahren haben 12 Wahlkreis-, 26 Bezirks- und 4 gewerkschaftliche Konferenzen stattgefunden, zu welchen in 13 Fällen Vertreter der Landesorganisationen entsendet wurden.

Die Maifeier hat in beiden Jahren einen würdigen Verlauf genommen.

Landesparteiorgan für Mähren und Schlesien ist der „Volksfreund", welcher gegenwärtig in einer Auflage von 3300 Exemplaren erscheint. Im letzten Jahre ist in der Auflage ein Rückgang zu verzeichnen, der durch die Gründung der „Volkswacht" in Mährisch-Schönberg verursacht wurde, welche entgegen den Beschlüssen der Parteivertretung und der Landeskonferenz erfolgt ist. Dieses Blatt hat bereits eine Auflage von 2500 Exemplaren, und die Genossen des VII. mährischen Wahlkreises freuen sich ihres Erfolges. Der „Volksfreund" hat sieben Konfiskationen und vier Preßprocesse über sich ergehen lassen müssen, in welchen ein Strafausmaß von drei Monaten Kerker, sieben Tagen Arrest und 20 Kronen Geldstrafe verhängt wurde.

Kassebericht der deutschen Wahlkreissektion Brünn.

	Kronen
Saldo am 30. April 1898	95·04
Einnahmen vom 1. Mai 1898 bis 30. Juni 1900	589·64
Summa	684·68
Ausgaben vom 1. Mai 1898 bis 30. Juni 1900	645·62
Saldo am 30. Juni 1900	39·06

Kassebericht der mährischen Landesparteivertretung.

Einnahmen:

	Kronen	Kronen
Landesparteisteuer vom 1. September 1898 bis 31. Juli 1900	445·37	
Sonstige Einnahmen	278·66	724·03
Ausgaben:		
Für 19 Konferenzen und Versammlungen	349·50	
„ Wähler in die Arbeiterunfallversicherung	60·—	
„ Unterstützungen	92·—	
„ Drucksorten	22·12	
„ Porti	39·77	563·39
Kassestand am 31. Juli 1900		**160·64**

I. mährischer Wahlkreis. Die deutsche Sektion des Brünner Wahlkreises gliedert sich in 9 Lokalorganisationen. Es bestehen 33 Fachvereine, 4 Bildungs- und Geselligkeitsvereine, 1 Wahlverein, 1 Konsumverein mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim", die Zentralstätte für das Brünner Parteileben.

Abgehalten wurden in den Berichtsjahren 33 Volksversammlungen, 4 Frauenversammlungen, davon 3 mit nur deutschen Referaten, 7 Demonstrationen und 342 Vereins- und § 2-Versammlungen, viermal wurden Flugblätter vertheilt oder an die Häuser geklebt.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so wurden im Ganzen 32 Genossen in 35 Fällen angeklagt, hievon 15 Genossen freigesprochen. Verhängt wurden an Kerkerstrafen 8 Jahre 14 Monate, 18 Tage und 6 Stunden und 114 Kronen an Geldstrafen.

III. Wahlkreis (Hauptort Znaim). Zur deutschen Organisation des Wahlkreises gehören die Orte: Znaim, Frain, Freiersdorf, Grußbach, Mißlitz und Nikolsburg. Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Znaim und besteht aus zehn Genossen, die wieder ein Exekutivcomité von fünf Mann bestimmen.

Ueber die Anzahl der organisirten Genossen und die Zahl der abgehaltenen Versammlungen liegen leider keine Berichte vor und wir können daher keine genauen Angaben machen. In Znaim allein wurden 10 Volks-, 100 Vereins- und 124 § 2-Versammlungen abgehalten. Auch über die Bedeutung der Parteipresse können wir nur sagen, daß in Znaim zirka 400 Blätter verbreitet werden. Von den anderen Orten fehlt der Bericht.

Zum Schlusse ist noch anzuführen, daß ein Genosse zu 14 Tagen Arrest verurtheilt wurde.

V. Wahlkreis (Hauptort Proßnitz). Hier besteht nur in Proßnitz selbst eine deutsche Sektion, die 21 Mitglieder umfaßt und eine Volks- und fünf § 2-Versammlungen veranstaltet hat. Mehr ist über diese Organisation nicht zu berichten.

VI. Wahlkreis (Hauptort Sternberg). Die deutsche Sektion dieses Wahlkreises theilt sich in zwei Bezirksorganisationen: Neutitschein und Sternberg. Diese umfassen im Ganzen 19 Lokalorganisationen. Zu halbjährigen Perioden tritt die Wahlkreiskonferenz zusammen, in der alle gemeinsamen Angelegenheiten geregelt werden. Der Wahlkreisausschuß besteht aus acht Personen und hat seinen Sitz in Sternberg. In allen Lokalorganisationen ist das Häuservertrauensmännersystem durchgeführt und hat sich ausgezeichnet bewährt. Bei Gemeindewahlen haben sich die Genossen, soweit ermittelt wurde, in sechs Orten betheiligt, und zwar in zwei Orten mit vollem, in zwei mit theilweisen Erfolge im dritten Wahlkörper.

Die Zahl der im Wahlkreise bestehenden deutschen Organisationen beträgt, soweit ermittelt, 29. Darunter befinden sich drei Arbeiterinnenvereine. Die Gesammtzahl der organisirten Personen beträgt 2097, davon 547 Frauen.

Soweit verzeichnet, wurden 122 Volks-, 241 Vereins- und 161 § 2 Versammlungen abgehalten. Zwei Versammlungen wurden verboten, zwei aufgelöst. Die hier über die Zahl der Versammlungen und organisirten Personen gemachten Angaben können aber durchaus nicht auf Vollständigkeit Anspruch erheben.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, und es gilt als Kreisorgan der Brünner „Volksfreund", doch werden noch viele andere Parteiblätter in einer großen Zahl von Exemplaren verbreitet.

Auch an politischen Verfolgungen ist das Leben der Parteigenossen des Wahlkreises nicht gerade arm gewesen. Im Ganzen wurden 88 Tage Haft und 118 Kronen Geldstrafe verhängt.

Ueber die finanzielle Lage des Wahlkreises geben folgende Ziffern einigen Aufschluß: Kassestand am 1. August 1898 Kr. 208·36, Einnahmen bis 31. Dezember 1898 Kr. 2538·32, Ausgaben bis 31. Dezember 1898 Kr. 2483·70. Saldo am 31. Dezember 1899 Kr. 312·98. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 850·30, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 983·98, Saldo am 1. Juli 1900 Kr. 179·30.

VII. Wahlkreis (Hauptort Mährisch-Schönberg). Das Gebiet des Wahlkreises ist in neun Bezirksorganisationen: Mähr.-Schönberg, Brüsau, Hohenstadt, Müglitz, Mähr.-Neustadt, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Wiesenberg und Zwittau eingetheilt.

Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Mähr.-Schönberg. Der politische Kampf ist, wie in allen mährischen Gebieten mit vorwiegend deutscher Bevölkerung, vor Allem gegen die Deutschnationalen zu führen. Die Christlich-Sozialen kommen beinahe gar nicht in Betracht. Dafür sind aber die Deutschnationalen, wie überall, wo sie die Herrschaft haben, in der Art ihres Auftretens beinahe gar nicht von den Christlich-Sozialen zu unterscheiden. Die Organisationsthätigkeit der Partei wird sehr erschwert durch die besondere Armuth der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere des der Textilindustrie angehörigen Theiles. Seit 16. November 1899 besitzt der Wahlkreis ein eigenes Blatt, die in Mähr.-Schönberg erscheinende „Volkswacht", das gegenwärtig bereits eine Auflage von 2600 Exemplaren erreicht hat. Die Gründung des Blattes hat sich für die Organisation äußerst förderlich erwiesen.

Bei Gemeindewahlen hat sich die Partei, soweit Berichte vorliegen, in elf Fällen betheiligt. In vier Gemeinden wurde der dritte Wahlkörper ganz erobert und in anderen vier Gemeinden gelang es, Theilerfolge im dritten und auch im zweiten Wahlkörper davon zu tragen.

Organisationen bestehen 31. Der Mitgliederstand ist 2297, darunter 268 Frauen. 115 Volks-, 243 Vereins- und 267 § 2-Versammlungen geben ein Bild der agitatorischen Thätigkeit im Wahlkreise. Fünf Versammlungen wurden verboten.

Auch an politischen Verfolgungen hat es nicht gefehlt. 170 Kronen Geldstrafe und 13½ Tage Haft sind ihre Resultate. Diese ziffermäßigen Angaben sind, insbesondere was die Zahl der organisirten Personen betrifft, lückenhaft, da eine ganze Reihe von Organisationen in ihren Berichten keine Angaben über die Stärke der Mitgliedschaft gemacht haben.

Ueber Kassegebahrung des Wahlkreises geben folgende Zahlen Aufschluß:

| | | |

Trotzdem gelang es den Sozialdemokraten, bei der Wahl am 31. Mai 1900 einen bedeutenden Erfolg zu erringen, der nicht so sehr in der Wahl zweier sozialdemokratischer Gemeinderäthe, als in der Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zum Ausdruck kommt. Ueber das genaue Resultat gibt die folgende Tabelle einen Ueberblick:

Bezirk	Wähler im vierten Wahlkörper	Wähler in der fünften Kurie	Sozialdemokraten	Christlich-Soziale	Sozialdemokraten	Christlich-Soziale
			1897		1900	
I.	8.864	10.349	2.446	3.983	2.216	2.890
II.	18.085	31.432	11.364	12.073	5.401	5.911
III.	19.424	23.557	6.018	10.963	4.081	6.822
IV.	9.191	11.509	1.752	5.269	1.272	3.232
V.	16.205	19.426	7.567	8.002	4.904	5.548
VI.	9.736	11.627	3.313	5.382	1.959	3.587
VII.	11.415	13.658	2.997	6.577	1.826	4.303
VIII.	7.352	8.918	1.659	4.378	998	2.821
IX.	12.416	14.872	3.845	6.656	2.686	4.418
X.	15.610	19.867	9.120	6.225	5.360	4.090
XI.	5.939	6.019	2.264	2.654	1.844	2.372
XII.	10.218	12.671	4.675	5.527	2.658	3.501
XIII.	8.747	10.030	2.519	5.074	1.600	2.531
XIV.	10.267	12.935	4.881	5.534	2.730	3.282
XV.	6.700	9.202	3.008	4.062	1.547	2.547
XVI.	20.374	24.293	11.095	7.885	7.932	5.209
XVII.	12.313	15.461	4.986	6.682	2.483	4.330
XVIII.	12.426	15.144	3.325	7.065	1.716	4.264
XIX.	5.144	6.903	1.514	3.141	745	2.105
XX.	8.095	—	—	—	2.384	2.844
	228.491	277.918	88.350	117.102	56.306	77.608

Es geht aus ihr hervor, daß trotz dreijähriger Seßhaftigkeit, infolge deren vor Allem die Sozialdemokraten durch den Verlust vieler Arbeiterstimmen geschwächt wurden und trotz aller galizischen Machinationen die Wiener Sozialdemokratie nicht nur ihre Positionen behauptet, sondern sogar in einzelnen Bezirken bedeutende Fortschritte aufzuweisen hat.

Wurde so die Hauptaufmerksamkeit der Landesparteivertretung durch den Wahlrechtskampf in Anspruch genommen, so wurden doch noch die organisatorischen Bestrebungen nicht außer Acht gelassen. Wie aus den Wahlkreisberichten hervorgeht, ist überall die politische Organisation in langsamem aber stetigen Fortschreiten begriffen. Dies wurde besonders am flachen Lande dadurch gefördert, daß die Landesvertretung daran ging, in den Hauptorten der Wahlkreise unabhängige Vertrauensmänner anzustellen. Dies ist bis jetzt in drei Wahlkreisen geschehen. Im neunten Wahlkreis ist es überdies noch möglich geworden, für den Organisationsbezirk Pottendorf einen Genossen anzustellen.

Aber auch bei allen allgemeinen ganz Oesterreich umfassenden politischen Kämpfen stellte die niederösterreichische und Wiener Sozialdemokratie ihren Mann, und wir erinnern hier nur besonders an die Versammlungen und Demonstrationen gegen das Ministerium Thun-Kaizl anläßlich der Zuckersteuerverordnungen und an die Herausgabe und Verbreitung des Flugblattes „Niedersetzen-Sitzenbleiben" in 50.000 Exemplaren anläßlich des schändlichen Volksverrathes der Christlich-Sozialen bei der Abstimmung über die Aufhebung des § 14 im Abgeordnetenhause.

Der 1. Mai wurde in beiden Berichtsjahren in imponirender Weise gefeiert, und das wöchentlich erscheinende Landesparteiorgan „Volkstribüne" ist nach wie vor mit seiner Auflage von 24.000 Exemplaren das wichtigste Agitationsmittel der niederösterreichischen Organisation, insbesondere auf dem flachen Lande.

Ueber während der Berichtsperiode vorgekommene Wahlen wäre noch besonders zu berichten, daß die Partei in Wien, wie in einzelnen größeren Orten Niederösterreichs, sich auch an den Ergänzungswahlen zu den Personaleinkommensteuerschätzungskommissionen mit Erfolg betheiligte. In der letzten Zeit wurden in allen großen Gemeinden Niederösterreichs die Gemeinderathswahlen vorgenommen, und auch hier haben die Parteigenossen in den meisten Fällen sich an der Wahl betheiligt. Es gelang auch, da durch die Personaleinkommensteuerzahlung viele Arbeiter wahlberechtigt wurden, in einzelnen Orten Genossen in die Gemeindevertretung zu bringen. Wo nicht derartige direkte Erfolge der Partei zu erzielen waren, kommt der Effekt der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung in Niederlagen der Christlich-Sozialen zum Ausdruck.

Es läßt sich daher bei den letzten Gemeinderathswahlen in Niederösterreich ein allgemeines Zurückdrängen dieser gefährlichsten Volksfeinde beobachten.

Der Bericht der Landesparteivertretung würde unvollkommen sein, wenn wir nicht auch die verschiedenen Strafen und gerichtlichen Verfolgungen erwähnen würden, die sich unsere Genossen vor Allem im Wahlrechtskampf zugezogen haben. Soweit Berichte vorliegen, wurden im Ganzen 5 Jahre, 4 Monate und 11 Tage Haft und 1205·72 Kronen Geldstrafe verhängt. Diese Angaben können aber gewiß auf Vollständigkeit nicht Anspruch erheben. Nachstehend geben wir noch eine Uebersicht über die Kassengebahrung der Landesparteivertretung, welcher wir dann die Spezialberichte der einzelnen Wahlkreise folgen lassen.

Kassebericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An d. Parteivertretung abgeführt	An d. czechische Kreisorganisation in Niederösterr. abgeführt	Dem Frauenreichscomité abgeführt
	Gulden				
1898					
Vom 1. bis 30. 4.	656·05	511·77	85.43	29·62	
„ 1. „ 31./5.	739·46	365·45	125·92	44·34	
„ 1. „ 30./6.	904·57	754·38	512·54	29·94	
„ 1. „ 31./7.	752·50	379·19	68·57	28·71	
„ 1. „ 31./8.	876·95	1,156·74	143·67	87·90	
„ 1. „ 30. 9.	1,344·27	1,487·55	138·70	32·61	
„ 1. „ 31. 10.	1,476·01	1,064·81	103·73	50·19	
„ 1. „ 30. 11.	574·99	1,086·42	57·15	31·15	
„ 1. „ 31./12.	1,007·73	1,153·45	123·78	38·37	
1899					
Vom 1. bis 31. 1.	797·87	829·22	80·34	35·17	
„ 1. „ 28. 2.	1,057·92	1,040·11	101·58	35·26	
„ 1. „ 31./3.	1,010·75	831·79	90·27	40·48	
„ 1. „ 30./4.	1,033·77	763·46	152·12	83·33	
Vom 1./5. „ 30. 6.	2,214·10	2,011·80	122·16	80·14	
Vom 1. „ 31./7.	1,510·10	1,379·—	97·25	33·85	
„ 1. „ 31./8.	1,598·19	634·61	110·71	49·22	
„ 1. „ 30./9.	703·91	547·75	91·05	36·27	
„ 1. „ 31. 10.	2,200·73	1,488·33	111·51	54·96	
„ 1. „ 30./11.	736·48	530·86	77·94	44·71	5.—
„ 1. „ 31./12.	1,283·63	1,092·52	96·47	42·50	10·—
1900					
Vom 1. bis 31./1.	682·15	583·78	73·84	49·23	
„ 1. „ 28./2.	744·93	745·44	63·14	31·76	
„ 1. „ 31. 3.	1,062·79	781·31	81·21	40·21	10·—
„ 1. „ 30. 4.	1,688·04	1,584·73	77·45	47·97	
„ 1. „ 31. 5.	980·11	835·98	58·88	39·25	10·—
Vom 1./5 1898 bis 30./5. 1900	27,638·—	23,640·45	2,845·41	1,117·14	35·—

I. **Wahlkreis** (Wien, I., II. und XX. Bezirk). Die Stärke der Organisation ist in den einzelnen Theilen des Wahlkreises sehr ungleich, da im I. Bezirke, der beinahe ausschließlich von vermögenden Leuten bewohnt ist, natürlich viel schwerer ein Vorwärtskommen der Partei möglich ist als in den von mehr proletarischen Elementen bewohnten Bezirken II. und XX. Dies kommt auch in der Zusammensetzung des Wahlkreisausschusses zum Ausdruck, der nur aus je fünf Delegirten der beiden letztgenannten Bezirke gebildet ist. Nach den eingesandten Berichten bestehen im Wahlkreise 30 Organisationen mit 4982 Mitgliedern. Die Zahl der organisirten Frauen ist nicht zu ermitteln gewesen, der Wahlkreisausschuß hat aber bei jeder Gelegenheit versucht, auch unter den Frauen agitatorisch und organisatorisch zu wirken. Die Zahl der während der Berichtszeit abgehaltenen Versammlungen beträgt 118 Volks-, 1120 Vereins-

und 440 § 2-Versammlungen. Aufgelöst wurden 2, wegen Formfehlern verboten 5 Versammlungen. Die Einnahmen des Wahlkreises betrugen 1898 Kr. 215·72, 1899 Kr. 160·—. Ausgaben und Einnahmen decken sich.

II. **Wahlkreis** (Wien, III., IV., X. und XI. Bezirk). Auch in diesem Wahlkreise kommt die Wahlgeometrie der berüchtigten Badeni-Reform darin zum Ausdruck, daß leistungsfähige, proletarische Bezirke zusammengespannt sind mit von Bourgeois und Aristokraten bewohnten Stadttheilen. Dem Ausbau der politischen Organisation nach Gassen und Häusern wurde in der Berichtszeit die größte Aufmerksamkeit gewidmet, und es funktioniren von den 55 Sektionen des Wahlkreises heute 38 zur Befriedigung. Bei den großen Schwierigkeiten ein nicht zu unterschätzendes Resultat. Bei den Personaleinkommensteuerschätzungskommissionswahlen siegte die Partei im X. und XI. Bezirke. Auch bei den Gemeinderathswahlen gelang es, im X. Bezirke einen Kandidaten, den Gen. Neumann, durchzubringen. Der Wahlkreisausschuß wird aus je zwei Delegirten der vier zum Wahlkreis gehörigen Bezirke gebildet. Außerdem entsendet jeder Bezirk einen Genossen in die Kontrole. Organisationen bestehen im Wahlkreise 70, mit einer Mitgliederzahl von 5322. Darunter sind, soweit ermittelt, 383 Frauen. Nach Bezirken vertheilt, ergibt sich folgendes Bild:

III. Bezirk	23	Organisationen,	1546	Männer,	129	Frauen,	zusammen	1675
IV. „	3	„	165	„	—	„	„	165
X. „	26	„	2400	„	137	„	„	2537
XI. „	18	„	828	„	117	„	„	945

Außerdem existiren im Wahlkreise drei Konsumvereine (III. Bezirk 1300, X. Bezirk 1500 und XI. Bezirk 1833 Mitglieder), im X. Bezirke ein Verein „Arbeiterheim" mit 600 Mitgliedern und im XI. Bezirke eine Heimstättengesellschaft mit 122 Mitgliedern, die alle von Parteigenossen geleitet sind. Die wirkliche Zahl der organisirten Arbeiter kommt übrigens in den obigen Ziffern nicht zum Ausdruck, da in keinem Bezirke des Wahlkreises eine Zentralorganisation ihren Sitz hat und die vielen im Wahlkreise wohnenden Mitglieder von Zentralorganisationen (zum Beispiel Buchdrucker, Hutmacher und dergleichen) daher nicht mitgezählt werden können. Im X. Bezirke hat sich die Nothwendigkeit ergeben, einen Genossen speziell zur Besorgung der Agitations- und Organisationsarbeit anzustellen, und es bewährt sich diese Maßregel auf das Beste. An Versammlungen weist der Bericht 163 Volks-, 3773 Vereins- und 833 § 2-Versammlungen aus. Verboten wurden vier, aufgelöst fünf Versammlungen. Der Kassebericht des Wahlkreises stellt sich wie folgt: Saldo am 1. Juni 1898 Kr. 824·86, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 1403·26, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 1644·12, Saldo am 1. Juli 1899 Kr. 584·—. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 1601·30, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 1539·44, Saldo am 1. Juli 1900 Kr. 645·86.

III. **Wahlkreis** (Wien, V., VI., XII. und XIII. Bezirk). In zwei Bezirken ist ein kräftiges Fortschreiten der Bewegung möglich, während ein Bezirk durch seinen ländlichen Charakter und einer durch den geringen Perzentsatz der proletarischen Bevölkerung dem Vordringen der Partei große Schwierigkeiten bereitet.

Bei den Personaleinkommensteuerschätzungskommissionswahlen siegten die Partei-Genossen im V. Bezirke. Der Wahlkreisausschuß besteht aus je vier Abgeordneten der Bezirke, und außerdem delegirt jeder Bezirk einen Genossen in die Kontrole. Ueber die Gesammtziffer der Organisationen und ihrer Mitglieder können wir leider für den ganzen Wahlkreis keine Angaben machen, weil uns für den V. Bezirk keine genauen Daten berichtet wurden. Für die drei anderen Bezirke stellt sich die Sache wie folgt:

VI. Bezirk	21	Organisationen,	3032	Männer,	125	Frauen,	zusammen	3157
XII. „	14	„	1282	„	36	„	„	1318
XIII. „	11	„	703	„	41	„	„	744

Die Zahl der Versammlungen wird uns mit 83 Volks-, 813 Vereins- und 631 § 2-Versammlungen angegeben. Verboten 6, aufgelöst 5 Versammlungen. Auch diese Angaben sind nicht vollständig, weil mehrere Bezirke nur die rein politischen Versammlungen gezählt haben. Nachstehend der Kassebericht: Saldo am 1. Mai 1898 Kr. 432·71, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 1,226·02, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 722·06. Saldo am 1. Juli 1899 Kr. 936·77. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 1288·77, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 1407·12, Saldo am 1. Juli 1900 Kr. 818·42.

IV. **Wahlkreis** (Wien VII., VIII., IX., XIV. und XV. Bezirk). Der Wahlkreis ist nach der Zusammensetzung der in seinem Gebiete seßhaften Bevölkerung unter den Wiener Wahlkreisen der ungünstigste für unsere Partei. Unter den fünf zu ihm gehörigen Bezirken sind nur zwei, die eine halbwegs ansehnliche Arbeiterbevölkerung aufzuweisen haben. Daher sind auch in keinem Bezirke bei den verschiedenen Wahlen in der Berichtsperiode Erfolge zu verzeichnen gewesen. Nichtsdestoweniger ist auch in diesem Wahlkreise tüchtig für die Stärkung der Parteiorganisation gearbeitet worden, und die Wahlarbeiten haben auf diesem Gebiete besonders anspornend gewirkt. So sind heute im IX. Bezirk allein 326 Gassen- und Häuservertrauensmänner ausgewiesen. Ueber die

Zahl der Organisationen kann leider auch für diesen Wahlkreis nicht zusammenfassend berichtet werden, weil der VII. Bezirk darüber keinen Bericht abgegeben hat. In den anderen Bezirken steht die Sache wie folgt:

VIII. Bezirk:	7	Organisationen,	1490	Männer,	169	Frauen,	zusammen	1659
IX. „	12	„	456	„	21	„	„	477
XIV. „	15	„	2192	„	?	„	„	2192
XV. „	14	„	2584	„	151	„	„	2675

Auch über die abgehaltenen Versammlungen hat der VII. Bezirk nicht berichtet. In den vier anderen Bezirken wurden 107 Volks-, 782 Vereins- und 360 § 2-Versammlungen abgehalten. Am unvollständigsten sind ebenso wie beim III. Wahlkreis hier die Vereinsversammlungen verzeichnet. Ueber die Kassegebahrung des Wahlkreises wird uns berichtet: Einnahmen Kr. 2519.32, Ausgaben Kr. 2111·88, derzeitiger Kassestand Kr. 407·44.

V. **Wahlkreis** (Wien, XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk). Auch der V. Wahlkreis ist ein echtes Produkt Badenischer Wahlgeometrie. An den proletarischen XVI. Bezirk und den verhältnißmäßig günstigen XVII. Bezirk sind die Bezirke XVIII. und XIX. angehängt, von denen insbesondere der letztere große Gebiete mit rein ländlichem Charakter umfaßt. Das Resultat dieser merkwürdigen Mischung kommt auch zum Ausdruck in den Wahlresultaten. Während im XVI. Bezirke bei den Gemeinderathswahlen ein Kandidat unserer Partei, Gen. Schuhmeier, den Sieg davontrug, sahen wir in den Bezirken XVII. bis XIX. stufenweise immer geringer werdende Minoritäten. Auch im Ausbau der politischen Organisation dasselbe Schauspiel: im XVI. Bezirke finden wir eine starke Häuserorganisation, im XIX. Bezirke dagegen nur schwache Anfänge einer solchen. Der Wahlkreisausschuß ist aus je zwei Delegirten der einzelnen Bezirksorganisationen gebildet. Nach den Berichten der Bezirke beträgt die Zahl der Organisationen 51, der organisirten Personen im Ganzen 4904, darunter 164 Frauen. Auf die Bezirke vertheilt sich diese Summe, wie folgend angegeben ist:

XVI. Bezirk:	25	Organisationen,	2913	Männer,	121	Frauen,	zusammen	3034
XVII. „	13	„	1050	„	33	„	„	1083
XVIII. „	7	„	557	„	9	„	„	566
XIX. „	6	„	220	„	1	„	„	221

Versammlungen zählen wir 82 Volks-, 227 Vereins- und 480 § 2-Versammlungen. Hier sind jedoch nur die rein politischen Versammlungen gezählt; über die anderen liegt kein Bericht vor. Ueber die Kassegebahrung des Wahlkreises liegen nachstehende Daten vor: Saldo vom 30. April 1898 Kr. 293·94, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 1850·76, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 890·50, Saldo am 30. Juni 1899 Kr. 1254·20. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 2584·22, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 1529·56, Saldo am 30. Juni 1900 Kr. 2328·86.

VI. **Wahlkreis** (Hauptort St. Pölten). Der Wahltreis ist der größte von Niederösterreich und umfaßt ein Gebiet, das von den Linien Wiens bis zur oberösterreichischen Grenze reicht. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Bedingungen für das Vorwärtskommen unserer Partei sehr verschieden sind. Während wir in Industriegebieten auf schöne Erfolge verweisen können, hängt andererseits die Masse der ländlichen Bevölkerung wie Bleigewicht an uns und läßt einen durchschlagenden Erfolg der Partei im Wahlkreise nicht zu. Das ganze Gebiet ist in 14 Bezirksorganisationen eingetheilt und der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in St. Pölten. Organisationen bestehen 77 mit zusammen 3893 Mitgliedern. Ueber die Zahl der weiblichen Mitglieder liegen genaue Daten nicht vor, doch sind ziemliche Erfolge zu verzeichnen. In drei Orten (St. Pölten, Traisen und Krummnußbaum) bestehen selbstständige Frauensektionen. An Versammlungen wurden 270 Volks-, 828 Vereins- und 1082 § 2-Versammlungen veranstaltet. 7 Volksversammlungen wurden verboten. Ueber die Kassegebahrung des Wahlkreisausschusses gibt der anschließende Bericht Auskunft. Saldo am 30. April 1898 Kr. 83·74, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 805·36, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 668·40, Saldo am 30. Juni 1899 Kr. 138·88. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 623·34, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 649·08, Saldo am 30. Juni 1900 Kr. 112·22.

VII. **Wahlkreis** (Hauptort Krems). Der VII. Wahlkreis ist der für unsere Partei aussichtsloseste in ganz Niederösterreich. Nur in einzelnen wenigen Orten sind Ansätze zur Entwicklung einer selbstständigen Industrie vorhanden, und die Verkehrswege in dem ausgedehnten Bereiche des Wahlkreises sind so elend, daß es nothwendig ist, oft fünf- bis sechsstündige Märsche von der Bahnlinie seitwärts zu machen, um eine kleine Arbeitergruppe aufzufinden. Im sogenannten Waldviertel ist der Vorläufer der kapitalistischen Großindustrie, die furchtbar ganze Familien aussaugende Hausindustrie

zu Hause. Es ist für die Genossen ungeheuer schwer, in die Reihen dieser Aermsten die Idee der Organisation zu tragen, denn wo die ganze Familie bei 14- bis 16stündiger Arbeitszeit fl. 1.50 bis fl. 4.— wöchentlich verdient, da ist für den Organisationsbeitrag wirklich nichts mehr übrig. Der Wahlkreis ist in sechs Bezirksorganisationen eingetheilt und der Sitz des Wahlkreisausschusses ist Gmünd. Soweit ermittelt werden konnte, bestehen im Wahlkreise 13 Organisationen mit zirka 600 männlichen und 20 weiblichen Mitgliedern. Versammlungen haben wir 34 Volks-, 41 Vereins- und 71 § 2-Versammlungen verzeichnet. Verboten wurden zehn, aufgelöst 5 Versammlungen. Die angegebene Zahl ist aber jedenfalls viel zu gering, da der wichtigste Organisationsbezirk, der von Gmünd, keinen Bericht eingesendet hat. In Gmünd wurden bei den Wahlen zur Personaleinkommensteuerschätzungskommission unsere Kandidaten mit Dreiviertelmajorität gewählt. Ueber die Kassegebahrung geben nachstehende Ziffern Aufschluß: Einnahmen vom 1. September 1899 bis 31. Dezember 1899 Kr. 167·92, Ausgaben für dieselbe Zeit Kr. 152·92, Saldo Kr. 15.—. Einnahmen vom 1. Jänner 1900 bis 30. Juni 1900 Kr. 63·67, Ausgaben vom 1. Jänner bis 30. Juni 1900 Kr. 74·67, Defizit Kr. 11·—. Der größte Theil der Agitationskosten in diesem Wahlkreise wird übrigens direkt von der Landesparteivertretung gedeckt.

VIII. **Wahlkreis** (Hauptort Floridsdorf). Der VIII. Wahlkreis hat ebenfalls vorwiegend ländlichen Charakter und es ist daher die Agitationsarbeit sehr schwierig. Trotzdem arbeiten die Parteigenossen von den wenigen Industrieorten aus mit großer Bravour unter der Bevölkerung für die Verbreitung sozialdemokratischer Ideen, und es ist sogar gelungen, unter der rein bäuerlichen Bevölkerung von Haugsdorf eine Organisation zu Stande zu bringen. Die Hauptarbeit leisten die Floridsdorfer Genossen. In Floridsdorf ist auch der Sitz der Leitung des in neun Bezirksorganisationen eingetheilten Wahlkreises. Der Wahlkreis besitzt auch ein eigenes Blatt, das unter dem Titel „Der Volksbote" wöchentlich in einer Auflage von 4000 Exemplaren erscheint und von Jahr zu Jahr an Verbreitung gewinnt. Natürlich kümmert sich um das Wohlergehen des Blattes auch der Staatsanwalt. Von 95 Nummern wurden nicht weniger als 31 konfiszirt. An Gemeindewahlen haben sich die Genossen mehrfach betheiligt. Unter Anderem wurde auch in Stockerau ein Erfolg errungen. Organisationen zählt der Wahlkreis 38 mit 2779 Mitgliedern, davon 170 Frauen. Außerdem bestehen in Floridsdorf und Stockerau Konsumvereine (Floridsdorf 1000 Mitglieder) und in Floridsdorf eine Baugenossenschaft mit 300 Mitgliedern, die ebenfalls von Parteigenossen geleitet werden. Versammlungen wurden 101 Volks-, 371 Vereins- und 367 § 2-Versammlungen gezählt. Verboten wurden drei, aufgelöst zwei Versammlungen. Ueberdies wurde bei zwei Versammlungen die Plakatirung verboten. Der Kassebericht führt Kr. 1026·12 Einnahmen, Kr. 1027·68 Ausgaben an. Davon wurden Kr. 184·48 an die Landeskasse abgeführt. Es ergibt sich also ein Defizit von Kr. 1·56. Dies zeigt aber nicht vielleicht die ganze finanzielle Leistung der Genossen an. So wurden in Floridsdorf für Streiks zirka Kr. 13.000 aufgebracht, davon Kr. 7400 für die Bergarbeiter und für den 14tägigen Streik der Spinnerei Kr. 1600. Die verhältnißmäßig günstigen Erfolge in diesem Wahlkreise sind umso höher anzuschlagen, als er der einzige unter den vier Provinzwahlkreisen Niederösterreichs ist, der noch keinen unabhängigen Agitator besitzt.

IX. **Wahlkreis** (Hauptort Wiener-Neustadt). Im IX. Wahlkreis befinden sich die meisten Industrieanlagen unter den vier Provinzwahlkreisen Niederösterreichs. Es müßte dementsprechend die Bewegung auch am stärksten sein. Der Mangel an agitatorischen Kräften und längere Zeit andauernde innere Zwistigkeiten haben aber die Entfaltung der Parteiorganisation vielfach gehemmt, und erst in letzter Zeit kann von einer regelmäßigen Agitations- und Organisationsthätigkeit die Rede sein. Der Wahlkreis ist in zehn Bezirksorganisationen eingetheilt und Wiener-Neustadt ist der Sitz der Wahlkreisleitung. In dieser ist aber auch jede der neun anderen Bezirksorganisationen durch einen Delegirten vertreten. Auch dieser Wahlkreis hat ein eigenes Organ, die wöchentlich erscheinende „Gleichheit". Die Auflage beträgt 2800 Exemplare. Ueber die Zahl der im Wahlkreise befindlichen Organisationen können wir leider keinen vollkommenen Bericht bringen, weil die Bezirke Triestingthal, Neunkirchen und Mödling keine Angaben darüber gemacht haben. In den sieben anderen Bezirken bestehen 28 Organisationen mit 1658 Mitgliedern, darunter 45 Frauen. Auch über die Menge der abgehaltenen Versammlungen kann kein vollkommener Bericht gebracht werden. Hier sind es wieder die Bezirke Triestingthal, Neunkirchen und Leobersdorf, die ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind. In den anderen Bezirken wurden 110 Volks-, 456 Vereins- und 681 § 2-Versammlungen gezählt. Zwei Versammlungen wurden verboten. Ueber die Kassegebahrung liegt kein Bericht vor, und es kann daher nichts Bestimmtes darüber gesagt werden.

Oberösterreich.

Das Land Oberösterreich umfaßt drei Wahlkreise, deren Berichte wir im Nachstehenden folgen lassen.

I. **oberösterreichischer Wahlkreis (Linz).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Linz. Der Wahlkreis ist in drei Bezirksorganisationen: Linz, Mauthausen und Haslach eingetheilt, die 18 Lokalorganisationen umfassen.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise 3 politische, 12 gewerkschaftliche, 3 Bildungs- 1 Touristen- und 2 Gesangvereine, sowie eine Frauenorganisation mit zusammen 2379 männlichen und über 60 weiblichen Mitgliedern.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 126 Volks-, 222 Vereins- und mehr als 200 § 2-Versammlungen abgehalten.

Als Wahlkreisorgan erscheint die „Wahrheit" in einer Auflage von 3600 Exemplaren wöchentlich in Linz. Außerdem erscheint ein Witzblatt „Linzer Krenzköpferl" zweimal monatlich.

Die politischen Verfolgungen im Wahlkreise beschränkten sich in der Berichtszeit auf zwölf Fälle mit vier Verurtheilungen zu zusammen 36 Kronen Geldstrafe.

An den Gemeindewahlen betheiligten sich die Genossen von Linz, Neufelden und Schwertberg. In Linz erhielt die sozialdemokratische Liste im privilegirten dritten Wahlkörper 230 Stimmen, in Neufelden wurden im dritten Wahlkörper zwei Ersatzmänner durchgebracht und in Schwertberg erreichten die Genossen eine starke Minorität.

Am 1. Mai wurde im Allgemeinen an der Arbeitsruhe festgehalten und hat die Maifeier in den letzten beiden Jahren keinerlei Abbruch gelitten.

II. **oberösterreichischer Wahlkreis (Steyr).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich in Steyr und ist der Wahlkreis in die Bezirksorganisationen Steyr, Weyr, Ischl und Gmunden eingetheilt.

An Organisationen befinden sich, soweit die eingelangten Fragebogen hierüber Aufschluß geben, im Wahlkreise 1 politischer Verein, 7 gewerkschaftliche und 6 Bildungsvereine mit zusammen zirka 600 Mitgliedern. Die wirkliche Mitgliederzahl ist weit höher. So fehlt aus Steyr selbst jeder Bericht darüber.

Was die Agitation betrifft, so wurden in der Berichtszeit 55 Volks-, 137 Vereins- und über 200 § 2-Versammlungen abgehalten. Davon sind 5 verboten und 3 aufgelöst worden.

In einem Falle erfolgte eine gerichtliche Verurtheilung zu Kr. 4·— Geldstrafe. Die große Zahl der Verurtheilungen, die in Steyr anläßlich des Kampfes um das Gemeindewahlrecht erflossen sind, fehlen hier, weil, wie schon erwähnt, aus Steyr kein Bericht vorliegt.

An den Gemeindewahlen haben sich die Genossen in Sierning-Neuzeug betheiligt und von 345 im dritten Wahlkörper abgegebenen Stimmen 61 bis 95 auf ihre Kandidaten vereinigt.

An der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe wurde festgehalten trotz aller Versuche, sie zu unterdrücken.

III. **oberösterreichischer Wahlkreis (Wels).** Der Wahlkreis ist in die Bezirksorganisationen Wels, Schärding, Ried und Böcklabruck eingetheilt.

Bei der mangelhaften Ausfüllung eines einzigen eingesendeten Fragebogens aus dem ganzen Wahlkreise sind wir außer Stande, die Zahl der Organisationen sowie deren Mitglieder hier bekanntzugeben.

Was die Versammlungen anbelangt, so haben, so weit auf dem einzigen Fragebogen ersichtlich, 16 Volks-, 38 Vereins- und mehrere § 2-Versammlungen stattgefunden.

An den Gemeindewahlen haben sich die Genossen von Neumarkt betheiligt und haben auf die sozialdemokratische Liste eine starke Minorität (Zahl der Stimmen unbekannt) vereinigt.

Im Großen und Ganzen läßt die Organisation in diesem Wahlbezirke nicht nur sehr viel, sondern Alles zu wünschen übrig. Ursache: die große Fluktuation unter den Arbeitern infolge der elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Salzburg.

Das Land Salzburg bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die in zehn Agitationsbezirke eingetheilt ist.

Im Wahlkreise bestehen derzeit 1 politischer Verein, 24 Gewerkschafts-, 2 Gesang- und 1 Radfahrerverein.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 105 Volks- neben den regelmäßig stattfindenden Vereinsversammlungen abgehalten.

Als Wahlkreisorgan erscheint die „Salzburger Wacht" wöchentlich in einer Auflage von 1600 Exemplaren. In allen jenen Alpendörfern und -Thälern, wohin wir mit der mündlichen Agitation nur schwer zu dringen vermögen oder oft nur alle Jahre einmal hingekommen sind, besorgt die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen das neugegründete Blatt nun wöchentlich.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so wurde gegen 33 Genossen die Anklage wegen Uebertretung des § 23 V.-G. erhoben und erfolgte in allen Fällen ausnahmslos die Verurtheilung zu je 24 Stunden Arrest, eventuell 10 Kronen Geldstrafe; in einem Falle wegen Verbrechen nach § 65a und Vergehen nach § 302 St.-G. erfolgte ein Freispruch.

An den Gemeindewahlen betheiligten sich in diesem Jahre die Genossen der Stadt Salzburg und sie erhielten im dritten Wahlkörper von 630 abgegebenen Stimmen 200 bis 216.

Die Bewegung im Salzburgischen steigt, wenn auch langsam, so doch stetig. Der Mangel an agitatorischen Kräften macht sich auch hier bitter fühlbar, umsomehr, als die Klerikalen alles daransetzen, dem weiteren Eindringen der sozialdemokratischen Bewegung unter der Bevölkerung Salzburgs alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Schlesien.

Die politische Organisation Schlesiens theilt sich in zwei Wahlkreisorganisationen, von denen der westschlesische Wahlkreis der deutschen, der ostschlesische der tschechischen Parteiexekutive untersteht. Der Sitz des Wahlkreisausschusses für den ersten schlesischen Wahlkreis ist derzeit in Jägerndorf und die Wahlkreisorganisation besteht aus den vier Bezirksorganisationen Jägerndorf, Freudenthal, Freiwaldau und Wigstadtl.

Einen Bericht über den Stand der Organisation sowie über die sonstige Thätigkeit im Wahlkreise können wir hier nicht bringen, da von all' den ausgesendeten Fragebögen nur ein einziger aus dem Orte Markersdorf bei Freudenthal eingelangt ist. Wir konstatiren dies hier zur besseren Kennzeichnung der Vertrauensmänner dieses Wahlkreises in der Hoffnung, daß sie das nächstemal ihre Pflicht besser erfüllen werden.

II. schlesischer Wahlkreis (Teschen), Deutsche Sektion. Der Sitz der deutschen Kreisexekutive befindet sich derzeit in Bielitz. Der Wahlkreis ist in die Bezirksorganisationen Bielitz, Freistadt und Teschen eingetheilt.

Die politische und gewerkschaftliche Organisation ist hier sprachlich nicht gesondert, da dies aus den verschiedensten Gründen bisher unthunlich erschien.

An politischen Verfolgungen waren in der Berichtsperiode fünf Verurtheilungen zu zusammen 96 Tage Arrest und 80 Kronen Geldstrafe zu verzeichnen.

Anläßlich der Gemeindewahlen in Lipnik haben die Genossen den dritten Wahlkörper ganz erobert. Auch bei den Gewerbegerichtswahlen in Bielitz (24. Juni 1900) hat die sozialdemokratische Liste einen vollen Sieg über die mit allen Mitteln arbeitenden Christlich-Sozialen, die bisher die Mandate innehatten, errungen.

Bei der sprachlichen Verschiedenheit im Wahlkreise gestaltet sich die Organisation und Agitation besonders schwierig; dazu kommt noch, daß der größte Theil der Arbeiter außerhalb der in Betracht kommenden Städte domizilirt. Doch geht auch hier trotz alledem die Bewegung vorwärts, trotz aller Maßregelungen und Verfolgungen von Seite der jüdischen Fabrikanten, die im innigsten Bündnisse mit den christlich-sozial sein wollenden Pfarrern sich die Vernichtung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gestellt haben.

Steiermark.

Die vier Wahlkreise Steiermarks bilden eine einheitlich verwaltete Landesorganisation, die in 14 Bezirksorganisationen: Graz, Cilli, Marburg, Bruck a. d. Mur, Kindberg, Mürzzuschlag, Leoben, Rottenmann, Aussee, Knittelfeld, Judenburg, Köflach, Voitsberg und D.-Landsberg eingetheilt ist.

Soweit aus den eingelangten Fragebogen zu ermitteln war, bestehen in Steiermark 4 politische, 60 gewerkschaftliche, ein Bildungs- und ein Arbeiterinnenverein mit zusammen 7726 Mitgliedern. Die wirkliche Zahl der organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen Steiermarks ist weit höher, wie aus dem vorjährigen Berichte zum Brünner Parteitag hervorgeht.

Versammlungen sind in der Berichtszeit in großer Zahl abgehalten worden. Soweit Daten hierüber vorliegen, haben wir 329 Volks-, 722 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen abgehalten. Davon erscheinen sechs verboten und drei aufgelöst. Außer diesen Versammlungen fanden noch eine Reihe von Bezirkskonferenzen statt. Der Hauptheil der Agitation galt der Erringung eines erweiterten Landtags- und Gemeindewahlrechtes.

Als Landesorgane erscheinen der „Arbeiterwille" in einer Auflage von 8000 Exemplaren wöchentlich, sowie die hauptsächlich für die Landagitation berechnete „Neue Botschaft" (Auflage 2500) monatlich in Graz. Durch den Wegfall des Zeitungsstempels wurde der Umfang des „Arbeiterwille" auf 12 Seiten vergrößert. Am 8. Juli d. J. beging der „Arbeiterwille" unter allgemeiner Theilnahme der Parteigenossen die zehnjährige Feier seines Bestandes.

An politischen Verfolgungen hat Steiermark, soweit ermittelt werden konnte, 28 Verurtheilungen zu verzeichnen, die eine Freiheitsstrafe von 4 Jahren, 2 Monaten und 17 Tagen sowie 92 Kronen in Gold zur Folge hatten. In zwei Fällen erfolgten Freisprüche.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen Steiermarks, soweit Berichte hierüber vorliegen, in vier Orten betheiligt. In Graz, der Landeshauptstadt, wurden am 24. November 1899 zwei Genossen im dritten Wahlkörper gewählt. In Knittelfeld wurde mit Hilfe der personaleinkommensteuerpflichtigen Arbeiter am 26. und 27. März 1900 der dritte Wahlkörper erobert. In zwei Orten blieb die sozialdemokratische Liste gegen die koalirten bürgerlichen Gegner in der Minorität.

Die Maifeier verlief in den letzten beiden Jahren, obwohl sie wiederholt Opfer forderte, in gewohnter Weise. An der Arbeitsruhe wird an diesem Tage nach wie vor festgehalten.

Von Bedeutung war auch der von den steiermärkischen Genossen geführte Kampf gegen die verbrecherischen Uebelstände bei der privilegirten Südbahn, zum Schutze der Bediensteten und des fahrenden Publikums, sowie der Kampf der Arbeiterkrankenkassen gegen das Wuchermonopol der Apotheker.

Die Bewegung in Steiermark hat in den letzten beiden Jahren, mit Hilfe des einträchtigen Zusammenwirkens der politischen Organisation und der Landesgewerkschaftskommission, sehr erfreuliche Fortschritte gemacht.

Tirol.

Das Kronland Tirol ist in drei Wahlkreise, zwei deutsche, einen italienischen, eingetheilt. Im Nachstehenden folgt der Bericht über die beiden ersteren.

I. **Tiroler Wahlkreis (Innsbruck).** Der Wahlbezirk ist in fünf Bezirksorganisationen: Innsbruck, Kitzbühel, Kufstein, Landeck und Wörgl eingetheilt. Es bestehen hier fünf politische, dreizehn gewerkschaftliche und fünf Arbeiterbildungsvereine mit zusammen 1691 Mitgliedern. Wie aus den Berichten hervorgeht, sind die sozialdemokratischen Organisationen in die schwärzesten Winkel dieses ganz von der Kutte beherrschten Landes vorgedrungen.

An Versammlungen wurden in der Berichtszeit 32 Volks-, 39 Vereins- und mehr als 100 § 2-Versammlungen abgehalten, davon sind drei verboten worden.

Als Landes- und Wahlkreisorgan erscheint die „Volkszeitung" in Innsbruck wöchentlich in einer Auflage von 2200 Exemplaren und unterstützt mit die Agitation in jenen Alpendörfern, wo es bisher unmöglich war, hinzukommen. Außerdem werden noch eine große Zahl außerhalb des Landes erscheinende Blätter mit Hilfe der Uebertretung des § 23 P.-G. abgesetzt.

An politischen Verfolgungen haben wir sechs Preßprozesse, drei Uebertretungen des § 23 P.-G. und zwei wegen § 3 V.-G. zu verzeichnen, die mit vier Verurtheilungen von zusammen drei Tagen Arrest und 506 Kronen Geldstrafe ihre Sühne fanden.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen im Orte Kirchbichl betheiligt, wobei die Gegner ein Mandat an die Sozialdemokraten verloren.

Die Bewegung nahm in der Berichtszeit sowohl in politischer als auch gewerkschaftlicher Beziehung einen erfreulichen Aufschwung. Beweis dafür der erhöhte Absatz

von Parteiblättern, der immer zahlreichere Besuch bei den Versammlungen sowie die geradezu großartige Betheiligung an der Maifeier und den übrigen Aktionen.

II. **Tiroler Wahlkreis (Bozen).** Der Wahlbezirk ist in drei Agitationsbezirke: Bozen, Lienz und Meran, eingetheilt und ist der Sitz des Wahlkreisausschusses in Bozen.

An Organisationen bestehen im Wahlkreise drei politische, acht zehn gewerkschaftliche und zwei Bildungsvereine mit zusammen 1060 Mitgliedern.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 31 Volks-, 129 Vereins- und eine große Zahl § 2-Versammlungen abgehalten.

An politischen Verfolgungen hatten wir zwei Fälle wegen Uebertretung des § 23 P.-G. zu verzeichnen, wo in einem Falle eine Geldstrafe von vier Kronen verhängt wurde, im zweiten Falle ein Freispruch erfolgte.

Soweit durch die eingelangten Berichte zu ermitteln war, betheiligten sich die Genossen bloß in Lienz an den Gemeindewahlen, wobei sie einen ganz respektablen Erfolg errangen.

Durch die Gemischtsprachigkeit des Wahlkreises (deutsch und italienisch) wird die Organisations- und Agitationsarbeit sehr erschwert. Dessenungeachtet ist ein stetiger Fortschritt zu verzeichnen.

Vorarlberg.

Das Land bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die sich von der Landesorganisation Tirol getrennt und selbstständig gemacht hat. Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Rankweil. Die Wahlkreisorganisation gliedert sich in die drei Bezirksorganisationen: Bregenz, Dornbirn und Rankweil.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise zwei politische, siebzehn gewerkschaftliche und vier Bildungsvereine mit zusammen 1148 Mitgliedern.

Versammlungen wurden in der Berichtszeit abgehalten: 54 Volks-, 555 Vereins- und mehr als 100 § 2-Versammlungen.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so erfolgten, soweit aus den vorhandenen Fragebogen zu ersehen war, acht Verurtheilungen mit zusammen sieben Tagen Arrest und 24 Kronen Geldstrafe.

Obwohl im Wahlkreise eine ziemlich stark entwickelte Industrie, hauptsächlich in der Textilbranche, vorhanden ist, läßt die gewerkschaftliche und politische Organisation noch recht viel zu wünschen übrig. Wohl sind in letzter Zeit Besserungen in dieser Beziehung zu verzeichnen, und wir lassen als Hauptgrund dieser mißlichen Organisationsverhältnisse recht gerne die totale Verpfaffung des größten Theiles der Bevölkerung im Wahlkreise gelten.

Erster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 1/4 10 Uhr.)

Popp (Wien) eröffnet den Parteitag mit folgender Ansprache: Sehr werthe Parteigenossen! Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs haben sich heute hier zusammengefunden, um einen Rückblick zu werfen auf die Thätigkeit der letzten zwei Jahre und sich neue Wege vorzuzeichnen, auf denen die österreichische Sozialdemokratie vorwärts schreiten kann. Während aber wir es ermöglichen, daß unsere Organisationen, mit unseren Brüdern der anderen Nationen geeinigt, in unausgesetzter agitatorischer Thätigkeit sich stets weiter entwickeln, steht in Oesterreich das politische Leben still. Seit Jahren ist die Gesetzgebung zum Stillstand gebracht, und die Völker Oesterreichs, die in wirthschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung so nothwendig Reformen benöthigen, müssen warten, bis die Herren, die heute zur Gesetzgebung berufen sind, ihre nationalen Streitigkeiten ausgefochten haben. Die Regierung ist zu einer That ohnmächtig, sie vermag es nicht, die streitenden Völker zu versöhnen, und diese selbst wissen nichts Anderes zu thun, als darum zu streiten, ob die Stellen, die in dem einen oder anderen Lande zu vergeben sind, an die Söhne der deutschen oder tschechischen Bourgeoisie vergeben werden sollen. Die Sozialdemokratie hingegen hat die Aufgabe, dagegen energisch vorzugehen, und es wird gerade auf diesem Parteitage nöthig sein, gegen die Reaktion, gegen den heute herrschenden Absolutismus entschiedenen Protest einzulegen. Es liegen heute Nachrichten vor, die Regierung denke daran, das Parlament aufzulösen. Der Parteitag wird Stellung zu nehmen haben, welche Aktion im Falle der Ausschreibung der Wahlen einzuleiten ist.

Sie werden mit Ernst und Würde an Ihre Aufgabe und deren Erledigung gehen und Ihre Beschlüsse zum Besten der Partei fassen. In diesem Sinne begrüße ich Sie, werthe Parteigenossen, und erkläre den zweiten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

In das **Bureau** des Parteitags werden einstimmig gewählt zu Vorsitzenden: Popp (Wien) und Drößler (Graz), zu Schriftführern: Winarsky (Wien) und Dr. Czech (Brünn).

Abgeordneter **Resel:** Genossen und Genossinnen! Als Reichsrathsabgeordneter und Gemeinderath dieser Stadt wurde mir die ehrenvolle Aufgabe zu theil, Sie hier herzlich willkommen zu heißen. Der erste deutsche Parteitag in Linz hat unsere Stadt als Ort der zweiten Tagung bestimmt, nicht deshalb, weil Graz schier tonangebend ist in dem Alles zersetzenden und verwirrenden nationalen Kampfe, sondern weil Sie sich an dem Orte zu ernsten fruchtbaren Berathungen versammeln wollten, an dem der unermüdliche Fleiß, der hingebende Eifer und der anerkennenswerthe Opfermuth der Arbeiterschaft unsere Partei Siege erringen ließ, wie selten anderswo. (Beifall).

Sie werden hier in Graz ruhig und ungestört von politischen Bureaukraten und vormärzlichen Polizisten tagen. Es wird Ihnen gegenüber von allen Schichten der Grazer Bevölkerung die Gastfreundschaft gewahrt werden. Von der unduld-

samen Niedertracht, die der Grundzug der in Wien herrschenden Partei ist, werden Sie unbehelligt bleiben, obwohl in Graz nicht weniger scharf gekämpft wird als anderswo, obwohl es auch hier nicht an Leuten fehlt, deren Thaten sich würdig denen der Wiener Christlich-Socialen anreihen. Ich meine da die jüngst erfolgten Lehrermaßregelungen durch den steierischen Landesschulrath (Entrüstungsrufe). In der weitaus größeren Mehrheit der Bevölkerung aber, bei den geraden offenen Steirern und Grazern, finden solche Thaten keinen Beifall, sondern nur Verurtheilung. Das ist mit ein Verdienst unserer Partei, der Grazer Arbeiterschaft (Bravo, Bravo), deren einziges und höchstes Streben es bisher immer war, im Kampfe für die Rechte des Proletariats, für die Freiheit gegen Niedertracht und Unterdrückung im vordersten Treffen zu stehen.

Namens dieser Bevölkerung, namens dieser Arbeiterschaft heiße ich Sie aufs Herzlichste willkommen und wünsche Ihren Arbeiten den besten Erfolg zum Nutz und Frommen der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Die deutsche Bruderpartei, mit der wir Oesterreicher immer Hand in Hand gehen, und auf deren Unterstützung wir jederzeit rechnen können, hat zu unserem Parteitage die beiden Genossen Georg von Vollmar aus München und Martin Segitz aus Nürnberg delegirt. Ich begrüße die beiden Genossen herzlich und ertheile dem Genossen Vollmar das Wort.

Vollmar (deutscher Parteivorstand): Parteigenossen! Es ist meinem Freunde Segitz und mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das Herzlichste zu begrüßen. (Beifall.) Die Gefühle, mit welchen wir diesen Auftrag übernommen haben und ausführten, sind leider nicht bloß Gefühle der Freude, hier unter Ihnen erscheinen zu können, sie sind gemischt mit Gefühlen tiefer Trauer. Dem Mann, der ursprünglich dazu bestimmt war, hieherzukommen, haben wir vor wenigen Wochen das Geleite auf jenem Gang gegeben, von welchem es keine Wiederkehr gibt. (Die Versammlung erhebt sich.) Die Feuerseele unseres Liebknecht ist entschwunden, sein beredter Mund ist verstummt, aber sein Andenken wird bleiben. Wir werden immer auf ihn sehen als auf einen Altmeister unserer Partei, nicht nur der deutschen, sondern der Sozialdemokratie aller Länder. (Zustimmung.) Es wird in uns immer wachbleiben die Erinnerung an seinen unermüdlichen Kampfesmuth, an eine Opferwilligkeit ohnegleichen und an eine Siegeszuversicht, die wir Alle nachzuahmen uns bestreben sollen.

Parteigenossen! Das politische und wirthschaftliche Ziel, welches wir anstreben, ist ja ein und dasselbe, das Sie anstreben; nur die einzelnen Wege zu seiner Erreichung sind naturgemäß infolge der verschiedenen politischen und wirthschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder verschiedene. Gerade darum aber können und sollen wir von einander lernen. Der Kampf, den wir in Deutschland zu kämpfen haben, ist wahrhaftig kein leichter. Wir müssen nicht nur trachten, das soziale Problem zu lösen, die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen vor Allem auf wirthschaftlichem Gebiet zu beseitigen; wir haben es in Deutschland leider auch mit einer Reihe von Erscheinungen zu thun, die dort noch stärker hervortreten als bei Ihnen. Ich weise hier vor Allem auf die sehr deutlichen Ansätze eines persönlichen Regiments hin, auf die Gewalt- und Abenteuerpolitik, die bei uns immer mehr überhandnimmt, auf das Junkerthum, das vielleicht in keinem Lande so stark ist wie bei uns. Freilich, Sie in Oesterreich haben es doch noch schlechter. Sie haben Kämpfe auszufechten, von denen wir uns fast keine Vorstellung machen können. Es war auf dem Pariser Kongreß, als sich der edle Wettstreit unter den Nationen entspann, welche von ihnen das schlechtere Bügerthum habe. Unser Freund Adler hat damals behauptet, das österreichische Bürgerthum sei doch das allerschlechteste. Wiewohl ich nicht geneigt bin, das Bürgerthum in Deutschland in Schutz zu nehmen, so muß ich doch sagen, daß, wenn eines noch korrupter und heruntergekommener ist als das unsrige, so ist es wahrscheinlich das Ihrige. Hiezu kommen noch die Nationalitätenkämpfe bei Ihnen. Wir in Deutschland haben es, obzwar es auch bei uns nichtdeutsche Bevölkerung gibt, deren Zahl gar nicht so gering ist, doch immerhin mit einem homogenen nationalen Ganzen zu thun, und da kämpft man in durchaus anderer Weise. Die Nationalitätenfrage

in Oesterreich birgt nach meiner Meinung noch eine Reihe ungelöster Räthsel in sich, und ich muß sagen, ich bewundere Diejenigen, die so frischen Muthes an die Lösung dieser Frage herangetreten sind, wie Sie es gethan haben. Wir, die Genossen in Deutschland, haben nur den einen Wunsch, daß es Ihnen gelingen möge, auf diesem Gebiete noch weitere Erfolge zu verzeichnen. Unsere besten Wünsche begleiten Sie auf diesem Wege.

Von ganz besonderem Interesse für die Sozialdemokratie in Deutschland ist der Punkt Ihrer Tagesordnung, welcher die Landagitation betrifft. Diese Frage ist bis jetzt innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu wenig beachtet worden, und doch ist dies eine Frage, die, wenn wir unser Ziel, die Eroberung der politischen Macht, erreichen wollen, gelöst werden muß, denn gegen die Landbevölkerung ist ein Erobern oder doch ein Festhalten der politischen Macht vollständig unmöglich. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir bloß mit Analogieschlüssen von den Zuständen in der Industrie auf die Zustände in der Landwirthschaft, daß wir mit theoretischen Formeln, die im Vorhinein aufgestellt werden, zu einem ersprießlichen Resultat nicht gelangen können. Auf dem Parteitag in Frankfurt im Jahre 1893 hat man einen Anlauf genommen, dieser Frage näher zu treten. Es wurde ein großer Ausschuß niedergesetzt, in dem auch ganz leidlich gearbeitet worden ist. Allein der folgende Parteitag in Breslau hat keineswegs jene Uebereinstimmung der Meinungen in der Partei bezüglich dieser Frage ergeben, die unbedingt nothwendig ist, um zu einem ersprießlichen Resultat zu gelangen. Es mag dies wohl zum großen Theil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß die einzelnen Theile Deutschlands in Bezug auf die Landwirthschaft die denkbar größten Verschiedenheiten aufweisen. Wir haben eine — wenn ich sagen darf — junkerliche Großproduktion; wir haben Mittelbetrieb und kleinen und allerkleinsten Betrieb. Wir hoffen, daß die Verhandlungen, welche Sie über diese Frage pflegen werden, auch für uns in Deutschland von Vortheil sein werden, und insbesonders für mich, einen Bayer, der in einem Lande lebt, wo die landwirthschaftlichen Verhältnisse jenen in den österreichischen Alpenländern sehr ähnlich sind, werden diese Verhandlungen von ganz außerordentlichem Interesse sein.

In diesem Sinne überbringe ich Ihnen die herzlichsten und brüderlichsten Grüße der deutschen Sozialdemokratie, die der österreichischen Sozialdemokratie immer am nächsten gewesen ist und sich mit ihr eins weiß. Wir wünschen Ihren Berathungen im Interesse unserer gemeinsamen Sache den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Parteigenossen! Wir haben noch eine Pflicht der Pietät zu erfüllen und unseres Gen. Liebknecht zu gedenken, der vor einigen Wochen aus unserer Mitte gerissen wurde. Liebknecht hat nicht nur der deutschen Sozialdemokratie angehört, er ist gerade uns sehr nahe gestanden, weil er es war, der im Jahre 1869 mitgewirkt hat, die österreichische Sozialdemokratie in die richtigen Bahnen zu lenken. Wir können ihn mit Recht einen der Unseren nennen; und gerade deshalb ist sein Tod den österreichischen Genossen so nahe gegangen. Wir haben uns gelobt, gleich ihm unerschüttert im Kampfe zu stehen. Liebknecht wird uns stets als Vorbild eines echten Kämpfers und Revolutionärs vor Augen schweben.

Ich begrüße nunmehr die tschechischen Genossen Krapka und Nemec.

Krapka (tschechische Parteivertretung): Parteigenossen! In Oesterreich wird gegenwärtig in einer Weise gewirthschaftet, wie es wohl in keinem anderen Staate möglich ist. Die Bourgeoisie hat sich als unfähig erwiesen, die Schäden, an denen Oesterreich leidet, zu beseitigen. Sie kann nichts thun, weil sie nicht einmal ihre eigenen Interessen zu vertreten vermag. Ich hoffe, daß der Parteitag die nothwendigen Schritte thun wird, und daß sich zeigen wird, daß wenigstens die Sozialdemokratie nicht gesonnen ist, zu alledem, was in Oesterreich geschieht, zu schweigen. Der Parteitag muß der Oeffentlichkeit klar machen, daß es so nicht weiter gehen darf, und daß, wenn auch alle schweigen, doch wir nicht schweigen. In diesem Sinne wünschen wir Euren Arbeiten den besten Erfolg und versichern im Namen der tschechischen Organisation, daß wir Alles, was Ihr unternehmen werdet, mit aller unserer Kraft unterstützen werden, weil wir wissen, daß Ihr

nicht nur zum Vortheil der deutschen Arbeiter, sondern auch im Interesse der tschechischen wie der Arbeiter aller Nationen wirket. (Beifall.)

Auf Antrag des Vorsitzenden wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung en bloc angenommen.

Die von der Parteivertretung provisorisch festgesetzte Tagesordnung wird mit Umstellung der Punkte 3 und 5 genehmigt.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Antrag des Genossen Klingsbögl, VIII. Bezirk, zu Punkt 2b (Parteitaktik) zurückgezogen wurde, und schlägt vor daß der zu demselben Punkte gestellte Antrag der Bezirksorganisation Wien VII bei Punkt 6 (Gemeindewahlrecht) behandelt werde. (Angenommen.)

Die Berathungszeit wird von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags festgesetzt.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Meizr (Wien), Schlinger (Floridsdorf), Ressel (Grottau), Hanusch (Sternberg) und Schenk (Voitsberg).

Skaret (Wien): Da bezüglich der Wahl der Parteivertretung in der Regel eine längere Vorbesprechung stattfindet, wäre es angezeigt, daß die Wahl der Wahlkommission für die Parteivertretung gleich jetzt vorgenommen werde. Ich beantrage daher:

„Behufs Vornahme der Wahl der Parteivertretung wählt der Parteitag eine sechsgliedrige Wahlkommission, die dem Parteitag Vorschläge zu machen hat. In die Wahlkommission wollen die Genossen von Wien und Niederösterreich je einen, Böhmen einen, Mähren und Schlesien einen, Steiermark und Kärnten einen und Oberösterreich, Tirol und Salzburg einen Genossen wählen."

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf Wunsch des Genossen David soll die Wahl der Kommission in der Nachmittagssitzung vorgenommen werden.

Nach Verlesung der Präsenzliste wird konstatirt, daß 106 Delegirte anwesend sind.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen, und zwar zu Punkt 1:

Bericht der Parteivertretung.

Berichterstatter **Skaret:** Werther Parteitag! Ich will hier nicht wiederholen, was in dem gedruckten Berichte der Parteivertretung bereits aufgenommen ist, und zunächst nur jene Dinge berühren, welche die internen Parteigeschäfte zum Gegenstande haben. Das Verhältniß der deutschen Sozialdemokratie zu den anderen nationalen Gruppen wurde weder in Fragen der Organisation noch in Fragen der Taktik bisher irgendwie getrübt. Bei allen Fragen, die ein gemeinsames Vorgehen erheischt haben, wurde gegenseitig Fühlung gesucht und stets im besten Einvernehmen und in vollständiger Harmonie vorgegangen, trotz der Selbstständigkeit der einzelnen nationalen Exekutiven. (Beifall.) Durch die Theilung in die verschiedenen nationalen Gruppen wurde ein besserer Ausbau der Organisation möglich, und sowohl die deutsche als auch die anderen nationalen Gruppen haben auf dem Gebiete der Organisation bedeutende Fortschritte gemacht. Was die Gegner als nationale Spaltung innerhalb unserer Partei ausgegeben haben, hat sich nur zum Vortheil der Partei bewährt; durch die Theilung sind wir stärker und in vielen Fragen auch einiger geworden, als wir es vor der Theilung gewesen sind. Wir können jetzt unsere Kraft weit mehr konzentriren, als es vorher bei der Gemischtsprachigkeit unserer Partei der Fall war, dadurch, daß wir als deutsche Exekutive eben nur die deutschen Gebiete zu bearbeiten haben.

Die Organisation hat in den beiden letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, was allerdings aus den Berichtsbogen nicht vollständig ersichtlich ist. Früher sendeten wir die Fragebogen an die Wahlkreisvertrauensmänner, von denen wir jedoch nur mangelhafte Auskünfte erhielten. Ich glaubte deshalb für diesen Parteitag eine spezielle Berichterstattung einführen zu müssen, dahingehend, daß die Lokalorganisationen über die in ihrem Bereiche befindlichen Organisationen Bericht zu erstatten haben. Aber auch hier haben wir unangenehme Erfahrungen gemacht

und uns in der Voraussetzung, dadurch ein richtiges Bild zu bekommen, getäuscht. Wenn die Genossen bezüglich der Berichterstattung zu dem Linzer und Brünner Parteitag auf die Fragebogen nichts Anderes daraufgeschrieben haben als: „Ueber die Zahl der Organisationen und ihrer Mitglieder und über die Zahl der abgehaltenen Versammlungen können wir einen Aufschluß nicht geben", bezüglich alles Anderen, meinte ich, daß die Wahlkreisvertrauensmänner, die Vertrauensmänner der Lokalorganisation gewissenhafter arbeiten werden, was aber nicht eingetreten ist. Ich bitte daher, die Zahl der Organisationen und der in denselben eingereihten Mitglieder als durchaus weit unter dem thatsächlichen Stande zu betrachten, weil nur eine ganz verschwindend kleine Anzahl von Bezirksorganisationen die Fragebogen ausgefüllt rücksendete und auch deren Ausfüllung viel zu wünschen übrig ließ. Daraus scheint hervorzugehen, daß das Vertrauensmännersystem in der Provinz großentheils nur auf dem Papiere steht oder daß es im entscheidenden Moment versagt. Wir werden uns bei dem Punkte „Parteiorganisation" mit dieser Frage des Näheren befassen müssen. Wenn in der Agitation Fortschritte gemacht wurden, so ist dies auf Rechnung der in den letzten Jahren unabhängig gemachten Agitatoren und Vertrauensmänner zu setzen. Wollen wir die Organisation halten, so müssen wir in den einzelnen Bezirksorganisationen, zum Theil auch für ganze Wahlkreise, solche unabhängige Agitatoren anstellen, die zum Theil aus den Mitteln der Parteivertretung, zum Theil aus denen des Wahlkreises oder der Landesorganisation erhalten werden, damit diese Genossen die ganze agitatorische und organisatorische Arbeit übernehmen als freie, unabhängige, der Sache nützliche Arbeiter. Die Durchführung dieses Vertrauensmännersystems hat sich sehr bewährt, und würden wir nur wünschen, daß mit derartigen Anstellungen in weit größerem Ausmaße vorgegangen werden könnte, als das bisher der Fall war. Wenn die Parteivertretung nicht allen Gesuchen um Anstellung oder Subventionirung von Vertrauensmännern stattgeben konnte, so ist das nicht ihre Schuld, sondern einzig und allein nur dem Mangel an Mitteln zuzuschreiben. Wenn diese vorhanden sind, sind wir zur Unterstützung derartiger Vertrauensmänner gerne bereit.

Was die Agitation in den letzten Jahren betrifft, so haben wir einen heißen Kampf gegen das meineidige und verbrecherische Ministerium Thun geführt und Demonstrationen veranstaltet gegen die seinerzeitige Erhöhung der Zuckersteuer auf Grund des § 14, die leider auch Opfer gekostet haben. Wenn auch die Demonstrationen manchmal von deutschnationaler Seite ausgegangen sind, so waren es stets Arbeiter, wie in Grastitz, die von den mörderischen Gewehren der Gendarmen niedergeschossen wurden. Es waren Männer aus unseren Reihen, deren wir heute am Parteitage ehrend gedenken. Ein weiterer Kampf wurde von uns gegen den Zeitungs- und Kalenderstempel geführt, der endlich den gewünschten Erfolg gehabt hat. Im November 1899 sollte der Zeitungs- und Kalenderstempel durch beinahe einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses aufgehoben werden. Das Herrenhaus aber suchte knapp vor der Vertagung des Parlaments die Sache durch Zuweisung an die Budgetkommission zu verschleppen, so daß uns nichts übrig blieb, als innerhalb zweier Tage in der „Arbeiter-Zeitung" und in Versammlungen in Wien in der energischesten Weise aufzutreten, um gegen diese Verschleppung die schärfste Stellung zu nehmen. Diesen Demonstrationen, diesem unvorbereitet raschen und energischen Vorstoß der Sozialdemokratie haben wir es zu danken, daß sich das Herrenhaus in seiner nächsten Sitzung dazu bequemen mußte, das Gesetz betreffend die Aufhebung des Zeitungsstempels anzunehmen.

Wir haben im letzten Jahre 3648 Volks- und 17.945 Vereinsversammlungen abgehalten; es war uns möglich, in Gebietstheile einzudringen, wo wir bis nun keinen Eingang gefunden hatten, wie beispielsweise in Salzburg, Tirol und einer Reihe von ostböhmischen Städten, z. B. des Trautenauer Wahlkreises. Durch das Fallen des Zeitungsstempels hat unsere Presse ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Abgesehen davon, daß in den letzten drei Jahren sechs politische Blätter neu entstanden sind, wurde auch die Auflage der erscheinenden Blätter ganz bedeutend erhöht. Während wir im Jahre 1898 blos neun Wochenblätter hatten, haben wir im Jahre 1900 bereits 17 Wochenblätter. Die gewerkschaftlichen Blätter haben sich um drei vermehrt und erscheinen nunmehr größtentheils statt zweimal

monatlich dreimal, zum Theile auch wöchentlich. Ueber die Auflage unserer gesammten Presse kann ich Ihnen infolge der unverläßlichen Berichterstattung der Organisationen ein genaues Bild nicht geben. Sicher ist aber, daß die Zahl der in Oesterreich wöchentlich von uns verbreiteten politischen Blätter weit über 100.000 hinausreicht. (Beifall.) Gegen die Parteipresse wurde der Vorwurf erhoben, daß die Sozialdemokraten wohl gegen die geistige Steuer des Zeitungsstempels Stellung genommen haben, diese Steuer jedoch jetzt nach dem Fallen des Stempels nach wie vor von ihren Abnehmern einheben. Bezüglich der „Arbeiter-Zeitung" ist dieser Vorwurf vollständig unrichtig; sie hat den Kreuzer nicht selbst eingesteckt, ihn vielmehr ihren Abonnenten im vollen Umfange zugeführt. Zunächst wurde der Abonnementspreis um ein bedeutendes herabgesetzt und zwar das Wochenabonnement von 30 Kreuzer auf 25 und das Monatsabonnement von fl. 1.30 auf 1.10. Die weitere Ersparung von zwei bezw. 10 Kreuzern wurde den Lesern durch die Vergrößerung des Umfanges des Blattes von acht auf zehn Seiten und durch Ausgestaltung des Feuilletons zugeführt, so daß die Aufhebung des Stempels durchaus keinen Gewinn für die Partei und die „Arbeiter-Zeitung" bedeutet, sondern ausschließlich den Abnehmern des Blattes zu Gute kommt. Auch in der abgelaufenen Periode hatten wir uns über allzu wohlwollende Behandlung seitens der Behörden und Staatsanwaltschaften nicht zu beklagen. Die Berichte über die Konfiskationen und politischen Verfolgungen sind zwar höchst mangelhaft; trotzdem geht daraus hervor, daß wir nicht weniger als 29 Jahre, 1 Monat und 6½ Tage Freiheitsstrafen zu erdulden und 3621 Kronen 72 Heller Geldstrafen zu leisten hatten.

Die Größe dieser Freiheitsstrafe ist hauptsächlich auf den Zusammenstoß der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen in Saaz zurückzuführen, welcher 25 Genossen, davon 16 verheirateten, zusammen über elf Jahre schweren Kerkers eingetragen hat. Unsere Versammlungen wurden wiederholt von Nationalen und Christlich-Socialen mit Hilfe bezahlter Handlanger gesprengt. Unsere Genossen wurden oft mit Messern auf der Straße angefallen oder bedroht. Die Gegner wußten sich aber immer aus der Schlinge zu ziehen — die Sozialdemokraten waren immer die Karnikel, die angefangen haben. Die Deutschnationalen stehen genau auf demselben reaktionären und feigen Standpunkte wie die Christlich-Socialen und Klerikalen, sie fürchten sich genau so vor den Arbeitern, bestellen sich Gendarmen zum Schutze, und die Nationalen waren es auch in Saaz, welche die Attaque auf die Einlaß begehrenden Arbeiter machten, die ihre Meinung gegenüber den verleumderischen Beschimpfungen eines Franko Stein zum Ausdrucke bringen wollten. Da ist es nur selbstverständlich, daß man zurückhaut, wenn man angegriffen wird, und es ist mehr als Justizmord, wenn man diese Leute, die im Vordertreffen standen und nicht zurückkonnten, weil von rückwärts nachgedrängt wurde, zu so unerhörten Kerkerstrafen verurtheilte. (Zustimmung.) Ich richte heute den Appell an Sie, sich dafür einzusetzen, daß die Familien dieser unschuldig im Kerker lebenden Genossen nicht darben müssen, vielmehr seitens der Parteigenossen thatkräftigste Unterstützung finden.

Durch die Einführung der Parteisteuer haben die Geschäfte des Parteisekretariats in so kolossaler Weise zugenommen, daß wir im letzten Jahre bemüßigt waren, für das Sekretariat eine Hilfskraft anzustellen, um allen Wünschen der Genossen Rechnung tragen zu können. Trotzdem konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden.

Die Nachfrage nach gewissen beliebten Rednern war häufig in solchem Maße gekommen, daß es nicht möglich gewesen wäre, allen diesen Wünschen zu entsprechen, auch wenn wir die betreffenden Genossen in zehnfacher Auflage zur Verfügung gehabt hätten. Ich bitte Sie, bezüglich der Referenten sich nicht immer nur auf einzelne bestimmte Personen zu steifen, sondern uns die Entscheidung zu überlassen, welche Genossen für dieses oder jenes Kronland geeignet sind. Es würde dadurch manch unnöthiger Briefwechsel und manche Meinungsverschiedenheit vermieden werden. Ueber die Frauenbewegung liegt Ihnen ein kurzer, aber hübscher Bericht vor. Wenn das Frauen-Reichscomité sich in Oesterreich so schlecht und recht durchwindet, so ist dies ein Produkt unserer österreichischen Verhältnisse.

Was wir bisher an Frauenbewegung haben, besteht hauptsächlich nur in den Sektionen der gewerkschaftlichen Organisationen. Ich halte auch diese Art der Organisation für die einzig richtige.

Wenn die verheirateten Genossinnen großentheils nicht in der Organisation stehen, so ist das insofern kein Unglück, als nur dort ein Fortschritt zu verzeichnen ist, wo sich die Bewegung auf die industriellen Arbeiterinnen stützt, während jene Organisationen, in welchen die verheirateten Frauen — die Frauen von Genossen — in die Organisation einbezogen wurden, eben so schnell verschwunden sind, wie sie gekommen. Der Fortschritt in der Frauenbewegung kann sich also nur auf eine tüchtige gewerkschaftliche Organisation derselben stützen.

Ich bitte Sie auch in Zukunft um Ihre Unterstützung und zwar nicht nur in organisatorischer und agitatorischer, sondern auch in materieller Beziehung. Trachten Sie die Parteisteuer auch wirklich durchzuführen, die es uns ermöglichen wird, die unabhängigen Kräfte zum Ausbaue unserer Organisation anzustellen. Wenn Sie uns in dieser Hinsicht unterstützen werden, so werden wir am nächsten Parteitage bedeutend größere Fortschritte als heute konstatiren können und die Beschwerden wegen Nichtanstellung oder Nichtsubventionirung von Vertrauensmännern werden verstummen. Ich bitte den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet Dr. **Ellenbogen:** Mein Bericht wird, wie jedes Jahr, auch heuer kurz sein, denn in Bezug auf die Kassen sind weniger die Worte als die Ziffern maßgebend. Der Bericht hat gezeigt, daß sich das Institut der Parteisteuer vollständig bewährt, ja unsere Erwartungen sogar noch übertroffen hat. Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß die alte österreichische Schlamperei auch bei einer großen Anzahl unserer Organisationen noch immer unausrottbar ist. Ich brauche wohl nicht Namen zu nennen, sondern verweise blos auf die tabellarische Uebersicht, welche auf Seite 20 des Berichtes beginnt; die Genossen, die es angeht, werden sich schon selbst beim Kravattel nehmen. Ein anderer beklagenswerther Uebelstand liegt auch darin, dass einzelne Organisationen sich immer einige Monate mit dem Zahlen Zeit lassen, dann verschwinden sie uns plötzlich vollständig aus den Augen, so daß wir einen polizeilichen Recherchirapparat nöthig hätten, um sie zu finden, natürlich abgesehen von der Pfändungskommission, die wir dann auch noch brauchten. (Heiterkeit.) Von den 90.000 organisirten deutschen Genossen zahlen nur 50.000 die Parteisteuer, so daß also nahezu 50 Perzent ihrer Pflicht untreu werden. Ich hoffe aber, daß das im kommenden Jahre auch anders werden wird. In Anbetracht der günstigen Ergebnisse der Parteisteuer beantragt die Parteivertretung, daß die Abgaben der einzelnen Landesorganisationen an die Parteivertretung, die schon bisher recht schwach einliefen, nunmehr offiziell aufgehoben werden. Durch die ständige und sichere Einnahme durch die Parteisteuer waren wir diesmal auch in weit besserem Maße in der Lage, die schwächeren Punkte mit Agitatoren zu besetzen und die Agitationskosten zu besorgen. (Beifall.)

Für die Kontrole berichtet Dr. **Czech:** Die Parteikontrole hat während der Berichtsperiode wiederholt die gesammte Kassengebahrung geprüft und konnte sich stets von der durchaus korrekten Verwaltung sämmtlicher Parteifonds überzeugen. Mit Rücksicht darauf wird der Antrag gestellt, der Parteivertretung und dem Parteikassier das Absolutorium zu ertheilen.

Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der Antrag der Parteivertretung:

„Die bisherigen finanziellen Abgaben der Landesausschüsse an die Parteivertretung haben fortan zu entfallen"

wird einstimmig angenommen und zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Parlamentarische Thätigkeit.

Berichterstatter **Rieger:** Werthe Parteigenossen! Der Auftrag, über die Thätigkeit des Verbandes zu referiren, wäre mir sehr angenehm, wenn wir wirklich in der Lage gewesen wären, eine umfangreiche Thätigkeit zu entwickeln. Der Pflichtenkreis der sozialdemokratischen Abgeordneten ist ja ein sehr weiter. Die Tribüne des Parlaments soll in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes

gestellt werden, und im Jahre 1897 sind wir thatsächlich mit dem festen Entschluß in das Parlament eingetreten, dieses zu fruchtbringender Thätigkeit für das Proletariat zu zwingen. Allerdings, übertriebene Vorstellungen von dem, was wir dem Parlament für die Arbeiterklasse werden abringen können, haben wir uns nicht gemacht. Denn von einem Parlament, in dem zum überwiegenden Theil die Feudalen und Klerikalen sowie die Vertreter des großen und kleinen Kapitals den Ton angeben, und das gewohnt gewesen ist, nach jener Musik zu tanzen, die auf der Regierungsbank gepfiffen wird, von einem solchen Parlament hat die Arbeiterklasse sehr wenig zu erhoffen. Es gibt vielleicht kein zweites Parlament, in dem, gestützt auf ungeheuerliche Privilegien, einerseits die geschworenen Feinde des Proletariats, andererseits eine geradezu unglaubliche Borniertheit so übermächtig vertreten sind. Dieses redselige politische Kleinkrämerthum, das vor Grafenkronen und Bischofsmützen in Ehrfurcht erstirbt, ist natürlich großer Gedanken nicht fähig und steht selbst einer vernünftigen bürgerlichen Klassenpolitik verständnißlos gegenüber. Sonst hätte ja die Vertretung der bürgerlichen Klassen das Joch der Feudalen und Klerikalen längst abschütteln müssen. So aber sehen wir diese Sorte bürgerlicher Vertreter sehr erfreut darüber, wenn sie hochmüthigen Junkern den Steigbügel halten darf und zum Dank dafür im Kampfe gegen die Arbeiterklasse die Unterstützung der Junker erhält.

Das österreichische Abgeordnetenhaus bot vor dem Jahre 1897 nach seiner Zusammensetzung, nach seiner Auffassung von Recht und Pflicht und nach der Behandlung der großen Fragen der Zeit das getreue Spiegelbild jener verrotteten und faulen Zustände, welche in dem Staat, in dem wir unglücklicherweise zu leben gezwungen sind, bestehen.

Die Badenische Wahlreform hat den parlamentarischen Sumpfboden nicht urbar gemacht; war sie doch bestimmt, Alles beim Alten zu belassen, die Arbeiterschaft auch in Zukunft im Parlament zur Ohnmacht zu verurtheilen und vornehmlich Garantien zu schaffen, daß für jeden Versuch, moderne freiheitliche, dem Polizeistock und dem Krummstab feindliche Reformen durchzuführen, das Parlament selbst das größte Hinderniß bleibe. Immerhin konnten wir hoffen, denn doch einige Konzessionen für die Arbeiterschaft herausschlagen zu können, und Niemand hätte damals gedacht, daß wir nach drei Jahren sozusagen mit leeren Händen vor den Parteitag würden treten müssen. Der Punkt, über den wir heute zu reden haben, sollte eigentlich heißen: *Bericht über die erzwungene Unthätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes.* Rascher als wir ahnen konnten, hat sich die Unfähigkeit dieses unechten, heuchlerischen Parlamentarismus ergeben. Der Tod sitzt diesem Privilegienparlament so fest im Genick, daß es ihm unrettbar verfallen ist. Es wird die Lähmung, von der es seit mehr als drei Jahren befallen ist, wohl nicht mehr überwinden. Es ist möglich, daß es in diesem Augenblick bereits ausgerungen hat, es ist auch möglich, daß der Kampf noch einige Zeit dauert, aber darum ist es doch nur ein Todeskampf, aus dem kein frisches Leben mehr ersteht. Auf die Ursachen dieser Parlamentslähmung hier näher einzugehen, ist nicht meine Aufgabe. Wie wir darüber denken, ist bereits mit voller Klarheit und Schärfe auf den früheren Parteitagen ausgesprochen worden, und es kann uns Niemand den Vorwurf machen, daß wir uns an der nationalen Frage stumm und scheu vorbeigedrückt hätten und aus diesen Wirren keinen Ausweg wüßten. Ich verweise da insbesondere auf die Resolution, welche hinsichtlich dieser Frage am Brünner Parteitage beschlossen wurde.

Meine Aufgabe besteht hauptsächlich darin, die Linien zu zeichnen, in welchen sich seit dem Linzer Parteitag die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes bewegt hat.

Sie dürfen glauben, diese Linien im Parlament selbst nach allen Seiten abzustecken, war in den oft sehr verworrenen Situationen dieses tollgewordenen Parlaments nicht immer leicht. Der sozialdemokratische Verband konnte freilich eine umfangreiche Thätigkeit nicht entwickeln. Die Parlamentslähmung hat auch ihn gehindert, so zu funktioniren, wie er unter normalen parlamentarischen Verhältnissen hätte funktioniren wollen und funktioniren müssen. In der Hauptsache mußten wir uns darauf beschränken, scharf zu beobachten, um im gegebenen Moment

mit kräftigen Geißelhieben ein System zu züchtigen, das sich konstitutionell nennt, das aber nur ein Aneinanderschluß zahlloser Verfassungsbrüche ist.

Zu herber Kritik bot das Regime des Grafen Thun häufig genug Gelegenheit. Der böhmische Feudaljunker setzte den Willen seiner Klasse, ohne Parlament zu regieren, in die That um, indem er ausgiebiger als seine Vorgänger es gethan, den § 14 in Bewegung setzte. Wir waren im Juni 1898 kaum vom Linzer Parteitag ins Parlament zurückgekehrt, als dieses schon wieder vertagt wurde. Die schwierigsten Materien, wie der Ausgleich mit Ungarn, sollten auf dem bequemen Wege der Nothverordnungen aus dem Wege geschafft werden. Die Regierung des Grafen Thun und seine Majorität bauten so fest auf die Obstruktion, daß sie durch das Aufgeben derselben in das ärgste Gedränge kommen mußten. Die katholische Volkspartei und auch die Jungtschechen haben mit größter Besorgniß dem Augenblick entgegengesehen, in welchem in die erste Lesung über den Ausgleich mit Ungarn eingetreten würde, denn stimmten sie für den Ausgleich, wie er von Badeni-Bilinski ausgearbeitet und von Thun übernommen worden war, so retteten sie dadurch die Regierung vor dem Sturze, aber sie brachten sich selbst in die Gefahr, bei den nächsten Wahlen von ihren Wählern gestürzt zu werden. Stimmten sie dagegen, so wäre der Ausgleich begraben gewesen, mit ihm aber auch die Regierung des Grafen Thun. Der sozialdemokratische Verband hat es daher als seine Aufgabe betrachtet, der Regierung sowie der Majorität das Spiel zu verderben, und wenn im Herbst 1898 das Parlament in die erste Lesung des Ausgleichs eingetreten ist und die deutschbürgerlichen Parteien mit ihrer blöd- und wahnsinnigen Obstruktion — wahnsinnig, weil sie ja die Regierung zu ihrer Existenz brauchte — aussetzten und die erste Lesung des Ausgleichs ermöglichten, so war das nicht in letzter Linie das Verdienst des Sozialdemokratischen Verbandes. Je deutlicher es in die Erscheinung trat, daß Graf Thun seine Herrschaft auf den § 14 stützen wolle, desto dringender wurde es, diesen § 14 den Händen der Regierung zu entwinden. Wenige Stunden vor der Vertagung des Hauses setzten wir mit einer Aktion gegen den § 14 ein, indem wir verlangten, es möge unser Dringlichkeitsantrag wegen Beseitigung des § 14 in Verhandlung gezogen werden. Wir haben uns damals redlich Mühe gegeben, das Gewissen dieses Parlaments zu schärfen und es zu einem geharnischten Protest gegen seine Vergewaltigung zu veranlassen. Und steckte in diesen Parteien nur halbwegs ein Sinn für Ehre, so hätten sie sich vereinigen müssen, um den Herren auf der Ministerbank eine derbe Lektion zu ertheilen. Was wir mit unserem Antrag erreichen wollten, eine feierliche Verwahrung des Parlaments gegen den Absolutismus, wäre, wenn die Leute nur gewollt hätten, das Werk einer Stunde gewesen. Daß unser Antrag nicht angenommen wurde, ist eine der größten Schändungen dieses Hauses. Damals war es wohl klar, daß das österreichische Abgeordnetenhaus aufgehört hat, ein Parlament zu sein.

Daß das Parlament auch dann, wenn es sozusagen arbeitsfähig ist, kein Hort für die bürgerlichen Freiheiten ist, brauche ich wohl Ihnen gegenüber nicht zu beweisen. Ich erinnere nur an die Sitzung, in welcher über unseren Ministeranklageantrag wegen Verhängung des Ausnahmszustandes in Galizien verhandelt und abgestimmt wurde. Es sind im Laufe der drei letzten Jahre sehr viele Ministeranklagen eingebracht worden, und man kann mit Recht darüber im Zweifel sein, ob alle bürgerlichen Antragsteller es auch ernst gemeint haben. In einem oder zwei westgalizischen Bezirken hatten antisemitische Exzesse stattgefunden, und das wurde von der Regierung zum Anlaß genommen, über mehr als 30 galizische Bezirke den Ausnahmszustand zu verhängen. Gegen unsere polnischen Genossen, die bestimmt an diesen Exzessen unschuldig waren, wurde eine wüste Verfolgung eingeleitet. Einige Millionen Menschen wurden außer Recht gestellt, die polnische Schlachta hat es verlangt, und die Regierung gehorchte. So haben zum Beispiel die Jungtschechen deswegen, weil Graf Thun die Sprachenverordnungen aufrechterhielt, keinen Anstoß daran genommen, daß am polnischen Volk ein ungeheurer Raub an den Volksrechten begangen wurde. Die ehemaligen Verfechter des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes haben mit den reaktionären Parteien der Rechten unsere Ministeranklage zu Fall gebracht. Daß wir da eine Niederlage

erlitten, hat nicht uns geschadet, sondern Denjenigen, die sie herbeigeführt haben. (Zustimmung.) Hat die Regierung in dieser Sache einen Sieg errungen, so haben wir in einer anderen Sache der Regierung nicht nur eine, sondern sogar zwei Niederlagen bereitet. Das war der Fall bei der Verhandlung über das Staatsdienergesetz. Wir haben gegen den Willen der Regierung einige Verbesserungsanträge durchgesetzt. Unter diesen befand sich einer, bezüglich dessen der „volksfreundliche" Finanzminister Kaizl erklärte, er werde, im Falle dieser Antrag angenommen würde, die Vorlage nicht der Sanktion unterbreiten. Die Regierung wollte ein sogenanntes Lagergesetz schaffen, welches sie gegenüber dem Parlamente als Revolver gebrauchen wollte. Die Drohungen des Dr. Kaizl haben damals nicht verfangen. Unser Antrag, daß das Staatsdienergesetz vom 1. Februar 1899 an in Kraft zu treten habe, wurde mit einer allerdings sehr kleinen Majorität angenommen. Die Vorlage kam, nachdem das Herrenhaus sie in ihrer ursprünglichen Fassung wieder hergestellt hatte, im Jänner 1899 wieder ins Abgeordnetenhaus, und nun erlebte die Regierung bei demselben Antrage ihre zweite Niederlage. Am 31. Jänner 1899 bereiteten wir ihr im Parlament eine Niederlage, und am 1. Februar erfuhr das Parlament, daß es vertagt sei. Also nicht die Regierung ging, sondern das Parlament mußte gehen.

Es folgte dann die lange, parlamentslose Zeit bis 18. Oktober 1899. Die Regierung war froh, des Parlaments ledig zu sein. Das Budgetprovisorium, das Rekrutenkontingent und alle Ausgleichsvorlagen bis auf zwei wurden, wie es offiziell heißt, im Wege des § 14 geregelt. Ich verweise hier auf die Erhöhung der Zuckersteuer, welche die sonst beobachtete fürchterliche Gleichgiltigkeit der Bevölkerung gegenüber der Handhabung des § 14 jäh unterbrach und einen Sturm der Entrüstung zeitigte, der freilich für unsere Partei mit vielen und schweren Opfern verbunden war. Als im Herbst 1899 das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, war es uns zu unserem Schmerze nicht mehr vergönnt, das Ministerium Thun „begrüßen" zu können. Die Drohung, daß auch die Wahl der Delegationen in den Bereich der Obstruktion einbezogen werden solle, genügte, um in den oberen Regionen einen „Stimmungswechsel" herbeizuführen. An Stelle der deutschen Obstruktion trat, wie vorauszusehen war — die Obstruktion der Jungtschechen.

Wir sind es gewohnt, uns immer von den Grundsätzen der Gerechtigkeit leiten zu lassen. Darum will ich nicht unerwähnt lassen, daß wir unter Clary einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen haben. Dieser besteht in der Aufhebung des Zeitungsstempels.

Unvergessen muß es für die Sozialdemokratie bleiben, daß auch die deutschbürgerlichen Parteien, als wir unter Thun die Verhandlung der Vorlage urgirten und die deutschbürgerlichen Parteien aufforderten, sie mögen wenigstens für eine Stunde die Obstruktion ausschalten, dieses Verlangen höhnisch und brutal zurückgewiesen haben. (Pfuirufe.) Daß der Zeitungsstempel gefallen ist, ist ein Verdienst der österreichischen Sozialdemokratie.

Dann kamen die antisemitischen Exzesse in Holleschau und Wsetin. Es ist dort auf Menschen geschossen worden, um einige Fensterscheiben zu schützen. Welche Haltung der Verband in dieser Angelegenheit eingenommen hat, ist Ihnen bekannt. Wir sind mit den chauvinistischen, pfäffisch-antisemitischen und ministeriellen Urhebern dieser Exzesse scharf ins Gericht gegangen.

Gelegentlich des Streiks der Textilarbeiter in Zwickau und Jägerndorf, der ja geführt wurde, um den Zehnstundentag zu erringen, sind wir mit der Sozialpolitik der Schönerianer, die es bekanntlich sehr eilig haben, auf den Arbeiterfang auszugehen, sehr strenge ins Gericht gegangen. Das Resultat der Debatte war der Beschluß, es seien nach Zwickau und Jägerndorf geeignete Schiedsrichter zu entsenden, welche den Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern beenden sollen. Weniger konnte wohl seitens des Parlaments nicht mehr geschehen.

Auch unter der Regierung des Grafen Clary haben wir eine Aktion gegen den § 14 unternommen, indem wir beantragten, der § 14 möge aus der Verfassung vollständig eliminirt werden. Unser Antrag wäre auch angenommen worden, wenn uns nicht die Christlich-Sozialen in der niederträchtigsten Weise in den Rücken

gefallen wären. Die Deutschvolklichen stellten bekanntlich den Antrag, der § 14 sei bloß umzuändern, und Dr. Lueger ertheilte seiner Partei den Befehl, gegen unseren Antrag zu stimmen. Die Regierung des Grafen Clary fiel, sie starb an ihrer relativen Anständigkeit. Herr v. Wittek erhielt nun den Auftrag, das Ueberweisungsgesetz und das Budgetprovisorium mit dem § 14 zu perfektioniren. Nachdem er diesen Auftrag pünktlich vollzogen hatte, hatte er die Stirne, im Kabinet Körber als Eisenbahnminister zu erscheinen. Es ergibt sich da die Frage, was schlechter und verächtlicher ist: ein Minister, der an die Spitze einer Regierung tritt, um die Verfassung zu brechen, oder ein Parlament, das einen solchen Minister freispricht?

Auch bei der Abstimmung über die Anklage gegen Wittek ertheilte Dr. Lueger seiner Sippe den Auftrag, gegen den Antrag zu stimmen, da er ja mit Herrn v. Wittek wegen der Wiener Wahlreform einen Pakt geschlossen hatte. Diese Flucht möchte ich als die Kapitulation des Bürgerthums vor dem § 14-Absolutismus bezeichnen.

Nach Herrn v. Wittek kam Dr. Körber. Er brillirte mit einem Programm, von dem behauptet wurde, daß es glänzend sei. Herr v. Körber hat sich bemüht, die Deutschen und Tschechen einander näher zu bringen, um dem Parlamente neues Leben einzublasen. Er hat Verständigungskonferenzen einberufen, die aber mit einem Fiasko geendet haben. Herr v. Körber war also weder durch sein schönes Programm, noch durch die Verständigungskonferenzen, noch durch das Sprachengesetz im Stande, den parlamentarischen Apparat wieder in Gang zu bringen. Am schmerzlichsten werden diese Unfruchtbarkeit des österreichischen Parlaments wohl die österreichischen Bergarbeiter empfunden haben. Als das Parlament am 22. Februar zusammentrat, zeigte sich das mächtige Wetterleuchten des Bergarbeiterausstandes. Hunderttausende Grubensklaven hungerten mit ihren Familien seit Wochen. Dieser Kampf gegen die übermächtigen Ausbeuter wurde von der gesammten Welt mit Bewunderung und Beweisen der wärmsten Sympathie verfolgt. Es war ein Ausstand, wie wir ihn in Oesterreich vorher nie gehabt haben. Einige Hunderttausend Menschen setzten ihre Hoffnung auf das österreichische Parlament, und nicht nur die Bergarbeiter, sondern einige Millionen Menschen gaben sich der Illusion hin, das Parlament werde angesichts dieses Riesenkampfes doch für kurze Zeit in dem nationalen Kampfe einhalten, um den Bergarbeitern zu helfen. Das war aber eine arge Täuschung. Es hat damals drei Faktoren gegeben, welche das Elend der Bergarbeiter völlig kalt ließ: die österreichischen Grubenmillionäre, die österreichische Regierung und das österreichische Parlament. Es ist zwar im Parlament über den Streik gesprochen und verhandelt worden, und wir haben dabei Gelegenheit erhalten, unseren alten Dringlichkeitsantrag, der die Einführung der Achtstundenschicht beim Bergbau fordert, begründen zu können. Es erhielten auch der Deutschliberale Ritter v. Demel und der Christlich-Soziale Steiner Gelegenheit, ihr Gift gegen die Bergarbeiter zu verspritzen und die Sozialdemokraten zu beschimpfen, und es erhielt auch der Ackerbauminister Giovanelli Gelegenheit, zu beweisen, daß er ein würdiger Nachfolger des Grafen Falkenhayn sei. Zu den denkwürdigsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses gehört unstreitig jene, in der die vom Ackerbauminister blamirte Regierung vor dem Ansturm des sozialdemokratischen Verbandes die Flucht ergreifen und die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß im sozialpolitischen Ausschuß ein Gesetzentwurf angenommen wurde, der die Neunstundenschicht beim Bergbau — allerdings nur für die Arbeiter unter Tags — festsetzt, und daß auch die Regierung mit einer ähnlichen Vorlage brillirte.

Alle diese schönen Absichten wurden durch den in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 1900 gewaltsam erzwungenen Schluß der Session vorläufig wieder eingesargt und begraben.

Wenn das Parlament nur gewollt hätte, es hätte den österreichischen Bergarbeitern in einer einzigen Stunde geholfen werden können. (Sehr richtig!)

Als in der Nacht vor dem 9. Juni das Parlament unter Pauken und Trompeten und jungtschechischen Kneipliedern geschlossen wurde, hatte Herr v. Körber bereits das Rekrutenkontingent und die Wahl der Delegation in Sicherheit

gebracht. Die ehemaligen tschechischen Demokraten haben dadurch dem Militarismus ihre Reverenz erwiesen, daß sie sowohl die Wahl der Delegation als auch das Rekrutenkontingent von der Obstruktion ausschalteten. Nachdem Herr v. Körber diese Dinge in der Tasche hatte, war die jungtschechische Obstruktion allerdings nicht mehr zu bändigen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Daß wir in jeder Session unsere bekannten sozialpolitischen Gesetzentwürfe, wie ich sie auf früheren Parteitagen aufgezählt habe, aufs Neue eingebracht haben, ist selbstverständlich. Die Hoffnung, daß sie zur Verhandlung kommen werden, hatten wir nicht, aber sie sind als eine Demonstration gegen den wahnwitzigen nationalen Chauvinismus aufzufassen, sie zeigen, welche großen Aufgaben einer gewissenhaften Volksvertretung in Oesterreich noch harren. Zu diesen Anträgen ist noch ein neuer hinzugekommen, welcher die Reform der Gewerbeinspektion bezweckt. Daß wir von dem Interpellationsrecht den ausgiebigsten Gebrauch gemacht haben und machen mußten, ist ebenfalls bekannt.

Mehr als wir in diesem vom Chauvinismus zerfressenen Parlament gethan haben, konnten wir nicht thun, und wenn wir vielleicht in dem einen oder anderen Punkte gefehlt haben, so bitte ich Sie, das Eine zu bedenken, daß auch eine sozialdemokratische Fraktion nicht unfehlbar ist.

Es sehnt sich keiner von den sozialdemokratischen Abgeordneten in dieses Parlament zurück, und wenn heute Gerüchte im Umlauf sind, das Parlament werde aufgelöst, so müßte ich, wenn ich noch gläubig wäre, auf die Knie sinken und dem lieben Herrgott dafür danken. Man steigt wirklich nicht gern in einen Morast hinein. Wenn uns in der jetzigen Situation etwas tröstet, so ist es die Ueberzeugung, daß mit diesem Parlamentarismus eine Brutstätte der politischen Verwahrlosung zu Ende geht. Eine große Schande liegt im Sterben, ein raffinirt ausgeklügeltes volksfeindliches System bricht elend zusammen. Was in den nächsten Tagen kommen wird, das, Genossen, wissen wir nicht. Aber was kommen muß, um diesen grenlichen österreichischen Augiasstall zu reinigen, das wissen wir. Mit kleinen Mitteln, mit Kurpfuscherei wird man diesmal nicht vorwärts kommen. Dazu ist die Sachlage denn doch zu ernst. Sollte man es wieder mit diesen kleinen Mitteln versuchen, so wird man bald die Erfahrung machen, daß das reine Zeitverschwendung war.

Ich will nicht prophezeien, was kommen wird. Das Prophezeien ist in solchen Zeiten eine schwierige Aufgabe, und sie zu lösen, überlasse ich dem Dr. Adler. (Heiterkeit.) Nicht mit einer Prophezeiung, sondern mit einer Mahnung möge mein Referat ausklingen: Rüsten wir uns, damit uns jede Situation schlagfertig finde und damit ein großer Moment in uns kein kleines Geschlecht finde. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Smreka (Wien) stellt folgenden Antrag:

1. Der Parteitag fordert den sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses auf, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach bezüglich der Verbindung politischer Vereine untereinander kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht.

Dieser Antrag wird dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Die Sitzung wird um ½1 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung

(Beginn der Sitzung ½3 Uhr.)

Vorsitzender: **Popp.**

Nach Verlesung der Präsenzliste stellt Skaret den Antrag, dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses für sein bisheriges Wirken daselbst das volle Vertrauen auszusprechen. (Beifall.)

Wird einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter **Meizr** (Wien): Angemeldet zum Parteitage waren 107 Genossen. Acht sind abwesend, es verbleiben somit 99 Theilnehmer, und zwar: 95 stimmberechtigte und vier mit berathender Stimme. Da die einzelnen Mandate — einige von ihnen allerdings etwas verspätet — beigebracht und bis auf den Umstand, daß einzelne Mandate mit Stampiglien von politischen Vereinen versehen waren und nicht immer genau ersichtlich ist, von welchen Organisationen sie ausgestellt sind, in Ordnung befunden wurden, so stellt die Mandatsprüfungskommission den Antrag, sämmtliche Mandate anzuerkennen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Witzmann (Wien) überreicht folgenden Antrag:

2. Der Parteitag beschließt die Absendung folgenden Telegramms an die „Westböhmische Volkszeitung" in Saaz:

„Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßt die unschuldig eingekerkerten Opfer deutschnationaler Niedertracht in Saaz."

Der Parteitag leitet sofort eine Sammlung zu Gunsten der Familien der Saazer Inhaftirten ein.

Wird einstimmig angenommen.

Es wird hierauf zu Punkt 2 b)

Parteitaktik

übergegangen.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

3. Antrag der Bezirksorganisation Wien II:

Nachdem die Arbeiterklasse in Oesterreich mit durch und durch korrupten volks- sowie bildungsfeindlichen bürgerlichen Parteien, die das Proletariat bei jeder Gelegenheit verrathen und beschimpfen, zu kämpfen hat, beschließt der Parteitag: Bündnisse, Kompromisse ꝛc. dürfen mit bürgerlichen Parteien nicht geschlossen werden.

4. Antrag Heller, Gröbner, Bauer (Wien):

Die Vorgänge der letzten drei Jahre und der nunmehr eingestandene Bankerott des Privilegienparlaments haben weit über die Kreise der sozialdemokratischen Partei hinaus die Ueberzeugung von dem Widersinn und der Unhaltbarkeit des Privilegienwahlrechts geweckt, in welchem alles politische Elend wurzelt, das heute auf Oesterreich lastet. In Erwägung dessen hält der Parteitag den Zeitpunkt für eine mächtige, sich über das ganze Reich erstreckende Agitation gegen den Volksbetrug der fünften Kurie und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für gekommen und beauftragt die Parteivertretung, sofort an die Organisation dieses Kampfes zu gehen.

5. Antrag Anfobsky (Wien):

Zusatz zum Antrag Heller:

— um mit demselben den Kampf für das allgemeine Wahlrecht sofort und mit aller Macht einsetzen zu können, wenn Neuwahlen ausgeschrieben werden.

6. Antrag Dr. Czech (Wien):

Zum Antrage Heller wird an Stelle des Zusatzes Anfobsky folgender Zusatz beantragt:

Sollte die Partei in nächster Zeit vor die Auflösung des Parlaments und vor Neuwahlen gestellt werden, so ist die beantragte Aktion auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Selbstverständlich hat auch in diesem Falle die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahrecht in den Vordergrund des Wahlkampfes zu treten.

7. Antrag Pölzer (Wien):

Der Parteitag beschließt, die Parteivertretung wird aufgefordert, nach dem Parteitag sofort eine Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzuleiten und mit derselben Schärfe wie vor dem Jahre 1897 zu führen.

8. Antrag Bentel (Aussig):

Im letzten Satze des Antrages Heller ist das Wörtchen sofort zu eliminiren.

9. Antrag Petersilka (Wien):

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich in Gemeinschaft mit den Exekutiven der anderen Nationalitäten, im ganzen Reiche Versammlungen zum Zwecke der Aufklärung des Volkes über die schädlichen Wirkungen der chauvinistisch-nationalen Hetze und der damit verbundenen Verhinderung der parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten für die dringend nothwendigen wirthschaftlichen Forderungen des gesammten werkthätigen Volkes abzuhalten. Die Parteivertretung wird weiters beauftragt, zu geeigneter Zeit die nothwendige Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht im ganzen Reiche zu organisiren.

10. Antrag Adelheid Popp und Therese Schlesinger (Wien):

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, bei informatorischen Zuschriften an die Organisationen darauf hinzuweisen, daß bei allen größeren Aktionen der Partei in Versammlungen, Zeitungsartikeln 2c. 2c. die politische Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere das Wahlrecht der Frauen für alle Vertretungskörper, gefordert und begründet werde.

Berichterstatter Dr. **Adler:** Genossen und Genossinnen! Die wahrhaft vorzüglichen Ausführungen des Referenten Genossen Rieger über die Geschichte der letzten Jahre in Oesterreich haben uns den Eindruck, unter dem wir zum Parteitage gekommen sind, nur intensiver zum Bewußtsein bringen können, den Eindruck nämlich, daß wir in einem Lande wirken müssen, wo schon politisch zu leben eine große, schwere Arbeit ist. Rieger hat Ihnen den Todeskampf des heutigen altgewordenen Oesterreich und seines Parlaments geschildert. Er hat zum Schluß die Freundlichkeit gehabt, für die ich mich bei ihm sehr bedanke, mir die Aufgabe zuzuweisen, daß ich die Zukunft prophezeien soll. (Heiterkeit.) Er hat das Prophezeien für ein höchst undankbares Geschäft bezeichnet; ich halte das für ein so schlechtes Geschäft, daß ich entschlossen bin, nicht darauf einzugehen. Der Parteitag hat vor allem die Pflicht, eine andere Seite der Frage ins Auge zu fassen: er hat die noch schwerere Aufgabe, die Interessen der Arbeiterschaft innerhalb dieser schwierigen Situation zu vertreten. Die Sozialdemokratie kann mit Stolz darauf verweisen, daß während der Zeit der unglaublichsten Zerrüttung dieses Staates die Organisation und die politische Erziehung der Arbeiterschaft nicht stillgestanden, sondern ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Wir haben gewißt die Aufgabe, das politische Gewicht der Arbeiterschaft in die Wagschale zu werfen, aber wie soll man das in Oesterreich machen, wenn uns der Feind, den wir fassen wollen, zwischen den Fingern zerrinnt, wo wir flehen, daß er doch lebensfähig wird. Politisch viel zu erreichen war uns in den letzten Jahren nicht vergönnt, aber wir hatten viel zu thun, um das Proletariat von der Ansteckung durch den österreichischen Marasmus, die österreichische Fäulniß, freizuhalten. Wir haben während dieser ganzen Zeit schwere Mühe gehabt, jene Stimmung der Verzweiflung und der absoluten Wurstigkeit, unter der alle Klassen Oesterreichs heute leiden, von der Arbeiterschaft fernzuhalten, und wenn die Arbeiterschaft hoffnungsvoll in die Zukunft sieht, so geschieht dies allerdings nicht, indem sie hinauf, sondern, indem sie hinunter sieht. Wir können natürlich in diesem Reiche der allgemeinen Unvernunft nicht allein Vernünftiges machen, aber unsere Stimmung, die aussichtslos und verzweifelt ist, wenn wir an die Herrschenden denken, wird eine hoffnungsreiche, sobald wir uns den Boden ansehen, auf dem wir fußen, sobald wir sehen, was im Proletariat selbst geschieht. Wir halten den Herrschenden den Spiegel vor, wir sprechen aus, was ist, wir stellen ihnen unverhüllt die Schwierigkeiten vor Augen, unter denen wir leben, und suchen ihnen den Weg zu zeigen, der zu gehen ist. Wenn er nicht gegangen wird, so konzentriren wir unsere ganze Kraft darauf, die Arbeiterschaft zur Vernunft zu erziehen durch die gewerkschaftliche Organisation. Sie hat während der ganzen Zeit des politischen Krebsganges in Oesterreich sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Wenn Sie an die Zeit vor 1897 denken und sich vor Augen führen, wie durch diese Wahlen für die arbeitende Klasse neuer jungfräulicher Boden aufgerissen wurde, welch enormer Zuwachs an politischem Terrain für die Sozialdemokratie

aus diesen Wahlen hervorgegangen ist, so werden Sie zugeben, daß wir genug zu thun hatten, um den damals aufgepflügten Boden nun auch in Cultur zu nehmen. Wir haben auf diesem Gebiete große Erfolge aufzuweisen, trotz der Schmutzkonkurrenz verschiedener bürgerlicher Parteien, die unterstützt wurde durch unser verlogenes und blödsinniges Wahlrecht, das den bürgerlichen Parteien gestattet, neben der egoistischen Pflege ihrer eigenen Klasseninteressen noch nebenbei eine Karikatur von Arbeiterfreundlichkeit, eine arbeiterfreundliche Scheinpolitik zu pflegen. Die Taktik der Partei spricht sich nicht nur im Parlament aus, sie hat sich auch bei jenen großen Unternehmungen der österreichischen Arbeiterschaft gezeigt, die nicht blos gewerkschaftlicher Natur sind, sondern die ganze politische Organisation der Sozialdemokratie in Anspruch genommen haben: Ich meine den Kampf der Textilarbeiter und den Kampf der Bergarbeiter.

Es ist schwer, unter den heutigen Umständen taktische Grundsätze für die Zukunft zu erörtern. Wir wissen im Moment nicht, was der nächste Tag bringen wird, und es ist ein eigenthümliches Schicksal unserer Parteitage, daß sie gewöhnlich in so kritische Zeiten fallen. Genosse Rieger sagt, es kann uns nicht einfallen, den bürgerlichen Parteien in den Arm zu fallen, wenn sie i h r Parlament zerstören wollen. Gewiß, aber gleichgiltig ist uns darum weder das Schicksal des Parlaments noch dieses Staates. Die österreichische Arbeiterschaft verträgt den Zerfall und das Aufhören Oesterreichs sehr gut, ich möchte sogar sagen, sie vertrage sogar den Fortbestand Oesterreichs; was sie aber nicht verträgt, ist das ewige Schwanken zwischen Leben und Sterben, dieses Nichtsterbenwollen und Nichtlebenkönnen, diese Unmöglichkeit, auch nur den geringsten wirthschaftlichen und politischen Fortschritt zu machen. Die Geschichte der letzten drei Jahre hat uns gelehrt, daß Oesterreich mit diesem Parlament nicht leben kann. Wenn Sie nun die bürgerlichen Parteien um ihr Programm und ihre Taktik fragen, so erhalten Sie die Antwort: Oesterreich muß deutsch sein, die andern sagen, Oesterreich muß slavisch sein, und es gibt auch Leute, die behaupten, Oesterreich muß österreichisch sein; aber die können sich darunter nichts vorstellen.

An der Schwierigkeit, daß Deutsche und Slaven in diesem Reiche nebeneinander existiren sollen, wird immer herumgeredet, sie wird mit Phrasen verkleidet und verhüllt, aber sie ernsthaft zu lösen, dazu machen die bürgerlichen Parteien auch nicht den geringsten Versuch. Wir sind weit davon entfernt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, mit denen wir in Oesterreich zu rechnen haben dadurch, daß Nationen in verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung und eng ineinander geschoben ein Reich regieren und verwalten sollen. Aber diese Schwierigkeit wird dadurch nicht gelöst, daß man sie vermehrt durch ein Uebertreiben der Unterschiede, durch ein künstliches Zuspitzen der Gegensätze, durch Vergiftung der Feindseligkeit, durch eine chauvinistische Hetze, die zur Bestialität führt. Wir glauben im Gegentheile, daß man in diesem Oesterreich mit den alten Formen nicht mehr auskommt, sondern daß Oesterreich, wenn es leben will, zuerst sterben muß, das heißt, daß eine gründliche Umwälzung in diesem Oesterreich vorgenommen werden muß, und wenn es diese Kur nicht verträgt, dann wird es wenigstens schnell sterben, während es so einem Schicksal entgegengeht, gegen das das Schicksal der Türkei Leben und Blüthe ist. (Zustimmung.) Wir haben in der sozialdemokratischen Presse aller Zungen die Erkenntniß zu festigen gesucht, daß Oesterreich nur existieren könne, wenn es erst in seine nationalen Elemente zerlegt wird, um als neue Einheit, wenn eine solche möglich ist und uns von der Geschichte aufgedrungen wird, zusammengefaßt zu werden. Es muß mit der alten Feudalität, mit den alten Formen der feudalen Monarchie, es muß mit dem verkappten und offenen Absolutismus endlich gebrochen werden, denn die neue Zusammenfassung autonomer nationaler Gebilde in diesem Oesterreich ist nur möglich auf einer ehrlichen, bis in die letzte Faser demokratischen Grundlage. Oesterreich braucht diese Revolution, um zu leben, und wenn es sie nicht verträgt, dann stirbt es, aber es stirbt nicht einen rühmlichen Tod, sondern verreckt elend auf dem Schindanger der Weltgeschichte. (Beifall.)

Das sind die Ziele, das ist das Programm, für das wir kämpfen, und darin unterscheiden wir uns mit vollem Bewußtsein und schroff von allen Parteien

in Oesterreich, von jenen Chauvinisten, seien es Deutsche oder Tschechen, die sich gegenseitig unterkriegen zu können glauben. Wir haben vor einigen Tagen die Rede des Dr. Herold zu lesen bekommen, der auseinandersetzt, daß, was in Oesterreich vorgeht, ein Gefecht ist in dem jahrhundertealten Kampf zwischen Germanen und Slaven, und daß der Kampf bis zu Ende gekämpft und rücksichtslos ausgefochten werden muß. Dr. Herold sollte solche Dinge nicht an die Wand malen. Wenn es sich wirklich um einen solchen Kampf auf Leben und Tod zwischen den zwei Nationen handeln würde, so wäre das Schicksal seiner Nation wohl mehr gefährdet, als das der Deutschen. Es ist nicht vernünftig, es ist aber auch nicht wahr, was er sagt: Es handelt sich lediglich um Herrschaftsbedürfnisse der Bureaukratie und der Feudalität, es handelt sich um schwere materielle Interessen, die sich für das Volk in sehr wichtige Dinge umsetzen, die aber zu lösen sind, wenn man nicht gewaltsam zusammenhält, was einmal nicht beisammen bleiben kann, nicht beisammen bleiben will. Freilich, wenn man diesen Maßstab anlegt, muß man sagen, daß die Politik unserer Ministerien sehr kleinlich aussieht. Was will es sagen, wenn die Regierung wieder einmal mit den Tschechen unterhandelt — ich glaube jetzt ist Dr. Stransky der Auskunft gebende Sekretär für Körber. Es mag unsere Minister interessiren, ob die Jungtschechen nach Zusammentritt des Parlaments wieder Obstruktion machen werden oder nicht, weil sie von der Hand in den Mund leben und schon zufrieden sind, wenn sie nur wissen, was morgen geschieht. Aber für die Entwicklung des Landes ist es vollständig gleichgiltig, ob die tschechische Fraktion erlaubt, daß noch einige Tage Parlament gespielt wird. Es sind derartige Schwierigkeiten aufgehäuft, daß dieses Parlament unmöglich mehr leben kann. Man spricht jetzt wieder von einem klerikalen Ministerium Alfred Liechtenstein, das gegen die tschechische und deutsche Bourgoisie und gegen das tschechische und deutsche Proletariat regieren würde. Das wäre eine Koalition aller rückständigen Schichten Oesterreichs gegen die Fortgeschrittenen, mit einem Klerikalen als dem kommandirenden General. Die Sache ist nicht so gefährlich, wie sie aussieht. Das sollte man einmal machen. Vielleicht wäre das die Roßkur, die nothwendig ist, um endlich in diesem Oesterreich ein Exempel zu statuiren, um dieses blinde tschechische und deutsche Bürgerthum zu einem gemeinsamen Kampfe gegen ihren gemeinsamen Feind zusammen zu zwingen. Man erlebt ja merkwürdige Dinge. In Deutschland wird heute — dem Sedantage — keine Sedanfeier gehalten, weil Deutsche und Franzosen zusammen gegen die Chinesen kämpfen. Sollte es ganz unmöglich sein, daß einmal Deutsche und Tschechen gegen unsere Chinesen gemeinsam zu Felde ziehen? Doch lassen wir diese Kombination. Das Ministerium Körber genießt noch immer das Vertrauen der Krone in unvermindertem Maße. Es ist Herrn Körber bisher nichts eingefallen, und es besteht auch nicht die Gefahr, daß ihm in nächster Zukunft etwas einfällt. Er ist also gerade der Mann, wie wir ihn in Oesterreich brauchen, und er verdient das Vertrauen. Ich glaube also nicht, daß er zunächst abgelöst werden wird. Wir hören aber jetzt, daß dieses Parlament nicht mehr zusammenberufen werden, sondern eine Auflösung desselben beliebt wird. Es ist merkwürdig, wie sich manchmal die bürgerlichen Politiker der alten konstitutionellen Schlagworte erinnern. Es erschallt der Ruf, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nur ein Mittel gibt: Den Appell an das Volk, den Appell an die Wähler, also Auflösung! Ja, den Appell an das Volk, den wollen auch wir, aber der Appell an die heutigen priviligirten Wähler ist kein Appell an das Volk, das ist ein Appell an eine Anzahl von Cliquen, die zum größten Theil volksfeindlich und volksverderberisch sind. Will man einen Appell an das Volk, dann muß man auch Muth und Ehrlichkeit und den ernsten Willen haben, etwas zu thun, dann ist mit der einfachen Auflösung des Abgeordnetenhauses nichts gethan, dann muß das geschehen, was wir auf mehreren Parteitagen immer lauter verlangt haben: Dann brauchen wir in Oesterreich eine Konstituante, das heißt ein Organ des Volkes, welches die von uns gewollte Umwälzung und Revolutionirung Oesterreichs in gesetzlicher Form durchführen wird.

Will man zweimal und dreimal und öfter auflösen, wie man sagt, wir sind bereit, zweimal und dreimal und öfter in den Kampf zu ziehen; wir werden auch

bei wiederholten Neuwahlen unsere Pflicht thun, wir können im Wahlkampf nur ein paar Mandate profitiren. Zur Lösung der Schwierigkeiten aber kann eine solche Neuwahl nicht das Geringste beitragen, denn es ist klar, daß dieselben Parteien mit noch verschärfterer Gegnerschaft noch fanatischer und durch den Wahlkampf aufgeregter in denselben ziehen werden. Die Regierung hat aber in Oesterreich gar kein Programm, sie tritt in den Wahlkampf mit der Parole ein: „A Ruah will i' ham und Ordnung muaß sein!" Wie die Ordnung aussehen soll, darüber hat sie keine Vorstellung oder es ist die Anerkennung eines bestehenden Unrechtes und der bestehenden Unmöglichkeiten. So wenig solche Neuwahlen für die Geschichte Oesterreichs und dessen weitere Entwicklung Bedeutung hätten, so haben sie eine umso größere Bedeutung für unsere Partei als eine Gelegenheit zur Bethätigung und Verbreitung unserer Grundsätze und zur Vermehrung unseres politischen Gewichtes. Aber wir geben uns darüber auch keiner Täuschung hin. Nehmen wir das Unmögliche an, es würden alle 72 Mandate der fünften Kurie, die auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes vergeben werden, nehmen wir an, es würde die große Majorität der gesammten österreichischen Wählerschaft sich nicht ausschließlich etwa für eine sozialdemokratische Parole, aber doch für die Parole des nationalen Friedens aussprechen, sich für eine nationale und politische Reformpolitik einsetzen, würde das in unserem Parlament auch nur die geringste Wirkung haben? Die chauvinistischen Parteien auf beiden Seiten des Hauses — verstärkt durch die Feudalen auf beiden Seiten — würden das Parlament nach wie vor in der Hand haben, und die Stimmen der großen Volksmassen würden durch die Privilegienvertreter wie bisher nullifizirt werden. Aber trotzdem hat ein Wahlkampf für uns eine sehr große Bedeutung, und es ist sehr ernstlich nothwendig, daß unsere gesammte politische Organisation ihren Mechanismus prüfe und kontrolire, ergänze, wo etwas fehlt und sich zum Kampfe bereit halte. Es ist dringend nothwendig, daß das unverzüglich nach dem Parteitage geschehe.

Abgesehen von diesen politischen Umständen scheinen wir auch in wirthschaftlicher Beziehung sehr schweren Zeiten entgegen zu gehen, die schon ihre Schatten voraus zu werfen beginnen und in manchen Branchen bereits heute sehr deutlich fühlbar sind. Wir stehen am Rande eines Stromes von industriellem Aufschwung, der unerhört ist in der Wirthschaftsgeschichte, von dem aber Oesterreich so gut wie gar nichts gehabt hat. Wir stehen am Vorabend einer Krise, die wir mit empfinden werden, obwohl wir nicht mitgenossen haben, was an dem Aufschwunge gut war. Wenn Sie das zu unseren politischen Schwierigkeiten dazurechnen und sich vor Augen halten, welche Summe von Widerstand nothwendig sein wird, um die schlimmsten Folgen dieser Wirthschaftskrise von unseren Organisationen abzuhalten, zu verhindern, daß die Lebenshaltung unserer Arbeiterschaft, die mit Mühe und Noth durch organisatorische Arbeit einigermaßen gehoben wurde, wieder aufs Neue tief herabsinke, dann werden Sie zugeben, daß wir eine Summe von schweren politischen und organisatorischen Arbeiten vor uns haben, die unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen werden. Man braucht in der That kein Prophet zu sein, um leider sagen zu müssen, daß es kaum in Aussicht stehe, daß in nächster Zeit auf dem Wege der Gesetzgebung ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne gemacht werden wird. Die Sozialdemokratie kann sich das Zeugnis geben, daß sie durch Anwendung ihrer Prinzipien zuwege gebracht hat, was Niemand in Oesterreich noch geleistet: Ein ruhiges, friedliches und einträchtiges Zusammenleben der Arbeiter aller Zungen in ganz Oesterreich!

Genosse Rieger hat es unterlassen, in seinem Referate darauf hinzuweisen und Dank und Anerkennung des Parteitages dafür zu verlangen, daß eine parlamentarische Fraktion, die aus Deutschen, Tschechen, Polen und Ruthenen zusammengesetzt ist, zu einer Zeit der deutschen sowie auch der tschechischen Obstruktion, wo die größten Wirren in diesem Hause geherrscht haben und die Vertreter der verschiedenen Nationen wie die wilden Thiere aufeinander losgegangen sind, daß unsere internationale Fraktion Tag für Tag einheitlich und geschlossen vorgehen konnte. Das ist allein ein Stück politischer Arbeit, welche die volle Anerkennung und den Dank des Parteitages erheischt.

Wir werden als k. k. Sozialdemokraten hingestellt, weil wir die wirthschaftlichen Forderungen in den Vordergrund stellen. Wenn wir das thun und wenn die Regierung die wirthschaftlichen Nothwendigkeiten betont, so sind das zwei ganz verschiedene Dinge. Wenn Herr v. Körber so viel Versprechungen machte, so sollte das ein Mittel sein, um die Parteien von ihrer nationalen Politik zu einer anderen volksfeindlichen Politik zu verleiten. Wenn unser Parlament anfängt, arbeitsfähig zu werden, so ist die erste Bedingung nicht etwa, die Bedürfnisse die Völker zu befriedigen, sondern den schädlichen, für Oesterreich geradezu tödtlichen Ausgleich mit Ungarn anzunehmen; was uns in zwei bis drei Jahren in erster Linie beschäftigen wird, ist, daß die gesammte industrielle Bevölkerung mit gebundenen Händen den österreichischen und ungarischen Agrariern ausgeliefert werden soll. Mit dieser Verfälschung dieser Wirthschaftspolitik Oesterreichs, welche die Leidenschaften nicht durch Ordnung im Reiche, sondern durch Hypnotismus und Opium einschläfern will, mit einer solchen politischen Friedenspolitik können wir uns nicht befreunden. Im Gegentheile müssen wir sagen, daß wir den Jungtschechen dankbar zu sein haben, wenn sie ihren eigensinnigen blöden Schädel aufsetzen und darauf hinarbeiten, um dieses Parlament unmöglich zu machen. Wenn das Ding zertrümmert werden soll, soll gründliche Arbeit gemacht werden, wir pfeifen auf die Fortfretterei dieses alten Privilegienparlaments, wir hoffen nichts mehr von ihm, und wenn die Thorheit der bürgerlichen Parteien es in Scherben schlägt, so haben wir nur dafür zu sorgen, daß auf diesen Ruinen etwas Vernünftiges aufgebaut werde. Gewiß ist unsere Leistungsmöglichkeit in dieser Beziehung beschränkt. Nirgends wird die Partei von den Parteigenossen so wie in Oesterreich nicht nur dafür verantwortlich gemacht, was die Partei thut, sondern auch für das, was überhaupt geschieht. Vor einer solchen Ueberschätzung müssen wir uns aber hüten, wir allein können aus Oesterreich nicht etwas Vernünftiges machen, dazu ist die österreichische Arbeiterklasse zu schwach, sie ist eine Minorität und hat noch lange nicht den ihrer Entwicklung gebührenden Einfluß. Wir können uns nur davor schützen, daß sie mitleide unter den Folgen einer blinden, reaktionären Politik. Wenn Oesterreich zu Grunde geht, so geht es zu Grunde an den Sünden seiner herrschenden Klassen, die Arbeiterschaft hat nicht mitgesündigt, sie hat an den Früchten der Ausbeutung nicht mitgenossen, sie hat nicht mitgewirkt an der Verdummung und Niederhaltung des Volkes, nicht mitgewirkt an dem Zurückhalten der wirthschaftlichen Entwicklung des Landes, und sie will deshalb auch nicht mit zu Grunde gehen. Wir können unsere Taktik nur darauf einrichten, welche Anforderungen wir an uns stellen; daß die Anderen vernünftig werden, oder gar, daß wir sie vernünftig machen, das ist von uns nicht zu verlangen. Wir zeigen den Weg, den man gehen soll: Wir brauchen die nationale Trennung und Föderalisirung Oesterreichs. Wir brauchen die Beseitigung des feudalen österreichischen und die Beseitigung des feudalen böhmischen Staatsrechtes. Wir brauchen demokratische Grundlagen, wir brauchen ein neues Parlament auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wir brauchen eine vollständige Revolutionirung des alten Oesterreich. Und mit diesem Rufe werden wir in den Wahlkampf eintreten, sobald er uns aufgenöthigt werden wird. Wenn jemals, so hoffen wir, daß heute die Bevölkerung, vielleicht über die Arbeiterklasse hinaus, dafür Verständniß hat, daß es nicht mehr möglich ist, an dem alten Plunder herumzudoktern und herumzuschmieren, daß es nicht genügt, neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen, sondern daß Alles beseitigt werden muß, was an das alte Oesterreich erinnert, und daß, wenn es ein Oesterreich geben muß, es ein neues Oesterreich sein muß, ein Oesterreich, gegründet auf der Selbständigkeit der Nation und auf der Freiheit des Volkes. Das allein kann unsere Taktik sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Pernerstorfer (Wien): Der Anblick, den uns unser Vaterland seit drei Jahren bietet, hat endlich in Jedem die Ueberzeugung gefestigt, daß wir einem schier unlösbaren Problem gegenüberstehen. Oesterreich ist ja nicht erst seit heute in einer schwierigen Situation, es ist schon ungemein oft in unglücklichen Situationen gewesen, ja, Oesterreich ist das typische Land des Unglücks, in dem die Völker seit nahezu 300 Jahren systematisch durch eine unglückselige Regierungspolitik erwürgt

werden. Aber so verzweifelt wie heute hat es noch nie ausgesehen. Die Radikalnationalen erheben den Ruf „Los von Rom", die Tschechen „Los von Wien" und die Deutschen in Böhmen „Los von Prag". Wenn ich jünger wäre und meinen Bequemlichkeitsanwandlungen weniger nachgeben wollte, würde ich rufen: „Los von Oesterreich!" (Beifall.)

Es kann heute nicht unsere Aufgabe sein, den herrschenden Klassen Rathschläge zu geben, aber wir müssen ihnen klipp und klar sagen: Ihr möget thun, was Ihr wollet, denket daran, daß es in diesem Oesterreich eine Partei gibt, die geschlossen vorgeht und nicht mehr vertilgt werden kann, eine Partei, die mit Entschlossenheit die Prinzipien der Freiheit vertheidigt in diesem Lande des Servilismus. Wir müssen insbesondere den bürgerlichen Parteien sagen, wenn sie uns bekämpfen, weil wir angeblich Verächter aller heiligen Empfindungen der Völker dieses Reiches sind, daß im Gegentheil wir den Vorwurf gegen sie erheben, daß sie alle ihre Ideale schmählich verrathen haben um kleiner materieller Vortheile willen.

Wir sehen ja, daß die bürgerlichen Parteien jeden Tag bereit sind, wenn es ihnen nur gelänge, an die Macht zu kommen, irgendeinen schäbigen Ausgleich mit den anderen Nationen zu machen, nicht einen Ausgleich auf die Dauer, wie wir ihn uns denken, sondern einen Ausgleich, der ihnen den Weg zur momentanen Macht ebnet.

Wenn uns die nächsten Tage vielleicht schon den Kampf aufdrängen werden, wir gehen sehr freudig in den Kampf, mit dem Bewußtsein, daß wir in Oesterreich die einzige Partei sind, die in diesen verrotteten Ländern, in diesen durch den Klerikalismus bis an den Rand des Abgrundes gebrachten Ländern die Interessen des Fortschritts und eine gesunde Entwicklung vertritt, die niemals dazu zu haben ist, einen Punkt ihr es Programms preiszugeben, um die politische Macht zu erringen. Wir proklamiren an diesem Parteitage, daß wir unerschütterlich in dem festhalten, wodurch wir mächtig und groß geworden sind, und daß wir den Kampf gegen jene Mächte, die Oesterreich beinahe schon zu Grunde gerichtet haben, gegen den katholischen Klerikalismus und den Feudalismus mit vermehrter Kraft weiterführen werden. (Beifall.)

Krapka (tschechische Parteivertretung): Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn die Ausführungen der beiden Vorredner nicht etwas zu schönfärberisch gewesen wären. Ist denn an unserer Taktik gar nichts auszusetzen? Man sollte sich auf den Parteitagen — ich meine da nicht nur die deutschen, sondern auch die tschechischen — doch die Wahrheit ins Gesicht sagen. Die Parteigenossen draußen haben sehr wenig von diesen großen politischen Bildern, sie wollen von uns hören, wie sie sich in dem bevorstehenden Kampfe gegenüber den anderen Parteien verhalten sollen. Wir sind in der letzten Zeit etwas empfindlich in nationaler Beziehung geworden, und ich glaube, das schadet uns. Wenn wir stets von den Deutschnationalen auf der einen und von den Tschechischnationalen auf der anderen Seite als die „Verräther der Nation" bezeichnet werden, so sollte uns das schon einmal gleichgiltig sein. Warum sollen wir dagegen immer protestiren und sagen: ich bin doch ein wirklicher Deutscher oder ein wirklicher Tscheche? Weiters sollte man den Genossen auch sagen, sie sollten nicht immer auf die Initiative der Parteivertretung warten, sondern auch selbst eingreifen, wenn es nöthig ist. Es wäre daher nothwendig, daß wir uns in der nächsten Zeit anders verhalten. Unser Verhalten muß etwas grobkörniger werden.

Winarsky (Wien): Ich meine, wir sind auch als Sozialdemokraten in mancher Beziehung Oesterreicher geblieben, es ist uns einiges von der altererbten österreichischen Schlamperei und dem Mangel an Konsequenz anhaften geblieben. In den letzten Jahren hat das österreichische Privilegienparlament den Beweis erbracht, daß es nicht lebensfähig ist. Ich glaube, unter solchen Verhältnissen hätte die sozialdemokratische Partei als die einzige, die sich an alle Nationen dieses Reiches zu wenden in der Lage ist, die Aufgabe, das Sturmsignal zu geben zum Kampfe gegen den Absolutismus.

Damit ist doch nicht gedient, wenn wir sagen, daß wir sozialdemokratische Taktik machen werden, und wenn wir sagen, daß, wenn die Wahlen ausgeschrieben

werden, wir als Wahlparole das allgemeine, gleiche Wahlrecht nehmen werden. Es ist nothwendig, daß der Parteitag den Beschluß fasse, daß die Partei nicht zu warten habe auf die Ausschreibung von Neuwahlen, sondern daß der Kampf für das Wahlrecht, der 1897 zum Schaden für die Partei unterbrochen wurde, von Neuem und verstärkt aufgenommen werden muß. Als wir die Badeni'sche Kurie erhielten, haben wir zwar beschlossen, uns an den Wahlen zu betheiligen, wir haben aber erklärt, daß unbeschadet dieser Betheiligung der Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht fortgeführt werden muß. Dieser Beschluß wurde aber nicht ausgeführt. Wenn wir nun schon den Fehler begangen haben, den Kampf nicht fortzuführen, so glaube ich, daß jetzt, wo die offiziellen Leiter dieses Staates rathlos sind, wo keine der bürgerlichen Parteien im Stande ist, einen Weg anzugeben, der aus dem Wirrsal herausführt, der Augenblick gekommen ist, den Kampf wiederum aufzunehmen und mit aller Energie durchzuführen. Genosse Adler wird uns sagen, eine derartige Bewegung lasse sich nicht machen. Das ist wahr; aber, Genossen, eine solche Bewegung wird, wenn wir nur selbst wollen. Auch die Wahlrechtsbewegung von 1893 ist nicht so ganz von selbst aus dem Gefühl der Proletarier entstanden, auch da mußte die Sozialdemokratie Geburtshelferdienste leisten. Auch damals haben einzelne Genossen in der Parteivertretung den Kopf geschüttelt und gemeint, daß die Sache nicht gehen werde. Ein Artikel in der „Volkstribüne" von einem gewissen Ataractus ist es gewesen, der den Anstoß zum Kampfe gegeben hat. Heute stehen wir an einem Wendepunkt der inneren Politik Oesterreichs. Da bedarf es keines „Ataractus-Artikels" mehr. Das Gefühl sagt Allen, daß wir vorwärts müssen, und deshalb bedauern wir, daß Genosse Adler nicht das Sturmsignal gegeben hat zum Kampf, den alle Parteigenossen mit Begeisterung führen werden, um das Proletariat hinauszubringen aus dem Sumpf, in den es die herrschenden Parteien geführt haben. (Beifall.)

Skaret (Wien): Die Schlußausführungen des Referenten haben in der That wie ein Kampfruf geklungen, ein Kampfruf, der die Parole für unser künftiges Verhalten sein soll. Derartige Kampfesrufe sind aber in den beiden letzten Jahren wiederholt ausgestoßen worden. Ich erinnere Sie nur an den Kampf gegen den Absolutismus gelegentlich der Oktroyirung der Zuckersteuer. Wir glaubten damals, daß im Anschlusse an diese abscheuliche Regierungshandlung eine ganz ansehnliche Wahlrechtsbewegung in Fluß gerathen werde. Die Erhöhung der Zuckersteuer hat allerdings die Gemüther sehr erregt; wir haben in der Provinz eine intensive Agitation entfalten und gewaltige Demonstrationen platzgreifen gesehen; aber kaum waren einige Wochen ins Land gegangen, so hatte man sich mit dieser Schandthat abgefunden.

Diese Thatsache hat uns davon überzeugt, daß Diejenigen Recht haben dürften, welche behaupten, daß die V. Kurie unser ganzes politisches Leben versumpft habe und uns nicht mehr zu jener Thatkraft gelangen lasse, die wir vor der Badeni'schen Wahlreform hatten. Ich glaube, es geht wohl nicht an, der Parteivertretung in dieser Hinsicht einen Vorwurf zu machen, da wir wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen haben, um eine starke Bewegung zu inszeniren. Ich glaube daher, daß es heute an uns sein wird, aus dem Parteitag heraus eine Wahlrechtsbewegung zu machen. Wenn man auch hundertmal Recht haben mag, daß sich eine Wahlrechtsbewegung nicht machen lasse, daß sie ein Produkt der Verhältnisse sein müsse, so sage ich, daß gerade jetzt die Verhältnisse hiefür günstiger denn je liegen. (Zustimmung.) Es fragt sich nur, ob wir auch außerhalb Wiens die nöthige Unterstützung finden. (Rufe: Gewiß!)

Die Zuckersteueraktion und der Kampf gegen den Absolutismus wurden in Wien leider durch den Kampf, den wir gegen die Christlich-Socialen anläßlich der Gemeinderathswahlen führen mußten, sehr in den Hintergrund gedrängt. Ich meine nun, es muß eine Losung ausgegeben werden, die die Masse aufrüttelt und zu neuer Thatkraft anspornt. Wäre es nicht möglich, daß wir die alte Losung der Wahlbewegung in den Jahren 1893 und 1894 nehmen: die Organisirung des Generalstreiks? Sagen Sie nicht, daß das eine Phrase sei. Mit dem bloßen Verlangen eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, mit dem bloßen

Rufe nach Beseitigung der absolutistischen Zustände ist nichts gemacht. Wir brauchen andere Mittel, die die Arbeitermasse aufrütteln aus ihrer Lethargie.

Pölzer (Wien): Ich glaube, der Referent hätte die Pflicht gehabt, wenigstens mit einigen Worten darauf hinzuweisen, was in der nächsten Zeit zu geschehen habe. Die Parteivertretung hat überhaupt in den letzten Jahren ziemlich viele Sünden begangen. Es ist zum Beispiel nicht wahr, wenn sie sagt, daß die Genossen draußen ganz theilnahmslos sind. Die Genossen sagen: Seitdem wir die fünfte Kurie haben, ist es so, als ob die Generale hypnotisirt wären, es rührt sich nichts mehr. Ich meine also, es müssen überall Demonstrationsversammlungen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht abgehalten werden. Wir erwarten, daß die Parteivertretung nun ihre Pflicht thun wird, sonst treffen uns die Neuwahlen wirklich ungerüstet.

Stark (Tachau): Ich kann nicht den Ausführungen des Referenten zustimmen, wenn er sagt, daß, wenn dieses Oesterreich fortbestehen soll, es, wenn auch auf demokratischer Grundlage, in nationale Einheiten getheilt werden muß. Diese Auffassung hat bereits vielfach in Arbeiterkreisen zu falschen Ansichten geführt. Bei der Fluktuirung der Bevölkerung, deren Majorität ja nicht der Industrie angehört, können die nationalen Kreise im Verlaufe von fünf Jahren ein ganz anderes Gesicht angenommen haben, so daß man alle paar Jahre eine Neueintheilung vornehmen müßte. Es ist dies übrigens eine Frage, die nicht hier, sondern auf einem internationalen Parteitag zu diskutiren wäre. Es handelt sich nun darum, eine große Bewegung ins Leben zu rufen, und da ist das Wort „Generalstreik" ausgesprochen werden. Ich meine, der Generalstreik kann in Oesterreich keine anderen politischen Verhältnisse schaffen, weil er eben nicht zustande kommt. Ein Generalstreik, der alle Branchen umfaßt, ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Ich glaube, es genügt vollkommen, wenn wir uns bemühen, die indifferenten Massen und insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung darüber aufzuklären, wie sie immer mehr entrechtet werden. Dadurch werden wir am ehesten eine Bewegung zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu Stande bringen.

Heller (Wien): Unser Antrag entspricht derselben Erwägung, welcher Genosse Winarsky Ausdruck gegeben hat, daß Genosse Adler wohl in sehr ausführlicher Weise das Uebel, das Oesterreich bedrückt, auseinandergesetzt, es aber unterlassen hat, weiter zu sagen, was wir thun und insbesondere, welchen Weg wir einschlagen sollen. Genosse Skaret hat davon gesprochen, daß auch die Zuckersteueraktion nicht den Erwartungen entsprochen hat und die aufflammende Bewegung nach kurzer Zeit in sich zusammengebrochen ist. Die Ursache lag vornehmlich darin, daß mit dieser Aktion in Wien der Kampf gegen die Lueger zusammenfiel, auf die wir unsere ganze Kraft konzentriren mußten, was auch auf die Provinz nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Ich glaube, wir müssen uns hüten, einer augenblicklichen Lockung zu folgen, das Schlagwort des Generalstreiks in die Massen zu schleudern, wenn wir uns nicht darüber klar sind, ob wir die Macht und auch den Willen haben, es auszuführen. Ich will nicht sagen, daß der Generalstreik von vornherein zu verwerfen ist. Genosse Jaurès, der durchaus nicht auf dem radikalsten Flügel der französischen Sozialdemokratie steht, hat erst in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß dem Proletariat doch irgend ein Weg für die revolutionäre Thätigkeit offen stehen muß, daß wir damit, daß wir sagen, der Weg der Barrikaden ist ungangbar geworden, gewiß eine Thatsache feststellen, daß wir aber andererseits doch die Verpflichtung haben, dem Proletariat ein anderes Machtmittel zu zeigen, welches es anwenden könne, wenn die Gewalt der Widersacher anders zu brechen nicht möglich erscheint. Er sagt, daß der Generalstreik die Form ist, in welcher sich nach seiner Meinung eine proletarische Revolution vollziehen könne. Aber Revolutionen können bekanntlich nicht gemacht werden; sie entstehen, wenn ihre Vorbedingungen reif geworden sind, spontan. Deshalb können wir, meines Erachtens, den Generalstreik nicht „vorbereiten", haben aber auch keinen Grund, eine Diskussion über ihn abzulehnen.

Wir warten nicht auf das Kommando der Generale, aber ich glaube, die Genossen erwarteten thatsächlich, daß das Losungswort zum Kampf hinausgegeben werde. (Beifall.)

Bartel (Teplitz): Wir sind hergekommen, um hier von unseren Staatsmännern eine Direktive zu erhalten. Dr. Adler hat uns aber nicht gesagt, was wir machen sollen. Er hat uns ein schönes, formvollendetes Referat vorgetragen, indem er uns erzählt, was ist; aber was sein soll, davon hat er uns nichts gesagt. Dr. Adler will offenbar in seiner Schlauheit erst die Stimmung kennen lernen, bevor er mit Vorschlägen herausrückt. Wenn er dann auf Grund der gehörten Ansichten am Schlusse seine Anträge bringt, wird er auch sicher sein, sich keine Blößen zu geben. Das ist die berühmte Adler'sche Taktik. (Heiterkeit.) In unserem Wahlkreise sind zahlreiche Wünsche nach Wahlrechtsdemonstrationen ausgesprochen worden, es hätte aber doch keinen Zweck, wenn nur einzelne solcher Demonstrationen, zum Beispiel in Komotau oder in Saaz, abgehalten werden. Das verpufft wirkungslos. Solche Demonstrationen müssen planmäßig im ganzen Reiche durchgeführt werden, und dazu bedarf es der Parteivertretung. In dem Manifest der Parteivertretung und des Verbandes wurde ein schüchterner Aufruf zum Wahlkampf erlassen. Wir haben in der Provinz aufgeathmet, weil wir meinten, endlich werde etwas geschehen. Es geschah aber nichts, und wir stehen dort, wo wir vor dem Manifeste standen. Aus diesen Gründen begrüße ich den Antrag Heller. Mit dem alten abgenützten Schlagworte des Generalstreiks sollte man nicht kommen. Reden Sie draußen heute nach dem Bergarbeiterstreik (Unruhe) davon, dann können Sie Prügel bekommen; und ebenso wenig wie die Bergarbeiter könnten wir die Textilarbeiter oder die Arbeiter anderer Branchen dafür gewinnen. Das wäre ein Streik der Generale, aber kein Streik der Arbeiter.

Bretschneider Ludwig (Wien): Es wird der Parteivertretung der Vorwurf gemacht, sie hätte bei verschiedenen Gelegenheiten, wie insbesondere bei Anwendung des § 14 und bei Erhöhung der Zuckersteuer, nicht in der geeigneten Weise eingegriffen. Dieser Vorwurf erscheint mir nicht berechtigt. Da wir jetzt etwas machen sollen und nichts Anderes machen können, so verlangt man, daß eine große Wahlrechtsbewegung veranstaltet werde, und da muß ich doch fragen: Haben denn die Genossen aus der Wahlrechtsbewegung gar nichts oder doch so wenig gelernt, daß sie nicht zur Erkenntniß gekommen sind, daß große Bewegungen sich nicht von oben her kommandiren lassen, sondern aus der Situation herauswachsen müssen? Situationen lassen sich wohl geschickt ausnützen, um eine Forderung unseres Programms mehr als wie bisher in den Vordergrund zu setzen. Wenn die Genossen auf die Wahlrechtsbewegung von 1893 hinweisen, so vergessen sie auf den Umstand, daß damals Oesterreich noch ein halbwegs arbeitsfähiges Parlament gehabt hat. Damals konnte in Oesterreich keine Regierung bestehen, die sich nicht mit der Wahlrechtsfrage befaßt hätte. Wer soll uns heute das Wahlrecht geben? (Heller: Körber soll das Parlament einberufen und ihm eine Vorlage unterbreiten!) Sie wünschen — sagen Sie es offen — es soll das Wahlrecht mit dem § 14 gemacht werden. Ein solches Oktroi würde uns nicht entrüsten, aber damit können wir nicht rechnen. Wenn ein arbeitsfähiges Parlament da sein wird, können wir für die Wahlreform kämpfen. Solche Massenbewegungen lassen sich nicht machen, aber wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, so werden wir Wiener und Niederösterreicher wieder an der Spitze marschiren.

Seliger (Reichenberg): Winarsky verlangt, daß zum Sturm geblasen werde. Wenn Sturm geblasen werden soll, so muß auch ein Objekt da sein, gegen welches man zum Angriffe schreitet. Ich meine nicht, wie Winarsky, daß wir nur eine Losung zu finden brauchen; ich meine nicht, daß beispielsweise der Generalstreik die Massen entflammen würde; das ist eine Losung, die in einer Zeit einer herannahenden Wirthschaftskrise ganz aussichtslos wäre. Ich wundere mich, daß Skaret dieses Schlagwort ausgesprochen hat. Mit einer bloßen Drohung des Generalstreiks ist nicht gedient, und ihn durchzuführen, daran glauben Sie wohl selbst nicht, schon mit Rücksicht auf den Bergarbeiterstreik. Was wir thun können, ist, wenn es zu einer Auflösung kommt, den Wahlkampf zu einem Wahlkampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu gestalten. Etwas anderes werden wir

nicht vermögen, und ich halte es für einen großen Erfolg der Sozialdemokratie, wenn wir dem Wahlkampf diesen Stempel aufprägen. Künstlich läßt sich eine Bewegung nicht aus dem Boden stampfen. Man wird nicht ewig auflösen können, und wenn der Appell an die privilegirten Wähler wirkungslos geblieben ist, dann wird sich schließlich auch in jenen Kreisen der österreichischen Politiker, die einen entscheidenden Einfluß besitzen, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Wahlreform durchgesetzt haben. Das wird der entscheidende Moment sein, wo wir einzugreifen haben und wo eine einfache große Wahlrechtsdemonstration genügen wird, der Entscheidung unseren Stempel aufzudrücken. So viel taktische Klugheit können wir der Parteivertretung zumuthen, daß sie im entscheidenden Augenblick auch die Parole für das, was zu thun ist, finden wird.

Bauer (Wien): Auch ich bin der Ansicht, daß man eine große Volksbewegung nicht künstlich erzeugen kann. Unser Antrag **(4)** bezweckt auch nicht eine Massenbewegung, sondern soll ein Versuch sein, ob in unseren Kreisen die Stimmung darnach ist, um eine Bewegung entflammen zu können. Bei den organisirten Genossen ist eine gewisse Aufregung und Unzufriedenheit in politischer und wirthschaftlicher Beziehung bemerkbar. Es wird in diesem Herbst etwas geschehen müssen, weil wir sonst nicht vorwärts kommen. Wenn Sie unseren Antrag auch ablehnen, die Ereignisse werden doch in die von uns angegebene Richtung drängen.

Wlczek (Wien): Die politische Lage hat auf die politischen Organisationen deprimirend gewirkt. Ich bewundere den Radikalismus der Wiener Genossen, die von Generalstreik und Wahlrechtsbewegung gesprochen haben. Solche Dinge, die man nicht halten kann, sollte man nicht in die Massen werfen. Wir könnten statt des Generalstreiks leicht eine Generalaussperrung bekommen. Der Antrag Heller thut sehr radikal, fraglich aber ist, ob wir ihn auch durchführen können. Ich bin gegen den Antrag, weil ich mir keinen Erfolg davon verspreche. Wenn die Wahlen einmal ausgeschrieben sind, so sind auch eine Masse anderer Arbeiten zu erledigen. Richtig ist es, damit zu beginnen, eine Bewegung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu organisiren. Im Wahlkampfe selbst aber muß man sich vor taktischen Fehlern hüten. Den Antrag der Bezirksorganisation Wien II kann ich unterstützen.

Resel (Graz): Ich habe mich auf allen Parteitagen in der günstigen Lage befunden, der Parteivertretung Vorwürfe zu machen. Und der Punkt „Taktik" ist ja auch dazu da. Die Angriffe aber, die ihr diesmal gemacht werden, sind nichts weniger als neu. Auch heute wird verlangt, daß die Parteivertretung endlich einmal eine Parole ausgäbe, damit es endlich wieder etwas weitergehe. Welcher Unterschied ist nun zwischen dem verlangten Sturmsignal der Parteivertretung und dem Ruf „Heraus mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht!", der in jeder Volksversammlung wiederhallt. Man sagt, die Situation sei günstig. Ja, wieso denn? Wir wissen nicht, ob das Parlament aufgelöst, ob eine Wahlreform oktroyirt werden wird oder ob man sich die ganze Legislaturperiode so fortwursteln wird wie bisher. Wir haben in den letzten Jahren oft eine führende Rolle inne gehabt, und deshalb meinen die Genossen vielfach, daß wir nur zu wollen brauchen, und es kommt. Sollte der Parteitag beschließen, daß eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werde, an uns Steiermärkern wird es sicher nicht fehlen; wir werden unsern Mann stellen. Eine Bewegung soll man aber nur dann einleiten (Beer Heinrich: Wenn sie Aussicht auf Erfolg hat!), wenn man sie bis zum Aeußersten durchzuführen entschlossen ist, und da ist die Frage, ob die Genossen auch wollen, daß wir eine Wahlrechtsbewegung einleiten, die bis zum Aeußersten geht. Wenn Sie das glauben, dann beschließen Sie die Wahlrechtsbewegung.

Wichtiger wäre es, zunächst unsere Organisation auszubauen, als jetzt in eine große Bewegung einzutreten. Unser Streben müßte es sein, die Ideen der Bevölkerung zu vertiefen. Das wird aber oft vernachlässigt wegen der tönenden Phrase darüber, was wir in Oesterreich Alles erringen wollen. Jetzt wäre die Zeit dazu, um die innere Kleinarbeit zu machen, die wir bislang vernachlässigt haben. Heute ist es nicht so wie im Jahre 1893. Es gibt jetzt Leute, die sagen: Hört uns auf mit dem Wahlrecht! Hört uns auf mit dem Parlamentarismus überhaupt! Wenn wir

arbeiten wollen, haben wir genug zu thun, und ich frage die Genossen, ob, wenn in den nächsten Tagen das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden, sie auch mit ruhigem Gewissen sagen können: wir haben alle nöthigen Vorarbeiten für die Wahlen gemacht. Wenn wir bei den nächsten Wahlen mit Verlusten aus dem Wahlkampfe hervorgehen, so wird das für die Partei viel schlechter sein, als wenn wir heute eine Wahlrechtsbewegung beschließen, die von den Massen nicht mitempfunden wird und dann vielleicht so versandet, wie bei uns schon manche Aktion versandet ist.

Petersilka (Wien): Wir haben heute auch andere Sorgen als die Wahlreform. Wir hätten gegen die Lebensmittel- und Kohlentheuerung aufzutreten. Wir haben ein Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das längst reformbedürftig ist. Das wären Signale für eine Volksbewegung. Die Hauptsache bleiben doch die wirthschaftlichen Fragen. Wir müssen dem Volke zeigen, wo seine Freunde und wo seine Feinde, seine Ausbeuter sind. Wir haben es ernstlich nothwendig, unsere Organisation auszubauen, und eine kräftige Organisation wird uns mehr nützen als manche verfehlte Demonstration. Denken wir in erster Linie an die Gegenwart und dann erst an die Zukunft. Ueberweisen wir die vorliegende Frage der neuen Parteivertretung und fordern wir sie auf, zu rechter Zeit einzugreifen.

Prähauser (Salzburg) beantragt den Schluß der Debatte.

Freundlich (Mähr.-Schönberg) spricht dagegen. Der Antrag wird abgelehnt und ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung hierauf um 1/4 7 geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 8 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Fortsetzung der Debatte über Parteitaktik.

Doubrawa (Wien): Als Vertreter einer der größten Gewerkschaften Oesterreichs habe ich die Pflicht, gegenüber dem gestern erschollenen Rufe nach einem Generalstreik entschieden meine Stimme zu erheben. Ein Generalstreik würde unsere sämmtlichen gewerkschaftlichen Organisationen zu Grunde richten. Es muß allerdings etwas geschehen, um eine regere Bewegung in unsere Reihen zu bringen. Mit der Agitation für die Neuwahlen wird zugleich eine Agitation für das allgemeine Wahlrecht entfaltet werden müssen. Gegenüber den Ausführungen des Gen. Resel erinnere ich daran, daß man sich in Belgien durchaus nicht entmuthigen ließ, wenn auch einmal eine Aktion keinen momentanen Erfolg hatte. Die Parteivertretung möge sich nicht auch durch die Reichsrathswahlen überraschen lassen. In den Bezirksvertretungen ist auch der Wunsch laut geworden, man möge bei der Aufstellung der Kandidaten auch die Aeußerungen der Organisationen berücksichtigen.

Schönwälder (Mährisch-Schönberg): Es mag ein Erbfehler von uns sein, daß wir stets ein Signal von oben bekommen müssen, um etwas zu thun. Gelegentlich der Aktion gegen die Erhöhung der Zuckersteuer hatten wir das Bedürfniß, auch die Agitation für das allgemeine Wahlrecht wieder in Fluß zu bringen. Ich glaube, wir werden mit dem Schlachtruf: Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht! in die Neuwahlen eintreten müssen.

Emmerling (Wien): Seit dem Jahre 1897 haben wir den Kampf für das allgemeine Wahlrecht vollständig eingestellt, und auch der Kampf gegen den Absolutismus wurde nicht in der beharrlichen Weise geführt, wie dies nothwendig gewesen wäre. Wenn man sagt, daß wir warten sollen, so finde ich das lächerlich. Auf der einen Seite schildert man den Zustand des Staates in den düstersten Farben und sagt, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht der einzige Ausweg ist, und auf der anderen Seite will man uns einreden, daß die Zeit für einen solchen Kampf noch nicht da ist. Gen. Resel widersprach sich selbst, indem er einerseits behauptete, daß bei den Genossen nicht das Bedürfniß vorhanden sei, in den Wahlrechtskampf einzutreten, und andererseits bemerkte, daß der Generalstreik etwas wäre, womit man die Genossen enthusiasmiren könnte. Der Hauptfehler liegt darin, daß man in der letzten Zeit nur eine zuwartende Haltung eingenommen hat.

Schiller (Reichenberg): Ich stelle mich auf die Seite Derer, die verlangen, daß in der nächsten Zeit eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werde. Wenn die Frage aufgeworfen würde, ob man auch in der Provinz die nöthige Unterstützung finden werde, so muß ich bemerken, daß man in zahlreichen Orten unserer Gegend von uns verlangt hat, daß wir etwas thun mögen, und wir haben die Genossen bis nach dem Parteitag vertröstet. Das Wort von dem Generalstreik halte ich nicht ernstgemeint. Wir dürfen es aber auch nicht hinaustragen, wenn wir nicht überzeugt sind, daß ein solcher Streik durchführbar ist.

Elderfch (Brünn): Ich meine, die Hoffnungen, die auf eine Wahlrechtsbewegung gesetzt werden, wie auch die Besorgnisse, die geäußert wurden, sind beide übertrieben. Für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht treten wir ja bei jeder Gelegenheit, in jeder Volksversammlung ein. Wir haben in Mähren speziell im letzten Jahre einen Anlauf zu einer Wahlrechtsbewegung genommen. Täuschen wir uns aber darüber nicht, daß die schweren wirthschaftlichen Kämpfe in der letzten Zeit die politische Aktion sehr behindern mußten. Die Größe unserer Partei steht nicht im richtigen Verhältniß zu dem Umfang der Aktionen, die wir veranstaltet haben. Wir sind ja dabei doch sehr stark auf die Mithilfe der nichtorganisirten Arbeitermassen angewiesen. Man sollte mehr Werth darauf legen, daß unsere Organisation ausgebaut werde, als große Aktionen zu veranstalten. Wir müssen bereits die Ueberzeugung gewonnen haben, daß mit großen Demonstrationen nicht jene Wirkungen erzielt werden, die wir erzielen möchten. Ich verweise hier auf die Bewegung bezüglich des Gemeindewahlrechtes. Welche Opfer sind da gebracht worden! Welche Demonstrationen sind veranstaltet worden! Und welchen Erfolg hat dies Alles gehabt? Den Antrag Heller können wir ganz gut annehmen. Wenn wir in der nächsten Zeit Neuwahlen haben, dann werden wir mit dieser Aktion nicht sofort beginnen können, denn dann muß zunächst für die Neuwahlen gearbeitet werden. Natürlich wird hiebei die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in den Vordergrund gestellt werden.

Meizr (Wien): Es ist bedauerlich, daß das Schlagwort vom Generalstreik in die Versammlung getragen wurde, da es Anlaß zu einem ganz müßigen Streit gibt. Vor dem Jahre 1897 befand sich die Partei in einer wesentlich anderen Situation als heute. Man kommt uns immer mit Belgien. Vergessen Sie nicht, daß in Belgien die Organisation eine andere ist als wie in Oesterreich. Ich wundere mich über den Standpunkt des Gen. Winarsky. Wenn es zum Losschlagen käme, wäre er vielleicht der Letzte, der den Radikalismus des Gen. Pölzer gutheißen würde. Das Wichtigste ist die ruhige, organisatorische Arbeit. (Heiterkeit.) Wenn ich früher anderer Ansicht war, so freue ich mich, daß ich durch die Erfahrung eines Besseren belehrt wurde. Zum Losschlagen wird es Zeit sein, bis die Neuwahlen ausgeschrieben sind. Dann ist es selbstverständlich, daß mit dem Wahlkampf auch der Kampf um das Wahlrecht beginnen wird.

Müller (Graz): Die große Masse der Arbeiter ist nicht organisirt und meint: Wir haben ja ein Wahlrecht! Was sollen wir uns noch weiter echauffiren? Bei den großen Aktionen müssen wir aber gerade mit den indifferenten Massen rechnen. Ich meine nun, eine solche große Massenbewegung wäre leichter zu Stande zu bringen, wenn wir zu der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes noch einen wirthschaftlichen Punkt fügen würden, für den die große Masse empfänglich ist. Bezüglich des Generalstreiks mag es vielleicht in einzelnen Distrikten so schlecht bestellt sein, wie manche Delegirte behaupten, aber ich bin überzeugt, daß die Arbeiter zum Generalstreik leicht zu haben sein werden. Allerdings ist dann die Frage, wie man sie wieder in die Arbeit zurückführen kann.

Therese **Schlesinger** (Wien): Ich finde, daß es demokratischer ist, wenn aus dem Kreise der Delegirten Anregungen gegeben werden, denen die Parteivertretung nachzukommen hat, als wenn man verlangt, daß die Parteivertretung kommandiren soll. (Zustimmung.) In diesem Sinne möchte ich mir erlauben, dem Parteitag ebenfalls eine Anregung zu geben. Man hat sich, mit einigen rühmlichen Ausnahmen, im Allgemeinen in unserer Partei an den Gedanken gewöhnt, daß unter dem allgemeinen Wahlrecht nur das Wahlrecht der Männer zu verstehen sei. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, zu verlangen, daß nunmehr insbesondere für das Wahlrecht der Frauen agitirt werden soll. Uns muß es sich aber doch darum handeln, daß wir die Frauen in die Partei bekommen. Dabei können wir freilich nicht die Lueger'schen Mittel anwenden: wir können ihnen nicht versprechen, daß sie in den Himmel kommen werden und daß jede einen Mann bekommt. (Heiterkeit.) Ich spreche also nicht im Interesse der Frauen, wenn ich verlange, daß man auch für das Frauenwahlrecht eintrete, sondern ich bitte Sie, im Interesse der Partei unseren Antrag anzunehmen.

Anna **Boschek** (Wien): Bei unserem Antrag handelt es sich nicht bloß um das Wahlrecht der Frauen, sondern um ihre politische Gleichberechtigung überhaupt, deren bei informatorischen Zuschriften an die Organisationen, in Zeitungsartikeln, in Versammlungen ꝛc. gedacht werden soll. Bei allen größeren Bewegungen werden Sie mit den Frauen zu rechnen haben, so beispielsweise bei einem eventuellen Generalstreik. Es gibt gewisse Fragen, für welche die Frauen in erster Linie Verständniß haben, wie zum Beispiel in der Frage des Kohlenwuchers. Ueberall dort, wo derartige Protestversammlungen stattfinden, sollten Sie auch besondere Agitationen für die Arbeiterinnen einleiten. Wenn bei kleineren Fragen auf die Arbeiterin eingewirkt wird, so können Sie auch bei größeren Fragen auf uns rechnen.

Ueber Antrag Dr. Ellenbogens wird Schluß der Debatte angenommen. Das Schlußwort erhält

Dr. Adler: Die Debatte, die soeben abgeführt wurde, ist weit über das Maß unserer anfänglichen Erwartungen hinausgegangen. Die Frage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wurde in breitester Weise erörtert. Auf der einen Seite wird verlangt, man müsse für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten; andererseits wird gesagt, es sei die Stimmung dafür nicht vorhanden, eine hochgehende Wahlrechtsbewegung zu veranstalten wie im Jahre 1897. Wie ist nun dieser anscheinende Widerspruch zu lösen? Es ist wahr, daß, seit Oesterreich besteht, zu keiner Zeit der Zusammenbruch, die Unmöglichkeit der heutigen politischen Verfassung des Reiches und die Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechtes nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für alle Volksschichten klarer war als heute. Wenn aber die Arbeiterschaft heute nicht so geneigt ist, sich für hochgehende Massendemonstrationen zu erklären wie anno 1893 und 1897, so hat dies folgenden Zusammenhang. Heute ist es nicht allein und gar nicht vorzugsweise die Noth der Arbeiterschaft, die das allgemeine Wahlrecht verlangt, sondern die Noth des ganzen Reiches. Nun überschätzen wir unsere Kraft gewiß nicht so, daß wir wähnen würden, die Sozialdemokratie allein wäre im Stande, dem Reiche die nöthigen Grundlagen zu geben. Was uns hilft, ist die Thatsache des heute offenkundigen Zusammenbruches und der Bankerott des Alten. Aber es nützt nichts, wenn wir allein gescheidt sind, die Anderen müssen auch gescheidt sein. Und wenn wir uns bemühen, ihnen den Verstand einzudrillen und so primitive Dinge beizubringen wie die, daß man so nicht weiter arbeiten kann, so wird man mitunter müde. Die Arbeiterschaft sagt sich: Wenn Ihr uns nicht folgt, so werdet Ihr sehen, wie Recht wir haben; Ihr werdet im Marasmus zugrunde gehen. Und das ist das Bild, das wir heute vor uns haben. Es wurde vermißt, daß ich als Referent nicht eine präzise Losung für die künftige Taktik der Partei ausgegeben habe. Einer der Genossen hat hier die innersten Falten meiner schwarzen Seele auseinandergebreitet und gezeigt, wie ich eigentlich bin. Genosse Bartel sagte, daß ich abwarte, wie die Stimmung hier ist, und mich darauf einrichten werde. Ich gestehe, er hat mich vollständig durchschaut. Ich wollte wirklich abwarten, welche Meinung Genosse Bartel äußern wird, um dann nach seinem Sinne zu reden. Zu meinem Bedauern sind aber meine Erwartungen getäuscht worden; ich habe aus den Worten Bartel's trotz größter Mühe nicht entnehmen können, was er eigentlich will, und muß mich also wieder auf mich selbst verlassen. (Heiterkeit.) Losungen in diesem Oesterreich auszugeben, ist deshalb so schwer, weil sie so ganz auf der Hand liegen, weil man auch auf einem Parteitag darüber nichts Neues sagen kann. Seit Monaten, seit Jahren haben wir in Bezug auf die nationale Frage gesagt: Die Verfassung des Reiches ist unmöglich geworden. Die alte feudale Kronländerverfassung muß beseitigt werden, durch eine Konstituante müssen neue Gliederungen im Reiche geschaffen, das Reich muß auf vollständiger Autonomie der Nationen und ihrer föderativen Zusammensetzung basirt werden. Wir sagen weiter, wenn aus Oesterreich etwas werden soll, muß ein demokratisches Wahlrecht in allen Vertretungskörpern platzgreifen. Und erwarten Sie etwa, daß der heutige Parteitag etwas Anderes aussprechen soll? Die Parteigenossen machen uns vielfach für Dinge verantwortlich, die nicht von uns abhängig sind. Wir haben die Situation zu erfassen und im geeigneten Moment mit aller Wucht einzugreifen. Und wenn heute das Haus aufgelöst wird, so wird der Wahl-

kampf mit einer ganz anderen Energie geführt werden als im Jahre 1897, weil wir um die damals gemachten Erfahrungen reicher wurden, weil die Partei in diesen drei Jahren gewachsen ist, vor Allem aber, weil heute in weiten Kreisen der Bevölkerung Klarheit darüber gewonnen wurde, daß wirklich das sozialdemokratische Programm nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für alle Schichten dieses Landes das einzige ist, das zu einem Ziele führen kann. Freilich, das Bedürfniß unserer Genossen nach Aktion ist sehr löblich, und es wäre noch löblicher, wenn über der Lust nach Aktionen nicht die Lust zur Organisation so sehr leiden würde. (Zustimmung.) Wenn Sie aus der Mitte des Parteitages Stimmen hören, die zum Angriff blasen, und man zugleich hört, es geht nicht so, wie es gehen sollte, dann muß man zu dem Gedanken kommen, daß diese Form der immerwährenden Aktionen nach außen vielleicht nicht die richtige ist. Sehr viel wurde auch über den Generalstreik gesprochen. Genosse Skaret wurde hier von den Meisten mißverstanden. Er hat den Generalstreik nicht vorgeschlagen — so dumm ist er nicht — er sagte vielmehr, es müßten die Vorbereitungen zu einem Generalstreik durch den Ausbau der Organisation getroffen werden. Meines Erachtens hat der Generalstreik mit irgend einem Streik, und möge er so groß sein, wie er wolle, nichts gemeinsam als den Namen. Vielleicht würde man von einem Generalstreik vernünftiger und sachlicher reden, wenn er nicht Generalstreik hieße. Es fällt mir nicht ein, die Chancen und die Möglichkeit eines Generalstreiks hier zu erwägen; aber es fällt mir auch nicht ein, zu leugnen, daß es in jedem Lande möglich ist, daß Situationen kommen können, wo die ganze Arbeiterschaft einfach erklärt: Jetzt bleibt Alles stehen, bis diese eine Frage erledigt ist! Ob man aber in einer solchen Lage ist, das ist schwer und am allerwenigsten im Vorhinein zu entscheiden. Heute in Oesterreich einen solchen Streik zu beginnen, wäre schon deshalb unmöglich, weil wir ja gar nicht wissen, gegen wen wir den Generalstreik unternehmen sollten. Wir haben keine Regierung, kein Parlament, keine Herrschaft in diesem Reiche; wir haben nichts als Sumpf. Unser Herr v. Körber ist ja der netteste Mensch von der Welt. Er macht uns sogar, wenn es sein muß, das allgemeine Wahlrecht. Nach Pfingsten war Herr v. Körber beim Kaiser und schlug ihm vor: Ich bitte, wollen Sie das Parlament schließen? Mir ist es recht! Oder wollen Sie es auflösen? Ist mir auch recht! (Heiterkeit.) Heute sagt der Körber zum Kaiser: Ich kann ja gehen! Wenn Sie wollen, gehe ich oder, wenn nicht, ich kann auch bleiben! Ich kann das Haus zusammenberufen, oder ich kann es nicht zusammenberufen und noch dunsten lassen! Ich kann es auflösen und Neuwahlen ausschreiben; ich kann aber auch keine ausschreiben! Und wenn ich Neuwahlen ausschreibe, kann ich sie auf Grund der alten Wahlordnung ausschreiben, aber auch auf Grund einer neuen Wahlordnung! Mir ist Alles Wurst! (Lebhafte Heiterkeit.) Nun aber will ja unser Parlament gar nichts. Es hat überhaupt keinen Willen, und was sich da äußert, ist nur ein Krankheitssymptom. Wenn wir heute rufen: Heraus mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht! so fehlt die Adresse, an welche dieser Ruf gerichtet ist. Es kommt mir das so vor wie die Demonstration für das Wahlrecht vor einer böhmischen Bezirkshauptmannschaft, wo der Bezirkshauptmann auf den Balkon hinaustrat und zu den Leuten sagte: Ja, meine Herren, ich bin ja für das allgemeine und gleiche Wahlrecht; ich kann es Ihnen aber mit dem besten Willen nicht geben, weil ich es nicht habe! (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn selbst hier auf dem Parteitag Stimmen laut werden, die ich nicht verstehe, die an dem Werthe eines allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in Oesterreich zweifeln, so muß ich gestehen, daß das auf eine Verwirrung hindeutet, die ich heute nicht mehr für möglich gehalten hätte. Wir glauben gewiß nicht, daß, wenn man heute unserem Oesterreich das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingibt, es morgen gesund sein wird. Aber wir glauben — und das hat uns auch die Erfahrung in Deutschland gezeigt — daß das allgemeine Wahlrecht eine feste Klammer für das Reich wäre, und wenn die Völker rings um die Donau gemeinsame Interessen haben, so können sie nur durch ein solches allgemeines Wahlrecht zum Ausdruck gebracht werden. Dieses ist gewiß für sich allein nicht in der Lage, die nationalen Zerwürfnisse zu beseitigen; es ist aber das einzige Mittel, um neben den nationalen Interessen, die bestehen, die wirthschaftlichen, politischen und kul

turellen Interessen und Bedürfnisse aller Völker, die hier wohnen, so scharf und präzise zum Ausdruck zu bringen, daß die nationalen Interessen daneben erstens zurückgedrängt und zweitens in Formen geäußert werden, die sie einer Lösung zugänglich machen. Wenn wir in Oesterreich einen einflußreichen Faktor hätten, der Courage hätte — von Verstand will ich gar nicht reden — dann müßte er ein Reichsparlament auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes einberufen — wie das verfassungsmäßig einzurichten ist, darüber hat man sich in Oesterreich noch nie den Kopf zerbrochen — nicht in der Hoffnung, daß dadurch sofort alle Schwierigkeiten beseitigt werden, wohl aber in der Hoffnung, daß es die Vorbedingung jeder Gesundung des Reiches ist, daß die Völker mit ihren lebendigen, wirthschaftlichen Interessen zu Worte kommen. Das geschieht aber nicht, weil man von diesem Parlament nicht etwas will, was das Volk braucht, sondern weil man von vorneherein ein Parlament will, das nichts thut, als die Interessen der Krone und des Feudalismus zu den herrschenden zu machen. Seit Pfingsten war die ganze Bevölkerung, auch wir, in einer gewissen Stimmung des Abwartens, ob die Regierung aus den offenkundigen Thatsachen die nothwendigen Konsequenzen ziehen und sich zu einer entscheidenden That aufraffen wird. Hätte Herr v. Körber, statt seine offiziösen Blätter mit den Berichten über seine Hin- und Herreiserei zwischen Ischl und Wien zu strapaziren, verkünden lassen, die Regierung sehe ein, daß es so nicht weiter geht, sie werde im Herbst das Parlament einberufen und ihm einen Wahlreformantrag auf Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes vorlegen — glauben Sie aber nicht etwa, daß ich ihn einer so vernünftigen Handlung für fähig halte — so hätte er damit nur einer allgemeinen Erwartung gesprochen, weil die Situation einen anderen Ausweg nicht zuläßt. Wenn Herr Körber heute das Parlament auflöst, ohne eine Wahlreform zu machen, dann hat er drei Monate gewonnen, aber die Völker haben wieder drei Monate verloren. Es ist ein Experiment, das von vornherein als mißglückt anzusehen ist. Ich will nicht prophezeien, aber das traue ich unseren Staatsweisen oder, besser gesagt, Staatsschlaucherln schon zu, daß ihnen das Gemunkel von Auflösen und Aenderung der Verfassung etwa nur dazu dient, um die Jungtschechen zu beeinflussen, daß sie wieder ein paar Wochen Ruhe geben. Mag dem sein wie immer, für uns wird allerdings — und das ist aus der Debatte mit voller Klarheit hervorgegangen — die Zeit der Aktion sehr bald kommen. Ich wundere mich nur, daß die Genossen aus dem Referat, das ich gestern gegeben habe, zu ersehen glaubten, daß ich oder die Parteivertretung solche Aktionen nicht wünschen, und meinten, daß es nöthig ist, daß die Parteivertretung vorwärtsgepeitscht werde. Die Peitsche thut immer gut, und ich gestehe es, daß mir Aeußerungen auf dem Parteitag, die sich beklagen, daß zu wenig geschehe, weit lieber sind, als solche, die zur Klugheit und Besonnenheit rathen. Die Besonnenheit besorgen schon wir, vielleicht in zu großem Maße. (Heiterkeit.) Zum Bremsen brauchen wir Sie nicht! Sehr erfreulich, außerordentlich belehrend und maßgebend für unsere Politik ist es, daß wir hier aus den verschiedensten Orten des Reiches Darstellungen gehört haben, die uns Muth und Sicherheit geben, daß wir in die Aktionen, die in baldiger Zukunft nöthig sein werden, mit der vollen Begeisterung und Entschiedenheit eintreten können, die nothwendig sind, um *etwas* zu erreichen; denn Alles kann die Sozialdemokratie in Oesterreich nicht richten.

Wenn ein Gran von Hirn in den Köpfen unserer Staatsmänner steckte, so könnten sie nicht ein von vornherein gescheitertes und überflüssiges Experiment, die Wähler nochmals auf Grund dieses Wahlrechtes zur Urne zu rufen, machen. Das ist ein Wahnwitz, gegen den wir mit aller Kraft protestiren, und wir werden das Möglichste thun, um diese unsere Ueberzeugung auch Anderen einzuprägen. Wir stehen vor einem Kampfe, dessen Bedingungen nicht nur Muth und Begeisterung nach außen sind, sondern der auch Festigung der Organisation im Innern und die Herbeischaffung der Kampfesmittel, zu denen auch Geld gehört, erfordert. Die Demonstrationen können auch nicht immer gesteigert werden. Wenn man Demonstrationen länger macht, als die Ursachen dazu vorhanden sind, wenn man einen Ingrimm und eine Kampfesentschlossenheit vortäuschen will in Momenten, wo sie nach der Psychologie der Massen nicht vorhanden sind, dann kommt es vor, daß sie unten fad werden und man oben auch die Witterung dafür bekommt, daß das

keine ernste Demonstration ist, sondern auf Kommando geschieht. Genossen! Der psychologische Moment steht nahe bevor, und es wird sehr lebendig werden in Oesterreich, darauf kann sich die verehrliche österreichische Regierung verlassen, und wir werden nicht aufzupeitschen, sondern vielleicht einzudämmen haben. (Beifall.)

Was nun die Anträge betrifft, so bemerke ich Folgendes: Gegen den Antrag Heller läßt sich nur das Eine einwenden, daß er überflüssig ist, weil ja die Parteivertretung im gegebenen Moment gar nichts Anderes machen kann. Genosse Beutel wünscht, daß in dem Antrag das Wort „sofort" gestrichen werde, weil der Antrag unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nur so annehmbar wäre. Genosse Beutel möge unbesorgt sein; „sofort" ist nicht so schnell, wie er glaubt. (Heiterkeit.) Genosse Ansobsky will auch, daß das Messer nicht so direkt an die Kehle gesetzt werde. Wenn Neuwahlen ausgeschrieben werden, dann ist das Wenigste, was wir zu thun haben werden, die Arrangirung des Kampfes und der Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, denn das geht dann von selbst. Aber was nicht von selbst geht, das ist die Organisation unserer ganzen Wahlarbeit, und für diese Vorkehrungen zu treffen, wäre viel nothwendiger. Genosse Czech möge mir verzeihen: wenn wir schon den Kampf nicht entfachen könnten, verschieben könnten wir ihn noch weniger. Ich meine, daß alle diese Zusätze an der Sache nichts ändern und daß man sie also fallen lassen könnte. Es genügt, daß aus der Mitte des Parteitages der Stimmung desselben Ausdruck gegeben wird, daß es nothwendig und an der Zeit ist, wieder mit aller Macht den Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu erheben.

Den Antrag des Genossen Pölzer halte ich für überflüssig. Was in dem Antrag des Genossen Petersilka steht, geschieht ja ohnehin. Was den Antrag der Bezirksorganisation II in Wien anlangt, so bin ich vor Allem gegen jeden Antrag, in dem „2c." steht. (Heiterkeit.) Wir haben keinen Anlaß, uns die Hände zu binden. (Sehr richtig!) Es fällt uns nicht ein, zu sagen, wir machen Kompromisse oder wir machen keine. Wir machen das, was uns in jedem Moment als das Nützliche und für die Partei Vortheilhafte erscheint, und sagen unseren Gegnern nicht, was wir machen werden. Die Genossen haben da eben nur an ihre lokalen Verhältnisse gedacht. Ich beantrage also, daß über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen wird.

Nun komme ich zu dem Antrag der Frauen. Es gibt Niemanden, der mehr die Nothwendigkeit einer Frauenbewegung, der Betheiligung der proletarischen Frauen an der Organisation wünscht wie ich; aber, Genossinnen, Sie machen entschieden einen Fehler damit, daß Sie, die Sie für die Gleichstellung der Frauen in politischen Dingen sind, sich eigentlich in Ihrem Innern noch nicht gleichgestellt haben. (Widerspruch seitens der Genossinnen.) Sie sind noch nicht so emanzipirt, wie Sie gelten wollen. Der Antrag soll uns sagen, wir sollen, wenn wir in die Wahlrechtsaktion eintreten, das Frauenwahlrecht nicht vergessen. Ich habe nichts dagegen. Aber sagen Sie mir, haben wir hier keine anderen Sorgen wie die? Wir können ja den Antrag nicht ablehnen; aber glauben Sie, daß das bei der heutigen Noth des ganzen Reiches so sehr in den Vordergrund zu stellen ist? Ich würde es für klüger gehalten haben, wenn eine gesagt hätte: Wir sehen, in welcher Arbeit ihr steht, wir werden euch helfen, ohne unseren speziellen Programmpunkt in den Vordergrund zu stellen.

(Gen. **Schlesinger:** Das thun wir ohnehin!)

Ich bitte also, den Antrag der Frauen und den Antrag Heller anzunehmen, über die anderen zur Tagesordnung überzugehen, weil sie überflüssig sind. Worauf es viel mehr ankommt, als welche Resolution wir hier beschließen, ist, in welcher Stimmung wir hinausgehen. Hier am Parteitag ist die Selbstkritik unsere Aufgabe. Wenn Manches nicht so ist, wie es sein sollte, so können und müssen wir anerkennen, daß es nicht leicht ist in diesem Oesterreich, eine so kräftige Partei hinzustellen, wie es die sozialdemokratische Partei trotz alledem ist; daß wir in den letzten Jahren der Partei eine Selbstständigkeit, eine Sicherheit ihrer Existenz und ihres Fortschreitens und eine Kraft gegeben haben, wie sie keine andere Partei hat. Oesterreich kann zugrunde gehen, das österreichische Proletariat wird nicht mit zugrunde gehen! Wir haben Alle die Empfindung, daß der Zeitpunkt nahe ist, wo die ganze Spannkraft der Partei eingesetzt werden muß. Sagen wir uns das

Eine, daß wir auch die Entschlossenheit haben, der Aufforderung, wenn sie an uns gestellt wird, zu entsprechen. Es wird der Moment kommen, wo sich die Arbeiterklasse erheben wird zu einem verzweifelten Kampfe. Ich halte aber einen solchen Ausbruch der Verzweiflung nicht für nützlich, weil daraus nie etwas Vernünftiges entstehen kann. Wenn aber Jemand berufen ist, diesen Ausbruch der Verzweiflung zu verhindern, dann sind es wir Sozialdemokraten. Auf uns sieht wirklich die Bevölkerung Oesterreichs, auf uns ruht thatsächlich eine größere Verantwortung, als dem Umfang unserer Partei entspricht. Die Bevölkerung von Oesterreich erwartet von uns Vernunft, Muth und Entschlossenheit, und ich bin überzeugt, das werden Sie im entscheidenden Moment haben. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen thatsächliche Berichtigungen.

Skaret (Wien): Meine Aeußerung bezüglich des Generalstreiks wurde mißverstanden. Ich habe nicht vom Generalstreik, sondern von der Organisirung des Generalstreiks gesprochen. Die Aufrüttelung der Massen ist weder unsinnig, noch undurchführbar.

Zeller (Teplitz): Genosse Bartel hat hier eine Bemerkung gemacht, von der ich annehme, daß sie ihm bloß in der Hitze des Gefechtes entschlüpft ist, die aber den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Genosse Bartel sagte, wenn heute Jemand unter die Bergarbeiter gehen und sie zu einem Streik auffordern wollte, so könnte er Prügel bekommen. Ich verkehre sehr viel mit Bergarbeitern. Nach dem Streik herrschte allerdings eine gewisse Mißstimmung. Diejenigen Bergarbeiter, die Jemanden prügeln würden, der ihnen sagt, sie sollen streiken, sind entschiedenst in der Minderheit.

Schlesinger Therese (Wien): Dem Genossen Dr. Adler dürfte es nicht unbekannt sein, daß wir unsere Pflicht nicht außer Acht lassen, wenn es sich darum handelt, mit den Männern zu kämpfen; wenigstens ist dies in Wien der Fall. Gegen die Art und Weise, wie Dr. Adler unseren Antrag behandelt hat, müssen wir uns verwahren.

Boschek (Wien): Kein Bezirk hat die Gleichberechtigung der Männer und der Frauen durchgeführt, indem er anstatt eines Genossen eine Genossin als Delegirte zum Parteitag entsendete. Wenn die Männer nicht für die Arbeiterinnen am Parteitag eintreten, dann haben eben wir die Pflicht, es zu thun.

Abstimmung.

Angenommen wurden einstimmig die Anträge **4** und **10.**

Zurückgezogen wurden die Anträge **5, 7** und **8.**

Abgelehnt wurde der Antrag **7.**

Zur Tagesordnung übergegangen wurde über die Anträge **3** und **9.**

Es wird sodann die Wahl der Kommission, welche Vorschläge für die Wahl der Parteivertretung erstatten soll, vorgenommen. In die Kommission werden gewählt: Bretschneider (Wien), Hackenberg (Krems), Bichl (Graz), Spielmann (Linz), Schäfer (Reichenberg) und Pokorny (Brünn).

Schluß der Vormittagssitzung $^1/_2$12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Beginn der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten. — Die Sitzung ist vertraulich.

Vorsitzender: Drößler.

Es wird Punkt 3

„Parteipresse"

in Verhandlung gezogen.

Zu diesem Punkte wurden folgende Anträge eingebracht:

11. Antrag Popp (Wien):

Im zweiten Absatz des 8. Punktes des Parteistatuts soll es statt wie bisher folgend heißen:

Gründungen von Parteiblättern können nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung beschlossen werden. — Der letzte Absatz im Punkte 2 entfällt.

12. Antrag Seliger (Reichenberg):

Dem zweiten Absatz des Punktes 8 des Organisationsstatuts wird folgende Fassung gegeben:

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben unter Zustimmung der Reichsparteivertretung von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird.

In jenen Ländern, wo Landesorganisationen bestehen, tritt an Stelle der Reichsparteivertretung die Landeskonferenz.

13. Antrag Dobiasch (Wiener-Neustadt):

Im zweiten Absatz des Punktes 8 soll es statt wie bisher folgend heißen:

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird.

14. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

Um der „Arbeiterinnen-Zeitung" unter den Frauen und Mädchen mehr Verbreitung zu verschaffen, soll ihr Inhalt dahin geändert werden, daß leichtfaßliche sozialwissenschaftliche Artikel, sowie auch Artikel und Notizen über die Hauswirthschaft erscheinen.

15. Antrag der Wahlkreisorganisation Innsbruck:

In Erwägung, daß es eine Hauptaufgabe der Presse ist, die indifferenten Massen aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, sowie sozialistische Bildung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zu verbreiten, welcher Aufgabe ein großer Theil unserer Presse nicht voll und ganz nachkommen kann, weil dieselbe zu viel von lokalen Ereignissen und Kämpfen in Anspruch genommen wird, stellt die Bezirksorganisation Innsbruck folgenden Antrag:

Es ist für sämmtliche in deutscher Sprache nicht täglich erscheinenden Blätter eine Beilage zu schaffen, welche die Aufklärungsarbeit, und zwar über die Ziele der Sozialdemokratie, das Wesen der heutigen Produktionsweise und des Klassenkampfes zu besorgen hätte.

Diese Beilage soll ferner eine Rundschau über die wichtigsten Ereignisse des In- und Auslandes, sowie hervorragende Reden unserer Parteigenossen 2c. bringen.

16. Antrag Bretschneider Ludwig (Wien)-Scheibein (Innsbruck) [Eventualantrag zum Antrag der Organisation Innsbruck]:

Die Parteivertretung wird beauftragt, sich in nächster Zeit mit der Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Unterhaltungsbeilage für die in der Provinz erscheinenden Parteiblätter zu befassen und in Erwägung zu ziehen.

17. Antrag Ressel (Grottau):

Der zweite Absatz des Antrages der Wahlkreisorganisation Innsbruck ist zu streichen.

18. Antrag der Lokalorganisation Tachau:

Das in Tachau erscheinende Wochenblatt „Vorwärts", welches von der Kreisvertretung des III. böhmischen Wahlkreises gegründet wurde und seit anderthalb Jahren besteht, wird als Parteiorgan anerkannt.

19. Antrag Zeller (Teplitz):

Die in Brüx erscheinende „Wahrheit" wird als Parteiorgan anerkannt.

20. Antrag Prähauser (Salzburg):

Der Parteitag beschließt: Das vom Wahlkreis Salzburg herausgegebene Wochenblatt „Salzburger Wacht" in Salzburg wird als Parteiorgan anerkannt.

21. Antrag der Kreisvertretung Mährisch-Schönberg und der Bezirksorganisation Wiesenberg:

Der Parteitag beschließt, das von der Wahlkreisvertretung des VII. mährischen Wahlkreises herausgegebene sozialdemokratische Wochenblatt „Volkswacht" in Mährisch-Schönberg wird als Parteiorgan anerkannt.

22. Antrag Czech (Brünn)-Freundlich (Mährisch-Schönberg):

Unter Berufung auf Punkt 8 des Organisationsstatuts, wonach Parteiblätter nur von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz gegründet werden können, beschließt der Parteitag:

Der Antrag der Organisationen Mährisch-Schönberg und Wiesenberg ist der Landeskonferenz für Mähren und Schlesien mit dem Wunsche zuzuweisen, die „Volkswacht" mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse nunmehr als Parteiorgan anzuerkennen.

23. Antrag Zehetbauer (Wien XIII):

Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kommission zu wählen, welche auch berechtigt ist, Beschwerden bezüglich der Administration und Expedition entgegenzunehmen und diesbezügliche Erhebungen zu veranlassen.

Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation überlassen.

24. Antrag Zehetbauer-Exner (Wien):

Neuanstellungen und Gehaltsregulirungen in der „Arbeiter-Zeitung" sowie im Parteisekretariat dürfen von der Parteileitung erst nach vorheriger Zustimmung der Wiener Lokalorganisation durchgeführt werden.

25. Antrag Bretschneider Ludwig (Wien):

Ueber die Anträge der Bezirksorganisation XIII (Zehetbauer), betreffend die Kontrolkommission und die Bestimmungen der Anstellungs- und Gehaltsregulirungen wird zur Tagesordnung übergegangen.

26. Antrag Hueber (Wien):

Der Parteitag beschließt:

Die Anstellung und Besoldung der Angestellten der Partei und Parteiorgane, soweit sie ihr unterstehen, wird der Parteivertretung überlassen.

27. Antrag Bartel (Teplitz)-Kraeutl (Falkenau):

Der Verlag der „Glühlichter" wird beauftragt, dem Blatte, das heute lediglich ein Wiener Witzblatt ist und hauptsächlich dem Kampfe gegen die Christlich-Sozialen dient, einen allgemeineren Charakter zu verleihen.

28.

In Erwägung, daß die Maifestschrift der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs bildlich zwar künstlerisch ausgestattet, jedoch vielen Genossen und insbesondere indifferenten Arbeitern oft unverständlich erscheint, so daß eine Massenverbreitung derselben schwierig ist, beschließt der Parteitag: Die Maifestschrift der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist künftighin bildlich anmuthiger und anziehender auszugestalten, damit dadurch eine Massenverbreitung ermöglicht werde und der agitatorische Werth des Textes zur vollen Geltung gelangt.

Berichterstatter **Popp:** Werther Parteitag! Genosse Skaret hat bereits in seinem Berichte auf die schwierige Lage der Parteipresse hingewiesen. Trotz der vielen Konfiskationen, trotz der Unsicherheit, unter der unsere Parteipresse zu leiden hat, infolge deren kein Redakteur weiß, wie weit er gehen und was er schreiben darf, was der Staatsanwalt dulden wird oder nicht, und trotz des Verbotes der Kolportage hat unsere Parteipresse einen riesigen Aufschwung genommen. Und wenn wir nach diesem Gradmesser die Fortentwicklung der Partei beurtheilen, so können wir sehr zufrieden sein. Die Einsendung der Berichte war auch in Bezug auf die Presse eine mangelhafte, und die Parteivertretung konnte infolge dessen auch über die Auflage der Blätter eine Zusammenstellung nicht machen. Es fehlten uns zunächst Daten über die „Nordböhmische Volkszeitung" und den „Nordböhmischen Volksboten" in Steinschönau. Ohne diese beiden Blätter und ohne unser Tagblatt erscheint die politische Presse in einer wöchentlichen Auflage von 92.000 Exemplaren. Ueberdies erscheinen drei Blätter, die vom Parteitag noch nicht anerkannt sind, nämlich die „Volkswacht" in Mährisch-Schönberg, die „Wahrheit" in Brüx und der „Vorwärts" in Tachau. Mit den Fachblättern beträgt die wöchentliche Auflage unserer Presse ohne die „Arbeiter-Zeitung" wohl 200.000.

Was den Antrag auf Anerkennung der „Volkswacht" und des „Vorwärts" als Parteiorgane betrifft, so bemerke ich, daß die Genossen das Blatt ohne jede weitere Rücksichtnahme auf den Beschluß des letzten Parteitages gegründet haben. Das zeigt, daß von einer Parteidisziplin hier sehr wenig vorhanden ist. Die Parteivertretung hat sich auf den Beschluß des letzten Parteitages gestellt und mußte infolge dessen viel Anfeindungen erfahren. Als die Landeskonferenz von Mähren und Schlesien einberufen wurde, schickte die Parteivertretung, die in der Sache selbst eine Initiative nicht zu ergreifen hatte, einen Vertreter zur Landeskonferenz, welche die Anerkennung des Blattes abgewiesen hat. Nachdem sich

Genosse Skaret als Delegirter der Parteivertretung auf den Standpunkt des Parteistatuts stellte, wurde im Briefkasten eines Blattes geschrieben: „Wir wissen, daß die Wiener nur für die „Arbeiter-Zeitung" und die „Volkstribüne" sind und andere Blätter nicht aufkommen lassen." Gründungen von Parteiblättern werden sich nicht hintanhalten lassen, wo die betreffenden Genossen die Gründung für nothwendig halten. Wir wissen wohl, daß es oft schädlich ist, wenn mit der Blattgründung zu zeitig vorgegangen wird, wir wissen aber auch, daß es nichts nützt, wenn man noch so oft abräth; da kann man nichts weiter thun, als die Genossen selbst für ihre Handlung verantwortlich zu machen, sie sollen sich nur ein paarmal die Finger verbrennen, dann werden sie klüger werden. Die Parteivertretung soll aber solche Blätter, die sie nicht befürwortet, auch nicht weiter unterstützen.

Was den Stand der „Arbeiter-Zeitung" betrifft, ist er leider noch immer nicht so, wie er sein könnte und der Haltung der Zeitung entsprechen würde. Der Abonnentenstand hat sich wesentlich gehoben, trotzdem aber ist der finanzielle Stand im Verhältnisse zu den Erfordernissen des Blattes kein glänzender. Immerhin steht sich das Blatt jetzt besser als früher vor Aufhebung des Zeitungsstempels, obwohl von dem Stempel zirka zwei Drittel an die Abonnenten abgegeben und ungefähr ein Drittel für die Verstärkung des Blattes aufgewendet wurde. Aber infolge eines festeren Abonnentenstandes kann die Auflage entsprechend eingerichtet werden, und auch die Retouren, für die früher der Stempel gezahlt werden mußte, ohne daß er uns ersetzt wurde, fallen nicht mehr so ins Gewicht. Den Kampf für die Aufhebung des Zeitungsstempels hat die „Arbeiter-Zeitung" fast allein geführt, ohne davon eigentlich einen Vortheil zu haben, während die bürgerlichen Blätter, die sich gegen den Zeitungsstempel überhaupt nicht sehr gesträubt haben und denen vielleicht die Möglichkeit einer größeren Konkurrenz sogar sehr unangenehm ist, den vollen Profit aus der Ersparung des Zeitungsstempels eingesteckt haben. Die Gemeinheit aber dabei ist, daß sich bürgerliche Blätter noch erfrechen, zu sagen, daß die „Arbeiter-Zeitung" das Geld für den Stempel selbst einsteckt und das Blatt nicht billiger abgäbe, eine Lüge, die insbesondere das „Deutsche Volksblatt" aufgetischt hat.

Ich komme zu den Anträgen. Was den Antrag der Wahlkreisorganisation Innsbruck auf Schaffung einer Beilage für die nicht täglich erscheinenden Blätter betrifft, so würde dadurch den Wochenblättern eigentlich ihre Arbeit abgenommen werden. Was die Genossen hier wünschen, ist eben die Aufgabe eines jeden Parteiblattes. Vielleicht dachten sich die Genossen eine Unterhaltungsbeilage, ähnlich wie die „Neue Welt", die auch sozialpolitische Artikel bringen soll. Ueber eine solche Unterhaltungsbeilage könnte man heute umsomehr verhandeln, als wir eine leistungsfähige Druckerei haben. Die Frage ist, ob eine solche Beilage auch in einer entsprechend starken Auflage erscheinen könnte, damit sie an die Organisationen billig abgegeben werden könnte. Nach einer von mir gemachten Zusammenstellung würden acht Seiten einer solchen Beilage bei einer Auflage von 50.000 auf 8 fl. per Tausend kommen. In dieser Weise könnte man diesen Antrag annehmen, würde er aber durchgeführt werden, wie er hier steht, dann hätten die Parteiblätter selbst nichts zu thun.

Was den Antrag der Lokalorganisation Tachau auf Anerkennung des „Vorwärts" betrifft, so bemerke ich, daß die Genossen die im Statut niedergelegten Bedingungen in keiner Weise erfüllt haben. Im Uebrigen wäre gegen die Anerkennung nichts einzuwenden. Bezüglich der „Volkswacht" haben sich die Genossen Dr. Czech und Freundlich auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, gegen den nichts einzuwenden ist. Damit aber solche Dinge doch nicht mehr vorkommen, stelle ich den Antrag, daß Punkt 8, Parteipresse, Absatz 2, nunmehr folgendermaßen zu lauten habe: „Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Parteivertretung beschlossen wird." Der letzte Satz hat zu entfallen. Die Parteivertretung hat dann kein Zwischenglied mehr, das sie berücksichtigen muß, sie kann die Verantwortung tragen, während sie heute für etwas verantwortlich gemacht wird, wo sie einzugreifen überhaupt nicht kompetent ist. Das Einvernehmen mit der Parteivertretung wird nicht schwer zu finden sein.

Was die „Arbeiterinnen-Zeitung" betrifft, will ich Ihnen nur einen kurzen finanziellen Bericht vortragen, ohne mich in das Redaktionelle einzulassen. Vor einigen Jahren wurde, weil es der „Arbeiterinnen-Zeitung" schlecht ging, vorgeschlagen, daß sie aufgelassen und nur als Beilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen soll. Während nun im Jahre 1896 der Schuldenstand zirka 1500 fl. betrug, ist er heute auf 1000 fl. gefallen. Im Jahre 1896 betrug die Auflage 2500 Exemplare, im Jahre 1900 beträgt sie 5500. Daraus ergibt sich, daß das Blatt eine Nothwendigkeit ist; es wird heute von den Gewerkschaften, die weibliche Mitglieder haben, für diese obligatorisch eingeführt. Das Blatt ist in Wien verbreitet in 504 Exemplaren, in Niederösterreich mit 366, in Oberösterreich mit 117, in Böhmen mit 2077, in Mähren mit 356, in Schlesien mit 340, in Steiermark mit 278, in Kärnten mit 132, in Tirol mit 36, in Galizien mit 13, in Ungarn mit 9 und im Ausland mit 8 Exemplaren. Wir sehen also in Böhmen, und zwar bei den Textilarbeiterinnen, auch bei der keramischen Branche, die stärkste Verbreitung des Blattes. Was den Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII betrifft, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" Artikel und Notizen über Hauswirthschaft und ähnliche Dinge bringen soll, so ist zu erwägen, daß das Blatt nicht für Frauen da ist, die außerhalb der Fabrik stehen, sondern speziell nur für die Fabriksarbeiterinnen, die ihrer Fachorganisation zugeführt werden sollen. Wir können mit dem finanziellen Stande des Blattes zufrieden sein, wie sich überhaupt die ganze Parteipresse wesentlich gehoben hat, und es ist zu erwarten, daß mit dem Fortschreiten der Organisation auch jene Blätter, die bisher nur eine kleine Auflage haben, stetig wachsen werden.

Widlar (Wien): Namens der Wiener Kontrolkommission, die am Linzer Parteitage beauftragt wurde, die „Arbeiter-Zeitung" und die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu kontroliren, kann ich Ihnen mittheilen, daß wir alle Monate kontrolirt und jederzeit Alles in Ordnung befunden haben. Ich beantrage: Ertheilen Sie der Administration das Absolutorium.

Smitka (Wien): Namens der Parteikontrole kann ich berichten, daß wir die Parteipresse wiederholt kontrolirt haben. Nachdem ein Anstand sich nie ergeben hat, beantrage ich die Ertheilung des Absolutoriums.

Klingsbögl (Wien): Unser Antrag geht darauf hinaus, die „Arbeiterinnen-Zeitung", die bisher das Amtsblatt des Reichs-Frauencomites war, zu einem wirklichen Werbeblatt zu machen. Die Arbeiterfrauen wollen etwas haben, was ihnen speziell als Hausfrauen ans Herz gewachsen ist.

Stark (Tachau): Ich bin beauftragt worden, für den Antrag einzutreten, daß der „Vorwärts" als Parteiorgan anerkannt wird. Nachdem die Unterstützung seitens des „Volkswille" ausgeblieben ist, mußten wir unser Blatt selbstständig machen. Es erscheinen in Böhmen noch zwei Parteiblätter, die „Saazer Zeitung" und der „Böhmerwaldbote" in Budweis, die, wenn der „Vorwärts" nicht anerkannt wird, auch nicht anerkannt werden könnten. Die Anerkennung des „Vorwärts" würde der Partei nur nützen.

Dr. **Czech** (Brünn): Der Antrag des Genossen Seliger deckt sich ohnehin mit dem bestehenden Organisationsstatut. Auf der vorjährigen Landeskonferenz für Mähren und Schlesien wurde der Antrag gestellt, daß das zu gründende Blatt „Mährische Volkswacht" als Parteiorgan anerkannt werden möge. Diesen Antrag hat die Landeskonferenz abgelehnt, weil sie glaubte, daß die Vorbedingungen für ein neues Blatt in Mährisch-Schönberg nicht vorhanden seien. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Annahmen nicht richtig waren, und es ist nun recht und billig, daß man der Landeskonferenz Gelegenheit gibt, ihren Beschluß zurückzunehmen. Ich bitte Sie daher, den von mir und Genossen Freundlich eingebrachten Antrag anzunehmen. Es liegt kein Anlaß vor, für den Antrag des Referenten zu stimmen. Ich glaube, die Landesvertretung kennt doch die Verhältnisse besser als die Parteivertretung, die ja immer auf die Informationen der Landesvertretung angewiesen ist. Insbesondere wir Mährer haben ein Interesse daran, daß die bisherige Bestimmung des Statuts aufrecht bleibt.

Leo **Freundlich** (Mährisch-Schönberg): Die Idee, in Mährisch-Schönberg ein Blatt zu gründen, besteht schon seit mehr als zehn Jahren. Die Schönberger sind nicht leichtsinnig daran gegangen, ein Blatt zu gründen, denn es besteht that-

sächlich das Bedürfniß hiezu, da die Verhältnisse in den einzelnen Theilen Mährens so heterogene sind, daß ein Blatt für das ganze Land nicht ausreicht. Die „Volkswacht" ist heute aktiv. Um unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen, habe ich mich auf einen Kompromißantrag eingelassen.

Heller (Wien): Auf jedem Parteitage tauchen Anträge auf, welche bezwecken, der Disziplinlosigkeit in Bezug auf die Gründung von Parteiblättern einen Riegel vorzuschieben. Hiezu scheint mir die vom Referenten vorgeschlagene Fassung die zweckmäßigste zu sein, weil die Reichsparteivertretung dem Konkurrenzkampfe entrückt ist und unparteiisch entscheiden kann. Am Vormittag hat eine Genossin Klage geführt, daß so wenig Interesse für die Frauenorganisationen vorhanden sei. Mit Unrecht. Wir hören auf jedem Parteitage aus dem Kreise der männlichen Genossen Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die „Arbeiterinnen-Zeitung". Wenn die Beilage, wie sie von den Innsbrucker Genossen beantragt wird, dazu ausersehen sein soll, die gegenwärtige schweizerische Beilage, die unsere Provinzblätter haben und die unter aller Kritik ist, zu verdrängen, so kann ich diesen Antrag nur begrüßen.

Pokorny (Brünn): Ich muß gegenüber dem Genossen Freundlich bemerken, daß es unrichtig ist, daß sich die Organisation in Mährisch-Schönberg bereits seit zehn Jahren mit der Idee der Gründung eines Blattes befaßt hat. Wenn jeder Wahlkreis machen kann, was er will, wozu haben wir dann Parteigesetze? Wenn sich der Parteitag nicht energisch gegen derartige Uebergriffe erhebt, dann werden wir in Mähren binnen kurzem eine stattliche Anzahl von Parteiblättern besitzen, die natürlich nicht so prosperiren werden, wie es zufälligerweise bei der „Volkswacht" der Fall ist.

Ressel (Grottau): Mir kommt vor, daß Parteiblätter nicht gerade immer im Interesse der Partei gegründet werden, sondern auch, um da und dort einen unterzubringen. Ich meine, die Blätter, die nicht auf Grund von großen Parteiorganisationen gegründet sind, wären einfach nicht anzuerkennen. Ich stelle den Antrag, daß der zweite Absatz des Antrages der Wahlkreisorganisation Innsbruck gestrichen werde.

Klinger (Rumburg): Auch bei uns besteht der Wunsch, daß den Parteiblättern eine Unterhaltungsbeilage beigegeben werden solle. Durch eine solche Beilage werden wir die indifferenten Arbeiter und insbesondere die Frauen leichter für unsere Parteiblätter interessiren, als es jetzt möglich ist.

Exner (Wien): Es sollten doch auch einmal die technischen Schwierigkeiten beseitigt werden. Bei der gegenwärtigen Druckerei ist es nicht viel besser wie bei der Bergmann'schen. Gegen eine vorübergehende Anstellung von Hilfskräften wird auch die Lokalorganisation keine Einwendung erheben. Bezüglich der fixen Anstellungen hat aber der Linzer Parteitag festgesetzt, daß man sich mit der Lokalorganisation ins Einvernehmen zu setzen habe. Ich habe daher den Antrag eingebracht, daß Gehaltsregulirungen und Anstellungen nur mit Zustimmung der Wiener Lokalorganisation vorgenommen werden können.

Zehetbauer (Wien): Auf dem letzten Parteitage wurde der Antrag, daß eine größere Preßkommission eingesetzt werden solle, abgelehnt. Ich bin überzeugt, daß viele unserer Genossen nicht wissen, daß eine kompetente Stelle besteht, wo sie ihre Wünsche und Beschwerden als Abonnenten anbringen können. Der Weg durch die Bezirksvertretungen ist viel zu komplizirt. Was wir in unserem Antrage verlangen, ist nicht viel, und ich glaube, Sie werden sich nicht auf den engherzigen Standpunkt stellen, daß das nicht nothwendig ist. Unter „Kontrole" verstehen die Genossen immer nur die Kontrole der Bücher u. s. w.: wir verstehen darunter aber auch die Stelle, welche Beschwerden und Wünsche zu übernehmen hätte.

Dobiasch (Wiener-Neustadt): Ich befürworte den Antrag, daß für die österreichischen Parteiblätter eine eigene Beilage herausgegeben werde, auf das Wärmste. Die schweizerische Beilage wird allgemein als nicht entsprechend bezeichnet. Die Blätter müssen sie aber halten, weil die Leser die Beilage nicht mehr missen wollen. Wir mußten sogar, um die Beilage beigeben zu können, den Preis des Blattes erhöhen, und trotzdem ist die Auflage nicht zurückgegangen. Ich glaube, die Parteivertretung wäre ganz gut in der Lage, eine Beilage um denselben Preis wie die Schweizer Beilage zu liefern. Auf jedem Parteitage wird Beschwerde geführt, daß die Bestimmungen über die Gründung von Parteiblättern nicht

beobachtet werden. Das muß aber geschehen, weil es anders nicht möglich ist, ein neues Blatt zu gründen. Man kann ja im Vorhinein nicht den geforderten Nachweis erbringen. Ich habe bei der Gründung von vier Blättern mitgeholfen und viermal diese Bestimmung übertreten. (Heiterkeit.) Jedesmal ist die Parteivertretung zu der Ansicht gekommen, daß es doch gut war, daß die Bestimmung übertreten worden ist. Ich glaube also, man sollte überhaupt keine Bestimmung festsetzen, wenn es von vornherein sicher ist, daß sie übertreten wird. Es sollte einfach heißen: Die Gründung von Parteiblättern kann nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird. Dann werden sich die Genossen strenge daran halten können und auch halten.

Adelheid **Popp** (Wien): Wenn die Bezirksorganisation VIII meint, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" durch die Veröffentlichung von sozialwissenschaftlichen Artikeln und durch Aufnahme eines Haushaltungstheiles an Verbreitung gewinnen wird, so glaube ich, daß sich die Bezirksorganisation VIII bisher zu wenig mit der „Arbeiterinnen-Zeitung" befaßt haben dürfte, um zu dieser Meinung berechtigt zu sein. Uns kommen Beschwerden seitens der Genossinnen, daß ihnen der Inhalt der Zeitung nicht entspricht, nicht zu, im Gegentheil, sie versichern, daß er ihnen entspricht. Wir wissen, daß jedes Blatt verbessert werden kann und verbessert werden soll. Man muß aber nur erwägen, daß mit den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eben nicht mehr geleistet werden kann. Es wurde gesagt, die „Arbeiterinnen-Zeitung" sei zu hoch geschrieben, sie sei nicht verständlich. Unser Ziel ist ja doch, das geistige Niveau der Leserinnen zu heben. Wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" sich bemüht, Novellen zu bringen, die gewiß verdienen, gelesen zu werden, so weiß ich nicht, was dagegen eingewendet werden kann. Wir waren gerade der Ansicht, daß wir uns durch die Besprechung von Tolstoi's „Auferstehung" das Lob der Parteigenossen verdienen werden. Wir haben die Besprechung abgedruckt, um für den Roman, der in der „Arbeiter-Zeitung" abgedruckt wird, Propaganda zu machen.

Leichtfaßliche sozialwissenschaftliche Artikel bringt die „Arbeiterinnen-Zeitung" immer. Es ist auf dem Wiener Parteitage der Antrag gestellt worden, wir sollen Artikel bringen, die die Frau als Mutter und Gattin interessiren. Wir haben auch solche Artikel gebracht, über das Säugen der Kinder, über gesundheitliche Kleidung u. s. w. Was sollen wir mehr machen? Wenn wir die Arbeiterschutzgesetzgebung oder die Gewerbe-Inspektorenberichte besprechen, so kann man da freilich sagen, solche Artikel können auch in anderen Blättern stehen. Wenn sie aber in anderen Blättern stehen, dann werden sie eben nicht von den Leserinnen der „Arbeiterinnen-Zeitung" gelesen. (Sehr richtig!) Die Hälfte der „Arbeiterinnen-Zeitung" umfaßt Berichte der gewerkschaftlich organisirten Arbeiterinnen in den Provinzen. Einiges von dem, was Genosse Klingsbögl gesagt hat, trifft höchstens für Wien zu. Wenn es gelungen ist, das Defizit um 500 fl. zu verringern, dann ist dies gewiß nicht ein Beweis für den Tiefstand des Blattes. Ich glaube, es wäre besser, wenn die Genossen in erster Linie dafür sorgen würden, daß auch in Wien unter jenen Arbeiterinnen, die überhaupt kein Blatt lesen und uns daher fast unzugänglich sind, die „Arbeiterinnen-Zeitung" mehr Verbreitung fände, als daß sie mit solchen Vorwürfen kommen. Sie können versichert sein, daß wir bemüht sind, das Blatt so herzustellen, daß es in der That aufklärend zu wirken vermag. Unterstützen Sie uns dabei!

Bretschneider (Wien): Ich glaube, wenn wir den Antrag des Genossen Popp annehmen, so haben wir durchaus keine Gewähr dafür, daß nicht wieder derartige Gründungen von Parteiblättern erfolgen. Vielleicht wird dann erst recht gesündigt.

Die Reichsparteivertretung kennt die Verhältnisse gewiß nicht besser als die näherstehenden Organisationen. Ich glaube also, wir sollten auf den Antrag Popp nicht eingehen, sondern es bei den heutigen Bestimmungen bewenden lassen. Wegen einiger Fälle soll man nicht gleich zu einer Aenderung des Organisationsstatuts schreiten. Die meisten Genossen haben sich ja doch an das Statut gehalten. Wir sollen einfach den Muth haben, zu sagen, der Parteitag hat jenen Genossen, die sich nicht an die Organisationsbestimmungen halten, die Genehmigung zu verweigern. (Sehr richtig!)

Den Genossen des XIII. Bezirkes ist ein kleiner Lapsus passirt. Sie haben übersehen, daß am Linzer Parteitag folgende Beschlüsse gefaßt wurden: Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen. Weiter: Ueber alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Kann es etwas Klareres geben? Haben Sie von der Kontrolkommission gehört, daß sie mit der ihr zugewiesenen Kompetenz nicht einverstanden wäre oder daß sie nicht Beschwerden entgegengenommen, geprüft und auf deren Abhilfe gedrängt hätte? Die Wiener Lokalkommission hat unter „vorherigem Einvernehmen" nie etwas Anderes als „vorherige Zustimmung" verstanden. Ich empfehle Ihnen also, über diese zwei Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Scheibein (Innsbruck): Der Antrag der Wahlkreisorganisation Innsbruck ist wohl nur dahin zu verstehen, daß eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage geschaffen werde, um den weißen, braunen und schwarzen Pfaffen, die bei uns mit den Heiligenbildern hausiren gehen, entgegenarbeiten zu können. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Seliger (Reichenberg): Die Beschwerde bezüglich der Neugründung von Blättern ist nur bis zu einem gewissen Grade berechtigt: solche Neugründungen sind in den letzten Jahren gewiß nur aus Nothwendigkeitsgründen erfolgt. Die Parteivertretung aber hat dabei nichts weiter gethan, als erklärt, daß die gegründeten Blätter nicht Parteiorgane sind. Auf dem Parteitag aber wird das Blatt als Parteiorgan anerkannt. Die Parteivertretung beschäftigt sich mit derartigen Fragen nicht, wenn sie auftauchen, sondern erst, wenn sie gelöst sind, und sie erklärt einfach, wir haben damit nichts zu thun. Der Referent beantragt uns, daß Gründungen von Parteiblättern nunmehr nach erzieltem Einvernehmen zwischen der Wahlkreiskonferenz und der Parteivertretung erfolgen können. Ein solches Einvernehmen kann aber doch nicht immer hergestellt werden; die Kreiskonferenz kann die Blattgründung beschließen oder ablehnen, ein Drittes gibt es aber nicht. Deshalb bin ich dafür, daß statt „im Einvernehmen" gesagt werde: „unter Zustimmung" der Reichsparteivertretung. Ich habe auf früheren Parteitagen den Antrag auf Gründung eines Preßbureaus gestellt; ohne diesen Antrag heute zu erneuern, halte ich es für eine wichtige Pflicht der Parteivertretung, der journalistischen Ausgestaltung unserer Provinzpresse, die von Tag zu Tag an Bedeutung gewinnt, ein Augenmerk zuzuwenden.

Scholz (Mildeneichen): Es wäre gut, wenn in unserer Presse überhaupt eine etwas allgemeinere Haltung eingenommen würde. Wir hatten bei uns einen langen Streit darüber, ob beim „Freigeist" eine Tageschronik eingeführt werden soll. Sie wurde nicht eingeführt, und die Folge war, daß die „Volkstribüne" viel stärker ging. So ist es auch mit der „Arbeiterinnen-Zeitung", die, wenn wir mit ihr eindringen wollen, Artikel bringen muß, mit denen die Frauen herangezogen werden können, sonst weist man auf die bürgerlichen Blätter hin, welche den Frauen durch solche Hauswirthschaftsnotizen imponiren. Für sozialpolitische Artikel sind unsere Frauen nicht sofort zu haben.

Zeller (Teplitz): Ich befürchte, daß der Antrag, daß die Gründung von Parteiblättern nur im Einvernehmen mit der Parteivertretung beschlossen werden kann, herzlich wenig nützen wird, weil sich derartige Sachen eben nicht reglementiren lassen. Genosse Seliger wünscht die vorherige Zustimmung der Parteivertretung. Nun wissen wir aber, daß die Parteivertretung ihre Zustimmung nur dort geben wird, wo sie vom Wahlkreis verlangt wird, und der Wahlkreis wieder wird nur in den seltensten Fällen mit einer Blattgründung einverstanden sein. Die Genossen werden vielmehr sagen: Wir gründen das Blatt, ob ihr nun damit einverstanden seid oder nicht. Und wenn sich das Blatt finanziell halten kann, so wird es bestehen bleiben, auch wenn der Bannstrahl der Reichsparteivertretung gegen dasselbe geschleudert wird.

Dr. Adler (Wien): Genosse Dobiasch ist im Irrthum, wenn er meint, daß die Parteivertretung oder ich persönlich an der Entwicklung der Provinzpresse kein Interesse hätten. Ganz im Gegentheil; aber wir wünschen, daß die erscheinenden Blätter nicht nur finanziell gehoben, sondern auch auf ein solches

geistiges Niveau gebracht werden, daß sie wirklich wirksame Waffen für uns werden. Auch die Presse unserer Gegner ist eine andere geworden, als sie vor einigen Jahren war, und so muß auch unsere Presse eine andere werden. Wenn ich gegen die Gründung von kleinen Kreisblättern in Böhmen bin, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß es nothwendig wäre, daß wir speziell in Nordböhmen ein gutfundirtes Tagblatt hätten. (Zustimmung.) Das wäre viel gescheidter als ein Blatt in Tachau und eines in Brüx und wieder eines in Saaz u. s. f. Es wurde viel über Scheerenarbeit gesprochen; da will ich nur das Eine sagen, daß mir Derjenige, der gut zu schneiden versteht, lieber ist als ein Redakteur, der schlecht schreibt. (Rufe: Sehr richtig!) Ueber die „Arbeiter-Zeitung" ist eigentlich wenig geschimpft worden. Mein Existenzminimum ist eigentlich da etwas höher. Bezüglich der Anträge vom XIII. Bezirk schließe ich mich dem Antrag Bretschneider auf Uebergang zur Tagesordnung an. Lassen Sie es bei den Bestimmungen, wie sie seit zwei Jahren bestehen. Die Preßkommission hat sich in die Verhältnisse hineingefunden, sie hat schon das Recht, das ihr der XIII. Bezirk erst einräumen will, nämlich Beschwerden bezüglich der Administration und Redaktion entgegenzunehmen.

Am besten wäre der Antrag Hueber, daß die Anstellung und Besoldung der Parteiorgane der Parteivertretung zu überlassen sei. Ich weiß, der Antrag wird nicht angenommen werden, das nützt nichts, so weit sind wir noch nicht. Der heutige Zustand ist aber ein erträglicher, wir kommen ganz gut aus, und es ist nicht gut, daran zu rütteln. Daß für die Provinzpresse ein anderer Zuschnitt nothwendig wäre — ganz besonders in Böhmen — daran halte ich fest, und es wäre vielleicht im Wege einer Konferenz nachzudenken, wie da abzuhelfen wäre. Wie die Presse heute beschaffen ist, entspricht sie dort nicht der sonstigen Größe der Partei. Darin liegt nicht ein Vorwurf gegen die Redakteure; ich weiß, wie die Leute draußen ohne jegliche Hilfsmittel die Blätter so herstellen, daß sie etwas gleichsehen. Und das thun sie für einen elenden Hungerlohn; wir haben nicht die richtige Auffassung von der Sache, wenn wir unsere wichtigsten Arbeiter, die Tintenkuli, eigentlich am schlechtesten behandeln. Diesen Zuständen wäre endlich abzuhelfen.

Gröbner (Wien): Wenn Sie den Antrag der Bezirksorganisation VIII annehmen, wird das zur Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung" wesentlich beitragen. Wir haben damit nicht etwa eine Hausfrauenzeitung im Auge; es ist aber doch andererseits nicht schlecht, auch aus anderen Blättern das Gute herauszunehmen. Wir haben mit Frauen gesprochen, die erklärten, daß sie auch in der „Arbeiterinnen-Zeitung" Artikel über Hauswirthschaft, Gesundheits- und Kinderpflege suchen. Die Kosten des Blattes würden dadurch nicht erhöht. Wenn auch hie und da solche Artikel gebracht werden, so fehlen sie doch zumeist ganz, und das soll nicht sein. Für die indifferente Arbeiterin ist das Blatt auch zu hoch geschrieben. Darüber wird auch in der Provinz geklagt. Gut wäre es auch, wenn die Mittel hiezu vorhanden sind, einen Schnittzeichenbogen beizulegen.

Hueber (Wien): Durch den von mir eingebrachten Antrag wird der Wiener Lokalorganisation ein Stück Recht genommen, und der Parteitag wird sich zu entscheiden haben, ob dies geschehen soll oder nicht. Es wurde mir der Vorwurf gemacht, es liege in meinem Antrag ein Stück Konservativismus, und Andere sagen wieder, ich erwies der Parteivertretung mit diesem Antrag einen Gefälligkeitsakt. Durch den Antrag des XIII. Bezirkes würden die Quatschmeiereien nur befördert werden. Die Genossen würden sagen, nicht nur die Lokalorganisation, sondern wir alle Bezirke wollen darüber reden, ob die Lokalorganisation der Parteivertretung dieses oder jenes Recht geben soll. Genosse Exner behauptet, daß durch den Streit in der Lokalorganisation über die Erhöhung der Gehälter die Organisation untergraben und die „Arbeiter-Zeitung" infolge dessen auch zurückgegangen sei. Da ist es nur naturgemäß, zu verlangen, es soll der Lokalorganisation das Recht genommen und sie von Dingen befreit werden, die für die Organisation keinen Werth haben. Die Vertreter der politischen Organisationen wünschen, daß dieser Streit endlich beseitigt werde, um die politische Organisation ausbauen und für die prinzipielle Ausbildung der Genossen sorgen zu können. Nun kommt aber der XIII. Bezirk mit seiner Verschärfung und will diese Quatsch-

meierei noch vergrößern. Lassen Sie diesen ironischen Hieb Adler's nicht auf sich sitzen. Beseitigen Sie diesen Uebelstand von Wien, und Sie haben für die Wiener Genossen eine tüchtige Organisationsarbeit geleistet. Das sind die konservativen Gründe und meine persönliche Freundschaft für die Parteivertretung, die mich veranlaßten, meinen Antrag zu stellen.

Hannsch (Sternberg) und **Schatzmayr** (Spittal a. d. Drau) beantragen Schluß der Debatte.

Smrčka (Wien) spricht dagegen, Hannsch dafür.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Referent **Popp:** Dr. Czech hat Recht, daß der Brünner „Volksfreund" wohl seit 20 Jahren besteht. Die Verhältnisse haben sich aber dort so sehr geändert, daß das Blatt heute in Brünn und Umgebung keinen festen Halt mehr besitzt, sondern seine Abnehmer weiter draußen hat. Da war es nun natürlich, daß in diesen Kreisen die Absicht auftauchte, selbst ein Blatt zu gründen. Dr. Czech ist im Irrthum, wenn er meint, daß der Blattgründung ein Riegel vorgeschoben werde, wenn nur die Landesorganisation darüber zu beschließen hätte. Die Parteivertretung steht nicht etwa auf dem Standpunkt, daß Blätter dort nicht gegründet werden dürfen, wo dies nöthig ist. Sie wird die Bewilligung geben, wo es die Organisation erfordert; wenn sie aber ihre Zustimmung versagt, dann muß dem Blatt auch wirklich die Anerkennung versagt werden. Das verlangt die Disziplin. Wenn Genosse Bretschneider sich gegen meinen Antrag erklärt hat, so meine ich, daß gerade der niederösterreichischen Landesparteivertretung mein Antrag infolge ihrer tüchtigen Disziplin nur nützlich sein kann. Bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist es eigenthümlich, daß die meisten Beschwerden aus jenen Kreisen kommen, wo die wenigsten Blätter abgesetzt werden. Was den Antrag Hueber betrifft, so wird bei jedem Parteitag über die Anstellung bei der „Arbeiter-Zeitung" gesprochen. Durch den bestehenden Beschluß des Linzer Parteitages ist viel Streit in den Lokalorganisationen und Bezirksorganisationen entstanden, die wieder aus Vertrauensmännern anderer Organisationen zusammengesetzt sind. Statt sich mit Organisationsarbeiten zu beschäftigen, beschäftigt man sich jetzt in den Organisationen jahraus und jahrein mit Anstellungen und Gehaltsfragen. Hueber hat Recht, daß Sie durch Annahme seines Antrages der Wiener Organisation Gelegenheit zum Quatsch benehmen und den Platz für die Organisationsarbeit schaffen würden. Ich persönlich würde diesen Antrag annehmen, ich spreche aber da nicht für die Parteivertretung. Was den Antrag Seliger betrifft, so besagt er so ziemlich dasselbe wie der von mir gestellte. Den letzten Satz des Antrages jedoch halte ich für überflüssig.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Zu Punkt **Parteipresse** werden

die Anträge **12, 18, 19, 20, 22, 25** und **27** angenommen. Durch die Annahme des Antrages **12** entfällt der Antrag **13.**

Die Anträge **14** und **15** werden der Parteivertretung zugewiesen.

Antrag **28** wird zur Kenntniß genommen.

Die Anträge **11** und **26** werden abgelehnt; letzterer in namentlicher Abstimmung mit Stimmengleichheit (45 dafür, 45 dagegen).

Zum Schlusse wird der Antrag auf Ertheilung des Absolutoriums einstimmig angenommen.

Schluß der Nachmittagssitzung 7 Uhr Abends.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 8 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Bretschneider (zur Richtigstellung): Ich habe gesagt, daß ich es vom Genossen Freundlich nicht für loyal halte, an den Parteitag zu appelliren, nachdem er sich mit Dr. Czech auf einen Kompromißantrag geeinigt hatte. Ich bin darüber aufgeklärt worden, daß ich den Genossen Freundlich mißverstanden habe.

Hueber (Wien): Ich halte die gestrige Abstimmung über meinen Antrag für inkorrekt. Ich glaube, daß der Antrag nur deshalb gefallen ist, weil eine Anzahl Wiener Genossen das Präsidium eingeschüchtert und es dazu gedrängt hat, die Stimmengleichheit zu konstatiren. Ich finde darin ein unproletarisches Vorgehen. An der Abstimmung selbst kann ich nichts ändern, allein ich erhebe gegen dieselbe Protest und ersuche, daß dieser Protest dem Protokolle einverleibt werde.

Vorsitzender: Ich konstatire, daß eine Beeinflussung des Präsidiums nicht stattgefunden hat, daß aber eine Anzahl Genossen sich nicht darum gekümmert hat, worüber abgestimmt wird. (Gen. Schuhmeier: Das ist ihre Sache.) Ganz richtig. Ich konstatire dies nur gegenüber der Bemerkung des Genossen Hueber.

Exner (zur Richtigstellung): Ich konstatire, daß ich meinen Antrag auf Grund des Berichtes unseres Vertreters in der Lokalorganisation gestellt habe und daß mein Antrag mit dem Antrage der Organisation des XIII. Bezirkes nichts zu thun hat.

Parteiorganisation.

Zu diesem Punkte wurden folgende Anträge eingebracht:

29. Antrag des V. Wiener Wahlkreises:

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath, Landtag und Gemeinderath ist im Einvernehmen mit der Landes-, respektive Parteivertretung auf Vorschlag der Wahlkreis-, respektive Bezirksorganisation vorzunehmen.

30. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

Der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist von Seite unserer Parteigenossen mehr Augenmerk zuzuwenden, als es bisher der Fall war; ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die übermäßige sportliche Pflege eingeschränkt wird und sie mehr den ernsteren Bestrebungen zugeführt werden.

31. Antrag des III. Wiener Wahlkreises:

Punkt 7 der Organisationsbestimmungen, Parteisteuer, hat zu lauten:

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat 2 Heller direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt.

Mit dem Inkrafttreten dieser Abgabe hört die bisherige Form der Parteisteuer ablieferung durch die Landes- und Wahlkreisorganisationen auf.

Durch diese direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

32. Antrag Witzmann (Wien):

Im nachstehenden Antrage habe es im Absatz 1 und Absatz 3 statt „Parteivertretung" zu heißen: „Reichsparteivertretung".

33. Antrag der Gewerkschaftskommission Oesterreichs:

Zu Punkt 1 der Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich:

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

34. Zusatzantrag Winarsky (Wien):

Im Antrage der Gewerkschaftskommission habe es zu lauten: Wo politische Vereine existiren, werden die sozialdemokratischen Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet u. s. w.

35. Antrag A. Fritsch (Graz):

Der II. Absatz des Punktes 1 der Bestimmung für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich hat zu lauten:

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen anzugehören.

36. Antrag Barth (Gablonz):

Das Parteisekretariat hat regelmäßig am Ende Juni und am Ende Dezember den Wahlkreisleitungen mitzutheilen, welche Ortschaften und Organisationen ihrer Verpflichtung in Bezug auf die Parteisteuer nachgekommen sind und in welcher Weise.

Die Wahlkreisleitungen haben nach Erhalt dieser Mittheilungen mit den säumigen Orten und Organisationen sogleich in Verbindung zu treten, um die strikte Durchführung der Parteisteuer zu veranlassen.

37. Antrag Barth (Gablonz)-Kiesewetter (Reichenberg):

Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung hat im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission und der Kreisleitung des IX. böhmischen Wahlkreises in Gablonz in kürzester Zeit dafür zu sorgen, daß in Trautenau ein unabhängiger Vertrauensmann angestellt wird.

38. Antrag Doubrawa (Wien)-Müller (Graz):

Der Parteitag wolle beschließen: Turn- und sonstige Sportvereine müssen in ihre Statuten aufnehmen, daß die Mitglieder ihren Branchenorganisationen angehören müssen. Wo solche oder politische Vereine nicht existiren, sind die Turn- und sonstige Sportvereine verpflichtet, eine freie Organisation zu gründen.

39. Antrag Krumpholz (Freudenthal)-Mischak (Wigstadtl):

Der Parteitag wolle beschließen, daß auch im Westschlesischen eine verläßliche agitatorische Kraft angestellt werde.

40. Antrag Leo Freundlich (Mährisch-Schönberg):

Wo das Bedürfniß nach Sportpflege besteht, empfiehlt der Parteitag an Stelle separater Sportvereine die Gründung von Sportsettionen der gewerkschaftlichen Ortsverbände.

41. Abänderungsantrag des V. Wiener Wahlkreises. — Antrag Smreka (Wien):

Die Aufstellung von Kandidaten für den Reichsrath, Landtag und Gemeinden ist im Einvernehmen mit der Landes-, respektive Wahlkreis- und Bezirksorganisation auf Vorschlag der Parteivertretung vorzunehmen.

42. Antrag Simon Stark (Tachau):

Das Parteisekretariat wird beauftragt, in seinen Zuschriften an die ihm bekanntgegebenen Lokalorganisationen besser als bisher eine Aufklärung (Instruktion) über die abzuführende Parteisteuer an die Parteivertretung als auch an die Wahlkreisvertretung zukommen zu lassen.

43. Antrag Barth (Gablonz):

Das Parteisekretariat hat regelmäßig am Ende Juni und am Ende Dezember den Wahlkreisleitungen mitzutheilen, welche Ortschaften und Organisationen ihrer Verpflichtung in Bezug auf die Parteisteuer nachgekommen sind und in welcher Weise.

Die Wahlkreisleitungen haben nach Erhalt dieser Mittheilungen mit den säumigen Orten und Organisationen sogleich in Verbindung zu treten, um die strikte Durchführung der Parteisteuer und die Erledigung der geschäftlichen Agenden zu veranlassen.

Zusatzantrag Kraenkel (Falkenau):

Im vorstehenden Antrage ist im Absatz 1 nach dem Worte „Parteisteuer" einzufügen: „und in der Erledigung der parteigeschäftlichen Agenden."

44. Antrag Wlczek (Wien):

Angesichts der Thatsache, daß wir ernsten politischen Kämpfen entgegengehen, angesichts der Thatsache, daß die territoriale Organisation in den Wahlkreisen und Wahlbezirken nicht in dem Maße ausgebaut ist, um insbesondere bei Wahlen thatkräftig und mit Erfolg eingreifen zu können, beschließt der Parteitag:

Den Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, in den Gewerkschaften auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie sich an dem Ausbau der territorialen Organisation mit allen Kräften betheiligen.

45. Antrag Dr. Adler (Wien):

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesammtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise.

46. Antrag Bretschneider (Wien):

Der Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII, betreffend die Förderung und Unterstützung der Organisation der jugendlichen Arbeiter, ist, da die in Betracht kommenden diesbezüglichen Organisationen zumeist in Wien und einigen Orten Niederösterreichs bestehen, der niederösterreichischen Landesparteivertretung zuzuweisen.

47. Antrag Meizr (Wien)-Ruczka (Wien):

Die Parteivertretung wird beauftragt, in jenen Orten, wo die nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind, im Einvernehmen mit den betheiligten Organisationen Arbeitersekretariate zu errichten.

48. Abänderungsantrag Maser (Wien) zum Antrage der Gewerkschaftskommission, Absatz 2, wird dahin abgeändert:

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgefordert, diesen Vereinen u. s. w. beizutreten.

Berichterstatter **Skaret:** Wir haben uns am Wiener Parteitag das derzeitige Organisationsstatut gegeben, wodurch mit Rücksicht auf die Badeni'sche Kurie die bisherigen Kreisorganisationen in Wahlkreisorganisationen umgewandelt wurden, die denn auch, mit Ausnahme von Steiermark, überall durchgeführt sind. Ob sich diese Form der Organisation in allen Kronländern bewährt hat, will ich dahingestellt sein lassen. Hervorheben will ich nur, daß es in Steiermark unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich gewesen sein soll, diese Organisation durchzuführen.

Wenn unser Statut neben den Wahlkreisorganisationen nur von Bezirksorganisationen spricht, so ist das ein Fehler, der wohl darauf zurückzuführen ist, daß man in den größeren Städten dasjenige Bezirksorganisation nennt, was in der Provinz als Lokalorganisation bezeichnet wird, und das als Lokalorganisation bezeichnet, was man in der Provinz Bezirksorganisation nennt. Ich glaube daher, daß es gut wäre, im Artikel II den Subtitel „Bezirksorganisation" zu streichen.

Genosse Dr. Adler hat gesagt, wir wollen zunächst sehen, wie unsere Organisationen in Oesterreich eigentlich ausschauen. Wir können wohl heute sagen, daß der Ausbau unserer politischen Organisation in den einzelnen Wahlkreisen nicht nur sehr viel, sondern Alles zu wünschen übrig läßt. Wir haben eine Reihe von Lokalorganisationen, die einen Ausschuß haben, um den herum aber nichts ist; und wir haben Lokalorganisationen, von denen selbst die Wahlkreisorganisation nichts weiß. Ich glaube, daß das System der Lokalorganisationen in manchem Wahlkreis als schlecht bezeichnet werden muß. Wir haben zwei Kategorien von Lokalorganisationen: die eine, die sich aus gewählten Vertrauensmännern zusammensetzt, und die andere — das dürfte die weniger werthvolle sein — die ausschließlich aus zahlenden Mitgliedern besteht. Wir brauchen Lokalorganisationen, die sich zusammensetzen aus den Vertrauensmännern der Organisationen, der Fabriken und

Werkstätten am Orte. Nur eine solche Organisation wird in dem Moment, wo eine Aktion durchgeführt werden soll, auch schlag- und kampfbereit dastehen.

Bei der Aufstellung des Statuts haben wir durchaus nicht das gemeint, was in einigen nordböhmischen Kreisen praktizirt wird. Es ist nicht leicht möglich, das, was wir meinen, in einen konkreten Antrag zusammenzufassen; aber wer die Debatten auf den verschiedenen Parteitagen verfolgt hat, wird darüber nicht im Zweifel sein können, daß diese Lokalorganisationen, die nur aus zahlenden Mitgliedern bestehen, nichts Anderes als eine Art politischer oder Wahlvereine sind. Das entspricht aber nicht unserem Statut.

Wir müssen jetzt, wo wir in einen heftigen Wahlkampf und vielleicht auch in einen Wahlrechtskampf werden eintreten müssen, für Alles gerüstet sein. Es wäre daher die Aufgabe der Lokalorganisationen, dafür Sorge zu tragen, daß es keine Werkstätte, keine Fabrik im Orte gibt, die nicht durch einen Vertrauensmann in der Lokalorganisation vertreten ist.

Zu den vorliegenden Anträgen bemerke ich Folgendes: Was den Antrag 28 des V. Wiener Wahlkreises betrifft, so weiß ich nicht, ob es gut ist, dieses Einvernehmen auch auf die Kandidaten für den Gemeinderath auszudehnen. Ich glaube, wir würden dadurch wieder eine jener Bestimmungen schaffen, die von den Organisationen draußen in keiner Weise eingehalten würde. (Sehr richtig!) Außerdem bin ich überzeugt, daß es der Parteivertretung sehr schwer fallen würde, in dieser Richtung ein entsprechendes und zutreffendes Urtheil abzugeben. (Zustimmung.) Wir wissen ja, daß in den kleinen Gemeinden sehr wenige in unserer Organisation stehende Genossen überhaupt ein Gemeindewahlrecht besitzen. Wenn die Genossen sich an diesen Wahlen betheiligen, so betheiligen sie sich, indem sie agitiren. Für die sozialdemokratischen Kandidaten möchte ich aber, sobald sie gewählt sind, nicht immer die Hand ins Feuer legen. (Sehr richtig!)

Ich würde Ihnen daher empfehlen, das Wort „Gemeinderath" aus dem Antrag zu eliminiren. Wenn sich dieser Antrag auch speziell durch die Wiener Verhältnisse begründen läßt, so meine ich, daß wir noch immer Mittel genug haben, um uns verständigen zu können. In dieser allgemeinen Fassung wäre der Antrag aber nicht zu empfehlen.

In Bezug auf den Antrag 29 der Bezirksorganisation Wien VIII bemerke ich, daß wir in letzter Zeit wiederholt den Versuch gemacht haben, die jugendlichen Hilfsarbeiter an uns heranzuziehen. Von Seite der Parteivertretung ist ein eigenes Comité eingesetzt worden, welches die Aufgabe hat, durch Veranstaltung deklamatorischer und musikalischer Vorträge den Bildungsdrang der jugendlichen Arbeiter zu heben. Es stehen uns aber nicht immer die nothwendigen Kräfte zur Verfügung. Was uns bisher möglich war, haben wir gethan. Ich halte daher den Antrag, wenigstens was Wien betrifft, für überflüssig. In der Provinz ist aber die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge noch viel schwieriger als in Wien. Ein aus seiner Lehre herausgerissener Lehrling hat dort nicht viel Aussicht, am Orte wieder eine Lehre zu erhalten. Damit will ich nicht abrathen, solche Organisationen zu versuchen, allein es muß mit der größten Vorsicht vorgegangen werden.

Was die Einschränkung der übermäßigen Sportpflege anbelangt, so wünschen wir das gewiß Alle, und auch, daß dies auf alle Arbeiterorganisationen ausgedehnt würde. Wir hören in letzter Zeit viel mehr von der Gründung von Turn- und Radfahrervereinen als vom Ausbau der politischen Organisationen. Die Leute, die in einen solchen Verein eintreten, thun dies nur zum Zweck des Sports, nehmen aber an unserer gesammten Organisation wenig Antheil. Als Rekrutenschulen scheinen sich mir diese Vereine nicht zu eignen. Für zweckmäßiger würde ich es halten, wenn unsere Organisationen separate Sektionen für Turner, Radfahrer u. s. w. bilden würden.

Das Motiv des Antrages der Gewerkschaftskommission liegt hauptsächlich darin, daß ein ähnlicher Antrag von einem Genossen in Wien eingebracht wurde, der sich mit seiner Branchenorganisation zerworfen hatte. Ich halte den Antrag in dieser verschärften Fassung, obwohl ich meine, daß es nicht schaden würde, wenn wir ihn so annähmen, nicht für nothwendig, weil wir mit der bisherigen Bestimmung vollständig ausgekommen sind. Wenn dieser Antrag aber so auf

zufassen ist, daß, was aus der bisherigen Stylisirung nicht ganz klar hervorgeht, Parteiangehörige in erster Linie der Brauchenorganisation anzugehören haben, und nur dort, wo die Möglichkeit hiezu nicht vorhanden ist, Mitglieder einer anderen Organisation sein können; wenn dies also nur eine präzisere Fassung, aber keine Aenderung bedeuten soll: dann können wir ihn akzeptiren.

Der Antrag des III. Wiener Wahlkreises ist durch die Annahme des Antrages Ellenbogen überflüssig geworden.

Wir haben es mit Rücksicht auf den wahrscheinlich bald bevorstehenden Wahlkampf nicht für opportun gehalten, Ihnen Vorschläge wegen Aenderung unseres Organisationsstatuts vorzulegen. Der Zeitpunkt hiefür wäre jetzt sehr ungünstig. Wir bitten Sie aber, die bisherige Gleichgiltigkeit und Laxheit aufzugeben und energisch an den Ausbau der Organisationen zu schreiten. Wenn thatsächlich alle Vierteljahre über den Stand der Organisationen an die Parteivertretung berichtet würde, dann würde diese immer wissen, wo etwas faul und wo einzugreifen ist. Diese Berichterstattung ist seitens der Wahlkreisorganisationen mit sehr wenigen Ausnahmen nicht erfolgt. Eine solche Umschau wäre ja auch für die Wahlkreisorganisationen selbst von hohem Werth. Mit Rücksicht auf das Bevorstehende ist es unsere erste Aufgabe, die Lücken in unserer Organisation auszubessern und unsere Armeekorps zu organisiren, um im geeigneten Moment auf dem Platz zu sein.

Bezüglich der Frauenorganisation wird jetzt bedeutend mehr geleistet als in früheren Jahren. Es ist eine Reihe von Frauenorganisationen gegründet worden, und es ist hauptsächlich das Augenmerk darauf gerichtet worden, daß die Arbeiterinnen in den bestehenden Fachorganisationen die Vertretung ihrer Interessen finden. Es ist nicht zu verkennen, daß es ungemein schwierig ist, auf diesem Gebiet große Erfolge zu erzielen. Daß wir uns dabei nur auf die industriell beschäftigten Frauen und Mädchen beschränken sollen, ist ja schon wiederholt betont worden. Ich glaube jedoch, wir dürfen diese Arbeit nicht allein dem Frauen-Reichscomité überlassen, sondern müssen selbst mit aller Energie die Gewinnung des weiblichen Proletariats für unsere Organisationen anstreben. (Beifall.)

Witzmann (Wien): Ich glaube, daß die gegenwärtige Form unserer Organisation eine ganz vorzügliche ist. Wenn sie noch nicht tadellos funktionirt, so ist es darauf zurückzuführen, daß unsere Partei in den letzten zwei Jahren sehr wenig Gelegenheit gehabt hat, aktiv in das politische Leben einzugreifen.

Bezüglich der Turnvereine kann ich dem Referenten nicht beistimmen. Es gibt Leute, denen man den Sozialismus tropfenweise eingeben muß, die man abschreckt, wenn man sie gleich zu einer Organisation haben wollte. Da wir eine Anzahl von Landesparteivertretungen haben, die ja auch als „Parteivertretung" bezeichnet werden, meine ich, es sollte im Antrag des III. Wiener Wahlkreises gesagt werden: „an die Reichsparteivertretung".

Barth (Gablonz a. N.): Der Fehler unserer Organisation beruht nicht so sehr auf deren Aufbau, als vielmehr auf der mangelhaften Durchführung der Beschlüsse. Dort, wo wir es ausschließlich mit industriellen Arbeitern zu thun haben, setzen sich die lokalen Organisationen aus den Arbeitern der einzelnen Werkstätten zusammen, und diese zahlen fünf Kreuzer an die lokale Parteikasse, während der eine Kreuzer Parteisteuer separat verrechnet wird. Wo wir es aber nicht mit industriellen Arbeitern zu thun haben, müssen wir die Leute zu Versammlungen berufen und dort die Mittel für die Organisation aufzubringen trachten. An der äußeren Form unserer Organisation wird sich nichts ändern lassen, und ich bin daher gegen den Antrag Skaret. Was die Turnvereine betrifft, so sind uns dieselben ein Mittel, ein Stück von dem Nachwuchs, der für die Gewerkschaften noch nicht zu haben ist und der früher von den Deutschnationalen eingefangen wurde, für unsere Sache zu erziehen. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß in den Turnvereinen infolge der dort herrschenden Kneiperei und Aufzüge nicht immer in unserem Sinne gearbeitet wird. Statt aber auf sie zu schimpfen, sollte darnach gestrebt werden, junge Leute durch die Turnvereine für die gewerkschaftliche und die politische Organisation zu gewinnen. Der Antrag der Gewerkschaftskommission sagt etwas Selbstverständliches, eine schriftliche Verpflichtung ist da nicht erst nothwendig. Ich habe mit Genossen Kiesewetter einen Antrag auf Anstellung eines

Vertrauensmannes im Trautenauer Bezirke eingebracht, den ich Sie anzunehmen bitte. Ein solcher Vertrauensmann wäre auch für den Königinhofer und Braunauer Bezirk von hoher Wichtigkeit. Wenn wir die Ansätze zu einer Organisation, die in den beiden letzten Jahren in diesen Bezirken gemacht wurden, nicht wieder verlieren sollen, so brauchen wir einen solchen Vertrauensmann.

Schlinger (Floridsdorf): Ich bin für den Antrag der Gewerkschaftskommission, denn man kann da nicht genug scharfe Bestimmungen treffen. Die gewerkschaftliche Organisation leistet uns insbesondere in der Provinz außerordentliche Dienste. Die Wahlkreisorganisationen sind noch jung, die Arbeit ruht oft auf einzelnen wenigen Leuten, und wenn infolge von Entlassungen diese Leute von dem Orte weg müssen, bricht dann die ganze Organisation zusammen. Die gewerkschaftliche Organisation erzieht uns aber hier tüchtigen Nachwuchs. Auch ich kann mich der Ansicht des Referenten betreffs der Turnvereine nicht anschließen. Da wird oft gesündigt, indem man die Leute sich selbst überläßt und sie dann für das angerichtete Unheil verantwortlich macht. Den Turnvereinen müssen tüchtige Genossen zur Verfügung gestellt werden. Zugeben muß ich allerdings, daß die verschiedenen Sportvereine und insbesondere Radfahrklubs auch zahlreiche ältere Genossen der Organisationsarbeit entziehen. Was die Frauenorganisation anbelangt, so kann ich sagen, daß unsere Ortsgruppe der Textilarbeiter durch den indirekten Einfluß der Frauenorganisation in die Höhe gegangen ist.

Gröbner (Wien): Die Organisation der jugendlichen Arbeiter hat uns ersucht, in ihrem Namen verschiedene Forderungen an den Parteitag zu stellen. Die Jugendlichen verlangen in erster Linie Berathungen mit den älteren Genossen, während ihnen heute jede Gelegenheit eines Verkehres mit ihnen mangelt. Sie verlangen auch Zutritt in die Bezirksorganisationen, was wohl noch nicht durchführbar sein wird. In zweiter Linie verlangen sie, es sei der Bewegung der jugendlichen Arbeiter mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher, und es werde den Genossen zur Pflicht gemacht, dort, wo schon solche Vereine bestehen, dieselben durch Beistellung von Privatlokalen, Vortragskräften und Agitation für diese Vereine thatkräftigst zu unterstützen. Sie beklagen sich auch, daß in den Werkstätten seitens der älteren Genossen auf die jugendlichen zu wenig darauf hingewirkt werde, dem Vereine der jugendlichen Arbeiter beizutreten. Den Antrag der Gewerkschaftskommission kann ich nur wärmstens unterstützen.

Peterfilka (Wien): Der Antrag Wlczek ist sehr begründet, weil man sich von demselben erhoffen kann, daß die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, die heute gar kein Interesse an der Straßenorganisation haben, für dieselbe gewonnen werden. Unsere Frauenorganisation liegt noch sehr im Argen. Bezüglich der Turnvereine haben wir auf dem letzten Parteitage einen Antrag auf Förderung derselben angenommen. Man will auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter fördern, und da verstehe ich nicht, wie man da unter Einem die Turnvereine bekämpfen kann. In den bürgerlichen Turnvereinen handelt es sich den Fabrikanten darum, die jugendlichen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Wenn Sie meinen, daß es genüge, in den Gewerkschaften Turnsektionen zu gründen, so sind Sie auf dem Holzweg.

Kraenkel (Falkenau a. E.): Ich bin kein so begeisterter Anhänger der Turnvereine wie mein Vorredner, weil ich weiß, daß man sich nicht mit einem kühnen Schwunge vom Reck in die Parteibewegung hineinschwingen kann. Wohl aber ist es nothwendig, wenn man die jungen Leute für die Organisation gewinnen will, ihnen die Möglichkeit zu geben, mit uns in Verbindung zu treten. In der Falkenauer Gegend haben wir heute ehemalige Nationale bei uns; sie werden durch die Thätigkeit der Vereine gewiß nicht direkt zu Sozialdemokraten gemacht, aber die Leute werden zu uns langsam hinübergezogen. Zu dem Antrage Barth werde ich den Antrag stellen, daß vom Parteisekretariat den Wahlkreisleitungen auch über die Erledigung der parteigeschäftlichen Agenden seitens der Organisationen Mittheilung gemacht werde.

Stark (Tachau): Bezüglich der Aufstellung der Kandidaten wäre darauf hinzuwirken, daß nicht die Personen-, sondern die Prinzipienfrage in den Vordergrund geschoben werde. Auch die Kreiskonferenz sollte da ein Wort mitzureden haben. Bezüglich der Steuern an die Kreis- und Parteivertretung, sowie bezüglich

der administrativen Arbeiten überhaupt sollten seitens der Parteivertretung in Druckschriften ꝛc. Belehrungen hinausgegeben werden. Die Turnvereine sollten dort gepflegt werden, wo der richtige Geist dafür vorhanden ist; zum Beispiel haben wir in Eichwald den besten Turnverein und die beste Lokalorganisation. Die Frauenagitation darf sich nicht nur auf das industrielle Gebiet beschränken, sondern wir müssen die Frau auch für die politische Bewegung gewinnen; wir müssen mit allen Mitteln dahinwirken, sie zu uns zu ziehen, so wie sie der Pfaffe zum Beichtstuhl zerrt.

Hannsch (Steinberg): Im Vertrauensmännersystem haben wir zwei Formen zu unterscheiden: die Straßenvertrauensmänner und die Fabriksvertrauensmänner. Durch das Fabriksvertrauensmännersystem entstehen Maßregelungen; eine bessere Form ist die Straßenorganisation. Der Antrag Hueber ist anzunehmen, denn wir können nicht unsere ganze Organisation auf der losen politischen Organisation aufbauen. Bei der Aufstellung von Kandidaten für die Gemeinde müssen wir vorsichtig vorgehen; es geht nicht an, daß die „guten Sozialdemokraten" bald national, bald christlich-sozial oder klerikal werden. Die Bezirksorganisationen oder Wahlkreisorganisationen müssen da ein Wort mitzusprechen haben. An der schlechten Funktionirung der Lokalvertrauensmänner sind wir häufig nur selbst schuld, weil wir oft aus Pietätsgefühl Leute in dieser Stellung lassen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Nicht das Alter, sondern die Fähigkeit muß in der Organisation ausschlaggebend sein. Bezüglich der Frauenagitation ist es eine verfehlte Taktik, wenn wir von zwei oder drei Genossinnen verlangen, die Arbeiterinnen zu organisiren. Es ist aber auch falsch, wenn man meint, daß man eine Frauenorganisation schaffen kann aus Frauen, die nicht in der Fabrik stehen. Die Frauenorganisation kann nur an die Branchenorganisation angegliedert sein. Gegen die Turnvereine nehme ich entschieden Stellung. Wir müssen in einer Form organisiren, wie es uns die gewerkschaftliche und politische Organisation vorschreibt. Den Antrag Hueber können wir annehmen, ebenso den Antrag bezüglich der Aufstellung der Reichsraths- und Landtagsabgeordneten; verfehlt aber wäre es, der Parteivertretung auch einen Einfluß auf die Aufstellung der Gemeinderathskandidaten einzuräumen, weil sie die Personen nicht kennt.

Wlczek (Wien): Ich stimme wohl dem Antrage der Bezirksorganisation Wien VIII zu, würde aber wünschen, daß die sportliche Pflege nicht eingeschränkt werde, sondern bloß nicht dazu führen soll, die eigentlichen Parteipflichten zu vergessen. In dem Antrage des V. Wahlkreises wäre ich für die Auslassung des Wortes „Gemeinderath", weil wir damit in Wien keine guten Erfahrungen gemacht haben. Meinen Antrag bezüglich der territorialen Organisation bitte ich Sie anzunehmen, damit die gewerkschaftlichen Mitglieder wissen, daß wir sie brauchen, um in ausgiebiger Art und Weise in der Straßenorganisation zu arbeiten.

Emmerling (Wien): Wir stehen heute vor Wahlen, und es wäre daher sehr gerathen, wenn wir uns mehr mit der Wahlorganisation als mit den Turnvereinen befaßten. Zu einer strammen Organisation ist auch eine Zentrale nothwendig, von wo die Berichte strengstens abgefordert werden. Von den Urgenzen des Parteisekretariats bezüglich der vierteljährigen Berichte ist mir nichts bekannt. Dem Genossen Skaret möchte ich empfehlen, daß die Berichte für den Parteitag früher abverlangt werden. Bezüglich der Frauenorganisation bin ich der Ueberzeugung, daß sie nur dann floriren wird, wenn sie ein Bestandtheil unserer Gesammtorganisation ist und wenn der separatistische Standpunkt vollkommen aufgegeben wird.

Dr. **Adler** (Wien): Ich bin kein Freund der Sportvereine, meine aber, daß wir in dieser Beziehung Manches von unseren Gegnern lernen können, und halte es für sehr nützlich, wenn sich das gesammte Leben der Parteigenossen in parteigenössischen Organisationen abspielt. Wo Uebertreibungen vorkommen oder wo der Versuch gemacht wird, solche Sportvereine für Organisationen auszugeben, zu denen man pflichtmäßig zu gehören hat, dort hat einfach die Kreisorganisation dem energisch entgegenzutreten. Unbedingt bin ich für den Antrag Hueber. Wenn unser alter Satz, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation untrennbar zusammengehört, eine Wahrheit ist, dann müssen wir so konsequent vorgehen, und umsomehr in Oesterreich, wo wir uns ruhig gestehen können,

daß die Gewerkschaften einen sehr wichtigen Bestandtheil unseres gesammten politischen Gebäudes bilden. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises behandelt einen sehr dringenden Gegenstand, nämlich die Vorbereitung zu den Wahlen. Es ist naturgemäß, was der Antrag sagt, daß der Wahlkreis zunächst ausspricht, wen er wünscht, und daß die Wünsche der Wahlkreise von der Vertretung der Gesammtheit in einen einheitlichen Zusammenhang gebracht werden. Der Antrag scheint mir aber nicht präzis genug stylisirt zu sein. Der Antrag wäre folgendermaßen zu fassen: „Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung (respektive Wahlkreisvertretung) gemeinsam mit der Gesammtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise." Wenn Sie nach Hause kommen, lassen Sie sich rücksichtslos von dem Gedanken leiten, daß sofort alle nöthigen Arbeiten gemacht werden müssen, und lassen Sie sich durch Gerüchte irgend welcher Art davon nicht aufhalten. Ob die Krise ein paar Wochen früher oder später kommt, sie kommt und muß kommen, und unsere Arbeit wird keine vergebliche sein. (Bravo!)

Hueber (Wien): Ich erwarte, daß der Parteitag den Antrag der Gewerkschaftskommission nicht ablehnen wird, denn ich glaube, daß dadurch die politische Organisation nur gefördert werden wird. Wir wünschen eine festgegliederte, schlagfertige politische Organisation, die auf dem Fundament der gewerkschaftlichen Organisation fußt, wodurch jede Zersplitterung der Kräfte vermieden und ein einheitliches Arbeiten zwischen beiden Organisationen ermöglicht wird. Wir brauchen uns mit der Frage der Neutralisirung der Gewerkschaften nicht zu befassen, denn für uns ist die gewerkschaftliche Organisation eine rein sozialdemokratische Organisation.

Die Sport- und Turnvereine halte ich für keine sozialdemokratischen Kampfesorganisationen, allein wir sind nicht so intolerant, sie zu verwerfen. Wir wollen jedoch festgelegt wissen, daß dies nur Behelfe der politischen Organisation sind, die des Charakters einer Kampfesorganisation vollständig entbehren.

Prähauser beantragt Schluß der Debatte. Nachdem Widholz dafür und Siegl dagegen gesprochen haben, wird der Antrag abgelehnt.

Auf Antrag **Heller's** wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Leo **Freundlich** (Mährisch-Schönberg): Dem Antrag des V. Wiener Wahlkreises können wir mit der Modifikation, welche Dr. Adler vorgeschlagen hat, unbedingt zustimmen. Es ist auch unsere Pflicht, den Antrag der Gewerkschaftskommission anzunehmen. Was die Organisation der jugendlichen Arbeiter betrifft, so bin ich der Ansicht, obwohl zum Beispiel in Brünn sehr schöne Erfolge zu verzeichnen sind, daß dieselbe sehr schwer durchzuführen ist. Die Sportvereine haben speziell in Nordböhmen sehr gute Dienste geleistet. Wir dürfen dabei freilich nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen. Ich habe daher auch beantragt, daß dort, wo das Bedürfniß nach Sportpflege besteht, anstatt bloßer Sportvereine die Ortsverbände der gewerkschaftlichen Organisationen Sportsektionen errichten. Es wurde hier gesagt, daß das Frauen-Reichscomité nur die industriellen Frauen für die Organisation zu gewinnen trachten möge. Das scheint mir nicht richtig zu sein, denn von den Frauen gilt dasselbe wie von den jugendlichen Arbeitern: wenn wir sie nicht für uns organisiren, werden sie — oder sind es eigentlich schon — gegen uns organisirt.

Anfobsky (Wien): Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Genossen, die früher einer gewerkschaftlichen Organisation angehört haben, dieser in dem Moment, wo sie sich einem anderen Berufe zuwandten, den Rücken gekehrt haben und in einen politischen oder Bildungsverein eingetreten sind. Sie haben sich dann nichtsdestoweniger ebenso als Genossen betrachtet wie früher. Ich glaube, es ist Pflicht jedes Genossen, einer Branchenorganisation anzugehören, und wir sollten in dieser Richtung den Genossen mit gutem Beispiel vorangehen. Der zweite Theil des Antrages scheint mir zu wenig hervorgehoben worden zu sein. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jeder Parteiangehörige auch einer politischen Organisation anzugehören habe.

Widholz (Wien): Wir als politische Partei haben alles Interesse daran, in allen wirthschaftlichen Institutionen und Organisationen Einfluß zu gewinnen,

in sie den sozialdemokratischen Geist hineinzutragen und, wenn möglich, die Führung zu erlangen. Eine spezielle Bestimmung aufzunehmen, wonach jedes Gewerkschaftsmitglied ein Sozialist sein muß, geht doch nicht gut, das würde uns entschieden Schaden bringen. (Zustimmung.) Man kann nicht Jedem, der einer Gewerkschaft beitritt, um seine wirthschaftlichen Interessen zu wahren, sagen, Du mußt Dich in eine politische Partei einreihen lassen. Ich bitte Sie daher, den Antrag der Gewerkschaftskommission abzulehnen. In der gewerkschaftlichen Organisation werden auch allmonatlich die Berichte verlesen, und die Genossen ersehen daraus, in welcher Weise das Geld verwendet wurde. Dadurch festigt sich das Vertrauen, und ich kann sagen, seitdem ich diese Einführung habe, wächst die Organisation zusehends.

Muchitsch (Graz): In Steiermark ist infolge der geographischen Verhältnisse die Wahlkreisorganisation nicht durchführbar, und wir haben auch gar kein Bedürfniß darnach. Dagegen haben wir die Lokal- und Bezirksorganisation streng durchgeführt, und ich habe mit Verwunderung dem Bericht entnommen, daß diese in vielen anderen Provinzen noch nicht so durchgeführt ist, wie es sein sollte. Die Befürchtungen des Genossen Widholz kann ich nicht theilen; ich glaube vielmehr, daß es im Interesse der Organisation nothwendig ist, hier mehr Klarheit zu schaffen. Es geht nicht an, Jedem freizustellen, welcher Organisation er angehören will. Gerade die Unklarheit der gegenwärtigen Bestimmungen hat dazu die Möglichkeit gegeben, daß Genossen, die sich mit der gewerkschaftlichen Organisation überworfen hatten und dann einer anderen Organisation am Orte beitraten, der gewerkschaftlichen Organisation in den Rücken gefallen sind. (Sehr richtig!) Das wird durch den Antrag Hueber verhindert werden.

Smreka (Wien): Auf allen Parteitagen wird über die Mängel unserer Organisation geklagt. Wenn man aber die Sache genauer ansieht, so findet man, daß es nicht so schlimm ist, wie es dargestellt wird. Wenn wir nach dem Antrag der Gewerkschaftskommission festsetzen, daß die Genossen beiden Arten von Organisationen angehören müssen, so weise ich darauf hin, daß es in den politischen Organisationen ja doch auch Unternehmer gibt, die einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören können.

Meizr (Wien): Als Genosse Segitz in der gestrigen Versammlung über die Entwicklung der Arbeitersekretariate in Deutschland sprach, habe ich mich erinnert, daß in Nürnberg ein Antrag angenommen wurde, wonach die Genossen verpflichtet werden, in den Orten, wo die nöthigen Voraussetzungen dazu vorhanden sind, Arbeitersekretariate zu errichten. Das wäre auch für Oesterreich sehr nothwendig. Wir sind heute mit einer Menge von Arbeiten, die dem Parteisekretariat obliegen würden, überlastet, mit Rekursen bezüglich der Personaleinkommensteuer, Zuständigkeitsgesuchen u. s. w. Den Antrag der Gewerkschaftskommission halte ich für ganz zwecklos. Das heutige Statut genügt vollkommen, wenn es nur durchgeführt würde. Ueberall wird von den gewerkschaftlich organisirten Genossen der Vorwurf erhoben, daß so viel Politik getrieben werde und daß dann für die gewerkschaftliche Arbeit keine Zeit und kein Geld übrig bleibe. Wir wissen, daß die politische Bewegung immer nur ein gewisses Kadre umfassen wird und sich ihr nie alle gewerkschaftlich organisirten Genossen anschließen werden.

Boschek (Wien): Wenn der Antrag der Gewerkschaftskommission angenommen wird, dann brauchen wir nicht zu besorgen, wie dies heute manchmal der Fall ist, daß, wenn eine Aktion in der einen oder der anderen Richtung unternommen wird, bei den Genossen das nothwendige Verständniß hiefür fehlt. Jeder Arbeiter, der in der Gewerkschaft mit klassenbewußten Kollegen verkehrt hat, wird es dann auch als seine Pflicht ansehen, sich politisch zu bethätigen. Es wurde uns auch gesagt, wir sollen uns darauf beschränken, die industriellen Frauen für die Partei gewinnen zu wollen. Wir haben aber gesehen, daß sich Frauen von Parteigenossen mit demselben Eifer der Partei widmen wie ihre Männer. Einer kinderlosen Frau ist es ja auch ganz gut möglich, eine Funktion zu übernehmen, was einer industriell beschäftigten Arbeiterin oft infolge ihrer größeren Abhängigkeit nicht möglich ist. Das ist der Grund, weshalb wir auch die verheirateten Frauen heranzuziehen trachten. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß wir künftighin nicht mehr bloß als die Vertreterinnen der Frauenintereſſen

betrachtet werden, sondern als das, was wir in der That sind, als ebenbürtige Mitkämpferinnen in der Partei. (Beifall.)

Schäfer beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen, ebenso der weitere Antrag, daß in der Nachmittagssitzung Punkt 8 der Tagesordnung, „Landagitation", in Verhandlung gezogen werde.

Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten.)

Vorsitzender: **Popp.**

Nach Verlesung der Präsenzliste wird die Berathung über den Punkt

Parteiorganisation

fortgesetzt und nach einigen kurzen Bemerkungen des Referenten Skaret zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag **31** wurde als bereits erledigt zurückgezogen. Zur Annahme gelangen die Anträge **33**, **44** und **45**.

Durch die Annahme des Antrages **33** entfallen die Anträge **34**, **35** und **48**.

Durch die Annahme des Antrages **45** entfällt die Abstimmung über die Anträge **29** und **41**.

Die Anträge **30**, **36**, **37**, **39**, **42** und **47** werden der Parteivertretung zur Durchführung zugewiesen, somit entfällt der Antrag **46**.

Ueber die Anträge **38** und **40** wird zur Tagesordnung übergegangen und der Antrag **47** als unzeitgemäß abgelehnt.

Hiemit ist dieser Punkt erledigt, und es wird zum nächsten Punkt der Tagesordnung

Landagitation

übergegangen.

Zu diesem Punkt wurden folgende Anträge eingebracht:

49. Antrag der Parteivertretung:

Resolution.

Obgleich die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf, ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Drucke leiden wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der fünften Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservatismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Augenmerk zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirthschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzenden gerichtet sind, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien). Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichts, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes um so inniger an Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

50. Antrag Hackenberg (Krems):

Es ist in der Resolution, dritter Absatz, hinter dem Worte „Fleischbeschau" folgender Satz einzuschalten: „Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch die Handhabung dieses Gesetzes geschädigten Landwirthe."

51. Antrag Jodlbauer (Graz):

Es ist in der Resolution, dritter Absatz, hinter dem Satz über Bodenmelioration folgender Satz einzuschalten: „Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat."

52. Antrag Barth (Gablonz)-Klingsbögl (Wien):

Es ist in der Resolution, dritter Absatz, der Satz zu streichen: „Mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn."

53. Antrag Dolejši (Wien):

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung mit der Ausschreibung einer Preiskonkurrenz für eine den österreichischen wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen angepaßte und leichtverständliche Agitationsschrift, welche für die Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung geeignet wäre.

54. Antrag Witzmann (Wien):

In Erwägung, daß die Landagitation durch Versammlungen in vielen Orten infolge der systematischen Verhetzung durch die Klerikalen unmöglich ist; in weiterer Erwägung, daß die kleinbäuerlichen und proletarischen Schichten der Landbevölkerung, wie die Erfahrung lehrt, den Ideen des Sozialismus nicht unzugänglich sind, beschließt der Parteitag:

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, an jenen Orten, wo die Agitation durch Versammlungen momentan unmöglich ist, Agitationsbroschüren und -Schriften durch die dortigen Vertrauenspersonen unentgeltlich verbreiten zu lassen.

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen:** Werthe Parteigenossen! Auf allen Parteitagen trat in letzterer Zeit die Forderung nach Bethätigung der Partei auf dem Lande auf. Bald wird ein Agrarprogramm verlangt, bald wieder Direktiven

für die Landagitation. Der Linzer Parteitag hat den Beschluß gefaßt, eine Kommission einzusetzen, um dem nächsten Parteitag über diese Frage Bericht zu erstatten. Die Parteivertretung hat sich darauf beschränkt, eines ihrer Mitglieder mit der Aufgabe des Studiums dieser Frage zu betrauen, und zwar wurde mir dieser Auftrag zutheil.

Eine der Ursachen, warum diese Frage immer wieder in den Vordergrund tritt, ist der ökonomische Aufbau unseres Staates, dessen geringe industrielle Entwicklung. Nach Schäffle, „Deutsche Kern- und Zeitfragen", 1895, kommen auf 100 beschäftigte Personen

67·2 im Landbau thätige in Ungarn
62·6 „ „ „ „ Italien
59·8 „ „ „ „ Oesterreich
46·7 „ „ „ „ Deutschland
46·3 „ „ „ „ Frankreich
29·4 „ „ „ „ Belgien.

Aus diesen Ziffern ersehen Sie, daß wir zu den noch vorwiegend agrarisch produzirenden Ländern gehören. Das allein wäre aber ein Grund für die Landagitation noch nicht gewesen. Wir hätten uns ja sagen können, daß wir auf industriellem Gebiet noch so ungeheuer viel zu thun haben, daß uns die Landfrage noch lange nicht auf den Nägeln brennt; wir haben im Ganzen 157.773 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter, und es bleiben uns thatsächlich auf diesem Gebiet noch sehr viel Aufgaben zu lösen übrig. Wer so spräche, würde einer jener schablonenhaften Denker sein, die glauben, daß wir im Stande sind, die Entwicklung unserer Bewegung in bestimmte Kategorien einzustellen und uns etwa vorzunehmen, wann wir mit einer bestimmten Agitationsform aufzuhören und mit einer zweiten zu beginnen haben. Nun können wir aber die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse nicht nur nicht bestimmen, wir können auch nicht fixiren, wann und wie wir bestimmte Agitationsformen und -Gebiete in den Bereich unserer Thätigkeit einbeziehen. Ein weiterer Grund, der die Partei bewogen hat, dieser Frage näher zu treten, sind die politischen Einrichtungen unseres Staates. Wären wir ein Staat wie Deutschland, der auf der Grundlage des allgemeinen und direkten Wahlrechtes aufgebaut wäre, so hätten wir uns in Wahlzeiten jene Wahlkreise aussuchen können, wo wir unsere Thätigkeit entfalten wollen. Da wir aber die bekannte Badeni'sche Kurie bekommen haben, mit ihren ungeheuren Wahlbezirken, wo Stadt und Land wahllos durcheinander gewürfelt ist und wo vor Allem die industriellen Zentren durch die Masse der Landbevölkerung erdrückt werden, so waren wir, ob wir wollten oder nicht, gezwungen, mit unserer Agitation auch aufs Land hinauszugehen. Der Zwang bestand, aber eine Methode, wie wir mit der Landbevölkerung zu reden und auf sie einzuwirken hatten, fehlte. Das hat die Genossen der Alpenländer wie der Landwirthschaft treibenden Länder überhaupt bewogen, von den Parteitagen eine Direktive zu verlangen.

Wenn wir der Frage nähertreten wollen, wie wir unter der Landbevölkerung zu agitiren haben, so ist naheliegend, daß wir zunächst die Theorie befragen. Aber diese läßt uns hier im Stich. So großartig der Aufbau der Lehre Marx' auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung ist, so mangelhaft ist unser wissenschaftlicher Einblick in den thatsächlichen Aufbau und in die Gesetze der Entwicklung auf dem Gebiet der Landwirthschaft. Marx selbst hat ja in seinem „Kapital" eine ungeheure Lebensaufgabe erfüllt, indem er die Gesetze der industriellen Entwicklung darlegte; er hat uns aber eine Antwort auf die Frage der Entwicklung der Landwirthschaft nicht gegeben. Selbst die Kongresse der Internationale haben darauf nur mit wenigen Worten Bezug genommen, und es hat sich zum Beispiel der Kongreß zu Basel 1869 darauf beschränkt, zu erklären, daß die Umwandlung des Privateigenthums an Grund und Boden in Gesellschaftseigenthum im Interesse der Gesellschaft gelegen sei; er hat es aber der Zukunft überlassen, die Mittel und Wege zu finden, wie eine solche Vergesellschaftung durchzuführen sei. Seither hat sich allerdings im Schoße der Partei eine gewisse agrarische Literatur entwickelt; wir können aber nicht sagen, daß sie im gleichen Sinne grundlegend wäre wie die Werke von Marx und Engels. Wenn wir die

verschiedenen literarischen Leistungen auf agrarischem Gebiet durchgehen, so entdecken wir, daß sich da eine Reihe von einander scharf gegenüber tretenden Anschauungen geltend macht. Da ist eine Richtung, welche die Gesetze der ökonomischen Entwicklung auf dem Gebiet der Industrie unmittelbar auf die Landwirthschaft übertragen sehen will. Wenn wir aber die Thatsachen prüfen, sehen wir, daß jene mächtige und zweifellose Konzentration, die wir auf industriellem Gebiet sehen, auf agrarischem Gebiet nicht zu konstatiren ist. In einem ausgezeichneten Buche, welches Genosse Vandervelde über den Sozialismus in Belgien geschrieben hat, konstatirt er, daß die Zahl der landwirthschaftlichen Besitzer seit dem Jahre 1846 von 201.226 auf 293.524 im Jahre 1880 gestiegen sei. Die Zahl der Pächter ist in dieser Zeit noch weitaus mehr gestiegen, und zwar von 371.320 auf 616.872. Von einer Konzentration ist also da keine Rede, sondern es ist eine mächtige Zersplitterung zu konstatiren. Aehnliche Verhältnisse finden wir in Nordfrankreich und in Oberitalien; alle diese Länder machen Anspruch darauf, Parzellenländer par excellence genannt zu werden. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, daß die landwirthschaftlichen Betriebsformen ungeheuer verschieden sind, daß das wichtigste Arbeitsmittel, der Grund und Boden, nicht überall in demselben Sinne dasselbe ist in Amerika, Deutschland und Frankreich, wie etwa eine Maschine, die man von da dorthin transportiren kann; der Grund und Boden ist nicht nur in den verschiedenen Ländern verschieden, sondern wenn man ein paar Schritte geht, wird er schon wieder ganz anders. Mit der Anwendbarkeit der Maschinen auf dem Gebiet der Landwirthschaft ist es ebenfalls nicht allzu weit her. Man kann auf einem Boden, der nur wenig locker, der hügelig oder steinig, dessen Humusschichte seicht ist, mit einer Maschine nicht vorwärts kommen. Die Gesetze der Industrie sind also hier nicht direkt übertragbar. Und was das Niederkonkurriren des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb betrifft, so lehren die Thatsachen, daß das durchaus nicht überall der Fall ist. Wenn wir auch als Sozialdemokraten gewohnt sind, den Großbetrieb als die Konzentration der Verwaltung anzusehen, wodurch eine Menge von Arbeitskraft erspart wird, so sehen wir, daß das auf landwirthschaftlichem Gebiet durchaus nicht in gleichem Maße und Sinne geschieht. Wir finden, daß die großen Güter eines Eszterházy in Ungarn einen Reingewinn von höchstens $2^1/_2$ Perzent abwarfen, während die kleinen, selbstverwalteten Privatgüter einen Reingewinn von 8 Perzent abgegeben haben. Von einer Niederkonkurrirung kann da keine Rede sein. Es gibt gewisse Kulturgattungen in der Landwirthschaft, welche beim Kleinbetrieb weit besser gepflegt werden als beim Großbetrieb, und ausnahmslos gilt das von den höheren Formen der Landwirthschaft, daß der extensive Großbetrieb weniger ertragreich betrieben werden kann als der naturgemäß intensivere Kleinbetrieb. Was übrigens die fortschreitende Konzentration betrifft, so gibt es Theoretiker, die behaupten, daß die Tendenz der landwirthschaftlichen Entwicklung nicht die Entwicklung zum Großbetrieb, sondern die Entwicklung zur Parzellenpacht sei, wie dies zum Beispiel ein junger österreichischer Parteigenosse — Friedrich Otto Hertz — in seinem Buche „Die agrarischen Fragen und der Sozialismus" ausführt. Sie erkennen daraus, daß man in dieser Frage auch anderer Meinung sein kann. Dazu kommt die ungeheure Verschiedenheit der Betriebsformen innerhalb eines und desselben Landes. Wir haben in Oesterreich nicht nur die Latifundien von Südböhmen, wir haben auch die Großbauern in Böhmen, Mähren und Oberösterreich, wir haben die Kleinbauern und Häusler in Böhmen und Tirol, ja wir haben Formen, wodurch wir uns von den agrarisch fortgeschrittenen Ländern unterscheiden, nämlich die Reste ehemaliger Markgenossenschaften im Nonsthal, im Ampezzothal, im Fleimsthal in Tirol — die „Comunità" — die durchaus nicht arm sind, sondern mehrere Millionen Gulden im Vermögen haben. Unter diesen Umständen müssen wir sagen, es ist sicher, daß die Gesetze der industriellen Entwicklung sich nicht unmittelbar auf die Landwirthschaft übertragen lassen und daß es noch einer ganzen Reihe von tiefgehenden Studien bedürfen wird, um die grundlegenden Gesetze der Agrarentwicklung zu erkennen. Ueberlassen wir also diese gewaltige Arbeit unseren Gelehrten, und gehen wir zur Praxis über.

Was lehrt uns nun die Praxis in Bezug auf die Landagitation? Die nächstliegende Arbeit für die Sozialdemokratie wäre, nur die Landarbeiter zu organi-

siren. Wenn wir nach den Erfahrungen auf dem Gebiete der Landarbeiterorganisation fragen, so hat zunächst in England, dem klassischen Lande der gewerkschaftlichen Organisation, nach vorheriger Bearbeitung der Landarbeiter durch Methodistengeistliche in den Sechzigerjahren ein Geistlicher Namens Girdlestone die englische Bevölkerung auf die elende Lage der Landarbeiter aufmerksam gemacht und die Knechtseligkeit geschildert, in der sie sich befinden. Er suchte die Landarbeiter aufzurütteln, es gelang ihm aber nicht. Nach ihm trat Josef Arch, selbst ein Landarbeiter, auf, dem es vermöge seiner Einsicht und seiner ökonomischen Bildung gelang, eine Landarbeitergewerkschaft ins Leben zu rufen. Große Erfolge vermochte er nicht zu erzielen. Die Bewegung ging immer mehr zurück. Das Mißtrauen der Landarbeiter, der Tiefstand ihrer Kultur und die Niedrigkeit ihrer Löhne, wie er selbst sagt, verhinderten es, daß eine ordentliche gewerkschaftliche Organisation aufgebaut wurde, und bis heute hat England keine Landarbeiterorganisation. Auch anderswo sind in dieser Beziehung vergebliche Versuche gemacht worden, und es sind gegenwärtig nur zwei Länder, wo man von einer Landarbeiterorganisation oder, vorsichtiger gesagt, von einer Landarbeiterbewegung sprechen kann. Es sind dies Italien und Ungarn. Italien ist im Norden und zum Theil im Süden das Land des Parzellenbaues, aber in der Mitte und in Sicilien gibt es größere Güter, insbesondere in der Provinz Emilia. Wir finden, daß sich in Sicilien, in der Emilia und zum Theil auch im Norden Italiens eine Landarbeiterbewegung bildete. Die italienische Regierung hat die sicilianische Bewegung unterdrückt, sie hat die Leute in den Kerker geworfen und von den blauen Bohnen ausgiebigen Gebrauch gemacht. Wo die Landarbeiter den Versuch machten, ihre Löhne zu erhöhen, ihre Arbeitszeit zu regeln, wo die kleinen Pächter die Pachtverhältnisse zu regeln suchten, da mußten sie mit dem Militär Bekanntschaft machen. Trotzdem ist es gelungen, einen Hauch von gewerkschaftlicher Organisation in Italien zu erzeugen, freilich auch niemals auf lange, weil, wie Genosse Gatti dem Kongreß zu Bologna im Jahre 1897 berichtete, „die abstrakten Ideen und altruistischen Begriffe kein genügendes Bindemittel sind, um den Landarbeiter an den Verein zu fesseln“. Die in die Vereine gebrachten Arbeiter liefen immer wieder auseinander, und nur wenn die Ernte herannahte, gelang es zuweilen, durch eine Art Streikorganisation ad hoc die Leute zusammen zu bringen. Freilich, auch da hat das Militär eine Rolle gespielt, und zwar weniger als bewaffnete Macht, sondern vielmehr als Streikbrecher. Bei allen Streiks auf den Reisfeldern bei Bologna suchte man Militär heranzuziehen. Da fand aber einmal unser Genosse Costa ein ausgezeichnetes Mittel, um die Wuth der Soldateska zu zähmen. Er rieth den Arbeiterinnen, sich auf die Erde zu setzen, und als das Militär kam, da wich es ganz erstaunt vor der frappirenden Friedlichkeit der „Revolutionäre“ zurück: Mit der Revolution, die auf der Erde sitzt, war nichts anzufangen. (Heiterkeit.) Ja, es ist schon so weit gekommen, daß bei dem letzten Streik der Reisarbeiter in Bologna, bei dem wieder Soldaten als Streikbrecher verwendet werden sollten, sich die Präfektur entschloß, den Schiedsrichter abzugeben, und es gelang thatsächlich, eine Einigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern herbeizuführen. Aehnlich ging es in Ungarn. Dort werden zur Erntezeit auf den ungeheueren Gütern der ungarischen Latifundienbesitzer Landarbeiter aus den ärmeren Gegenden herangezogen, der Vertrag wird schon ein halbes Jahr vorher geschlossen. Es war früher üblich, daß die Leute für ein Neuntel bis ein Zehntel des Gesammtertrages — es macht dies bei guter Mittelernte für eine Arbeiterfamilie einen Verdienst von 55 bis 60 Gulden aus — die ganze Feldarbeit verrichten mußten bei Getreide und gegen ein Drittel des Ertrages bei Mais. Die Herren Grundbesitzer fanden aber, daß dieser Betrag noch zu hoch sei — dabei ist zu bedenken, daß der Mann mit seiner ganzen Familie arbeiten und auch noch Hilfsarbeiter bezahlen mußte — die Grundbesitzer begannen die Löhne zu kürzen, und die Antwort darauf war eine furchtbare Erhebung der ungarischen Landarbeiter, eine Revolte, die schließlich infolge der bekannten Bethyarenhaftigkeit der ungarischen Behörden wieder im Blute der Arbeiter erstickt wurde. Es kam zu den blutigen Tumulten in Orosháza, Békés-Csaba und Battony im Jahre 1891. Die furchtbaren Unterdrückungsmaßregeln bewirkten durchaus keine Einschüchterung der ungarischen Feldarbeiter, sondern sie wurden dadurch nur den „Einflüsterungen“

der Sozialisten zugänglich und begannen sich zu organisiren. Bei dem angeborenen politischen und rednerischen Talente, das der Ungar besitzt, erwiesen sie sich für die zündenden Reden der Sozialisten äußerst empfänglich, und die Versammlungen, die damals veranstaltet wurden, haben Zehntausende von Feldarbeitern umfaßt. Aber auch diese Bewegung hielt sich nicht, und nachdem noch einmal der Boden von Hódmezövásárhely im Jahre 1894 mit dem Blute der Arbeiter getränkt wurde, nachdem 65 Angeklagte auf die Anklagebank gesetzt und viele zu schweren, jahrelangen Kerkerstrafen verurtheilt wurden, bestand die Organisation noch eine Zeitlang, ging aber wieder zurück. In den letzten Jahren hat sie sich langsam wieder emporgehoben, und gegenwärtig haben wir eine Landarbeiterorganisation, deren Sitz das Szenteser Komitat ist, und die auch eine eigene Zeitung besitzt. Wenn diese Organisation auch nicht in direkter Verbindung mit dem internationalen Proletariat steht, so verfolgt sie doch dessen Entwicklung und hat auch auf ihren Feldarbeiterkongressen mit einem gewissen Verständniß Forderungen aufgestellt, in denen noch eine gewisse Naivität, Widerspruchsfülle und Unklarheit gelegen ist, in denen sich aber zeigt, daß diese Schichten endlich zu denken begonnen haben. Wir in Oesterreich haben eine solche Bewegung nicht zu verzeichnen, bis auf die tschechischen Gebiete Rakonitz, Raudnitz und Melnik, wo aber die Leute auch nur in politischen Vereinen organisirt sind. Auch die ungarische Bewegung zeichnet sich übrigens dadurch aus, daß sie nur politisch thätig ist.

So müssen Sie erkennen, daß eine wirkliche Landarbeiterbewegung in unserem Sinne, mit dem reinen Klassenkampfcharakter, nur dort entstehen kann, wo große Arbeitermassen unmittelbar den Großgrundbesitzern gegenüberstehen, daß aber auch dort die Organisation ungeheuer schwierig ist, weil die Aufrechterhaltung dieser Organisation eine äußerst mühselige Arbeit ist. Die Regel ist es nicht, daß bloß die Landarbeiter organisirt wurden, und wir sehen, daß die Bruderparteien anderer Länder daher der Landfrage in ganz anderer Weise näher zu treten versuchten.

Wenn wir die Wahlstatistik in den verschiedenen Ländern, in denen es nennenswerthe sozialistische Parteien gibt, betrachten, so sehen wir, daß diese bei den Wahlen auch in den rein ländlichen Bezirken fortschreitende Erfolge zu verzeichnen haben. So ist dies zum Beispiel in Belgien der Fall. Wenn wir aber das schon zitirte Buch Vandervelde's zur Erklärung dieser Thatsache in die Hand nehmen, so finden wir Folgendes: In Belgien sind bloß 29 Perzent der Bevölkerung in der Landwirthschaft thätig, das Land ist mit Eisenbahnen übersäet, die Industrie ist dezentralisirt, überall finden wir kleine Industriezentren, und die Arbeiter haben es gar nicht nothwendig, in den Städten zu wohnen. Tag für Tag gehen am Morgen und Abend ganze Arbeiterzüge aus den Städten hinaus aufs Land. Die ersten Wahlerfolge hat die belgische Sozialdemokratie auf dem Lande allerdings nur mit Hilfe der städtischen Elemente errungen. Es waren die industriellen Arbeiter, die in der Stadt organisirt wurden, und auf dem Lande, wo sie ja wohnten, ihre Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben hatten. Freilich blieb es nicht dabei. Mit der Zeit gelang es, das „sozialistische Gift" auch einigen Landbewohnern, die nicht rein proletarisch waren, Pächtern und kleinen Bauern, einzuträufeln. Allerdings halten die belgischen Genossen diese Wirkungen vorläufig noch nicht für ewige Zeiten bindend. Vandervelde bezeichnet als die Schwierigkeiten, die den Sozialdemokraten bei der Landagitation entgegentreten, folgende: „Die Landwirthschaft ist nicht genügend kapitalisirt, die Assoziation beginnt sich erst auszubreiten; die Zersplitterung der Besitze, die Isolirung der Produzenten, der Mangel der Beziehungen unter den Landarbeitern erzeugt einen Individualismus wie die Heimarbeit in den Städten . . ., der Haß gegen das Neue, das Mißtrauen gegen Alles, was von der Stadt kommt, die Doppelsprachigkeit, aber auch — und das ist für uns sehr wesentlich und belehrend — die Unkenntniß des Landlebens seitens unserer Genossen" — das sind die Hindernisse.

Bisher ist es durch viele Radfahrer, die Sonntags aufs Land hinausgefahren sind und zahllose Flugschriften vertheilt haben, gelungen, einige Bauern, wenigstens theoretisch, mit dem bekannt zu machen, was die Sozialdemokraten

wollen. Vandervelde konstatirt mit Vergnügen, daß die Bauern wenigstens „Boerenbonden", Bauernvereine, gegründet haben, die allerdings im Anfange nur unter dem Einflusse der Regierung zustande gekommen sind. Es genügt aber den Genossen, daß die Leute überhaupt in Vereine eingetreten sind. Damit treten sie dem Gedanken einer Vereinigung zu einem bestimmten Zweck immer näher. Die belgischen Genossen haben sich daher genöthigt gesehen, auf ein reines Landarbeiterprogramm zu verzichten. Aehnlich sind die Verhältnisse in Deutschland. Wenn es schon eine Reihe von politischen Momenten gibt, die uns von der Bruderpartei in Deutschland trennen, so sind die agrarischen Wirthschaftsformen in Oesterreich etwas, was uns in der Form unserer Agitation vielleicht noch weiter von ihnen entfernen wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich, nachdem sie früher rein industriell thätig war, im Anfange der Neunzigerjahre genöthigt gesehen, sich auch mit der agrarischen Frage zu befassen. Der vom Frankfurter Parteitag eingesetzte Ausschuß hat ein Agrarprogramm ausgearbeitet, das aber vom Parteitag in Breslau nicht akzeptirt wurde, da dieser der Meinung war, daß die Sache noch nicht spruchreif sei. Einige Genossen haben diesen Beschluß allerdings nicht dahin interpretirt, daß sie nunmehr auf dem Gebiet der Landagitation die Hände in den Schoß zu legen hätten. Sie haben eben gedacht: Probiren geht über Studiren. Sie gingen auf's Land hinaus und sprachen mit den Bauern. Im Anfang ging das natürlich schwer. Wenn wir jedoch die Statistik der letzten Reichstagswahlen vom Jahre 1898 betrachten, so finden wir, daß unsere Genossen in den rein ländlichen Bezirken die sehr respektable Zahl von 563.852 Stimmen, das sind 9½ Perzent der abgegebenen Stimmen, erhalten haben. Diese 9½ Perzent sind aber bloß eine Durchschnittsziffer. Wir haben einige Gebiete, wo ein bedeutend größerer Erfolg zu verzeichnen ist. Betrachten wir diese Bezirke näher. Da haben wir zum Beispiel Reuß, dort ist auf dem Lande eine Woll- und Baumwollindustrie, in Sachsen-Altenburg und Coburg eine Bergbauindustrie, in Sachsen-Meiningen eine Spielwaarenindustrie, in Anhalt eine starke Zuckerindustrie. Ebenso ist in Hannover, wo ebenfalls eine Dezentralisirung der Industrie platzgegriffen hat, ein Anwachsen der Stimmen zu konstatiren. Nur in Schleswig-Holstein haben wir rein agrarische Bezirke mit großen Latifundien, wo überdies die knechtische Gebundenheit der Landarbeiter nicht so groß ist, wie in den eigentlichen preußischen Gebieten; dort sind die Arbeiter selbstständiger und wählen sozialdemokratisch. Bei alldem zeigt sich die merkwürdige Erscheinung, daß selbst auch in Ostpreußen, wo der Arbeiter gebunden ist, immerhin 12 Perzent der abgegebenen Stimmen auf Sozialdemokraten entfielen. Dagegen haben wir in Württemberg, Baden und Bayern keine solchen Erfolge zu verzeichnen. Dies erklärt sich einerseits durch die Uebermacht des katholischen Zentrums in jenen Ländern, andererseits durch die Konkurrenz, welche der sozialdemokratischen Agitation durch den Bauernbund und die Volkspartei gemacht wird. Aber auch in Süddeutschland schreitet die Sozialdemokratie vorwärts, und wir können konstatiren, daß zum Beispiel in Rothenburg bei den letzten Reichstagswahlen siebenmal so viel sozialdemokratische Stimmen auf dem Lande erzielt worden sind als bei den vorhergegangenen Wahlen. Ganz schlechte Erfolge auf dem Lande sind nur in der Rheinprovinz und in Westphalen zu verzeichnen, wo eben die Landarbeiterschaft ganz unter dem klerikalen Einfluß steht, und ebenso dort, wo nationale Streitigkeiten bestehen, in Posen, Ostpreußen und Schlesien.

In Frankreich sind die Führer der sozialistischen Bewegung sehr bald zu der Erkenntniß gelangt, daß ihnen die Landarbeiterschaft allein Erfolge bei den Wahlen nicht verschaffen wird. Sie haben daher schon im Jahre 1892 auf dem Kongresse in Marseille ein eigenes Bauernprogramm ausgearbeitet, in dem sie ausdrücklich erklärten, es handle sich darum, den nicht ausbeutenden Bauern zu schützen. Sie verlangten daher, daß Land an die Besitzlosen vertheilt werde, daß Invalidenkassen gegründet, daß den Bauern ärztliche Hilfe unentgeltlich zutheil werde, daß die Reservisten entschädigt, daß auf Gemeindekosten Maschinen angeschafft werden sollen ꝛc. Sie haben denn auch mit diesem Programme unleugbar große Wahlerfolge erzielt, und es ist ihnen gelungen, den sozialdemokratischen Gedanken auf das Land hinauszutragen. Dieses französische Agrarprogramm war

eigentlich der Ausgangspunkt für die deutsche Agrarbewegung in der Partei. Die Kritik, die dieses Programm von Seite einiger Genossen in Deutschland erfuhr, war eine verschiedene, und auch ein Artikel von Friedrich Engels hat durchaus nicht die erforderliche Klärung gebracht, weil er von den Parteigenossen in ebenso verschiedenartiger Weise interpretirt wurde, wie etwa die Bibel verschieden interpretirt wird. Die anderen Länder folgten. In Italien wurde ebenfalls ein Bauernprogramm aufgestellt, in welchem die Zuweisung von Staatsland an Genossenschaften, Aufhebung der Grundsteuer u. s. w. gefordert wurde. Es wurden damit Wahlerfolge erzielt, und es ist bezeichnend, daß gerade in den kleinen Gemeinden bei den Gemeindewahlen immer fortschreitende Erfolge zu verzeichnen sind. Endlich wurden auch in Dänemark und Rumänien ähnliche Programme aufgestellt.

Fassen wir diese Thatsachen zusammen, so ergibt sich, daß Erfolge der sozialdemokratischen Agitation nur dort erzielt wurden, wo sich die Partei nicht darauf beschränkt hat, den Landarbeiter allein aufzusuchen, sondern wo sie unerschrocken erklärt hat, ihre Agitation auch auf den kleinen Besitzer ausdehnen zu wollen. Diese Anschauung mag scheinbar unserem Prinzip zuwiderlaufen, aber die Genossen haben sich gesagt, es ist nothwendig, daß wir diese Bevölkerung aufwühlen, denn ohne sie werden wir den ungeheueren Mauerwall der Reaktion nicht zu brechen im Stande sein. Und wenn es heute eine Reihe von Genossen gibt, die uns, zweifellos im besten Glauben, rathen, daß wir ja an die Bauern nicht herantreten sollen, weil das angeblich dem Prinzip widerspricht, daß wir uns darauf beschränken sollen, sie zu neutralisiren, so verweise ich nur auf folgende Ziffern: Nach Verkauf gibt es in Oesterreich in der Landwirthschaft 2,155.355 ganz besitzlose Arbeiter und Taglöhner, aber noch 1,193.414 grundbesitzende Arbeiter und Taglöhner. An diese dürften wir also schon nicht mehr heran. Sie sind zwar „Märtyrer ihres Besitzes", aber wir dürfen an sie nicht heran, weil sie schon etwas haben. Endlich gibt es über zwei Millionen selbstständige Besitzende. Das sind über fünfeinhalb Millionen Leute, mit denen wir da zu rechnen haben, und die sollen wir Alle links stehen lassen? Wir sollen sie bloß „neutralisiren"? Wir wünschen, insbesondere für Oesterreich, eine starke politische Bewegung. Können wir glauben, den Strom dieser Bewegung an der Landbevölkerung, ohne sie im Geringsten zu berühren, vorüber zu führen? Nein, und wenn wir sie nicht an uns ziehen, so werden sie einfach die Beute unserer Gegner. Diese Ziffern lehren uns, daß wir uns sehr sorgfältig um das zu kümmern haben, was auf dem Lande vorgeht. Meiner Ueberzeugung nach ist dort viel für die Partei zu erwarten, weil dort genug Elend und Unterdrückung zu finden ist und die Sozialdemokratie die Pflicht hat, sich dieser Leute anzunehmen. (Zustimmung.) Wir müssen also aufs Land hinausgehen, und es war nur eine Art Opportunismus oder gar pure Bequemlichkeit, wenn wir dieser Frage bisher vorsichtig aus dem Wege gegangen sind.

Welches sind nun die Grundsätze, die wir zu befolgen haben? Man hat uns in gegnerischen Kreisen das bekannte Schäffle'sche Wort vom antikollektivistischen Bauernschädel entgegengehalten, und es gibt Kreise, die sich bei dem Gedanken beruhigen, der sozialistische Gedanke werde in diesen harten, antikollektivistischen Schädel nicht hineinkommen. Mit diesem Antikollektivismus hat es aber nicht seine volle Richtigkeit. Die Urformen der Landwirthschaft sind ja rein kommunistisch gewesen, und ein Beweis dafür, daß der Bauer auch heute nicht unter allen Umständen antikollektivistisch ist, ist die Thatsache, daß das Genossenschaftswesen unter den Bauern immer mehr Fuß faßt. (Sehr richtig!) Die Herrschaften mögen sich also dabei nicht beruhigen, es wird den Sozialisten gelingen, in die bäuerliche Bevölkerung einzudringen. Nun gibt es aber für jede soziale und politische Erziehung eine Reihe von Voraussetzungen, und so wenig wir den auf der allertiefsten Stufe stehenden Arbeiter sofort zu einem Sozialdemokraten machen können, ebensowenig können wir von heute auf morgen aus einem antikollektivistischen einen kollektivistischen Bauernschädel machen. Es muß da zuerst eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Zu diesen gehört vor Allem die Hebung der Einsicht, der Bildung, des Wissens, der Zugänglichkeit für außerbäuerliche Ideen. Wir müssen also für die Erweiterung der Schulbildung eintreten und — um der Schulfeindlichkeit der Bauern zu begegnen — für die Uebernahme der Schullasten durch den Staat. Daß auch die politische Erziehung nothwendig ist, versteht sich

von selbst, ebenso, daß durch eine gewisse Literatur, die vorsichtig ausgewählt sein muß, die Aufklärung der Landbevölkerung gefördert werden muß. Wir werden dabei allerdings sofort einen ungeheueren Widerstand bei denjenigen finden, die ein eminentes Interesse daran haben, daß der Bauer so konservativ bleibt, wie er bisher war. Sie denken sich wohl, daß das die Klerikalen sind. Als ich in dem Buche von Vandervelde von den „verheerenden" Wirkungen des pfäffischen Einflusses in Belgien las, wo dargestellt wird, daß den Leuten ganz falsche Vorstellungen von unserer Partei beigebracht werden, daß zum Beispiel „eine Menge braver Leute glaubte, daß diejenigen, die zwei Kühe besitzen, eine davon hergeben müssen" u. s. w., da sagte ich mir: Belgien, du hast es besser. Solche zarte Agitationsformen kennen unsere Pfaffen nicht. Bei uns begann eine Bauernversammlung, die von Sozialdemokraten einberufen wurde und in welcher sich zum Schutze der Seelen einige Kutten aus Brixen, Hall oder Innsbruck befanden, in folgender Weise. Der zum Vorsitzenden ernannte geistliche Herr sagt: „Wißt Ihr, Bauern von Tirol, was das eigentliche Programm der Sozialdemokraten ist? In wenigen Worten werde ich es Euch sagen. Solange nicht der letzte Fürst, König oder Kaiser an den Gedärmen des letzten Pfaffen aufgehenkt ist, solange ist dieses Programm nicht erfüllt." (Lebhafte Heiterkeit.) Dieser pfäffische Einfluß ist ein ungeheuerer, und wir werden ihn mit aller Ueberzeugungskraft, die unsere Ideen besitzen, zu bekämpfen trachten müssen. Dabei dürfen wir aber einen Grundsatz nicht aus dem Auge lassen. Es gibt noch immer Genossen, die die Bekämpfung des Pfaffenthums mit der Bekämpfung der Religion verwechseln. Wenn wir auf das Land hinausgehen, müssen wir uns als feste Richtschnur vor Augen halten: Die Religion ist Privatsache. Dieser Grundsatz ist nicht bloß ein Grundsatz der Taktik, er ist mit dem Wesen unserer Partei verbunden, denn es gehört zum Wesen unserer Partei, daß wir über Dinge, von denen wir nichts wissen und nichts wissen können, kein entscheidendes Urtheil abgeben, und daß wir fremde Ueberzeugungen achten und respektiren: Es gibt auch echte religiöse Ueberzeugungen.

Als Ausgangspunkt der Landagitation sind vor Allem die kleinen Gemeinden ins Auge zu fassen. In diesen stehen die armen Leute, die industriell thätig sind, mit der bäuerlichen Bevölkerung in einem persönlichen Kontakte, manchmal auch in verwandtschaftlichen Beziehungen. Das ist der glatteste und leichteste Weg, auf dem unsere Anschauungen auf das Land gelangen können. Die Erfahrung lehrt, daß es ganz gut möglich ist, auch der Landbevölkerung unsere Ideen mitzutheilen. Wir müssen daher trachten, in den kleinen Gemeinden auf dem Lande einen gewissen Einfluß zu gewinnen, um dort vor Allem sozialdemokratische Kommunalpolitik zu machen, so ungeheuer schwierig es auch sein mag, gerade bei kleinen Gemeinden eine solche Politik zu machen, weil dies hauptsächlich in dem finanziellen Moment ein beinahe unübersteigliches Hinderniß findet.

Wir müssen uns aber auch mit der Kenntniß dessen ausrüsten, was wir positiv vorzuschlagen haben. In der Resolution sind eine Reihe solcher positiver Forderungen aufgestellt. Es ist hier Alles mit peinlichster Vorsicht ausgeschaltet worden, was in der Theorie noch strittig ist. Es wird in der Resolution von Reformen gesprochen. Einige Genossen haben eine furchtbare Scheu vor diesem Worte. Ich gestehe, daß ich das nicht begreife, da ja unser Programm eine Menge von Reformen anführt, die wir im Rahmen der heutigen Wirthschaftsordnung fordern. Wir verlangen hier vor Allem das, was der Kongreß in Basel im Jahre 1869 verlangt hat. Es heißt hier, wir haben für Reformen einzutreten, die auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen. Diese Forderung ist ziemlich allgemein gehalten. Ich habe hier zwei Briefe von Bauern. Der eine verlangt die Vertheilung der Staatsgüter unter die Besitzlosen, was unter gewissen Vorbehalten nicht unangebracht wäre — eine Forderung, die beinahe in allen anderen Programmen wiederkehrt — der andere verlangt die Verstaatlichung der Wege und Straßen, wogegen sich gar nichts einwenden läßt. Aber solcher Forderungen könnten noch eine Menge erhoben werden. Sie würden uns aber zu sehr ins Detail führen. In der Resolution heißt es auch: Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik. Nun gibt es Genossen, welche meinen, daß die Ver-

mehrung des Staatseigenthums für uns gefährlich werden muß. Wir verlangen aber doch die Verstaatlichung auch auf anderen Gebieten. Und das Wort „volksfreundlich" besagt ja, daß wir hierbei Garantien dafür verlangen, daß diese Verstaatlichung nicht im Interesse weniger Besitzender erfolge. Eines der wirksamsten Mittel jedoch, um den kollektivistischen Gedanken zu verbreiten, ist das Genossenschaftswesen. Es sind hier freilich eine Reihe von Voraussetzungen nothwendig. So vorsichtig wie bei der Gründung von Konsumvereinen müssen wir auch bei den bäuerlichen Genossenschaften sein. Wir haben eine solche in Kitzbühel, die vom Genossen Filzer gegründet wurde. Freilich befindet sie sich noch in einem embryonalen Stadium. Trotzdem hat die Genossenschaft einen Jahresumsatz von 70.000 Gulden erreicht. Was will das aber gegen die deutschen Landwirthschaftsgenossenschaften sagen, die noch fortwährend an Größe zunehmen? In Deutschland sind von 15.000 eingetragenen Genossenschaften nicht weniger als 72 Perzent landwirthschaftliche Genossenschaften, und in jedem Jahre werden in Deutschland 1500 neue Genossenschaften gegründet. Wie kollektivistisch der deutsche Bauernschädel zu werden begonnen hat, darüber möge Sie die Thatsache belehren, daß in der Bezugsvereinigung deutscher Landwirthe 1,050.000 Landwirthe inbegriffen sind. 5537 landwirthschaftliche Darlehenskassen haben 445.153 Mitglieder mit einem Vermögen von 6794 Millionen Mark. Die englischen Genossenschaften, die noch viel größer sind, sind zwar nicht reine landwirthschaftliche Genossenschaften. Eine davon hat im Jahre 1897 einen Jahresumsatz von 144 Millionen Gulden ausgewiesen. Wenn wir nun solche Genossenschaften verlangen, so ist es selbstverständlich, daß wir sie in einer bestimmten Form verlangen müssen. Auch Reaktionäre verlangen ja Genossenschaften. Der verstorbene, im Leben so beliebt gewesene Ackerbauminister Graf Falkenhayn hat doch auch Bauerngenossenschaften geplant, freilich mit dem Hintergedanken, dadurch die Auslieferung der kleinen Bauern an den Großgrundbesitz zu fördern. Wir verlangen Bauerngenossenschaften auf völlig demokratischer Grundlage, aber keinesfalls solche, wie sie den reaktionären Mächten genehm wären. Wenn hier auch von der Vergesellschaftung durch Land oder Gemeinde gesprochen wird, so weise ich darauf hin, daß zum Beispiel in Tirol durch die Kommunalisirung der Wasserkraft Fortschritte erzielt worden sind, wie man sie in großen Gemeinwesen, zum Beispiel in Wien, noch nicht aufzuweisen hat.

Wir verlangen weiter Aufhebung der Privilegien. Das ist selbstverständlich. Was die Hebung der Bodenkultur anbelangt, so gibt es einige vorgeschrittene Genossen, welche diesen Punkt eliminirt wissen wollen, weil sie meinen, wenn wir die Bodenkultur heben, so fördern wir dadurch auch die Interessen der Besitzer. Es ist wahr, dieses Verbrechens machen wir uns schuldig, aber wir machen uns dieses Verbrechens auch auf anderen Gebieten schuldig. Sind wir nicht für Verbesserungen auf dem Gebiete der Industrie, haben wir etwas dagegen, daß die Maschinen vervollkommnet werden, haben wir gegen die Errichtung technologischer Gewerbemuseen durch den Staat etwas einzuwenden gehabt? Sind wir nicht für die Amelioration des Handels und Verkehrs durch Bau von Eisenbahnen, Straßen und Kanälen? Die Uebertriebenheiten eines Wilhelm II. werden mit Recht von der deutschen Sozialdemokratie bekämpft. Das versteht man aber auch nicht unter Amelioration. Wem anders aber nützt in letzter Linie diese Verbesserung des Bodens als gerade den städtischen Proletariern? Oder haben wir nicht ein Interesse daran, daß die Nahrungsmittel verbessert und verbilligt werden? Daß wir die Aufhebung der Lebensmittelzölle u. s. w. verlangen, das versteht sich bei uns von selbst. Freilich werden wir damit nicht die großen und mittleren Bauern gewinnen. Das sind aber auch nicht die Elemente, auf die wir reflektiren. Wir wollen ja nur die kleinen Bauern gewinnen, die vielfach eine schlechtere Existenz führen als die städtischen Arbeiter. Schließlich kommen noch die Forderungen der Landarbeiter, die in der Sache selbst begründet sind. Genosse Vollmar hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die landwirthschaftlichen Inspektoren, die wir hier verlangen, nur für die großen landwirthschaftlichen Betriebe einen Sinn haben, wo viele Arbeiter sind. Ich habe gegen diese Interpretation nichts einzuwenden, und der Zweck dieser landwirthschaftlichen Inspektoren wird durch die hier geforderten Landgerichtshöfe, wie sie auch in Belgien eingeführt sind, ebenfalls erreicht.

Das Alles ist natürlich nur ein großer und weiter Rahmen, innerhalb dessen wir uns praktisch bethätigen können. Er ist so gefaßt, daß sich in ihm unser weiteres Programm wird entwickeln und daß wir in ihn noch eine Menge von Forderungen hineinbringen können, die nothwendig sind, um den Bedürfnissen der landwirthschaftlichen Bevölkerung entgegenzukommen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Dinge nicht so einfach sind, und daß der Kampf nicht allein ein wirthschaftlicher ist. Wenn wir durch die V. Kurie gezwungen sein werden, auf das Land hinauszugehen, so werden wir mit den Bauern noch eine Menge anderer Dinge zu besprechen haben, die ihnen auch sehr weh thun. Wenn wir ihnen vom Militarismus, von der Herabsetzung der Steuern u. s. w. sprechen, so werden wir bei ihnen volles Verständniß finden. Freilich, auf die Herabsetzung der indirekten Steuern geben sie nicht so viel, denn es sind viel mehr die verschiedenen Taxen bei Ueberschreibungen und die hohen Gemeindeumlagen, die die Bauern besonders drücken.

Genossen! Die Frage der Landagitation eröffnet uns somit ein Gebiet für eine außerordentlich vielgestaltige Thätigkeit. Aber ich meine, wenn wir auf das Land hinausgehen, dann dürfen wir nicht allein als Lehrer hinausgehen; wir müssen auch hinausgehen als Schüler, die noch sehr viel zu lernen haben. (Zustimmung.) Wir sollen nicht nur der ländlichen Bevölkerung den Strom der Kultur zuleiten, sondern auch umgekehrt, dort neue Quellen der Erkenntniß für die Bereicherung der Kultur erschließen. Wenn wir in diesem Sinne thätig sein werden, dann werden sich uns neue große Perspektiven eröffnen; wir werden tiefere Einblicke in das erhabenste aller Welträthsel, die menschliche Gesellschaft, gewinnen; wir werden unsere Partei auf eine breitere Basis stellen und sie rascher und sicherer jenem großen und herrlichen Ziele entgegenführen, das ihr von der Geschichte gesetzt worden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

55. Antrag Dobiasch (Wiener-Neustadt):

Die Parteivertretung wird beauftragt, das Referat des Gen. Dr. W. Ellenbogen in Broschürenform herauszugeben und zum Selbstkostenpreise an die Organisationen abzugeben.

Dobiasch (Wiener-Neustadt): Ich bin von dem Referat sehr angenehm überrascht; es hat uns einen Ausgangspunkt für unsere Agitation unter der ländlichen Bevölkerung gegeben. Welches sind nun die Schichten, unter denen wir arbeiten können? Des Schutzes am bedürftigsten, aber auch der Agitation am wenigsten zugänglich ist der Landarbeiter. Etwas mehr zugänglich, wenn auch nur mit größter Mühe, sind die Taglöhner auf den Meierhöfen oder auf den Höfen der Großbauern, die theils Geldlohn, theils Deputat, theils Beides erhalten; bei diesen muß man mit dem A-B-C anfangen. Dann haben wir als dritte Kategorie Jene, die auch ein Stückchen Grund in Pacht oder Eigenthum haben. Solche finden wir im Böhmerwalde. Das sind Leute, die vom Förster oder der Gutsverwaltung in ungeheurer Knechtschaft gehalten werden. Wenn sie zu dem diktirten Preise nicht arbeiten wollen, wird ihnen ihr Grund weggenommen; sie können aber nicht auswandern, weil sie ihr Häuschen hier haben und nirgends anders als in den herrschaftlichen Gebieten Arbeit finden. In diese Gebiete einzudringen, ist wohl schwer, aber nicht unmöglich. Die Möglichkeit ist theilweise im Böhmerwalde schon bewiesen worden. Am allerzugänglichsten ist jene Kategorie von landwirthschaftlichen Arbeitern, die ein Häuschen und eine bis zwei Kühe haben, die im Frühjahr und im Spätherbst zu Hause sind, aber im Sommer als Maurer oder Zimmerleute in der Stadt arbeiten. Dort können wir am besten eindringen, und diese Leute sind auch Mitglieder der landwirthschaftlichen Organisationen, die draußen gegründet wurden.

Dann haben wir die Kleinbauern, die von dem Ertrag ihrer Felder leben und keinen Knecht und keine Magd beschäftigen. Auch diese sind noch theilweise zugänglich. Weiter haben wir die Kategorie der Mittelbauern, die selbst arbeiten, aber auch einen Knecht haben. Diese stimmen unserer Kritik der Gesellschaftsordnung und unseren politischen Forderungen ziemlich zu. Sie sind für sozialdemokratische Ideen, soweit sie die Verwerthung ihrer Produkte betreffen, empfänglich, wie zum Beispiel für Genossenschaften zur Verwerthung des Getreides, der

Milch, für gemeinsame Mühlen u. s. w. Nicht befreunden können sie sich mit der Vergesellschaftung des Bodens. Wir haben auf dem Lande eine Reihe von sogenannten Wahlsiegen zu verzeichnen gehabt. Die da mitgeholfen haben, sind Kleinhäusler, die sich aufgerafft haben, das Joch der Großbauern abzuschütteln. Nun werden aber alle Bestrebungen, die eine Auflehnung gegen die bisher geübte Herrschaft bedeuten, als sozialdemokratische ausgegeben. Diese Leute kommen zu uns, obwohl sie sonst nie etwas von den Sozialdemokraten wissen wollen. Bei unserer Agitation muß uns klar sein, an welche Schichten wir uns zu wenden haben, und da sage ich, es ist das in erster Linie der Taglöhner, der landwirthschaftliche Arbeiter und der Kleinbauer. Bei den Bauern, die Knechte und Mägde haben, also schon zu den mehr besitzenden zählen, wird uns eine Agitation schwer fallen.

Prähauser (Salzburg): Ich freue mich, daß die Scheu vor der Agrarfrage endlich überwunden wurde und wir endlich eine Direktive bekommen haben, wie wir am Lande zu arbeiten haben. Wenn wir nicht selbst in die Landbevölkerung hinausgehen, so werden wir von ihr gerufen; besonders ist der Kleinbauer, der ohne Dienstboten arbeitet, unseren Ideen zugänglich. Daß jenen Bauern, welche Dienstboten beschäftigen, die Schutzgesetze für die Dienstboten und besonders die Aufhebung der Dienstbotenordnung unangenehm sein wird, ist natürlich. Gegen die Aufstellung eines Agrarprogramms war ich immer und bin ich auch heute, weil ich es für unnöthig halte. Die Religion zu bekämpfen, habe ich nie Ursache gehabt, und wir würden uns nur den Weg versperren, wenn wir in die Agitation unter der Landbevölkerung religiöse Fragen hineintragen wollten. Was die Gemeindewahlen betrifft, so müssen wir, wo uns dies möglich ist, uns an denselben betheiligen, insbesondere, um die Klerikalen, unsere erbittertsten Gegner, denen es sich um Sein oder Nichtsein handelt, niederzuringen. Wenn die Idee der Produktivgenossenschaften irgendwo praktisch durchgeführt werden kann, so ist dies bei der Landwirthschaft, aber der österreichische Bauernstand steht noch auf einem zu niedrigen Niveau, und es wird Aufgabe unserer Genossen im Parlament sein, dahin zu streben, daß die Bauern auf eine höhere Bildungsstufe gebracht werden. Der Antrag auf Verfassung einer gemeinverständlichen Broschüre für die Landwirthschaft ist mir sehr sympathisch, denn wir können nicht in jedem Dorfe Versammlungen abhalten, wir müssen auf die Presse rechnen. Kaufen will sie der Bauer allerdings nicht, wenn er s' aber geschenkt bekommt, so liest er sie auch.

Pechota (Dornbirn): Wir haben in den Alpenländern Leute, die nicht direkt landwirthschaftliche Arbeiter sind, die, wie die Holzknechte, in ländlichen Verhältnissen leben und einer Fachorganisation nicht zugeführt werden können: einerseits vermöge ihrer geringen Bildung, dann auch, weil das Unterstützungswesen in diesen Organisationen ganz anders gestaltet sein müßte als in den sonstigen Branchenorganisationen. Die geringe Bildung der bäuerlichen Bevölkerung ist auch schuld daran, daß der Ausbau des Genossenschaftswesens so sehr zurückgeblieben ist. Es ist auch sehr schwierig, die Lebenshaltung der Leute zu erhöhen, weil sie nur sehr geringe Bedürfnisse haben. Die industrielle Entwicklung wird uns auch in dieser Hinsicht vorarbeiten.

Krapka (Wien): Ich würde wünschen, daß die Sache nicht nur hier, sondern auch auf dem gemeinschaftlichen Parteitag zur Sprache gebracht werde, da sie alle Nationalitäten in gleicher Weise berührt. Ich wäre weiter dafür, daß man nicht bei der Herausgabe von Agitationsschriften stehen bleibt, sondern in einer Art Schule Agitatoren für die Landbevölkerung erzieht. Wenn heute ein Agitator aufs Land hinausgeht, so spricht er draußen genau so wie in der Stadt, und die Folge davon ist, daß wir uns das nächstemal in das Dorf überhaupt nicht mehr hineintrauen dürfen. Unsere erste Aufgabe muß es sein, den Bauer vom Pfaffen loszureißen, und die nächste Pflicht, dessen Lebenshaltung zu erhöhen. Heute kommen nach Ober- und Niederösterreich viele Landarbeiter aus Böhmen, und nach Böhmen kommen wieder slovakische Arbeiter aus Ungarn, sowie auch italienische Arbeiter, deren Bedürfnisse eben noch weitaus geringer sind als die der tschechischen Arbeiter. Dort, wo sich die Leute, wie zum Beispiel im Erzgebirge und Riesengebirge, auch mit Industrie, und sei es nur Heimarbeit, beschäftigen, können wir leichter eindringen als bei der Landbevölkerung, die bloß

von Feldarbeit lebt. Aus Südböhmen wandert der Kleinbesitzer nach Wien auf Lohnarbeit, Frauen und Kinder besorgen zu Hause die Wirthschaft; er selbst arbeitet in Wien als Maurer oder Taglöhner und erspart sich mit seinen geringen Bedürfnissen noch so viel, daß die Familie trotz des geringen Bodenertrages existiren kann. In Böhmen gibt es ganze Gebiete, wo die Klein- und Mittelbesitzer ihren Besitz einfach stehen ließen, ohne ihn zu verkaufen. Die Leute sind ausgewandert, ohne sich um ihren Grund weiter zu kümmern. Sicher ist, daß wir bei der Landbevölkerung von Böhmen und Mähren leichter eindringen können als in den klerikalen Alpenländern, und sicher ist weiter, daß die Bauern wirklich nur für die wirthschaftliche Seite der Frage zu interessiren sind.

von **Vollmar** (München): Ich halte darauf, zu sagen, daß ich mich nicht zum Worte gemeldet habe, sondern gemeldet worden bin. (Heiterkeit.) Ich bin hiehergekommen, um zu hören, um zu lernen, denn es kann mir als Ausländer nicht einfallen, Ihnen irgendwelche Rathschläge ertheilen oder gescheidter sein zu wollen als Sie. Aber eine Anzahl von Genossen meinte, es wäre nicht übel, wenn ich einige Worte sagte, und wie ich schon einmal ein guter Kerl bin (Heiterkeit), will ich mich dieser Aufforderung nicht entziehen. Ich will nur über einige Punkte aus dem Referate ein paar Worte verlieren. Ich bin auf dem Lande erzogen und wohne auf dem Lande. Wenn ich auch selbst kein Landwirth bin, so glaube ich mir doch zutrauen zu dürfen, daß ich das Wesen der Landwirthschaft Altbayerns und Bayerns überhaupt kenne und mit den Leuten umzugehen verstehe. Ich betreibe auch in Bayern seit Langem viel Landagitation. Wenn irgendwo ein Sichlosreißen von Vorurtheilen nöthig ist, so ist dies ganz besonders nöthig bei der Agitation auf dem flachen Lande. Täuschen wir uns nicht. Unsere Partei hat in der Landfrage bisher wesentlich nur Analogieschlüsse nach der Industrie gezogen. Man hat einfach gesagt: Marx hat gezeigt, wie die Entwicklung des Produktionsprozesses, wie die Kapitalskonzentration vor sich geht, und was einmal ein richtiger Satz ist, muß sich auf Alles anwenden lassen. Nun sehen wir das aber bei der Landwirthschaft in Wirklichkeit noch nicht. Im prinzipiellen Theile unseres Programmes ist diese Frage ein reines Anhängsel. Früher stand von der Landwirthschaft gar nichts drin. In Erfurt wurde schnell eine Einführung gemacht, und die Ausarbeiter des Programmes haben damit bewiesen, daß sie der Meinung seien, es müsse im Wesentlichen an dem Grundsatze von der Konzentration unverrückbar festgehalten werden. Heute hat Ihnen der Referent bereits unwiderleglich gezeigt, daß diese Annahme für die Landwirthschaft ganz und gar unrichtig ist. Was die Zukunft bringen wird, wissen wir nicht. Zur Zeit steht die Sache so: So lange die Lehre des internationalen Sozialismus existirt, wurde auf dem Gebiete der Landwirthschaft auch nicht ein Schritt nach der Richtung der industriellen Entwicklung und Kapitalsakkumulation gethan. Gerade in Deutschland hat dies die letzte Berufszählung aufs Deutlichste gezeigt, und es war ein kindliches Unterfangen einiger Leute, der Statistik Zwang anzuthun, um zu beweisen, daß sie doch Recht hatten. Thatsache ist, daß in verschiedenen Ländern, speziell bei uns, in der Landwirthschaft eine Entwicklung analog der industriellen Entwicklung, ein Fortschritt vom kleinen zum mittleren und vom mittleren zum Großbetriebe nicht vor sich gegangen ist. Ob das später einmal sein wird, darauf will ich mich nicht einlassen, dazu bin ich zu wenig Theoretiker. Zur Stunde steht die Sache so, daß zum Mindesten derzeit eine unaufhaltsame Entwicklung der Großproduktion in der Landwirthschaft nicht vorhanden und der Beweis, daß die Großproduktion in der Landwirthschaft die vortheilhaftere ist und die Kleinproduktion erschlagen müsse, nicht erbracht ist. Das muß uns einen Fingerzeig geben, uns vor vorschnellen Schlüssen zu hüten. Es gibt Leute, die entgegen der Marx'schen Auffassung der äußeren Form der Dinge mehr Bedeutung beilegen als ihrem inneren Wesen, die bei dem Begriff der Verstaatlichung mehr die juristische Seite im Auge haben zu müssen glauben, als ob es nicht eine Form der Vergesellschaftung gäbe, die, ohne äußerlich eine Verstaatlichung zu sein, gleichwohl thatsächlich ein Stück Vergesellschaftung darstellt, das heißt, fortgesetzte Vermehrung des staatlichen und gesellschaftlichen Einflusses und Einschränkung des früher unbeschränkten Privateigenthumsrechtes. In der Landwirthschaft spielt das ganz insbesonders eine Rolle. Ich kann nicht oft genug wiederholen, daß man Bedenken

prinzipieller Art gegen ein Landprogramm keinen allzu großen Werth beilegen soll, weil Programme überhaupt nicht die absolute Bedeutung, die man ihnen zuweilen beilegen möchte, sondern vielmehr nur eine relative haben. Früher sagte man, wir stehen auf dem Standpunkte der Kollektivwirthschaft und können infolgedessen nichts unterstützen, was den Privatbesitz — sei dies nun in der Landwirthschaft oder in der Industrie — zu erhalten oder zu fördern irgendwie geeignet ist. Wenn das richtig wäre, würden wir allerdings Landprogramme nicht machen können; dann müßten wir uns allerdings auf den Standpunkt stellen: Wir haben es nur mit den Landproletariern, den Landarbeitern zu thun, alles Andere geht uns nichts an. In Wirklichkeit steht die Sache aber nicht so. Nach meiner Auffassung wäre es Unsinn, sich vorzustellen, daß in einem Jahre oder etwa in Jahrzehnten die Gesammtheit der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum und gesellschaftliche Betriebe übergeführt werden könne; sondern in dem Maße, wie die Produktionsmittel gesellschaftlicher Natur geworden sind, in dem Maße, als die Industrie riesengroß angewachsen und der Privatwirthschaft entzogen worden ist, geht auch eine Art Verstaatlichung vor sich, während dort, wo eine Konzentration noch nicht eingetreten ist, der Privatbetrieb bestehen und unter Umständen auch nützlich sein kann. Es ist also besser, wir gehen der Reihe nach vor, weil der Umschwung sonst so gewaltig wäre, daß unsere Kräfte nirgends ausreichen würden, das heißt, daß wir nach meiner Auffassung sehr wohl Maßregeln ergreifen können, den Kleinbetrieb in der Landwirthschaft zur Zeit aufrecht zu erhalten und ihn zu befähigen, sich gegenüber dem Großgrundbesitze dort, wo eine Rivalität eintritt, zu halten, ohne daß wir damit unseren Prinzipien entgegenhandeln. Wer nicht auf diesem Standpunkt steht, der kann ein Landprogramm, ein Bauernprogramm überhaupt nicht machen; denn wenn wir den kleinen Bauern schützen wollen, so schützen wir damit auch sein Eigenthum. Das wäre der prinzipielle Standpunkt, über den man sich klar werden muß, und nun kommt die persönliche Frage, die weniger die Landfrage, als die Landagitation betrifft. Der Referent hat sehr richtig gesagt, daß wenn wir aufs Land gehen wollen, es nicht nur thun sollen, um draußen zu reden, sondern vor Allem, um draußen etwas zu lernen. Wir wollen uns hier nicht schöne Worte sagen, sondern unser Gewissen erforschen und eventuell auch Sünden entdecken. Wer die Landagitation mitgemacht hat, muß sich sagen, daß unter 100 Parteigenossen kaum Einer ist, der fähig wäre, auf dem Lande einen Erfolg zu erzielen. (Lebhafte Zustimmung.) Und zwar deshalb nicht, weil selbst in unserer modernen Zeit zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung eine tiefe Kluft gähnt, die trotz aller Abwanderung von dem Lande in die Stadt nicht überbrückt ist, weil sich die Städter und so auch der städtische Arbeiter in die Seele des Bauern und dessen ganze Existenz nicht hineinzudenken vermögen. Der Streit kommt mir oft so vor, wie der Streit zwischen den Katholiken und Protestanten, indem der Protestantismus sich vorstellt, viel gescheidter und viel aufgeklärter zu sein als der Katholizismus. Ich habe mit Hunderten und Tausenden von Arbeitern im Laufe der Zeit gesprochen, und immer wieder ist von Zeit zu Zeit der Gedanke aufgetaucht, daß der Bauer eigentlich ein dummer Kerl ist. Es gibt Leute, die freundlich genug sind, ihm das gleich ins Gesicht zu sagen (Heiterkeit), andere haben wenigstens im Inneren diese Vorstellung. Das ist aber nicht wahr. Der Bauer mag in vielen Dingen beschränkter sein als der städtische Arbeiter, wer aber den Bauern für dumm hält, der ist schief gewickelt. Der Bauer hat in seiner Denkweise manchen Vortheil; durch allgemeine schöne Redensarten ist er absolut nicht zu gewinnen; er hat auch außerordentlich schnell heraus, ob Einer nur so herumredet oder ob er etwas versteht und es ernst meint. Der Bauer will, daß zu den Dingen, die ihn umgeben, Stellung genommen werde. Eine Hand voll Praxis ist ihm lieber als ein ganzer Hügel voll Theorie. Damit hängt auch die ganze Behandlung des Bauern zusammen. Es gibt Agitatoren, die den Bauern, wenn sie das erstemal zu ihm sprechen, mit „Genossen" ansprechen und ihre Rede dann mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließen. Das ist genau so, wie wenn man mit dem Mann griechisch reden würde. Da ist es mir schon lieber, wenn Einer draußen am Lande gar nichts macht, als wenn er es so patschert macht. Da wäre es schon besser, den Trieb zum Agitiren einzudämmen als ihn zu befördern.

Ueber die Religion wurde schon gesprochen, und da muß ich allerdings sagen, daß eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Landagitation ist, daß in unserer Partei in Bezug auf die Behandlung der Religion eine andere Praxis platzgreife. Ich spreche hier allerdings nur für deutsche Verhältnisse. Wir sagen: Religion ist Privatsache, aber ein großer Theil schert sich den Teufel darum. Wenn irgend ein Grundsatz unseres Programms, so muß der gehalten werden, daß die Religion ein neutrales Gebiet, eine Privatsache sei, und daß es nicht angehen kann, daß es grundsätzlich verkehrt und praktisch so thöricht wie nur irgend möglich ist, wenn man überall die Religion hineinzieht und das, was man in Bezug auf religiöse Ansichten für verkehrt hält, mit Spott und Hohn austreiben will. Es ist gewiß schön, Religion und Pfaffenthum von einander zu trennen, aber es gehört ein sehr feines Messer dazu, um den Schnitt richtig durchführen zu können, und das ist nicht Sache eines Jeden. Ich habe gefunden, je weniger man über die Religion redet, umso besser ist es, und wer gar nichts darüber redet, ist ein Meister in der Agitation. Die Stärke der Pfaffen besteht auch bei uns darin, daß sie den Leuten sagen, die Sozialdemokraten wollen ihnen die Religion nehmen. Das hat natürlich Boden gefunden, wenn in jeder Agitationsrede der Agitator es nicht vermeiden konnte, wenn er über wirthschaftliche oder soziale Dinge sprach, in der unmotivirtesten Weise die Religion hereinzuziehen. Die Leute, die von sich glauben, die Aufklärung des ganzen Jahrhunderts mit Löffeln gefressen zu haben und Jeden, der ein religiöses Gefühl hat oder zu haben glaubt, für einen Schafskopf halten, sprachen jetzt über den Militarismus und sofort darauf über die Religion. Da mußten sich die Leute doch fragen: Ja, was hat denn das damit zu thun?

Dagegen war es den Leuten sehr leicht begreiflich zu machen, daß die Religion wirklich reine Privatangelegenheit des Einzelnen sein soll, daß man Jeden thun lasse, was er will.

Die heutigen Verhandlungen erinnern mich lebhaft an unsere Verhandlungen in Frankfurt im Jahre 1894. Man hat damals in Deutschland groß begonnen und es ist dabei, ich muß es gestehen, wenig herausgekommen. Im ersten Augenblick war große Begeisterung, wir haben eine große Kommission von 24 Mitgliedern eingesetzt, die die Aufgabe hatte, sich in drei Unterkommissionen für Nord-, Mittel- und Süddeutschland zu theilen. Die Arbeit in der süddeutschen Kommission war ziemlich leicht; sie hat ein Programm ausgearbeitet, dessen Schönheit sehr groß war — leider hat das der allgemeine Parteitag nicht erkennen wollen (lebhafte Heiterkeit) — und in Breslau wurde das Programm von den Genossen, die in der Mehrzahl von der Landwirthschaft nicht viel verstanden, verworfen und der Auftrag ertheilt, die Sache weiter zu studiren. Wir können froh sein, so mit einem blauen Auge — ich meine das nicht etwa österreichisch-parlamentarisch (Heiterkeit) — davon gekommen zu sein. Wiewohl ich seinerzeit zu den ersten Veranstaltern gehört habe, habe ich jetzt die Behandlung der Agrarfrage nicht mehr beschleunigt. Die Sache muß ihre Entwicklung haben. Die Norddeutschen stehen jetzt der Frage nicht mehr so feindlich gegenüber, man hat einsehen gelernt, daß der Klassengegensatz, der in der Industrie zwischen den Unternehmern und Arbeitern für alle Welt offenbar ist, keineswegs in dem Maße zwischen den landarbeitenden und besitzenden Bauern besteht, daß bei Letzteren eine gemeinsame Lebensauffassung vorwaltet und zwischen ihnen und den Städtern ein Gegensatz herrscht. Daraus möchte ich den Schluß ziehen, daß, wenn Sie in die Landagitation eintreten, nicht glauben dürfen, allzuschnelle Erfolge haben zu müssen. Das taugt in der Regel überhaupt nicht viel, sie sind aber beim Bauern gar nicht herbeizuführen: der Bauer ist langsam in seinem Wesen, er denkt langsam, er ist nur langsam zu bekehren. Mir ist es vorgekommen, daß ich mit demselben Aufwande von Mühe und Zeit vor 50 Leuten gesprochen habe, mit dem ich in der Stadt zu vielen Tausenden sprach. Die langsamen Erfolge auf dem Lande dürfen uns nicht abschrecken; sie kommen übrigens auch bei der gewerkschaftlichen Organisation vor. Eines haben wir durch die Landagitation in Bayern, dessen Verhältnisse den Ihrigen sehr ähnlich sind, erreicht: Die Bauern halten uns jetzt nicht mehr für Räuber und Spitzbuben. Die Gewaltthaten oder Beschimpfungen, die früher allgemein auf der Tagesordnung standen, sind vollständig verschwunden, die Leute haben den Schrecken

vor uns verloren, und je mehr der Geistliche gegen uns Lügen ausstreut, desto weniger wird ihm von den Bauern geglaubt. Wer aufs Land hinausgeht, muß langsam vorgehen, er muß zu lernen trachten, wie die Verhältnisse draußen sind, seinen Stolz muß er hübsch daheim lassen. Die Frage ist außerordentlich schwierig zu lösen, weil sie uns bisher fremd geblieben; ob aber die Bauern schwer oder leicht zu gewinnen sind, sie müssen gewonnen werden. Denn die Eroberung der politischen Macht ohne die Landbevölkerung ist schwer; sie aber auch zu behalten und dann das, was wir wollen, auch durchzusetzen, ist gegen den Bauern unmöglich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein Antrag des Genossen Schiller (Reichenberg) auf Schluß der Debatte wird, nachdem Dr. Adler dagegen gesprochen, abgelehnt.

Die Verhandlung über den Punkt Landagitation wird abgebrochen.

Zu Strutatoren für die Wahl der Parteivertretung werden gewählt: Eich (Villach), Grünwald (Wien) und Bartel (Teplitz).

Namens des Wahlcomités für die Wahl der Parteivertretung erstattet den Bericht **Schäfer** (Reichenberg) und schlägt vor, folgende Genossen zu wählen:

Dr. Victor Adler,
Heinrich Beer,
Anna Boschek,
Dr. Wilhelm Ellenbogen,
Engelbert Pernerstorfer,
Julius Popp,
Franz Schuhmeier,
Ferdinand Skaret,

in die Kontrole:

Georg Emmerling, Wien,
Josef Tomschik, Wien,
Franz Beutel, Aussig,
Josef Seliger, Reichenberg,
Mathias Eldersch, Brünn,
Julius Spielmann, Linz,
Vinzenz Muchitsch, Graz,
Jakob Prähauser, Salzburg.

Die Sitzung wird hierauf um 6 Uhr aufgehoben.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 8 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Fortsetzung der Debatte über die Landagitation.

Eich (Villach): Wir in Kärnten sind der Ansicht, daß, wenn wir weiterkommen wollen, wir unbedingt zu den Bauern hinausgehen müssen. Kärnten ist industriell wenig entwickelt und unsere landwirthschaftliche Bevölkerung befaßt sich vornehmlich mit Viehzucht und Holzschlägerei. Eine ganze Menge von Bauern sind bei uns nur mehr dem Namen nach Besitzer. Wir sind schon häufig von den Bauern eingeladen worden, bei ihnen Versammlungen abzuhalten, obwohl sich bei uns die Pfaffen und die Nationalen stark an die bäuerliche Bevölkerung heandrängen. Da geht es doch nicht an, daß wir uns in den Winkel stellen, weil uns das Parteiprogramm die Agitation unter den Bauern angeblich nicht erlaubt. Als wir unsere Wahlflugschriften unter die landwirthschaftliche Bevölkerung warfen, da haben die Bauern erklärt, ja, den Achtstundentag und auch den Grundsatz, daß die Religion Privatsache sei, können wir nicht akzeptiren. Was die Ausführungen des Genossen Vollmar anbelangt, so muß ich sagen, daß sie mich etwas verschnupft haben. Ich glaube, wenn wir Alles über Bord werfen, um nur die Bauern zu bekommen, dann sind wir nicht mehr jene Partei, die wir sein sollen und sein wollen. Freilich soll man auch nicht mit der Thür ins Haus fallen.

Bei uns haben ganze Thäler sozialdemokratisch gewählt, ohne daß wir persönlich dorthin haben kommen können. Wenn wir wollen, daß in Kärnten in der fünften Kurie ein sozialdemokratischer Kandidat durchdringt, dann müssen wir die landwirthschaftliche Bevölkerung für uns gewinnen.

Das wird insbesondere dort leicht zu erreichen sein, wo ein Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung in den Fabriken beschäftigt ist, wie dies zum Beispiel in der Nähe von Ferlach und Villach der Fall ist. Großbauern gibt es bei uns überhaupt nicht.

Wenn wir in Kärnten nicht bei Zeiten auf dem Lande Fuß fassen, dann werden wir mit den Genossen in anderen Ländern absolut nicht gleichen Schritt halten können.

Tuller (Leoben): Es wurde darauf hingewiesen, daß wir den Bauern nicht mit Fragen kommen dürfen, denen sie nicht zugänglich sind. Das ist bezüglich derjenigen richtig, die nicht in großen Massen zusammenleben, wie dies zum Beispiel bei den Holzknechten der Fall ist. Meiner Ansicht nach ist es unmöglich, den Bauern mit der Kranken- und Unfallversicherung, mit der Alters- und Invaliditätsversorgung, Beseitigung der Dienstbotenordnungen und dergleichen zu kommen, denn dadurch geben wir unseren Gegnern ein Mittel in die Hand, uns die Bauern sofort abwendig zu machen. Ich habe schon wiederholt Versammlungen unter Bauern abgehalten. Wenn man ihnen die hohen Lasten des Militarismus vor Augen hält, wenn man die Beseitigung der Privilegien der Adeligen, insbesondere Aufhebung der Jagd- und Fischereirechte, fordert, dann kann man

sie leicht gewinnen. Wenn man aber mit anderen Dingen anfängt, ist man bei ihnen fertig. Gegen die Resolution können wir freilich nicht stimmen. Aber was haben Sie in derselben, was der Bauer verstehen wird? Schon bezüglich des ersten Punktes werden ihm die Gegner die Phrase von der Vertheilung der Güter entgegenhalten, und das zieht beim Bauern immer. Denn er ist der ärgste Gegner aller kommunistischen Einrichtungen. Der Ansicht des Genossen Krapka, der die Sache eigentlich auf dem internationalen Parteitag geregelt wissen will, stimme ich vollkommen bei.

Schrammel (Aussig): Ich war sehr erfreut, als ich erfuhr, daß die Frage der Landagitation auch auf dem Parteitag zur Sprache kommen wird. Unsere Wahlkreise, und besonders auch mein Wahlkreis, haben eine große bäuerliche Bevölkerung. In dieser müssen wir hinaus und müssen sie aufklären. Bis heute sind wir ganz gut damit ausgekommen, daß wir gegen den Militarismus und die hohen Steuern gesprochen haben. Je länger wir aber dort arbeiten, desto klarer müssen wir uns ausdrücken, insbesondere in jenen Gegenden, in denen ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt wurde. Wir müssen trachten, eine klare Scheidung in der Landbevölkerung vorzunehmen, und wir müssen darin so weit gehen, wie wir bei der industriellen Bevölkerung gegangen sind. Die wirklich besitzenden Bauern werden wir niemals in unsere Reihen bekommen. Wen wir in unsere Reihen bekommen müssen, das ist der Proletarier, der Landarbeiter und der kleine Bauer, dessen Söhne, oft auch er selbst, in die Arbeit gehen müssen, der aber noch so viel hat, daß er vom Ertrage seiner Scholle zwar nicht lebt, aber doch vegetirt. Ich muß sagen, daß die Resolution sowie die Ausführungen Ellenbogen's uns das bieten, was wir brauchen. Die kleinen Bauern verlangen vor Allem, daß der Zwischenhandel aufgehoben werde, damit sie nicht so sehr dem Wucher ausgeliefert wären. Da muß man ihnen klar machen, daß sie zunächst eine gute Organisation brauchen. Die Agitation bei uns ist entschieden schwerer als in Deutschland, und ich kann daher auch nicht Allem zustimmen, was Genosse Vollmar gesagt hat. Auf eine Kritik der Religion haben wir uns allerdings nicht einzulassen, das ist richtig, aber wir sind in Oesterreich gezwungen, die Lehren der Kirche zu besprechen und zu kritisiren. Die ländliche Bevölkerung in Nordböhmen ist entweder für oder gegen die „Los von Rom"-Bewegung. Wir müssen also dazu Stellung nehmen, weil bei uns in Oesterreich die Religion von den bürgerlichen Parteien zu politischen Zwecken ausgenützt wird. Wenn wir uns daneben auch mit den Fragen, wie sie in der Resolution aufgezählt sind, befassen, und wenn wir uns insbesondere bemühen, den Charakter und die Lebensweise der Bauern zu studiren, dann werden wir auch thatsächlich etwas erreichen.

Dr. **Adler** (Wien): Vor Allem möchte ich konstatiren, daß der gesammte Parteitag von der Wichtigkeit der Frage, die uns eben beschäftigt, vollständig durchdrungen ist, und daß es Niemanden hier gibt, der daran zweifelt, daß uns die Nothwendigkeit, uns auch mit der ländlichen Bevölkerung zu befassen, durch die Verhältnisse geradezu aufgedrängt wird. Erlauben Sie mir aber, daß ich andererseits meinen Bedenken Ausdruck gebe, wenn auch in solchen Gegenden, wo diese Nothwendigkeit nicht so unmittelbar und ausschließlich vorliegt, Kräfte auf die sogenannte Landagitation verwendet werden, da dies meines Erachtens vielfach eine Verschwendung bedeuten würde. In jenen Gegenden, die einen erheblichen Perzentsatz von industriellem Proletariat haben, haben wir vor Allem die Aufgabe, dieses Proletariat für uns zu gewinnen. Ich habe den Eindruck, daß die harte und schwierige Arbeit, diese zurückgebliebenen Schichten des Industrieproletariats für uns zu gewinnen, mitunter hintangesetzt wird, um die nicht leichteren, aber vielleicht bestechenderen Erfolge unter der Landbevölkerung zu erzielen. Ich gebe ohneweiters zu, daß daran unsere Wahlordnung sehr viel schuld ist. Ich bin mit den Ausführungen Ellenbogen's und vielfach auch mit jenen des Genossen Vollmar einverstanden, aber ich bin kein solcher Optimist, wie es die Beiden sind. Ich bedauere aufrichtig, daß es dem Genossen Vollmar nicht möglich war, unserer heutigen Debatte noch beiwohnen zu können. Was Vollmar in Bezug auf die Praxis, ich möchte sagen auf die Technik der Agitation gesagt hat, ist in den allermeisten Punkten auch für Oesterreich giltig. Ich möchte jedoch im Punkt der Religion nicht ganz so weit gehen, wie er und auch Ellenbogen gehen, und zwar

deshalb, weil ich meine, daß wir da nicht immer so handeln können, wie wir wollen. (Sehr richtig!) Es gibt Niemanden, dem persönlich die kommune Pfaffenfresserei so zuwider ist wie mir, Niemanden, dem das oberflächliche Diskutiren über schwere philosophische Fragen so widerwärtig ist wie mir. Aber können wir in einem Lande, wo nicht die Religion, aber die kirchliche Organisation und die Träger dieser eine Organisation von politischen Agitatoren sind, jenes von Vollmar geforderte scharfe Messer immer anwenden, das Religion und Pfaffen von einander trennt? Wenn der Schnitt da irgendwie daneben geht, sind fürwahr nicht wir daran schuld, sondern Diejenigen, die unter dieses Messer eben auch das bringen, was sie ihre heiligsten Güter und ihre heiligsten Ueberzeugungen nennen, während es nichts Anderes ist als der Leim, auf den die Leute geführt werden.

Nun zur theoretischen Grundlage. Es freut mich, mich da auf Genossen Eich, der uns aus unmittelbarer Anschauung berichtet, berufen zu können. Ich bin kein Theoretiker, wie dies ja auch Genosse Vollmar von sich behauptet. Ich bin's aber nur wirklich nicht! Genosse Vollmar hat seiner Abneigung gegen Dogmen hier Ausdruck gegeben. Aber das sind immer die Dogmen der Anderen, für die eigenen Dogmen hat er eine ganz erhebliche Werthschätzung. Ich gebe zu, daß die Statistik nicht jene Konzentration beweist, wie wir sie uns in der Landwirthschaft noch vor 10 bis 20 Jahren vorgestellt haben — daß wir seitdem etwas gelernt haben, darüber besteht kein Zweifel. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, daß auch für Deutschland die Verhältnisse, wie sie in Bayern bestehen, nicht im Allgemeinen maßgebend sind: im größten Theil des Reiches hat eben die Industrie eine vollständige Umwälzung auch in den agrarischen Verhältnissen herbeigeführt. Die Statistik weist uns nun nach, wie viele Besitzer da sind: aber wenn eine quantitative Entwicklung nicht nachweisbar ist, so zeigt sich doch eine qualitative Entwicklung in ganz ungeheurem Maße. Die Zahl der Bauern mag sich nicht vermindert haben, gerade so gut wie sich die Zahl der selbstständigen Schneider in der Statistik nicht vermindert hat. Aber der Schneider ist seit 20 Jahren ein ganz anderer geworden und ebenso auch der Bauer. Wenn sich die Zahl der Besitzenden nicht vermindert hat, so ist der Besitzcharakter und das Verhältniß des Besitzenden zu seinem Besitz ein total verschiedenes geworden; allerdings, wie ich zugebe, nicht überall, aber daß eine Entwicklung hier vorhanden ist, das kann Niemand leugnen, der die Augen offen hat.

Vollmar hat in seiner wohldurchdachten Rede konstatirt, daß unsere sozialistische Theorie über diese Dinge nicht viel Neues zu Tage gefördert habe. Ich möchte aber doch sehr wünschen, daß die Genossen die Resultate dieser so gering geschätzten Theorie, die übrigens Vollmar auch sehr gut zu würdigen und zu verwerthen weiß, auch zur Kenntniß nehmen würden. Sie würden über den Einfluß der industriellen Entwicklung auf die Landwirthschaft zum Beispiel im Buche von Kautsky sehr viel Material finden. Noch mehr, Vollmar kommt thatsächlich zu demselben Resultat wie unsere verrufensten Dogmatiker, zum Beispiel, um den schwärzesten herauszugreifen, Kautsky. Jene unter den Grundbesitzern, die heute noch im Besitz sind, deren Besitzstand von der ansteigenden Fluth des Kapitalismus noch nicht angefressen ist — auch auf dem Lande gibt es ein Klassenbewußtsein, wenigstens bei den Großen, während wir es bei den Kleinen erst wecken wollen — die werden wir so wenig gewinnen, als wir die industriellen Unternehmer gewinnen können. Das versteht sich von selbst. Wir können sie ja auch gar nicht brauchen, weil wir ihnen zu viel Konzessionen machen müßten. Jene Leute aber, die nur im Bannkreise der bäuerlichen Anschauungen sind, während sie wirthschaftlich bereits der Proletarisirung entweder anheimgefallen sind oder ihr entgegengehen, die können wir bis zu einem hohen Grad mindestens — und das hat Vollmar genau so gesagt wie Kautsky — neutralisiren.

Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich diesen theoretischen Dingen auch einige Worte widme. Ich thue es, weil ich möchte, daß sich die Genossen, sowie sie die reichen praktischen Erfahrungen vollauf würdigen, daneben auch das kritische Auge bewahren mögen, dessen man gerade bei der Bauernagitation bedarf. Ich möchte hiebei auch die Bemerkung von dem relativen Werth der Programme auf das meiner Ansicht nach richtige Maß zurückführen. Es ist gesagt worden, wir können

für die Landagitation überhaupt kein festes Programm brauchen. Ja, das ist richtig: in den Dingen, von denen wir nichts verstehen. Daß wir aber etwas lernen müssen, das ist aber doch ebenso richtig!

So sehr ich überzeugt bin von der Nothwendigkeit, auch die agrarische Bevölkerung in den Kreis der sozialistischen Ideen und der sozialistischen Aktion zu ziehen, so sehr ich das Wort von Vollmar unterschreibe, daß wir ohne die Bauern vielleicht die politische Macht gewinnen, sie aber ohne dieselben nicht behalten können, so bin ich auch der Ansicht, daß wir es sein müssen, die zur politischen Macht kommen und sie behalten wollen, das heißt, daß wir den Willen haben müssen, daß es eine sozialdemokratische Partei sein muß, die zur politischen Macht gelangt, denn diese hätte für das Proletariat keinen Werth, wenn die Partei, um zur Macht zu gelangen, sich aus einer sozialdemokratischen in eine ganz verwaschene Opportunitätspartei (lebhafte Zustimmung) nicht allein in der Taktik, sondern auch in den Prinzipien entwickelt hätte. Glauben Sie nicht, daß ich Programm und Prinzip gegen Vollmar und Ellenbogen retten wollte. In der Praxis gehen wir mit ganz gutem Gewissen vor. Wir können, ohne uns etwas zu vergeben, ruhig sagen: Wir haben über die Entwicklung der landwirthschaftlichen Besitzverhältnisse keine so klare Einsicht, weil sie viel längere Zeiträume beanspruchte als die industrielle. Und weiter können wir sagen: Allerdings hat sich heute das kleine oder sagen wir das mittlere Privateigenthum in der Landwirthschaft nicht in dem Grade als kulturwidrig herausgestellt, wie das Eigenthum in der Industrie. Wir können zugeben, daß wir mit Rücksicht auf den langsamen Verlauf der Entwicklung ohneweiters vom sozialdemokratischen Standpunkte aus heute den kleinen Besitz schützen können gegen die Auswucherung von oben. Wir können aber nicht so weit gehen, daß wir in dem nothwendigen Konflikt zwischen Proletariern und Großbauern uns, um uns zu schonen, auf die Seite des Großbauern stellen — was zwar nicht geschieht — oder auch nur stillschweigend darüber hinweggehen. Alle Erfolge, die erkauft werden durch feiges Preisgeben der ländlichen Lohnarbeiter, und zwar nicht nur wo es sich um die großen Plantagen der Schwarzenberge u. s. w., sondern auch, wo es sich um die großen Bauerngüter handelt, erscheinen mir nicht als Erfolge, sondern als prinzipieller Parteiverrath (Beifall), als ein Verrath, der sich früher oder später an uns rächen müßte. (Erneuerter Beifall.) Ich verwahre mich dagegen, daß ich Vollmar, weil ich gegen ihn polemisirt habe, unterschiebe, er rathe zu solchen Dingen. Aber eine Gefahr besteht; Vollmar sagt zwar: Meine Worte beziehen sich auf Bayern, und ich rede von nichts Anderem. Hernach zieht er aber die Konsequenzen ganz im Allgemeinen. Da ist es möglich, daß Vorstellungen entstehen, die seinen Absichten nicht entsprechen. In der Resolution Ellenbogen können wir von unserem Parteistandpunkte aus jedes Wort vertreten, es ist darin keine Forderung enthalten, die mit den wirklichen Interessen des Proletariats im Widerspruch steht, keine Forderung, die nicht mittelbar oder unmittelbar dem ländlichen Proletariat zugute käme. Wir fürchten uns nicht vor der Befestigung des bäuerlichen Besitzes, ebensowenig aber fürchten wir uns vor allzu rascher Verstaatlichung des Besitzes. Daß wir gar noch Vorkehrungen treffen sollten, damit das nicht allzu geschwind gehe, ist nicht nothwendig. (Heiterkeit.) Unsere Gegner mögen uns Thorheiten nachsagen, aber so thöricht sind wir nicht, daß wir das Thörichteste thun und mit der Expropriation der Bauern anfangen, die thatsächlich Arbeiter auf ihrem Boden sind, deren Arbeitswerkzeug der Boden ist. Vor unserer eigenen Dummheit brauchen wir uns nicht zu fürchten. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Schönwälder (Mähr.-Schönberg): Genosse Vollmar hat uns sehr Wichtiges und Werthvolles gesagt. Seine Behauptungen sind jedoch nicht ganz einwandfrei. In unserem Wahlkreise unterscheiden wir zweierlei Bauern, den, der im Gebirge lebt und politisch unverdorben ist, und den, der den besseren Boden, das flache Land bebaut und schon Anhänger aller möglichen bürgerlichen Parteien war. Die soziale Lage des Gebirgsbauers ist eine viel traurigere als die desjenigen, der in der Ebene ist, und die Folge ist, daß das Einvernehmen zwischen Beiden nicht immer das beste ist. Der Gebirgsbauer kommt bei der Vertheilung von Landessubventionen immer schlecht weg, weil sich die Verbesserungen, die durch die Subventionen angestrebt werden, auf dem Boden des Gebirges nicht mit dem-

selben Erfolg anwenden lassen, wie auf dem flachen Lande. Das Genossenschaftswesen bringt dem Bauern und zwar vor Allem dem des flachen Landes ganz erkleckliche Vortheile. Der Bauer in der Ebene verlangt von uns, wir sollen dafür eintreten, daß seine Produkte einen höheren Werth bekommen. In dem Momente, wo wir das thun, schädigen wir aber wieder den industriellen Arbeiter. Nach den Wahlen im Jahre 1897 haben wir mit den Bauern Konferenzen abgehalten und wir sind sogar darangegangen, mit ihnen ein Programm auszuarbeiten. Es versteht sich, daß wir dabei nicht viel Glück gehabt haben. Sie haben sich aber doch eine Organisation geschaffen, und wenn ihr Programm in wirthschaftlichen Fragen auch nicht unseren Prinzipien entspricht, so ist es doch zumindest freisinnig, und das ist schon immerhin ein Fortschritt. Genosse Vollmar hat gemeint, es sei klüger, bei der Landagitation von der Religion ganz zu schweigen. Bei uns geht das nicht, wir werden ja provozirt. (Zustimmung.) In Bezug auf das Genossenschaftswesen müssen wir sehr vorsichtig sein. Wir dürfen dem Bauer nicht sagen, daß es ihm nichts genützt hat, denn zum Beispiel auf die Raiffeisenkassen hält er sehr viel, und wenn man die angreift, dann könnte man leicht hereinfallen. Dadurch, daß die Textilarbeiter den Zehnstundentag errungen haben, hat sich der Haß der Bauern gegen uns noch vermehrt, und die Deutschnationalen haben die Gelegenheit benützt und haben ihnen vorgeredet, dadurch, daß wir für die industriellen Arbeiter den Zehnstundentag fordern, ruiniren wir die Bauern, denn dann wird der Zug zur Stadt und der Dienstbotenmangel nur noch größer werden. Den Antrag Witzmann halte ich für überflüssig, dagegen empfehle ich Ihnen den Antrag Dobiasch auf das Wärmste.

Schlinger (Floridsdorf): Es ist eine verfehlte Taktik, daß, wenn auf dem Lande eine Versammlung ist, immer ein Dutzend oder mehr Leute mitgehen. Die Schlappen und Keilereien, die wir hatten, sind auf jene vielen Leute zurückzuführen, die da mit hinausgehen und die durch einen ungeschickten Zwischenruf im ungeeigneten Moment die Bauern zum Losschlagen gebracht haben. Von großem Vortheil wäre es, wenn es uns gelänge, einige Bauern zu tüchtigen Genossen zu erziehen, die dann selbst die Agitation führen könnten, denn gegenüber einem Fremden ist der Bauer sehr mißtrauisch. Die Referenten, die hinausgehen, müssen auch nach der Versammlung sehr vorsichtig sein; es wird draußen auf jedes Wort, das der Referent spricht, auf jeden Bissen, den er ißt, und jedes Viertel Wein, das er trinkt, genau aufgepaßt. Ich habe gefunden, daß die beste Rede eines Referenten oft durch sein Benehmen nach der Versammlung oder durch das Auftreten seiner Mitgeher verdorben wurde. Ueber die Religion soll womöglich nicht gesprochen werden. Wir sind aber oft dazu gezwungen, denn wenn wir nicht davon sprechen, dann steht der Pfaffe auf und sagt: Ja, warum hat denn der Referent über die Religion nichts gesagt? Es geht auch nicht an, daß die Referenten immer mit denselben Sachen kommen. Heute hat der Bauer über Militarismus und Steuer sprechen gehört, das nächstemal will er von den Genossenschaften etwas hören, das drittemal wieder vom Jagdrecht und Fischereirecht. Besonders in Niederösterreich wird dem Versicherungswesen unsererseits zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt; es geht nicht, daß wir die Versicherung schon deshalb als schlecht bezeichnen, weil sie vom niederösterreichischen Landtag gemacht wurde. Es wäre vielleicht gut, einen Kurs zu halten über Gesetze, welche die Bauernschaft in Niederösterreich betreffen. Unsere Genossen, die aufs Land gehen, glauben, die Bauern mit dem Kotzen einfangen zu müssen. Wir müssen uns aber davor hüten, den besser situirten Bauern, die in unsere Versammlungen kommen, Konzessionen zu machen; dann werden auch die Knechte, die uns anfangs fernbleiben, zu uns kommen.

Ueber Antrag Bretschneider's (Wien) wird die Rednerliste geschlossen; es sind noch 14 Redner vorgemerkt.

Seliger (Reichenberg): Wenn wir über proletarische Forderungen reden, müssen wir auch über Dinge zu den Grundbesitzern reden, die ihnen nicht so leicht in den Kopf gehen, zum Beispiel über den Klassengegensatz zwischen ländlichem Proletarier und ländlichem Besitzer. Selbstverständlich müssen wir auch für die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Lande eintreten, aber es geht nicht, einfach zu sagen, wir fordern ebenso wie für den industriellen Arbeiter auch für die

Landarbeiter den Achtstundentag, weil sich dieser für die Landwirthschaft nicht so einfach durchführen läßt. Wir haben im Zentrum Böhmens eine Bauernschaft, die wirthschaftlich noch sehr gut fundirt ist und durchaus nicht vor dem Ruin steht. Wir haben aber auch, insbesonders an der Peripherie des Landes, wo der Boden des Landes minder ertragreich ist, eine große Anzahl von Bauern, die von der Hand in den Mund leben und dem wirthschaftlichen Untergang entgegengehen. Diese Leute leben hauptsächlich vom landwirthschaftlichen Betrieb, befinden sich aber in einer ebenso proletarischen Lebensweise wie die industrielle Arbeiterschaft. Zwischen dieser Bevölkerung und dem nichts besitzenden Proletarier besteht kein Klassengegensatz. Diese Leute sind Herr und Knecht zugleich, und diese Elemente wären für die Sozialdemokratie zu gewinnen, nicht etwa in dem Sinne, daß wir sie gewerkschaftlich organisiren, aber doch so, daß wir sie uns zugänglicher und sympathischer machen dadurch, daß wir für eine Reihe ihrer Forderungen eintreten, die ohne sozialistisch oder antisozialistisch zu sein, doch dem Kleingrundbesitzer zugute kommen, wie zum Beispiel Steuererleichterung und Aehnliches. Die Resolution des Genossen Ellenbogen verlangt den Ausbau des Genossenschaftswesens. Nun haben wir schon heute verschiedene derartige Genossenschaften, wie Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, Molkereigenossenschaften und andere, die unter bürgerlicher Flagge stehen, von denen wir aber nicht den Beweis haben, daß sie den Bauern nur deshalb nichts nützen, weil sie nicht sozialdemokratisch sind. Diese Genossenschaften sind aber nicht ohneweiters zu akzeptiren, denn sie sind in den meisten Fällen eher ein Schutz der größeren Grundbesitzer als der kleinen. Wenn wir dem kleinen Grundbesitzer die Genossenschaften so ohneweiters empfehlen, so wird er uns oft sagen: Ja, wir haben diese Genossenschaften schon gehabt, und sie haben uns nur geschädigt. Wir müssen den Leuten auch sagen, wie die Genossenschaften aussehen sollen. Eine Illusion aber wäre es, zu glauben, eine große gewerkschaftliche Bauernorganisation schaffen zu können.

Jodlbauer (Graz): Ich bin nicht der Anschauung Tuller's, daß man den Bauern mit allem Möglichen, nur nicht mit der Kranken-, Unfalls- und Invaliditätsversicherung und Aehnlichem kommen darf. Bei Bauern, die eine große Anzahl von Knechten beschäftigen, haben wir ohnehin nichts zu gewinnen, und Jene wieder, welche den Grund selbst bearbeiten, werden umso leichter zu gewinnen sein, weil heute die Altersversicherung den Gemeinden zufällt, die Bauern also selbst dafür aufkommen müssen, sie aber die Leute, deren Versorgung ihnen zufällt, nicht ausgenützt haben. Oesterreich entwickelt sich immer mehr vom Agrikulturstaat zum Industriestaat, und die Leute, die heute vom Lande in die Stadt kommen, sind heute für uns schwer zu gewinnen. Da könnte vorgearbeitet werden, wenn man für die Interessen dieser Leute eintritt, solange sie noch am Lande beschäftigt sind. Die Resolution ist jedenfalls zu begrüßen, weil wir dadurch einen Anhaltspunkt bekommen und bei der Agitation nicht mehr so im Finsteren herumtappen müssen wie bisher. Gegen eine Verschlechterung der Dienstbotenordnung müssen wir uns entschieden wenden. Ich vermisse auch eine Bestimmung über Elementarschäden und beantrage deshalb, daß in die Resolution ein Passus aufgenommen werde, der den Ausbau des Versicherungswesens und dessen Uebernahme durch den Staat verlangt, weil heute der Kleinbauer auf diesem Gebiete sehr stark benachtheiligt wird.

Resel (Graz): Die Aufstellung eines Bauernprogrammes begegnet noch nicht jener Klarheit, die dazu nothwendig wäre. Es wird gefragt: Was dürfen wir dem Bauer prinzipiell sagen, und auf der anderen Seite wieder, wie man am Lande überhaupt agitiren kann. In Bezug auf die prinzipielle Richtschnur ist das Programm genau so zu beurtheilen wie alle bisher aufgestellten Agrarprogramme der sozialdemokratischen Partei. In keinem herrscht prinzipielle Klarheit. In Deutschland konnte man sich nicht einigen, weil die Genossen Marxisten sind, und gerade das Buch des Genossen Vandervelde beweist uns, daß es in Belgien nicht so schwer ist, ein Agrarprogramm aufzustellen, weil die belgischen Genossen es mit den sozialdemokratischen Prinzipien nicht so genau nehmen wie die deutschen. Dasselbe gilt von den französischen und italienischen Genossen. Bisher ist die Aufstellung eines Agrarprogrammes daran gescheitert, daß eine Klarheit darüber, ob die Grundsätze, die wir in Bezug auf den Kapitalismus für richtig

halten, auch auf die Landwirthschaft anzuwenden sind, noch nicht herrscht. In unserer Resolution ist etwas enthalten, was Kautsky in seinem Werke über die Agrarfrage bezüglich seines Werthes bezweifelt. Es ist nämlich fraglich, ob es prinzipiell zulässig ist, den bäuerlichen Besitz zu erhalten, und solange das nicht geklärt ist, gibt es kein Agrarprogramm. In der Debatte wurde Alles bunt durcheinander gewürfelt. Es hätte aber eine strenge Scheidung jener Elemente, die naturgemäß zu uns gehören, der Landarbeiter einerseits und der bäuerlichen Besitzer andererseits, eintreten müssen. Soweit es sich nun um die ländlichen Dienstboten handelt, so sind diese, wo sie in großen Massen beisammen sind, genau so zu behandeln wie die industriellen Arbeiter. Ob diese unserer Propaganda auch zugänglich sind, ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Agitation. Vollständig auszuschalten wären hier auch alle kleinen Grundbesitzer, die aber im Grunde genommen Arbeiter, also für uns zu gewinnen sind. Auch da ist die Frage, wie zu agitiren ist. Die Frage brennt uns nicht in Bezug auf die hausindustriellen Kleinbesitzer, sie brennt uns aber in Bezug auf die Bauern selbst; und da sagt uns die Statistik, daß die überwiegende Mehrzahl der Grundbesitzer Oesterreichs so minimalen Besitz hat, daß bei ihnen die Sozialdemokratie nicht infolge ihrer Stellung Widerstand findet, sondern infolge des Mangels an Aufklärung. Der Bauer, der sich schindet und plagt, wird der Frage, ob der Grund und Boden vergesellschaftet werden soll, nur so lange schroff ablehnend gegenüberstehen, als er sich nicht klar darüber ist, was das für ihn bedeutet. Anders aber ist es, wenn unter den größeren Bauern Agitation getrieben werden soll, das wäre nutzlos verschwendete Arbeit. Ehe Sie einen solchen Bauern gewinnen, werden Sie tausend industrielle Arbeiter organisiren. Die Frage ist für uns wichtig in Bezug auf die Agitation bei den Wahlen, wo wir gezwungen sind, mit der Landbevölkerung in Fühlung zu treten. Da handelt es sich weniger um das Prinzip, als um die Art, wie wir die Agitation einleiten. Ich begrüße die Resolution nicht deshalb, weil wir als Partei sie unbedingt nöthig haben, sondern weil sie Jene brauchen, die unter den Landarbeitern agitiren wollen, die aber nicht wissen, wie weit sie gehen dürfen. Ich brauche die Resolution nicht, ich betreibe schon lange genug Bauernagitation ohne Programm, und es wird mir Niemand eine Prinzipienwidrigkeit nachweisen können. Bei unseren Genossen herrscht aber zuweilen eine solche Unklarheit, daß sie auch zu Konzessionen bereit sind, ohne zu wissen, ob sie sie auch machen dürfen. Ich bin der Ansicht, daß die Entscheidung über derlei Fragen dem Gesammtparteitage und nicht einem nationalen Parteitage obliegt. Wir können aber die Resolution unter der Bedingung annehmen, daß über die Sache auf dem Gesammtparteitage diskutirt wird. Es wird darüber noch gesprochen werden müssen, was mit dem in die Resolution Aufgenommenen gesagt sein soll und was in dieselbe noch weiter aufzunehmen wäre.

Gestatten Sie mir nun noch ein paar Worte über die Agitation auf dem Lande. Genosse Vollmar hat über die Religion gesprochen; zunächst möge er uns mit seinen prinzipiellen Differenzen mit seinen Parteigenossen in Deutschland hier in Oesterreich verschonen. Er hat Recht, wenn er sagt, daß viele Genossen meinen, die Religion sei für die Agitation keine Privatsache. Für mich ist die Religion Privatsache, damit ist aber nicht gesagt, daß ich Religion und Pfaffen vollständig außer Diskussion lasse. Der Rath, daß wir auch über den Pfaffen nicht reden sollen, ist für unsere österreichischen Verhältnisse vollständig unanwendbar. Wenn wir aufs Land in eine Versammlung kommen, wer steht da? Der Herr Pfarrer! Und wenn ich den Kampf gegen die Klerikalen führe, so kann ich doch nicht sagen: Der Meßner ist der Lump, das würde mir kein Mensch glauben. Die Anregung des Genossen Krapka, eine Schule für ländliche Agitatoren zu errichten, halte ich für sehr verfehlt. Solche Sachen lassen sich nicht lernen. Man muß es sich angewöhnen, sich in den Gedankengang des Bauern hineinzufinden. Aber auch in Bezug auf die Verbreitung von Schriften wird sehr gesündigt; wenn ein Genosse aufs Land hinausgeht, so räumt er einfach seinen Kasten aus, nimmt den ganzen Pack unter den Arm und vertheilt das draußen ohne Rücksicht darauf, ob das auch für die Bauernagitation geeignet ist. Ich halte die Resolution, die uns der Referent vorgelegt hat, für eine Anregung, um die Sache zunächst eingehend zu studiren und darüber auf dem nächsten Parteitag gründlich zu diskutiren.

Resel (Grottau) beantragt den Schluß der Debatte, der mit 36 gegen 31 Stimmen angenommen wird.

Das Schlußwort erhält der Berichterstatter Dr. **Ellenbogen**: Unter den Ausführungen zu diesem Punkte scheinen mir jene des Genossen Dr. Adler die wichtigsten zu sein. Während Dr. Adler sich gegen die Dogmatiker gekehrt und sich selbst als Antidogmatiker hingestellt hat, haben doch seine einleitenden Bemerkungen gezeigt, daß auch er an der Unverrückbarkeit gewisser Anschauungen festhält. Ich war vorsichtiger. Ich habe erklärt, eine Reihe von Theoretikern sprechen sich für die Unübertragbarkeit unserer Anschauungen und Prinzipien auf die Landwirthschaft aus, andere seien entgegengesetzter Meinung. Genosse Dr. Adler ist aber schließlich zu demselben Standpunkte gelangt wie ich, daß uns die Gesetze der Entwicklung in der Landwirthschaft noch nicht völlig klar sind. Wenn das aber der Fall ist, dann darf man nicht behaupten, daß derjenige, der an der alten Meinung nicht festhält, der Partei einen verwaschenen Opportunismus anrathe. Ich glaube, daß weder ich noch Genosse Vollmar etwas gesagt haben, woraus hervorgeht, daß wir mit Stillschweigen über den Klassengegensatz in der Landwirthschaft hinweggehen wollen. Ueberhaupt war es unnöthig, gegen Anschauungen zu polemisiren, die Niemand geäußert hat.

Einer der Genossen hat behauptet, wenn wir zu den Bauern hinausgehen und ihnen von der Kranken- und Unfallversicherung, von der Altersversorgung, Beseitigung der Dienstbotenordnung sprechen, dann sind wir am Lande fertig. Ich erkläre Ihnen: mit denjenigen Bauern, welche uns darauf den Rücken kehren, haben wir nichts zu thun. Wir müssen gegenüber jenen Bauern, die Dienstboten beschäftigen, den Standpunkt hervorkehren, daß wir in erster Linie eine proletarische Partei sind, daß wir die Interessen der Besitzlosen verfechten, und wenn die hier genannten Besitzenden sich durch unsere Agitation getroffen fühlen, so thut uns das leid. Wir werden um ihre Stimmen nicht betteln, denn wir wollen keinen Bauernfang betreiben.

Genosse Resel meinte, daß, so lange die prinzipielle Frage nicht gelöst ist, wir ein Bauernprogramm nicht aufstellen können. Das ist richtig. Meine Resolution ist aber nichts Anderes als ein Rahmen, in den man noch eine Menge von Forderungen hineinbringen kann. Diese Resolution hat einen rein provisorischen Charakter. Es gibt noch eine Menge von Forderungen, die wir da hätten unterbringen können. Von diesen sind aber eine Reihe strittiger Natur, und wir haben nur jene Forderungen aufgenommen, die nach dem Stande unserer Erkenntniß zweifellos feststehen. Genosse Resel hat auch verlangt, daß wir eine strenge Scheidung zwischen Jenen, deren wir uns annehmen sollen, und Jenen, die uns nichts angehen, vornehmen sollen. Diesem Wunsche trägt eine Broschüre Rechnung, die Genosse Vollmar für die Agitation in Bayern geschrieben hat, und die betitelt ist: „Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern." Es heißt hier: „Von der Zahl der Betriebe sind rund neun Zehntel in den Händen von Selbstwirthschaftern, das heißt solcher, welche ihre Güter durch ihre und ihrer Familienangehörigen eigene Arbeit bewirthschaften. Diese Bauern unterscheiden sich vom modernen Proletarier wirthschaftlich nur dadurch, daß sie sich noch im Besitze ihrer Arbeitsmittel befinden. Dieser selbsterarbeitete, auf der Verwachsung des unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Besitz ist wesentlich verschieden von der kapitalistischen Eigenthumsform, welche auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht." Aehnlich sagen die französischen Sozialisten — nur haben sie es negativ gefaßt: Der nicht fremde Arbeit ausbeutende Bauer sei es, dessen sich die Sozialdemokratie annehmen soll.

Gerade mit Rücksicht auf die österreichischen Verhältnisse kann ich dem Genossen Vollmar durchaus nicht beistimmen, wenn er der Praxis gegenüber der Theorie eine so große Bedeutung beimißt. Bei uns wäre es sehr gefährlich, zu sagen: Eine Handvoll Praxis ist mir lieber als ein Hügel voll Theorie, weil bei unseren Genossen ohnehin die häßliche Gepflogenheit besteht, sich um die Theorie nicht zu kümmern. In dieser Hinsicht die Genossen noch anzueifern, wäre etwas gefährlich. Das, was er von der Religion gesagt hat, kann ich prinzipiell vollständig unterschreiben. Auch ich bin der Meinung, daß die Religion unter allen Umständen nicht bloß aus taktischen, sondern auch aus prinzipiellen Gründen

Privatsache bleiben muß. Damit soll nicht gesagt sein, daß man sich mit einem Gegner nicht in eine wissenschaftliche Diskussion einlassen darf. Wie wir jede unserer Ueberzeugungen mit Argumenten vertreten, so können wir dies auch auf dem Gebiete der Religion, nur sollen wir nicht glauben, daß Jemand, der eine religiöse Ueberzeugung hat, unter gar keinen Umständen ein Sozialdemokrat sein kann und unter allen Umständen ein Schwindler sein muß. Das sind übrigens Dinge, auf die die Wissenschaft überhaupt keinen Einfluß hat, und über die sie keinen Aufschluß geben kann, weil sie auf unkontrolirbaren Empfindungen und Gefühlen beruhen, für die sie noch nicht einmal ein Wort gefunden hat. Allerdings irrt sich Vollmar, wenn er glaubt, daß wir in der Lage sind, auch wenn wir es wollten, bei uns dieselbe noble Behandlung der Geistlichen einzuführen, wie sie in Deutschland üblich ist. Der Ton der politischen Diskussion ist in Deutschland überhaupt ein viel noblerer. Es gibt auch im deutschen Parlamente keine solchen ordinären Ausdrücke, wie sie im österreichischen vorkommen. Da aber bei uns die Pfaffen der angreifende Theil sind, so können wir nicht anders, als sie auf das Allerentschiedenste und Rücksichtsloseste bekämpfen. Ein Genosse hat ja gesagt, wenn wir nicht von der Religion reden, so fragen uns die Pfaffen: Wie steht Ihr mit der Religion? Die beste Antwort hat einmal Dr. Adler gegeben. Ein Pfaffe sagte zu ihm: Es ist mir aufgefallen, daß Sie gar nichts über die Religion gesagt haben. Zu welchem Verhältnisse stehen Sie zu Gott? Darauf erwiderte Adler: Zu gar keinem. Die Sache geht uns nichts an, als Partei stehen wir zur Religion in gar keinem Verhältnisse.

Ich komme nun zu den eingebrachten Anträgen. Genosse Dolejsi beantragt, daß eine gemeinverständliche Broschüre zur Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu verfassen wäre u. s. w. Es ist eine alte Erfahrung, daß bei Preiskonkurrenzen gewöhnlich die schlechtesten Broschüren eingeschickt werden, und daß von diesen die allerschlechteste ausgesucht wird. (Widerspruch.) Ich glaube, daß das gar keinen Zweck hat. Der Mann, der eine solche Broschüre schreibt, wird sich schon von selbst finden. Wenn Sie den Antrag nicht direkt ablehnen wollen, so weisen Sie ihn der Parteivertretung zu.

Bei dem Antrage Dobiasch beantrage ich direkt die Ablehnung. Beschränken Sie sich darauf, das Protokoll stark zu verbreiten, das wird vollkommen genügen.

Den Antrag Witzmann bitte ich der Parteivertretung zuzuweisen.

Ich komme zu dem Antrage des Genossen Hackenberg. Die Verbesserung des Thierseuchengesetzes ist etwas, wofür wir entschieden eintreten müssen. Es ist aber klar, wenn wir sagen, „durch Schadloshaltung der Landwirthe", so haben wir damit schon eine entscheidende Stellung eingenommen. Ich glaube, daß in dieser Richtung der Antrag des Genossen Jodlbauer besser ist, der verlangt, daß hier eingeschaltet wird: „Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherung durch den Staat." Wenn die Landwirthe in der Weise versichert sind, dann werden sie jedenfalls schadlos gehalten.

Der Antrag der Genossen Barth und Klingsbögl dürfte auf einem Mißverständnisse beruhen. Es handelt sich hier nicht darum, eine Zollgrenze zwischen Oesterreich und Ungarn aufzustellen. Es heißt hier ausdrücklich: „Aufhebung der Lebensmittelzölle." Hier ist nicht von einer wirthschaftlichen, sondern von einer politischen und fiskalischen Trennung Oesterreichs und Ungarns die Rede. Wollen Sie denn, daß Oesterreich noch weiter durch Ungarn ausgebeutet und betrogen wird? Ich beantrage die Ablehnung des Antrages.

Schließlich bemerke ich, daß ich damit einverstanden bin, wie Genosse Resel bemerkt hat, daß die heutigen Ausführungen nur eine Art Einleitung zum weiteren Studium der Frage bilden sollen. Ich theile nicht die Angst des Dr. Adler, daß einzelne unserer Genossen über der Landagitation die Organisation der schwieriger zu gewinnenden industriellen Arbeiterschaft vergessen werden. Ich glaube, die Nothwendigkeiten drängen sich überall so unwiderstehlich auf, daß wir ihnen nicht ausweichen können. Fassen wir das, worüber wir diskutirt haben, als Aufforderung auf, den landwirthschaftlichen Verhältnissen durch genaues Studium näher zu treten, und bemühen wir uns, durch Erforschung der Thatsachen der Ausbreitung unseres Einflusses auf dem Lande den Boden vorzubereiten. (Beifall.)

Tuller (zur persönlichen Bemerkung): Ich habe nicht gesagt, daß wir kein Programm brauchen, sondern: Programme sind sehr gefährlich.

Barth (zur thatsächlichen Berichtigung): Wir haben unseren Antrag gestellt, weil wir die Kompetenz des Parteitages in dieser Frage entschieden bestreiten. Wenn eine Frage vor den allgemeinen Parteitag gehört, so ist es diese.

Hackenberg (zur thatsächlichen Berichtigung): Der Grund, weshalb wir unseren Antrag eingebracht haben, ist der, weil wir wollen, daß dem Bauer nicht bloß ein Theil des Schadens, sondern der volle Schaden vergütet werden soll.

Dr. **Adler** (zur thatsächlichen Berichtigung): Es ist durchaus kein Uebergriff, und wir gehen nicht über den Rahmen unserer Organisation hinaus, wenn wir den Passus bezüglich des österreichisch-ungarischen Ausgleiches in die Resolution aufgenommen haben. Wenn dies der Fall wäre, dann dürften wir hier überhaupt gar keinen Gegenstand besprechen. Es läge weder im Interesse unseres Parteitages, noch im Interesse der nichtdeutschen Genossen, wenn das Recht der Diskussion in einer solchen Weise eingeschränkt würde, umsoweniger in einem Punkte, in dem wir uns mit allen anderen Nationen vollständig eins wissen.

Abstimmung.

Zunächst wird über die Abänderungsanträge abgestimmt und der Antrag **49**, sowie die Zusatzanträge **50** und **51** angenommen.

Die Anträge **53** und **54** werden der Parteivertretung zugewiesen.

Die Anträge **52** und **55** werden abgelehnt.

Vorsitzender Popp: Wir gehen nun zum Punkt

Gemeindewahlrecht.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

56. Antrag Schuhmeier:

Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde.

In der Erwägung, daß die sozialdemokratische Bewegung stets weiter fortschreiten und dadurch allein schon in den Gemeinden an Einfluß gewinnen wird, welcher Einfluß sich bei Wahlen jetzt schon zeigte und noch stärker zeigen wird, ist es Pflicht der Sozialdemokraten, in den Gemeinden dafür zu sorgen, daß der arbeitenden Bevölkerung mit dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokraten auch von der Gemeinde aus Schutz vor den ausbeutenden Klassen gewährt wird. Wir streben den Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes an, um das Volk aus den Fesseln des Kapitals, welches dasselbe in einen menschenunwürdigen Zustand gebracht, zu befreien. Wir bedienen uns als Mittel zu unserem Zwecke auch der Reformarbeit in den Gemeinden. Wir fordern nur, was möglich ist, dem Volke auch in der Gemeinde des Klassenstaates zu geben. Wir betrachten die Gemeinde als eine nothwendige Form für den gesellschaftlichen Organismus, die aber zu einer autonomen Form **im demokratischen Sinne** ausgestaltet werden muß. Die Gemeinde ist als eine Vereinigung von Staatsbürgern zum Zwecke eines erträglichen Beisammenseins und zur Förderung gemeinsamer Interessen aufzufassen. Sie darf nicht zur Produktivassoziation für Einzelne werden, sondern hat für die Allgemeinheit, für das Wohl Aller zu sorgen.

Im Interesse der Gesammtheit des arbeitenden Volkes sind folgende Grundsätze in den Gemeinden der Verwirklichung zuzuführen:

1. Wahlrecht. Wir fordern für alle in der Gemeinde wohnenden Inländer, insofern sie das 20. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied des Geschlechtes, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, also Aufhebung der Wahlkörper und Beseitigung der Virilstimmen. Den gewählten Vertretern sind die mit ihrer Amtsführung entstandenen Kosten zu entschädigen.

Als Wahltag ist der Sonntag festzusetzen.

2. Befreiung von der Bevormundung. Die Gemeinden sind von jeder Bevormundung seitens der verschiedenen k. k. Behörden, sowie von den politisch-polizeilichen Pflichten zu entheben. Ferner ist die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht der Einhebung ihnen nicht zukommender Steuern und von der Besorgung von und mit dem Militär- und Exekutionsdienst verbundenen Arbeiten anzustreben. Die Rechte der Gemeinden sind zu erweitern.

3. Amtliche Behandlung. Die Gemeindeverwaltung hat dafür zu sorgen, daß die in der Gemeinde bei den Aemtern vorsprechenden Personen anständig behandelt und nicht chikanirt werden, wie es leider häufig vorkommt. Gegen eine private Mißhandlung und grobe Behandlung kann man sich leichter wehren als gegen eine amtliche. Alle Agenden sind raschestens zu erledigen.

Die Berichte über die Gemeindegebahrung und das Rechnungswesen, sowie alle gefaßten Beschlüsse sollen den Gemeindeangehörigen unentgeltlich zugänglich gemacht werden, um diese für die Verwaltung der Gemeinde zu interessiren.

4. Heimatsrecht. Abänderung der bis jetzt geltenden Gesetze über das Heimatsrecht in dem Sinne, daß in der Regel ein zweijähriger Aufenthalt in der Gemeinde zur Erlangung der Gemeinde- und Staatszugehörigkeit berechtigt. Dies soll für Männer und Frauen sowohl als für deren Kinder gelten. Die Zuerkennung des Heimatsrechtes darf nicht von der Zahlung von Gebühren abhängig gemacht werden. Das Ausweisungsrecht der Gemeinde ist aufzuheben.

5. Armenversorgung. Die Armenversorgung ist so durchzuführen, daß sie auch allen Arbeitsunfähigen in gleichem Maße zutheil wird. So weit es nur immer möglich ist, hat diese Versorgung in hiezu bestimmten Anstalten (Versorgungshäusern) zu erfolgen. Die Gemeinde fordert als solche vom Staate die Einführung einer staatlichen Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung, ferner eine Reform der Krankenversicherung in dem Maße, daß alle Arbeitspersonen versicherungspflichtig werden. Ebenso ist die Regierung aufzufordern, die Reform der Unfallversicherungspflicht in Angriff zu nehmen und dieselbe auf alle, auch auf die im Kleingewerbe beschäftigten Arbeiter gesetzlich auszudehnen.

Den bei der Gemeinde in Arbeit stehenden Arbeitern oder Angestellten ist bis zur Aktivirung der staatlichen Altersversicherung eine Invalidenrente zu gewähren, welche nach dem Tode des Rentners der Witwe oder den Kindern des Rentners zugewiesen werden kann.

6. Schulwesen und Erziehung. Es ist Pflicht der Gemeinde, dafür einzutreten, daß die Kosten für das gesammte Unterrichtswesen, also auch die Kosten für die Volksschule, vom Staat bestritten werden, und zwar unter vollständiger Wahrung des Einflusses der Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens. Die Schulen sind so einzurichten, daß in keiner Klasse mehr als 30 Schulkinder sitzen. Den Kindern sind die Lernmittel und Schulbücher gratis zur Verfügung zu stellen. Sämmtliche Schulkinder erhalten auf Gemeindekosten ausgiebige, kräftige Mittagskost. Kinder, deren Eltern nachweisen, daß sie zu Hause genügend genährt werden, können vom Besuch der Schultafel enthoben werden. Die Gemeinde errichtet Schulbäder, Fach- und Fortbildungsschulen, sowie Lehrwerkstätten. Der Unterricht an allen Schulen soll unentgeltlich sein. Das Lehrpersonal ist entsprechend zu vermehren und anständig zu besolden. Die Bestellung von Schulärzten durch die Gemeinde ist geboten.

Der Kindererziehung hat die Gemeinde eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In Städten und Gemeinden mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung sind für nicht schulpflichtige Kinder Kinderbewahranstalten zu errichten, in welchen von weltlichen Personen die Kinder beaufsichtigt und in einer ihrem Alter entsprechenden Weise erzogen und gebildet werden. Für die schulpflichtigen Kinder, insofern sie sich selbst überlassen sind, ist auch außerhalb der Schule von der Gemeinde vorzusorgen. Arme und elternlose Kinder von Gemeindeangehörigen hat die Gemeinde zu übernehmen, darf sie aber nicht, um deren Versorgung loszuwerden, als Arbeitsthiere an Begüterte vergeben, sondern hat sie zu erziehen. Zu dem Zwecke sind Anstalten zu errichten, mit weltlichen Personen als Leiter derselben und solchen als Lehr- und Erziehungskräfte.

Auch für die Fortbildung und Veredlung der der Schule entwachsenen Knaben und Mädchen sorgt die Gemeinde durch Veranstaltung von Vorträgen und Lehrkursen an jenen Tagen, an welchen jede gewerbliche Arbeit zu ruhen hat.

7. Gesundheitswesen. In den Gemeinden sind Gesundheitsämter und Rettungsstationen zur ersten Hilfe bei Unfällen ꝛc. zu errichten, und ist für eine genügende Anzahl von Aerzten, auch für die Armen, also für Armenärzte, Sorge zu tragen.

Unbemittelten, für Krankheit noch nicht versicherten Personen ist außer der unentgeltlichen ärztlichen Pflege auch der unentgeltliche Medikamentenbezug zu besorgen.

Zu dem Zwecke empfiehlt es sich, Gemeindeapotheken zu errichten. Desgleichen ist für Spitäler in ausreichendem Maße Vorsorge zu treffen. Die Einführung eines nächtlichen Aerztedienstes wird jeder Gemeinde zum Vortheil gereichen.

8. Leichenbestattung. Die Bestattung der Leichen besorgt die Gemeinde unentgeltlich und in einer der Pietät entsprechenden Weise. Nur der Luxus soll bezahlt werden.

9. Approvisionirung. Die Gemeinde überwacht den Handel mit Lebens- und Verbrauchsartikeln und kehrt Alles vor, um eine Verfälschung derselben oder eine Verkürzung des Publikums beim Maß und Gewicht verhindern zu können. Um dem Wucher, der mit Brot und Fleisch und mit Fleischwaaren getrieben wird, entgegentreten zu können, empfiehlt es sich, in größeren Gemeinden, insbesonders in solchen mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung, kommunale Fleischhallen und eigene Bäckereien zu errichten.

10. Wohnungswesen. Der Wohnungsfrage ist gleichfalls die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, auch in kleinen Gemeinden. Das Sprichwort: „Schlechte Wohnung, früher Tod" gilt auch hier. Wo der Zinswucher vorherrscht, läßt die Gemeinde Arbeiterhäuser mit entsprechenden, jedenfalls zweiräumigen Wohnungen bauen und vermiethet sie. Die Einführung einer Wohnungsinspektion durch hygienisch gebildete Fachleute ist im Interesse der Gesundheit Aller und zur Verhütung von gefährlichen Krankheiten dringend geboten.

11. Gemeindeeigenthum. Gemeindearbeiten. Die Gemeinde sorgt nicht nur für die Erhaltung des vorhandenen Gemeindeeigenthums jeder Art, sondern trachtet, dasselbe zu vermehren. Der Werth des Grundeigenthums ist durch sachverständige Organe von fünf zu fünf Jahren festzustellen. Durch den Ankauf von Grundstücken trachtet die Gemeinde, der damit betriebenen Spekulation entgegenzuwirken.

Die Gemeinde strebt darnach, die zu vergebenden Gemeindearbeiten, sowie das Beleuchtungswesen und die Transportmittel ꝛc. in eigene Regie zu bringen. Alle Gemeindeunternehmungen, zum Beispiel Apotheken, Bäckereien, Lebensmittelmagazine, verwaltet die Gemeinde selbst. Den für ihre Angestellten bestimmten Lohn vereinbart sie mit den Arbeiterorganisationen des Ortes. Es ist ein Minimallohn und der achtstündige Arbeitstag festzusetzen. Wo die Gemeinde Arbeiten vergibt, wirkt sie auch auf den Vertrag mit den Unternehmern insofern ein, daß sie für die Arbeiter garantirte menschenwürdige Arbeitsbedingungen feststellen läßt und für deren Einhaltung sorgt. Schlechter als die bei der Gemeinde vorherrschenden Arbeitsbedingungen dürfen die der Arbeiter bei den Privatunternehmern, welchen die Gemeindearbeit zugesprochen wird, nicht sein.

12. Besteuerung. Das heutige Steuersystem ist ein ungerechtes. Der Große leistet im Verhältniß zu seinem Einkommen und Besitz, der Leistung des Kleinen gegenüber betrachtet, weniger als dieser. Dem schlechten Steuersystem sind schon ungezählte Existenzen zum Opfer gefallen. Wir verlangen daher: a) Aufhebung aller Zuschläge, die eine indirekte Besteuerung zur Folge haben, wie Bierumlagen, Zuschläge zur Verzehrungssteuer, Zuschläge zur Miethzinssteuer und Zinskreuzer; b) Einführung einer direkten Gemeindesteuer nach mit der Höhe des Einkommens steigenden Sätzen, unter Freilassung eines Existenzminimums; c) Einhebung einer Erbschaftssteuer mit nach der Höhe der Hinterlassenschaft steigenden Sätzen.

13. Rechtsbeirath und Rechtsschutz. Die Gemeinde führt überall dort, wo weder Gewerbe- noch Schiedsgerichte bestehen, einen Rechtsbeirath ein und aktivirt Schiedsgerichte, bei deren Zusammensetzung Parität herrschen muß, für alle aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältniß entstandenen Streitigkeiten. Den Gemeindeangehörigen ist pflichtgemäß der Rechtsbeistand in allen jenen Fällen zu gewähren, in denen es sich um Erlangung und Sicherstellung der Renten von Anstalten und Unternehmungen handelt, bei welchen die obligatorische Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung eingeführt ist. Der Rechtsbeistand ist unbemittelten Frauen und Kindern auch dann zu gewähren, wenn es sich um Alimentations- oder Erbschaftsansprüche handelt.

14. Arbeitsvermittlung. Zuweisung der Arbeit. Statistik. Jede Gemeinde soll eine Arbeits- und Dienstvermittlung, sowie ein arbeitsstatistisches Bureau errichten und für deren Erhaltung Sorge tragen. Die Verwaltung der Arbeitsvermittlung ist einem von der Arbeiterschaft gewählten Ausschuß zu übertragen, und hat die Vermittlung von Dienst und Arbeit unentgeltlich zu erfolgen. Bei der Arbeitsvermittlung ist eine Abtheilung für Statistik zu aktiviren, deren Aufgabe darin besteht, die Führung der Statistik über die Zahl der in Arbeit Stehenden, über Arbeitszeit, Unfälle, Löhne, Uebersiedlung, Preise der Wohnungen und Lebensmittel zu besorgen.

Bei Betrieben und Bauten, welche die Gemeinde für ihre Rechnung führt, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Arbeiten, soweit es ihr Wesen gestattet, zu einer Zeit vorgenommen werden, wo sich eine stärkere Arbeitslosigkeit zu zeigen beginnt.

Alle Bedarfsgegenstände, wie Kleidungsstücke, Schuhe ꝛc., mit welchen die Gemeinde ihre Angestellten, Anstalten und Schulkinder versorgt oder welche sie auf ihren Lagern hält und zu Erzeugungspreisen an die Bevölkerung abgibt, sind in solchen Zeiten zur Verfertigung zu vergeben, wo in dieser oder jener Branche eine Arbeitslosigkeit platzzugreifen droht.

Als Grundsatz für die Produktion dieser Bedarfsgegenstände hat zu gelten: Die Gemeinde besorgt den Einkauf von Rohmaterialien und Hilfsstoffen und übergibt die Ausfertigung der Waaren an Arbeitslose. Zu diesem Zweck errichtet oder unterstützt sie gemeinsame Werkstätten.

15. Gemeinde und Kirche. Die Gemeindevertretungen haben sich aller Subventionen oder Unterstützungen von Bauten und Unternehmungen, welche zu Zwecken dieser oder jener Religionsgenossenschaft dienen, zu enthalten. Ebenso haben sich die Vertretungen aller Kundgebungen, durch welche eine Religion oder Kirche über die andere gestellt würde, zu enthalten. Religion und Bekenntniß sind als Privatsache zu betrachten; aus diesem Grunde ist auch dahin zu wirken, daß die Schulen und Anstalten in diesem Geiste geleitet und von der Kirche getrennt werden.

16. Sachverständigen-Beiräthe. Die Gemeindevertretungen haben für die Organisation von Sachverständigen-Sektionen und Beiräthen Sorge zu tragen, und ist diesen Korporationen eine berathende Stimme in der Gemeindevertretung zuzuerkennen.

17. Vereinigung von Gemeinden. Zur Erreichung für die Allgemeinheit zweckmäßiger und vortheilhafter Einrichtungen und Unternehmungen haben sich die Gemeinden zu gemeinsamen Unternehmungen zu vereinigen.

18. Kundgebungen und Publikationen. Die autonomen Gemeindevertretungen haben jede sich darbietende Gelegenheit zur Stellung von Initiativanträgen und Kundgebungen bei den gesetzgebenden Körperschaften behufs Erreichung vollkommener bürgerlicher Freiheiten und Rechte zu ergreifen und haben mit allen Kräften für die Aenderung jener Bestimmungen, welche das freie Wort, die Freiheit des Aufenthalts, die Freizügigkeit ꝛc. beschränken, einzutreten.

57. Antrag der Bezirksorganisation Oskau:

In Erwägung, daß in vielen Gemeinden sozialdemokratische Gemeinderäthe gewählt wurden, jedoch ein planmäßiges Vorgehen derselben vermißt wird, beschließt der Parteitag: Es wird ein viergliedriges Comité gebildet, das mit der Ausarbeitung eines Kommunalprogramms für die Landgemeinden betraut wird; dasselbe ist nach gepflogener Berathung sofort zu verlautbaren.

58. Antrag des Genossen Austerlitz:

Der Parteitag erklärt: Nach wie vor hält die Partei an dem Prinzip des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für alle Vertretungskörper fest, und sie brandmarkt alle Abschwächungen und Entstellungen dieses Prinzips als ungerecht und die politische und soziale Entwicklung hemmend und störend. Insbesondere hält es der Parteitag für nothwendig, zu erklären, daß die Rechtlosigkeit der arbeitenden Klassen in der Gemeinde ein Ende nehmen müsse, und daß es auch für die Gemeinde nur Ein vernünftiges und gerechtes Wahlsystem gibt: das des allgemeinen und gleichen Rechtes der gesammten erwachsenen Bevölkerung. Denn einestheils wird auch die Gemeinde von den breiten Volksmassen erhalten, ruhen auch die Gemeindelasten — wenn auch das wahre Verhältniß absichtlich verschleiert wird — auf den besitzlosen Schichten, und anderntheils vermögen die Kommunen ihre sozialen Aufgaben nur dann zu erfüllen, wenn ihre Vertretungen ein getreues Spiegelbild der Klassengegensätze innerhalb der Bevölkerung sind. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht gibt Niemandem etwas und nimmt Niemandem etwas: es beseitigt nur verliehene Vorrechte und hebt verübtes Unrecht auf. Es ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den breiten Schichten, und es ist nothwendig für den sozialen Fortschritt der Gemeinden.

Von diesem neuen prinzipiellen Standpunkt, der unverrückbar feststeht und den die Erfahrung nur noch verstärkt und vertieft hat, erklärt der Parteitag, daß er den sogenannten vierten Wahlkörper, das heißt, die Uebertragung der allgemeinen Wählerklasse zum Reichsrath auf die Gemeinde, für eine der verderblichsten und der Gerechtigkeit aufs Schroffste widersprechende Verfälschung des Prinzips des gleichen Rechtes ansieht und ihn demgemäß aufs Entschiedenste verwirft. Diese „allgemeinen Wahlkörper" sind nicht der Beginn der Verwirklichung des Prinzips des gleichen Rechtes, sondern dessen völlige Aufhebung; sie ebnen dem Klassenkampf nicht die Bahn, sondern

sie bringen die Bourgeoisie, die Klasse, gegen die sich der geschichtliche Kampf des Proletariats wendet, so außer Gefecht, daß sie für den Angriff der Arbeiter unerreichbar bleibt. Der vierte Wahlkörper ist nichts Anderes als eine schlechte Interessenvertretung; das Unrecht, das in dem Vorrecht der besitzenden Klassen liegt, wird nicht kleiner, wenn die Privilegirten das Wahlrecht auch in dem neuen Wahlkörper haben, sondern größer. Der Parteitag erklärt daher mit allem Nachdruck, die Behauptung, mit der die herrschenden Klassen diese Verewigung des ererbten Unrechtes zu bemänteln suchen: daß mit dem vierten Wahlkörper das Prinzip des gleichen Wahlrechtes „zu verwirklichen begonnen werde", als eine unverschämte Fopperei. Der „allgemeine" Wahlkörper ist von den Gegnern der Emanzipationsbestrebungen des Proletariats nicht ersonnen worden, um das Prinzip der Sozialdemokratie verwirklichen zu beginnen, sondern er verfolgt keine andere Absicht und führt zu keinem anderen Ziele, als der Arbeiterklasse die Vertretung zu kürzen.

Der vierte Wahlkörper realisirt also von den Forderungen, die die Arbeiterklasse an das gleiche Wahlrecht stellt, nicht eine einzige. Indem er aber auch die Möglichkeit, durch das Wahlrecht auf die Leitung der Gemeinde Einfluß zu erhalten, empfindlich beeinträchtigt und durch den Umstand, daß die Mandate dieses neuen Wahlkörpers der Bourgeoisie ganz gleichgiltig sind, da ihr eigener Besitzstand schon vorweg feststeht, den herrschenden Klassen ermöglicht wird, die Arbeiter zu spalten und falsche Arbeiterparteien hervorzurufen, sinkt sein Werth für das Proletariat weit unter die sogenannte Interessenvertretung, die, wohl ungerecht und unvernünftig wie alle Klassenwahlrechte, doch den Vorzug hat, daß sie sich für nichts Anderes ausgibt als sie ist. Die Einführung eines Wahlkörpers, der die bisher nicht Wahlberechtigten umfaßt, ist ein Unrecht; die Schaffung eines Wahlkörpers, in dem nicht bloß die bisherigen Nichtwähler, sondern auch die alten Wähler wählen, deren Privilegien dazu ganz unangetastet bleiben, ist ein noch größeres Unrecht und ein Schwindel dazu. Da sich aber der Parteitag der Erkenntniß nicht verschließen kann, daß die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für die Gemeinden an dem bornirten Widerstande der herrschenden Klassen ein solches Hinderniß findet, daß sie nur auf Umwegen erfolgen, also vorher ein Surrogat ins Leben treten wird, so erklärt er ausdrücklich, daß die Beurtheilung dieses Surrogats, sei es der „reine" Wahlkörper oder der allgemeine, keine Frage des Prinzips ist, sondern lediglich von den in den einzelnen Gemeinden herrschenden Verhältnissen abhängt. Von ihrem prinzipiellen Standpunkt verwirft die Partei selbstredend alle Surrogate; was aber im Augenblick in einer Gemeinde das kleinere Uebel ist, kann nur aus den politischen und sozialen Verhältnissen dieser Gemeinde festgestellt werden. Daß die Verhinderung des größeren Uebels, die Durchsetzung des besseren Surrogats, keine Abirrung von der prinzipiell festgestellten Forderung enthalte, wird vom Parteitag ausdrücklich bestätigt.

59. Antrag der Bezirksorganisation Wien VII.

Der Parteitag erklärt sich aufs Entschiedenste gegen jede opportunistische Konzession an das verrottete System der Interessenvertretung und findet es mit den Prinzipien der Partei unvereinbar, daß diese durch wenn auch nur bedingte Gutheißung einer sogenannten „reinen" Arbeiterkurie sich auf den Boden der sogenannten Interessenvertretung stellt, um für den fragwürdigen Gewinn einiger Mandate eine starke Einbuße an moralischer Kraft einzutauschen.

Der Parteitag erblickt in der sogenannten „reinen" Arbeiterkurie die Gefahr einer Versteinerung der Partei. Wohl würde durch die Aufhebung des Kampfes ums Mandat innerhalb der Kurie die Gefahr von Niederlagen beseitigt, aber damit auch die Möglichkeit von Siegen. Die Wahlen würden hiedurch aller politischen Bedeutung entkleidet, und durch die Scheidewand der „reinen" Arbeiterkurie würden große, dem Proletariat nahestehende Volksschichten dem Einfluß unserer Agitation völlig entzogen.

Da unleugbar die erste und wichtigste Aufgabe der Partei ist, dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für alle Vertretungskörper nicht nur in Staat und Land, sondern auch in der Gemeinde zum Durchbruch zu verhelfen, mißbilligt der Parteitag jede Taktik, welche geeignet erscheint, die Partei auf einen Nebenweg zu führen.

Berichterstatter **Schuhmeier:** Ich möchte zunächst hervorheben, daß gerade bei diesem Punkt die Ansicht platzgreifen könnte, als ob wir Sozialdemokraten unsere Prinzipien vergessen wollten und die Absicht hätten, zu einer Reformpartei ohne weiteres Ziel zu werden. Dem ist nun nicht so, und darauf verweise ich ganz speziell. In unserem Programm heißt es: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechts die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus

der geistigen Verkümmerung." Um diese Aufgabe zu erfüllen, kann sie sich jedoch nicht begnügen, die Organisation der Vertreter dieser Idee zu fördern und die Agitation hiefür zu pflegen, sondern sie muß auch durch praktisches Mitarbeiten in den verschiedenen Körperschaften zeigen, daß es ihr ernst ist um diese Reformarbeit. Wir Sozialdemokraten haben das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten. Wo es immer möglich ist, dem Proletariat zu nützen und ihm Vortheile zuzuwenden, müssen wir trachten, es zu thun. Ueber diese Reformthat hinweg blicken wir aber stets auf unser Ziel: Beseitigung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unsere Reformarbeit dient also eigentlich nur als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes.

Als die Partei noch klein war, waren auch die Mittel, deren sie sich bei der Reformarbeit bedienen konnte, beschränkt. Mit dem Wachsthum der Partei aber mehrten sich die Waffen. Die Eroberung neuer Kampfesmittel, zum Beispiel des Wahlrechtes, drängt uns zur praktischen Arbeit. Wo immer wir Einrichtungen des Klassenstaates finden, müssen wir anfangen, sie zu beseitigen. Der Klassenstaat zeigt sich in dem Streben, seine Nutznießer zu entlasten und die Hauptkosten seiner Erhaltung auf das arbeitende Volk zu überwälzen.

Wir finden diese Bestrebungen im Reiche, in den Ländern und Gemeinden. Im Reichsrath dagegen aufzutreten, ist uns durch ein elendes Wahlrecht nur im eingeschränktesten Maße möglich. Die Stimmen Derer, die für das Volkswohl sorgen wollen, werden eben im Klassenstaat sorgfältig abgewogen, und Wahlreformen benöthigen, bis sie gemacht werden, nirgends so viel Weile als gerade in Oesterreich, dem Klassenstaat, der regiert und verwaltet wird nur mit Rücksichtnahme auf den Grund- und Kapitalsadel, und in dem eine reaktionäre Bourgeoisie neben einem vielfach geistig verkommenen und jedes Rechtsbewußtseins baren Kleinbürgerthum und einem zum Theil gänzlich verpfafften Bauernstand herrscht, die beide nicht nur dem religiösen, sondern auch dem politischen Aberglauben verfallen sind. Haben doch auch die Vertreter dieser Stände im Jahre 1893 im Verein mit ihren geschwornen Feinden, den Vertretern der Großbourgeoisie, eine Regierung deshalb zu Falle gebracht, weil sie das geltende Wahlunrecht etwas mildern wollte. Und ein politischer Aberglaube ist es zum Beispiel, zu meinen, daß ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht dem Kleinbürger- und Kleinbauernthum von Nachtheil sein könnte. Diese beiden Stände werden ebenfalls niedergehalten und nur als Zahler betrachtet wie die Arbeiterschaft.

Während wir Arbeiter für den Reichsrath in der V. Kurie nun ein Wahlrecht haben, nach dem auf 120.000 Wähler und noch mehr ein, sage: Ein Abgeordneter kommt, und welche Kurie den wenn auch eine sehr minimale, aber direkte Steuer Zahlenden ein zweifaches Wahlrecht gibt, sind wir für den Landtag und die Gemeinde als „nur" indirekte Steuer leistende Staatsbürger — rechtlos. Ich weise darauf hin, daß die indirekte Steuer die für den Staat einträglichere ist; sie verursacht, nebenbei bemerkt, nicht eine einzige Pfändung und macht zwei Drittel der Steuereinnahme aus und wird zum großen Theil von der arbeitenden Bevölkerung, deren Lebens- und Verbrauchsartikel ganz besonders der indirekten Besteuerung unterworfen sind, bezahlt. Nur die Arbeiter in Wien, sofern sie eine dreijährige Seßhaftigkeit nicht nur auf-, sondern auch nachweisen können, was wohl zu bedenken ist, und insofern sie von der Gemeinde noch nicht eine Armenunterstützung bezogen haben und den sonst im Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtungen, zum Beispiel Staatsangehörigkeit, Eigenberechtigung ꝛc., entsprechen können, haben ein Wahlrecht im IV. Wahlkörper. Welche Art des Wahlrechtes nun besser ist, die Baden'sche V. Kurie oder der Lueger'sche IV. Wahlkörper, untersuche ich nicht erst, denn es könnte sich hier nur darum handeln, welche Form der Volksbevormundung mehr politische Lumperei enthält. Nur so viel sei hier gleich gesagt, daß wir uns dessen wohl bewußt sind, daß mit diesem Wahlrecht versucht wird, dem arbeitenden Volke sein ihm in einem konstitutionellen Staat, als den sich Oesterreich ausgibt, zukommendes Recht — das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht — noch weiterhin vorzuenthalten.

In den Ländern und Gemeinden sind also die Arbeiter gänzlich rechtlos, insofern sie „nur" indirekte Steuern zahlen. Und das Wahlrecht der direkten

Steuerzahler ist sehr verschieden. „Es entspricht dem Kulturniveau, auf dem sich die Bevölkerung befindet," sagen Jene, die für jedes Unrecht „Gründe" anzugeben wissen. Daß dies eine wissentliche und beabsichtigte Täuschung ist, brauche ich nicht erst nachzuweisen. Die Kleinbürger und Kleinbauern haben eben auch nur ein solches Wahlrecht, mit dem sie sich nicht nützen und dem Grund- und Kapitalsadel nicht schaden können. Das Unrecht, an ihnen verübt, ist im Vergleich zu dem, das an uns verübt wird, zumeist nur kleiner — um was sie kleiner an Zahl sind. Der Einfluß des Geldkräftigen ist wohl nicht in jedem Kronland gleich groß. Aber er genügt in jedem einzelnen, um die Kleinen nicht aufkommen zu lassen. Es gebührt somit der arbeitenden Bevölkerung nicht nur das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, sondern sie braucht es, um sich des Druckes der Großen erwehren zu können.

Den Arbeitern das Wahlrecht in den Landtag und die Gemeinde zu verschaffen, soll unsere nächste politische Arbeit sein. Freilich kann man eine Wahlrechtsbewegung nicht „vom Zaune brechen". Aber die Gelegenheit hiezu kann gesucht werden, indem wir wieder damit beginnen, der Bevölkerung das Wahlunrecht vor Augen zu halten. Mehr oder weniger müssen solche Bewegungen, wenn auch nicht gemacht, so doch eingeleitet werden. Wir müssen anfangen, die Bevölkerung aufs Neue von der Nothwendigkeit der Beseitigung des Wahlunrechtes zu überzeugen. Denn hat sie keine Ueberzeugung, wird sie auch den günstigen Moment zum Beginn der Bewegung unausgenützt verstreichen lassen. Ohne Einsicht in das Unrecht hat das Volk keine Aussicht auf dessen Beseitigung.

Die Frage: Wie können wir uns das Wahlrecht erringen? ist weit schwieriger als die: Was für ein Wahlrecht ist besser: die „reine Interessenvertretung", also ein Wahlrecht in einem Wahlkörper, in dem nur die Arbeiter wahlberechtigt sind, oder ein Wahlkörper mit vielen Mandaten und allgemeinem Wahlrecht? Daher hat auch der Genosse Fritz Austerlitz es vorgezogen, in der „Arbeiter-Zeitung", nachdem diese, zwei Tage nach dem Wahlkampf in Wien von einem „Lichtblitz" getroffen, über „wahre und falsche Interessenvertretung" geschrieben und sich natürlich für die reine Interessenvertretung entschieden hatte, am 25. Juli über die zweite Frage eine Diskussion zu eröffnen.

Die so schwache Betheiligung an der Diskussion wird natürlich dem Genossen Austerlitz ein Beweis mehr dafür sein, daß die Arbeiter „noch nicht reif" sind, um solche Fragen behandeln zu können. Ich aber sage: Wenn schon diskutirt wird, so soll es eine Diskussion über die wichtigere Frage sein. Nun muß ich wohl auch dem Genossen Austerlitz eine Antwort geben und, ohne ihn etwa im Verdacht zu haben, daß er nicht ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht wollte, ihm sagen, daß sowohl die Notiz vom 2. Juni als auch seine Meinung im Zusammenhang mit derselben von mir nicht unterschrieben wird. Daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Notiz vom 2. Juni und Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung" (am 25. Juli) in dem von ihm verfaßten Artikel „Der vierte Wahlkörper" Wahrheiten gesagt haben, kann nicht bestritten werden. Aber die erste Notiz war zwei Tage nach den Wahlen geschrieben worden und der Gedanke, daß eine reine Arbeiterkurie uns 20 Mandate anstatt zwei getragen hätte, doch zu nahe. Die erste Notiz ist also begreiflich. Sie spiegelt uns den Eindruck wieder, den der Wahlausgang auf den Verfasser des Artikels gemacht hat, und ich begreife die Notiz, wenn ich sie auch nicht unterschreibe. Auch zeigt sie uns, daß, wer schreinen will, doch auch zuerst bedenken soll, w a s er schreinen will.

Diesen Gedanken über die „reine Interessenvertretung" aber so weit auszuspinnen, bis er zur Frage wird: „reine Interessenvertretung" oder allgemeiner Wahlkörper? halte auch ich für einen Versuch, der Opportunitätspolitik in der Partei allzuviel Spielraum gewähren zu wollen.

Der Genosse Austerlitz meinte (am 30. August), daß die Genossen in Wien „noch nicht ernüchtert sind" und „trotz der Lehren zweier Wahlkämpfe" an der Illusion „hartnäckig festhalten, in dem allgemeinen Wahlkörper werde mit der Verwirklichung unseres Prinzips begonnen". Er thut so, als ob er der einzig nüchterne Mann in der Partei wäre und als ob die Genossen in Wien mit dem allgemeinen Wahlkörper zufrieden wären. Da im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in der Gemeinde in Wien leider nur der allgemeine Wahlkörper das

Ergebniß ist, so rechnen sie einfach mit der Thatsache, daß zunächst nicht mehr erreicht werden konnte, weil den Gegnern der gute Wille mangelte, sich selbst den Sarg zu zimmern, und weil wir nicht die Kraft hatten, mehr zu erreichen. Von einem „hartnäckigen" Festhalten zu schreiben, wie es Genossen Austerlitz beliebt, entspricht also nicht den Thatsachen. Die Genossen wollen eben praktisch sein; praktischer als der Genosse Austerlitz. Und da nun der allgemeine Wahlkörper da war, wurde er ausgenützt. Begeistert ist von dem vierten Wahlkörper keiner der Genossen. Keiner, weder in Wien noch in Linz oder sonstwo. Allerdings auch nicht von der „reinen" Interessenvertretung.

Wir haben dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zuzustreben. Was wir im Kampfe um dasselbe für Uebergangsformen erringen werden können — und von unserem Können hängt da wohl Alles ab — werden wir ausnützen müssen. Das Bessere werden wir nur haben, wenn wir es uns erringen können. Zu wählen gibt es da leider nichts, weil uns die Gegner nicht fragen, wollt Ihr dieses oder jenes Wahlrecht, sondern wir das bekommen werden, was die Bewegung den Gegnern abzuringen im Stande sein wird. Ich will mich jedoch darauf nicht weiter einlassen, weil ich wünsche, daß aus der Mitte der Parteitagstheilnehmer heraus die richtige Antwort auf den Antrag des Genossen Austerlitz gegeben werde.

Es ist übrigens bezeichnend, daß wir nur über das Gemeindewahlrecht debattiren, wo doch auch das Landtagswahlrecht in Frage steht. Ein Erklärungsgrund ist wohl nur darin zu finden, daß im Verlaufe des letzten Jahres in vielen Gemeinden im dritten Wahlkörper Sozialdemokraten als Gemeinderäthe gewählt wurden. In Böhmen schon zur Zeit, als die Arbeiter noch nicht die Personaleinkommensteuer zu entrichten hatten, in Niederösterreich und in anderen Kronländern erst seit dieser Zeit.

Wir werden unserer Sache sehr nützen, wenn wir, während wir für das allgemeine Wahlrecht streiten, trachten, zu erreichen, daß allen Personaleinkommensteuerpflichtigen auf Grund des derzeit geltenden Gesetzes das Wahlrecht zumindest im dritten Wahlkörper zukommt. Unser Wirken in den Gemeinden muß die Bevölkerung darauf bringen, daß, wenn sich Sozialdemokraten in der Gemeindestube befinden, ihr Interesse nur von diesen gefördert wird. Sie muß sich sagen: Die Sozialdemokraten arbeiten ohne Rücksichtnahme nach oben, aber mit Rücksichtnahme nach unten hin. Wenn ihrer mehr dort sitzen würden, wäre es für uns von Vortheil. Und so kommen sie auch darauf, daß vor Allem ein Wahlrecht noththut, das der Stimme des arbeitenden Volkes Ausdruck verleiht. Und da, wie schon gesagt, jede Reform bei uns lange auf sich warten läßt und bei uns nicht dem Bedürfniß oder dem Wunsch des arbeitenden Volkes, sondern der in diesem wohnenden und sich äußernden Macht nachgegeben wird, müssen wir das Errungene verwerthen und weiterringen.

Diese Ansicht dürfte, wie ich glaube, die Genossen beseelt haben, als sie die Parteivertretung beauftragt haben, ein Kommunalprogramm für die Wahlen und die Arbeit in der Gemeinde auszuarbeiten. Die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Kronländern tritt auch bei dieser Arbeit wieder als erstes großes Hinderniß hervor. Ein einheitliches Programm für alle Gemeinden auszuarbeiten, ist eine schwere Aufgabe — zum Mindesten erkläre ich, daß ich dies allein nicht leisten kann. Wir müssen auch dafür vorsorgen, daß wir ein kommunales Programm fertigbringen, das den Genossen der anderen Nationen entspricht. Und daß auch diese sich mit der Frage schon beschäftigen, beweist der nach Budweis einberufene tschechische Parteitag. Was die Fertigstellung eines Kommunalprogramms noch erschwert, ist der Umstand, daß der Gesammtparteitag den Beschluß gefaßt hat, das Parteiprogramm einer Revision zu unterziehen, und dafür bereits ein Comité eingesetzt ist. Am besten wird es daher wohl sein, wenn wir diese Sache zu einer gemeinsamen machen und alles bisher aufgebrachte Material diesem Comité, in dem ja alle Nationen vertreten sind, übergeben. Der deutsche sowohl als der tschechische Parteitag wird in der Diskussion vielleicht auch noch Material liefern und so die Arbeit fördern.

Ich will mich um die Frage nicht herumdrücken, denn ich gehöre dem Comité an und habe mich auch bemüht, dafür insoferne zu arbeiten, daß ich eine Vorlage

ausgearbeitet habe, die Ihnen vorliegt. Material hiezu liegt nur spärlich vor und zumeist nur ausländisches. Es gibt ja sozialistische Gemeinden in Frankreich und mehr noch in Belgien, aber das Material, das wir von dort erhalten konnten, paßt nicht auf unsere Verhältnisse. Als Eigenbau besitzen wir nur ein von den Sozialdemokraten zu den Wahlen in Wien ausgearbeitetes Kommunalprogramm, das die Feuerprobe bereits bestanden hat. Dieses Programm ist aber nur für die Wiener Verhältnisse berechnet. Und als sich die Genossen in Niederösterreich in mehreren Orten an den Wahlen betheiligten, arbeiteten sie sich ein provisorisches Progamm nach dem Muster des Wiener Kommunalprogramms aus.

Uebrigens hat sich auch der Abgeordnete Genosse Hannich mit der Frage beschäftigt und eine Arbeit geliefert, die er „Kommunalprogramm für die Gemeinden auf dem Lande" betitelt hat. Ich habe auch dieses Programm genau studirt, es kann aber gleichfalls nicht als eine endgiltige Arbeit angesehen werden, denn so wie das Wiener Kommunalprogramm, so hat auch die Arbeit Hannich's nur allgemeine Sätze. Was aber für eine große Gemeinde paßt, das paßt nicht für eine kleine. Bei dem Umstande, daß in Oesterreich die Agrikultur vorwiegend ist, wir also sehr viele bäuerliche Gemeinden haben, stoßen wir wieder auf neue Hindernisse. Die Folge dieser auftauchenden Schwierigkeiten ist der von mir gemachte Vorschlag, die Frage dem Comité zur Revision des Parteiprogramms zu überweisen, wo sie vielleicht zur Zufriedenheit Aller gelöst werden wird. Und gelöst muß auch diese Frage werden, denn ein Kommunalprogramm müssen wir haben. Der wachsende Einfluß unserer Partei zeitigt auch Erfolge draußen in den Gemeinden, und ebensowenig wie wir in einen Wahlkampf ohne Programm eintreten können, ebensowenig können wir in den Gemeinden einheitlich arbeiten, wenn wir nicht wenigstens in der Theorie Direktiven haben.

Bei der Ausarbeitung der Grundsätze mußte ich an das vorliegende Material anknüpfen. Ich habe mir zunächst das Wiener Kommunalprogramm und die Arbeit des Genossen Steiner genau durchstudirt. Je mehr man aber bei einer solchen Arbeit in die Details eingeht, auf um so größere Schwierigkeiten stößt man. Wenn wir aber den Genossen etwas an die Hand geben wollen, wodurch wir sie in die Lage versetzen, ohne Entgleisung weiter arbeiten zu können, so müssen wir auch auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen, was aber in einem Programm unmöglich ist. Wir müssen uns daher begnügen, allgemeine Grundsätze aufzustellen, an die jeder Sozialdemokrat sich zu halten verpflichtet werden muß.

Ich hatte nicht den Muth, meine Arbeit ein Programm zu nennen, sondern ich sagte: „Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde." Im Eingang derselben ist auf die prinzipielle Seite der Fragen hingewiesen und gesagt, daß der Uebergang der Arbeitsmittel aus dem Privatbesitz in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes angestrebt wird, und daß Alles, was wir jetzt in der Gemeinde machen, nur ein Mittel zu unserem Endzweck sein soll. Was über das Wahlrecht gesagt wird, entspricht unserem Programm. Ich freue mich außerordentlich, daß Dr. Adler hier einmal mit mir in einen Gegensatz gekommen ist, der zu meinen Gunsten ausfällt. Ich war so vorsichtig, zu sagen, daß wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht fordern ohne Unterschied des Geschlechtes. Ich verlange von den Genossinnen keine Anerkennung, weil ich weiß, daß sie dort nicht zu finden ist, und insbesondere nicht für mich. Bei Punkt 1 (Wahlrecht) bitte ich noch die Forderung aufzunehmen, daß als Wahltag ein Sonntag festzusetzen sei. Was den Punkt 2 betrifft, wird es Manchem vielleicht kleinlich erscheinen, derartige Dinge in ein Kommunalprogramm hineinzunehmen. Wie aber die Verhältnisse heute draußen am Lande liegen — und dies besonders in Böhmen, wo der Hochmuth der österreichischen Bureaukraten aufs Höchste entwickelt ist — müssen wir dieser Forderung nach Befreiung von der Bevormundung und bezüglich der Behandlung seitens der Behörden unbedingt Raum gewähren. Bezüglich des Heimatsrechtes und der Armenversorgung sind vielleicht Forderungen aufgenommen, die bei Ausarbeitung eines endgiltigen Programms auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen werden, weil viele kleine Gemeinden hiefür nicht das nöthige Geld haben werden. Der Staat von heute frißt auch sie arm. Wir wollen aber Forderungen aufstellen, von denen wir wissen, daß sie gut und durchführbar sind,

und haben auch die Ueberzeugung, daß sie von dem heutigen Klassenstaat zugestanden werden können. Und die in Rede stehenden gewiß in den größeren Gemeinden. Bei dem Punkt Schulwesen und Erziehung, welchem ich eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe, hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es ist daselbst von der Verstaatlichung des Unterrichtswesens die Rede; es liegt mir aber nichts ferner, als aus der Schule ein Amt machen oder dem Staat überhaupt auf die Schule einen Einfluß gewähren zu wollen. Es muß vielmehr das Recht der Gemeinden auf die Volksschule erweitert werden. Ich habe daher für den ersten Satz eine andere Fassung gewählt, und zwar soll derselbe lauten: „Es ist Pflicht der Gemeinde, dafür einzutreten, daß die Kosten für das gesammte Unterrichtswesen, also auch die Kosten für die Volksschule, vom Staat bestritten werden, und zwar unter vollständiger Wahrung des Einflusses der Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens." Einige Punkte, und zwar über Gemeindeeigenthum und Gemeindearbeit, Rechtsbeirath und Rechtsschutz, Arbeitsvermittlung, Zuweisung der Arbeit und Statistik, Gemeinde und Kirche, sind im Wiener Kommunalprogramm noch nicht behandelt gewesen.

Wenn wir die vorliegenden Grundsätze zu einem Programm gestalten würden, so würden wir damit weder in der Agitation, noch bei der praktischen Arbeit weit kommen, weil die kleinen Gemeinden die Sache unmöglich so machen können, wie das hier steht. Eines ist aber doch gewonnen, nämlich, daß die Genossen auf Basis dieser Grundsätze arbeiten können. Das Ganze soll eine Instruktion für unsere Parteigenossen bilden. Ich bin überzeugt, daß diese Grundsätze, insbesondere in den größeren Städten, durchführbar sind, gebe aber zu, daß sie in den kleineren bäuerlichen Gemeinden eine Einschränkung erfahren müssen. So zum Beispiel spielt die Frage der Kanalisation in der größeren Gemeinde eine ungeheure Rolle, in der bäuerlichen aber kommt sie gar nicht in Betracht. Was in der Stadt einfach beseitigt wird, wird am Land als ungeheuer werthvolles Material betrachtet. Man muß sich also da sehr wohl hüten, ein allgemeines Programm aufzustellen. Die von mir vorgelegten Grundzüge sind meine Privatarbeit und nicht eine Arbeit der Parteivertretung; sie sollen der Kommission Material liefern für ihre weitere Arbeit. Zum Zweck der Ausarbeitung eines entsprechenden Programms für die Gemeinden muß in erster Reihe Zeit genug vorhanden sein, um jeden einzelnen Punkt herausgreifen und darüber förmlich eine Expertise veranstalten zu können. So müßten zum Beispiel in der Schulfrage Lehrer, Pädagogen und Hygieniker um ihre Meinung gefragt werden, und erst, wenn man sich über jeden einzelnen Punkt in dieser Weise vollständig klar geworden ist, erst dann kann man das Resultat als ein feststehendes Programm ansehen.

Auf den Fingern brennt uns diese Frage nicht. In Niederösterreich, wo sie am allerwichtigsten war, sind die Wahlen bereits vorüber, und in anderen Gemeinden hat man sich bisher auch zu helfen gewußt. Die Frage wird für uns erst aktuell werden in dem Moment, wo wir vor einer Erneuerung des Gemeindewahlrechtes stehen. Und darauf, daß wir uns das Wahlrecht für die Gemeinde erobern, muß unsere nächste politische Aktion gerichtet sein. Wenn für die Gemeinden draußen am Lande die Wiener Vorlage nachgeahmt werden soll, dann wird ein sehr heftiger Wahlrechtskampf geführt werden müssen, und zwar weniger von den Genossen in Wien als vielmehr von den Genossen draußen in der Provinz. Mit Versammlungen werden wir da wenig erreichen, die werden spurlos vorübergehen; es werden mehrere Gemeinden zusammen gemeinsame Vertrauensmännerkonferenzen abhalten müssen, mit deren Beschlüssen sich die Oeffentlichkeit und insbesondere das Zentralorgan zu beschäftigen haben wird. Das wird für unser Zentralorgan nothwendiger sein, als daß dort einzelne Mitarbeiter über Fragen von untergeordneter Bedeutung, wie die Frage des vierten Wahlkörpers seinerzeit war, ihre Ansichten ausframen und zur Diskussion stellen. Die „Arbeiter-Zeitung" wird zu veröffentlichen haben, was, wenn schon nicht die Ansicht der Gesammtpartei, so doch eines Theiles der Parteigenossen ist.

Und nun komme ich zu dem Antrag Austerlitz, der meint, es sei kein prinzipielles Vergehen, daß man sich, wo zwei Dinge zu erreichen sind, für das Bessere entscheidet. Ich glaube, zur Entscheidung wird man Ihnen auch in den Land-

gemeinden nichts vorlegen, sondern die herrschende Partei wird genau so wie in Wien das machen, was ihr und nicht der sozialdemokratischen Partei nützlich ist. Wo die bürgerlichen Parteien — mögen sie sich nun klerikal, christlich-sozial oder national nennen — an der Herrschaft sind, da halten sie sich nicht an das Recht und die Gerechtigkeit, sondern an die Nützlichkeit für sich selbst. Aber auch aus Zweckmäßigkeitsrücksichten ist das, was Austerlitz geschrieben hat, absolut nicht zu rechtfertigen, und ich wundere mich nur, daß Genosse Austerlitz, der doch schon wissen muß, daß seine Meinung über die „reine Interessenvertretung" nicht die Ansicht zahlreicher Parteigenossen ist, uns auch noch hier zum Parteitag eine diesbezügliche Resolution vorlegt. Eingangs derselben erklärt sich Austerlitz für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, zum Schlusse seiner schönen Auseinandersetzung aber wünscht er, daß der Parteitag beschließen soll, daß die Verhinderung des größeren Uebels, die Durchsetzung des „besseren Surrogats", keine Abirrung von der prinzipiell festgestellten Forderung enthalte. Nun steht aber die Sache gar nicht so, daß wir hier wählen können, und schon deshalb ist der Schluß des Antrages unrichtig. Die Genossen einzelner Orte würden sich, wenn es erlaubt wäre, statt eines Kampfes für das allgemeine und gleiche Wahlrecht Unterhandlungen zu führen, sagen: „Einen Kampf können wir nicht führen, es ist aber erlaubt zu mogeln. Also mogeln wir!" Das wäre mehr als Opportunitätspolitik, das wäre ein Preisgeben unserer Grundsätze, und ich wende mich daher mit aller Entschiedenheit gegen diesen Schluß des Antrages Austerlitz. Ich hatte ursprünglich die Absicht, dem Genossen einen Streich zu spielen und den Antrag zu stellen, den ersten Theil des Antrages, der sich so scharf gegen die Verkümmerung des Wahlrechtes richtet, anzunehmen und an diesen ersten Theil — das wäre von der zweiten Zeile des zweiten Absatzes angefangen — den Antrag der Bezirksorganisation VII anzufügen. Es ist aber schließlich überflüssig, daß wir uns die Begründung zu diesem Antrag aus dem Antrag Austerlitz holen, und ich erkläre, als Referent für den Antrag der Bezirksorganisation VII einzutreten, in welchem sich der Parteitag aufs Entschiedenste gegen jede opportunistische Konzession an das verrottete System der Interessenvertretung aussprechen soll. Was den Antrag der Bezirksorganisation Oskau anlangt, so haben die Genossen gewiß die beste Absicht. Aber gerade das Bestreben, der Partei zu nützen, könnte die Genossen am Lande vielfach in Situationen bringen, die für uns von Nachtheil wären, wie überhaupt in unseren Kreisen vielfach in dieser Richtung gesündigt wird, indem Jeder, der sich nicht direkt als Gegner gibt, und besonders, wenn er reden oder schreiben kann, sofort als Parteigenosse besonderer Qualität und Güte angesehen und angesprochen wird. Als wir vor einiger Zeit diese Unmasse von Wahlerfolgen aufzuweisen hatten — man war ja keinen Tag sicher, daß man gestern nicht wieder einen Wahlkörper erobert hat (Heiterkeit) — war ich mir sofort klar darüber, daß das nicht in jedem Falle die besten und verläßlichsten Sozialdemokraten waren, die da gewählt wurden. Ich wollte Ihnen eine Statistik der sozialdemokratischen Gemeinderäthe nicht geben, weil man das ein „Hinters-Licht-führen" hieße. Was da gewählt wird, sind zumeist Leute, die uns eben nur nicht feindlich gesinnt sind; man sucht durch „gemischte Listen" Erfolge zu erringen; das ist aber kein ehrlicher Erfolg, sondern eine Spekulation auf den Unverstand der Wähler, das ist Stimmenfang, und auf einen solchen „Erfolg" kann die Partei feierlichst verzichten. Wir wollen siegen und uns nicht Stimmen erschleichen. Viele der heute gewählten Gemeinderäthe, die als Sozialisten figuriren, sind keine Sozialdemokraten. Wenn wir aber ein Programm haben werden, dann können wir den Mann fragen: „Was sagst Du zu dem, was hier steht?" Dann werden solche Fälle nicht mehr eintreten. Zum Schlusse empfehle ich Ihnen nochmals Vorsicht bei Ausarbeitung des Programms, sowie bei Aufstellung von Kandidaten für die Gemeinde. (Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf um 11 Uhr 50 Minuten unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 2 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Seidl (Krumau): Es wurde gesagt, daß man bei den Gemeindewahlen nicht Jemanden als Kandidaten aufstellen soll, der nicht als vollwerthiger Sozialdemokrat erscheint. Gegen jene Personen aber, die am Lande leben und so den gestern gefaßten Beschluß nicht einhalten können, könnte man dann leicht einwenden, daß sie keine vollwerthigen Sozialdemokraten seien und daher nicht kandidirt werden dürfen. Sehr viele Genossen gehören auch nur einer politischen Organisation an, weil eine gewerkschaftliche Bewegung für sie keinen Werth hat. In der vorliegenden Frage stelle ich mich auf den praktischen Standpunkt. Wenn einmal die Gemeindewahlordnung auf die Tagesordnung kommt, müssen wir so vorgehen wie bei einem Streik; wir müssen viel fordern und nehmen das Wenige an, wenn wir nicht mehr erreichen können. Was die Aufstellung von Kandidaten für den Gemeinderath betrifft, so muß ich sagen, wenn einer nicht die genügende Befähigung hat oder nicht die genügenden Garantien vorhanden sind, daß er im Sinne unserer Partei wirken werde, dann verzichte man lieber auf die Aufstellung von Kandidaten.

Winarsky (Wien): Die Frage, welche Austerlitz zur Diskussion gestellt hat, ist gewiß weniger eine Frage des Prinzips als der Taktik. Es handelt sich darum, wo mehr für die Partei herausschaut. Das Eine ist gewiß, daß die allgemeine Kurie, wie sie jetzt auch für die Gemeinde nachgeahmt wird, eine elende Karikatur des allgemeinen Wahlrechtes ist. Ich bin mir auch sehr wohl der Thatsache bewußt, daß gerade durch den allgemeinen Wahlkörper den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geboten ist, Demagogie zu treiben. Die bürgerlichen Parteien können da zwei Gesichter zeigen, ein anderes in der allgemeinen Kurie und ein anderes in der privilegirten Kurie. Ich weiß auch, daß dieses Wahlrecht dazu führt, den bürgerlichen Parteien eine Doppelvertretung zu geben, aber gerade diese Thatsache muß in den Reihen der Arbeiter eine ungeheuere Erbitterung über dieses Wahlsystem erzeugen, und gerade darin liegt die Gewähr, daß diese allgemeine Kurie die Wahlrechtsbewegung nicht zum Stillstande bringen wird. Darum glaube ich, so schlecht die allgemeine Kurie ist, so ist sie doch der reinen Interessenvertretung vorzuziehen, weil sie uns die Möglichkeit des Anlaufes für das wirkliche allgemeine Wahlrecht gibt, während bei der reinen Interessenvertretung die Gefahr der scheinbaren Befriedigung besteht. Diese scheinbare Gleichberechtigung macht es unmöglich, die Massen in jenen Schwung zu bringen, der nöthig ist, um eine Wahlrechtsbewegung hervorzubringen. Aber ganz abgesehen davon kann sich unsere Partei, selbst wenn sie zu wählen hätte, wovon ja gegenwärtig keine Rede ist, nicht für das „bessere Surrogat" der reinen Interessenvertretung entscheiden, weil es einfach kein besseres Surrogat ist, und besonders deshalb, weil Derjenige, der einmal vorzuziehen angefangen hat, sich bereits selbst auf den Boden der Interessenvertretung gestellt hat. Und was nicht übersehen werden darf: Kann es aber unsere Position stärken, wenn wir uns in dem Augenblicke, wo wir beschlossen haben, neuerlich eine Massenbewegung für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Reiche einzuleiten, auf den Boden des Austerlitz'schen Antrages stellen? Das wäre ein schwerer taktischer Fehler. Ich glaube daher, daß der Antrag der Bezirksorganisation VII anzunehmen wäre.

Stark (Tachau): Man liest jetzt so viel von sozialdemokratischen Siegen. Besser wäre es, man würde nicht davon sprechen. Auf ein Zusammengehen mit anderen Parteien können wir nicht ganz verzichten. Es gibt verschiedene Dinge, in denen wir mit ihnen gehen müssen. Warum sind die Bauern politisch so geknechtet? Weil sie in den Bezirksvertretungen, in denen ja die Vertreter der Gemeinden sitzen, den fürstlichen Direktor oder den Herrn Fabrikanten zum Obmann wählen und sich dann dessen Diktaten fügen müssen.

Emmerling (Wien): Wir haben im Wiener Wahlkampfe ein bedenkliches Symptom kennen gelernt: Die Unlust zum Kampfe. Das mag zum Theil auf den Gegner zurückzuführen sein, den wir zu bekämpfen hatten, zum Theil war die Aussichtslosigkeit des Kampfes schuld. Seit wann sind uns aber denn die Mandate

die Hauptsache? Ich habe immer gehört, daß für uns der Kampf die Hauptsache ist, daß wir in ihm groß geworden sind. Wenn wir den Weg betreten, der uns vom Genossen Austerlitz vorgeschlagen wird, dann begeben wir uns auf eine schiefe Ebene. Dann können Sie nicht mehr verhindern, daß Kompromisse gemacht werden. Wenn Genosse Austerlitz sagt, daß das keine Frage des Prinzips sei, und daß man das den Genossen in den einzelnen Gemeinden zur Beurtheilung überlassen möge, so glaube ich, daß unsere Genossen noch nicht so gefestigt sind, um entscheiden zu können, ob es gut ist, diesen Weg einzuschlagen oder ob es nicht besser ist, einzig und allein nur für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten. Ich glaube also auch, daß wir den Antrag der Bezirksorganisation VII annehmen sollen.

Prähauser (Salzburg): Es scheint, daß es Leute gibt, die in dem Momente, wo Mandate zu holen sind, um ein Mandat zu erhalten, jedes Wahlrecht akzeptiren. Genosse Dr. Adler hat in seiner Broschüre über die Arbeiterkammern gesagt: Es handelt sich nicht um das Gewähltwerden, sondern um das Wählen. Wir haben uns nicht damit zu befassen, zu entscheiden, ob die Interessenvertretung oder die fünfte Kurie annehmbarer wäre. Was wir bekommen, ist uns gleichgiltig. Wir benützen Alles, was uns die bürgerlichen Parteien geben, um unser Ziel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, zu erkämpfen.

Maar (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Austerlitz. Es möge nunmehr nur über die anderen Dinge diskutirt werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Bauer (Wien): Ich bin gegen den Antrag des Genossen Austerlitz. Wenn wir die reine Interessenvertretung hätten, würden wir dadurch sowohl in der Agitation wie in der Organisation großen Schaden erleiden. Wenn wir eine bestimmte Anzahl von Mandaten sicher haben, wo bleibt dann die Agitation für das allgemeine Wahlrecht? Die Gemeinderathswahlen sinken dann zur Bedeutungslosigkeit der Gewerbegerichtswahlen herab, wo bekanntlich eine sehr geringe Wahlbetheiligung ist. Wenn wir uns an einem Wahlkampf betheiligen, so thun wir es, weil wir Propaganda machen wollen für unser Programm.

Dr. Adler (Wien): Ich habe mir die Debatte anders vorgestellt, gebe aber zu, daß den Anlaß zu dieser Auseinandersetzung der Artikel des Genossen Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung" gegeben hat. Zunächst muß ich aber mit einer Verwahrung gegenüber dem Referenten beginnen. Ich hoffe, Sie werden nicht der Ansicht sein, daß man einem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" bloß deshalb, weil er Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" ist, das Recht entziehen kann, seine Ansichten in der „Arbeiter-Zeitung" zu vertreten. Es hat so etwas wie von oben herab geklungen, wenn Schuhmeier sagte, Austerlitz solle in der „Arbeiter-Zeitung" das sagen, was die Genossen meinen, nicht aber das, was er selbst meint. Ich muß konstatiren, daß in dieser Frage wie in allen anderen, in der „Arbeiter-Zeitung" die vollste Objektivität gewahrt worden ist. Wenn die Diskussion keinen größeren Umfang annahm, so ist das fürwahr nicht die Schuld der „Arbeiter-Zeitung." (Schuhmeier: Der Artikel war ganz unzeitgemäß.) Wenn Alle, die an der Frage interessirt sind, insbesondere die Provinzgenossen, den Entschluß hätten fassen können, sich wirklich sachlich mit der Frage zu beschäftigen, wäre es schon anders gewesen. Auch muß ich noch die angeblich prinzipielle Frage auf ihren wahren Umfang zurückführen. Der Antrag des VII. Bezirkes ist einfach ein Schlag ins Wasser. Das, was dort behauptet wird, ist auch vom Genossen Austerlitz nicht bestritten worden. Es handelt sich nicht darum, daß wir jetzt statt für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Interessenvertretung kämpfen sollen, sondern bloß darum, in einem bestimmten Momente seine Meinung zu sagen. Für Wien ist die Frage erledigt. Wir haben es also leicht, prinzipiell zu sein. Für die Provinzhauptstädte kommt aber jetzt überall eine Wahlreform, und da sehen wir zwei Strömungen bei den herrschenden Parteien: die eine, die altliberale Strömung, einen Wahlkörper der Rechtlosen anzuflicken, die andere, die bei den Christlich-Sozialen und Klerikalen vorherrscht und die von der Regierung durch ein Rundschreiben in allen Provinzen empfohlen wurde, einen vierten allgemeinen Wahlkörper einzuführen. Eine von diesen zwei

Reformen wird in allen größeren Städten gemacht werden. Da hat nun Genosse Austerlitz gemeint, es genüge in dieser Situation für die Arbeiter nicht, daß sie ihren prinzipiellen Ruf immer wiederholen, sondern sie haben vielmehr auch die Pflicht, zu sagen, welche von diesen schlechten Reformen ihnen als das kleinere Uebel erscheint. Es wurde hier gesagt, daß die Arbeiterschaft so machtlos sei, daß sie nicht gefragt werde, welche Reform ihr passe. Aber, Genossen, wenn wir mit dem, was wir sagen, nichts ausrichten, dann dürfen wir überhaupt nichts verlangen, dann dürfen wir überhaupt nicht demonstriren. Wir könnten dann höchstens sagen, je mehr wir das Eine verlangen, desto eher werden wir das Andere bekommen. Das ist aber eine Schlaumeierei, die wir sonst nicht befolgen. Die Genossen werden mir vorlesen, was ich in meiner Broschüre gesagt habe. Recht schön. Aber für uns ist die Frage: Haben wir aus der Geschichte der fünften Kurie und aus den Erfahrungen mit dem allgemeinen Wahlkörper etwas gelernt? Sind diese Erfahrungen geeignet, uns in der alten Meinung zu bestärken, daß ein Wahlkörper des allgemeinen Wahlrechts eine Station, auch nur eine schlechte und elende Station auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht ist? Oder zeigen diese Erfahrungen, daß wir uns in der Abschätzung geirrt haben und daß die andere Verfälschung die weniger giftige und weniger gefährliche ist? Es ist also eine rein praktische und durchaus nicht prinzipielle Frage.

Wenn Sie nun mich persönlich fragen — ich habe bisher nicht darüber gesprochen und geschrieben, weil ich es nicht für opportun hielt, daß diese Frage aufgeworfen wird —, so sage ich Ihnen: Ich bin allerdings durch die Erfahrungen belehrt worden, und ich glaube heute einzusehen, daß es in vielen Fällen etwas Schlechteres gibt als eine Kurie der Rechtlosen, und dieses Schlechtere ist die Kurie des allgemeinen Wahlrechts mit all ihrer Korruption. Die Verhältnisse können anderswo anders sein. Genosse Austerlitz hat meiner Anschauung nach in diesen Artikeln nicht gesagt, man habe sich für die separate Kurie der bisherigen Nichtwähler zu entscheiden, sondern er hat gesagt, daß die Beurtheilung von den Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden abhängt, und daß man darin, ob man das Eine oder das Andere für das kleinere Uebel hält, nicht eine Abirrung vom Prinzip sehen soll. Und wenn Sie genau wissen wollen, was er meint, so sage ich Ihnen, er wünschte einer ganzen Anzahl von Genossen das Gewissen zu erleichtern.

Ich glaube wirklich, daß es unserem Kampfe gar nichts vergeben würde, wenn die Genossen in irgend einer Gemeinde ruhig erklären würden: Ihr verfluchten Kerle, wir verlangen das allgemeine, gleiche Wahlrecht, und Ihr gebt es uns nicht. Wenn Ihr uns statt dessen einen elenden Knochen hinwerft, so gebt uns wenigstens einen solchen, an dem noch etwas Fleisch daran ist. (Schuhmeier: Also ein Schinkenbein! — Heiterkeit.) Ganz richtig. Sie werden selbstverständlich von diesem praktischen Standpunkte aus nicht sprechen, sondern werden auf dem prinzipieller aussehenden, der in diesem Falle der bequemere ist, verbleiben.

Anfosbky (Wien): Genosse Austerlitz scheint die Umwege zu lieben, und ich fürchte, wenn wir ihm auf diesen Umwegen folgen, so wird uns dasselbe Schicksal in Bezug auf das Gemeindewahlrecht erreichen, das seine Resolution erleben wird. Ich glaube, wenn er den geraden Weg gegangen wäre, so würde das, was er will, zum Mindesten nicht einen heftigen Widerstand am heutigen Parteitage hervorgerufen haben. Genosse Austerlitz hat in seinem Artikel die Interessenvertretung über den grünen Klee gelobt (Dr. Adler: Das kann man nicht sagen), auf der anderen Seite hat er die allgemeine Kurie als das Allerschlechteste hingestellt, was sie ja schließlich auch ist. Ich kann mich nun, sobald es sich um diese beiden Surrogate handelt, nicht in eine große Hitze hineinreden. Dr. Adler hat gemeint, man wirft uns da einen Knochen hin. Ich möchte lieber Folgendes sagen: Wir verlangen Fleisch und anstatt dessen gibt man uns bloß Erdäpfel. Der Austerlitz will aber statt der Erdäpfel Kraut haben. (Heiterkeit.) Ja, das ist eben Geschmackssache. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich habe das Gefühl, wenn wir eine Interessenvertretung erhalten hätten, so hätte man die allgemeine Kurie für das Bessere angesehen. Ich glaube, es ist ganz unnöthig, sich über die „Vorzüge" dieser beiden Surrogate auseinanderzusetzen, weil wir ja nicht in die Lage kommen, eines derselben zu wählen. Auch Genosse Austerlitz ist jedenfalls dieser Meinung. Wenn er

ein so überzeugter Anhänger seiner Idee wäre, dann hätte er konsequenterweise sagen müssen: Wir müssen aus taktischen Gründen — „taktisch" scheint man gern für „opportun" zu gebrauchen — die Interessenvertretung verlangen, weil wir vorläufig das allgemeine Wahlrecht nicht erreichen. Es geht nicht an, daß wir uns für irgend ein Surrogat erwärmen. Ich bin unter Umständen für eine Opportunitätspolitik, es geht aber nicht an, es so weit zu treiben, daß wir etwas verlangen, was mit unseren Anschauungen nicht übereinstimmt. Ich will durchaus nicht das Recht der freien Meinungsäußerung einschränken, aber ich würde doch wünschen, daß man in Zukunft nicht eine ganz neue Taktik proklamirt, bevor man sie nicht gründlich diskutirt hat. Die Artikel des Genossen Austerlitz waren eine gewöhnliche Entgleisung. Das hat man aber in der Redaktion nicht zugestehen wollen. Wir haben keine Ursache, vorläufig eine andere Parole auszugeben als die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht auch in der Gemeinde. Daß wir das nicht bekommen werden, mag richtig sein. Was wir bekommen, werden wir uns genau anschauen und dann unsere Taktik darnach einrichten.

Resel (Graz): Es ist merkwürdig und es wird so gethan, als ob wir uns jetzt zwischen dem allgemeinen Wahlkörper und der Interessenvertretung entscheiden müßten. Ich weiß nicht, wer darum gefragt wurde. Wir sind bisher noch nicht gefragt worden. Den Herrschenden handelt es sich in diesen Fragen immer um die Zweckmäßigkeit. Ob sie uns nun das Eine oder das Andere geben, immer haben sie die Absicht, uns zu prellen. Ich glaube nicht, daß es zum Prinzipe gemacht werden muß, daß man sich unter allen Umständen von den Gemeindevätern prellen lassen muß. (Heiterkeit.) Genosse Austerlitz hat sich in einem späteren Artikel darüber beschwert, daß gerade die Brünner und Grazer Genossen zu der Frage nicht Stellung genommen haben. Wir werden dazu Stellung nehmen, wenn die Sache in Graz zur Verhandlung kommt. (Sehr richtig!) Dann werden wir untersuchen, was uns zweckmäßiger erscheint. Ich bin weder für den Antrag Austerlitz, noch für den des VII. Bezirkes. Für was ich bin, ist der letzte Absatz des Antrages des VII. Bezirkes.

Die Anzahl der Mandate, die wir haben, ist nicht gleichgiltig. Wenn ich bei der Arbeiterkurie im Gemeinderathe sitze, kann ich mehr für das allgemeine, gleiche Wahlrecht wirken, als wenn ich beim allgemeinen Wahlkörper nicht darin sitze. Ich bin gewiß nicht für Mandatsjägerei. Aber mitunter kann uns ein Mandat im Gemeinderath wichtiger sein als der bloße Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Dadurch, daß wir hier im Gemeinderathe als Vertreter sind — wenn auch als Vertreter des dritten Wahlkörpers — haben wir schon viele neue Anhänger für unsere Partei gewonnen. Die Frage ist eben keine Frage des Prinzips, sondern ausschließlich der Taktik, und deshalb ist der eine Antrag genau so verwerflich wie der andere. Solche Dinge lassen sich nicht festlegen. Darüber muß in dem Augenblick entschieden werden, wo die Frage an uns herantritt. Man entscheidet dann so, wie man es für die Partei am zweckmäßigsten findet. Das Beste wäre, wenn wir über beide Anträge zur Tagesordnung übergingen.

Nun zu etwas Anderem: Die Zeitungen schreiben jetzt sehr viel von sozialdemokratischen Gemeindewahlsiegen. Wir Alle wissen, wie oft uns derartige „sozialistische" Gemeinderäthe nur Schande bereiten. Da werden wir uns doch vor Allem darüber klar werden müssen, wer ein sozialdemokratischer Gemeinderath ist und wer nicht. Wir Steirer sind immer gescheidte Leute (Heiterkeit), und so haben wir auch diese Frage bereits geregelt. Auf der Landeskonferenz haben wir beschlossen: Sozialistischer Gemeinderath ist, wer auf Grund unseres sozialistischen Programms gewählt wurde und sich während der ganzen Dauer seines Mandats nichts zu schulden kommen ließ, was gegen die Arbeiterinteressen ist oder gegen unsere Prinzipien verstößt.

Freilich hat dies eigentlich die Festsetzung eines Gemeindeprogramms zur Voraussetzung. Ich glaube, daß in dieser Frage vor Allem praktische Erfahrungen maßgebend sind, und solche haben wir bis jetzt nicht. Wenn die Parteivertretung das Wirken der sozialistischen Gemeinderäthe genau überwachen würde, wenn das geschähe, würden wir allerdings erleben, daß sich die Zahl der sozialistischen Gemeinderäthe erheblich reduziren würde. (Heiterkeit und Beifall.)

60. Seliger (Reichenberg) stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag beschließt, über den Punkt „Gemeindewahlrecht" zur Tagesordnung überzugehen und das gesammte hiezu vorliegende Material der Kommission für die Revision des Parteiprogramms mit dem Auftrage zuzuweisen, im Anschluß an das Parteiprogramm die Grundzüge für ein Gemeindewahlprogramm auszuarbeiten und dem nächsten Gesammtparteitage vorzulegen.

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung spricht

Beutel (Aussig).

Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf abgelehnt.

Heller (Wien): Ich bedauere, daß wir uns durch einen Fehler der Parteivertretung bei diesem Punkte ausschließlich mit dem Gegensatz zwischen reiner Interessenvertretung und allgemeiner Kurie beschäftigen müssen. Wäre die Parteivertretung so klug gewesen und hätte sie nicht „Gemeindewahlrecht" sondern „Gemeindeverwaltung" auf die Tagesordnung gesetzt, so wäre diese Frage in den verschiedenen Bezirken schon vorher berathen, der Entwurf wäre studirt worden und wir hätten Verbesserungsvorschläge zu demselben bringen können. Anzunehmen ist der Entwurf in der vorliegenden Form in keinem Fall. Die Verbesserungsbedürftigkeit desselben steht außer allem Zweifel. Nehmen wir nur den Punkt Besteuerung. Im Punkt 11 heißt es: Der Werth des Grundeigenthums ist von fünf zu fünf Jahren festzustellen. Aber die Forderung nach fünfjähriger Einschätzung ist doch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu dem Zweck, den Werthzuwachs, den Grund und Boden durch auf die Kosten der Gemeinde vollzogene Verbesserungen erfahren, wie zum Beispiel Kanalisation, Straßenverbesserung 2c., sowie die Werthsteigerung des Bodens in den Städten, welche durch die einfache Thatsache des wachsenden Zuzuges der Landbewohner in die Stadt geschaffen wird, der Gemeinde wenigstens zum Theil zuzuführen, statt ihn in die Taschen der Grundbesitzer fließen zu lassen. (Resel: Aufkaufen!) Gewiß, das ist immerhin ein Weg zur Zugänglichmachung dieses Werthes, denn die Gemeinde soll ja möglichst viel eigenen Grund und Boden erwerben, aber diese fünfjährige Einschätzung hat doch den Zweck, den Werthzuwachs der Besteuerung zuzuführen, was aber im Punkt 12 überhaupt nicht berührt ist. Alle möglichen Steuern werden da vorgeschlagen, diese wichtigste Steuer wird aber mit keinem Wort erwähnt. Und nun bedauere ich, Ihre Zeit nochmals mit der Frage Austerlitz in Anspruch nehmen zu müssen, weil ich der Meinung bin, daß das keine Wiener Krankheit ist, sondern daß auch die Provinzen, die Linzer und Grazer Genossen daran sehr lebhaft interessirt sind und hier Klarheit geschaffen werden soll. Es ist nicht richtig, daß das Ganze eine Privatunterhaltung zwischen den Genossen k. a., Ansobsky und Brod ist. Die Linzer Genossen, die lediglich von den in ihrer Gemeinde herrschenden Verhältnissen ausgehen: Wir wollen die Interessenvertretung nicht, wurden in der „Arbeiter-Zeitung" auf das Heftigste angerempelt; es wird dort nicht gesagt, daß die reine Kurie unter Umständen gut ist, sondern es heißt, sie ist unstreitig das Vernünftigste und Ehrlichste. Wenn Dr. Adler uns sagt, wir Wiener haben leicht reden, wir haben unseren Betrug schon, aber die Genossen in der Provinz können sich noch aussuchen, ob sie geröstet oder gebraten werden wollen, so ist das nicht richtig, denn auch die Linzer und Grazer haben keine Wahl. Es ist nicht wahr, daß wir unter zwei Betrugsformen, die vorhanden sind, eine wählen müssen. So wie es Zeiten in der Partei gegeben hat, wo man sich überall von der Phrase beherrschen ließ, so sehen wir heute in der Partei eine „praktische" Strömung, die jedes Pathos in der Partei durch eiskalte Skepsis ertränkt, jede Schwungkraft erstickt, und die Ausführungen von k. a. in der „Arbeiter-Zeitung" sind symptomatisch dafür. Dr. Adler sagt, das sei keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der Taktik. Aber wenn wir auch die Frage nicht als eine prinzipielle ansehen und wenn wir nicht davon ausgehen, daß es ein Unrecht sei, traditionelle Schlagworte, die sich als durchaus nicht unbequem erwiesen haben, über Bord zu werfen, so frage ich: Ist es denn auch nur taktisch klug, zu thun, was uns Austerlitz vorschlägt? Dr. Adler hat sich um die Sache herumgedrückt; er hat uns nicht ein Wort davon gesprochen, welche Nachtheile und welche Vortheile dieser reinen Kurie anhaften. Er hat uns gesagt, was uns auch Austerlitz unterschiebt, daß, wenn wir die reine

Kurie verwerfen, wir unbedingt für die allgemeine sind. Aber ganz im Gegentheil, wir hätten vielmehr gewünscht, daß Genosse f. a. jene Gründe, die er gegen den Volksbetrug durch den vierten Wahlkörper ins Feld führte zu Gunsten der reinen Interessenkurie, viel früher geltend gemacht hätte, aber zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die reine Interessenvertretung, wie Sie Ihnen empfohlen wird, hat nur den Zweck, Ihnen unter den besten Umständen einige Mandate mehr zu verschaffen. Ich stehe ja auch nicht auf dem Standpunkte, daß wir nur wählen sollen, um uns in Bewegung zu setzen, aber wir haben in der allgemeinen Kurie durch unsere Kraft Männer durchzubringen, die dann als Ausdruck der Macht des arbeitenden Volkes in die Vertretungskörper, in den Gemeinderath eintreten, und ich gestehe offen, daß zwei Gemeinderäthe, die vom Volk hineingeschickt werden, ein viel größeres moralisches Gewicht in die Wagschale zu werfen vermögen als etwa 15 Leute, die einfach hintreten als ernannte Vertreter der Arbeiterschaft. Wir sehen beispielsweise bei den Gehilfenausschußwahlen in Wien, wie die Betheiligung und das Interesse an den Wahlen von Jahr zu Jahr sinkt, weil wir keine Gegner haben. Die allgemeine Kurie und die Interessenkurie — Beides ist Volksbetrug — in beiden Fällen sind wir die Betrogenen und die Entrechteten; wir verlangen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, alles Andere, was beschlossen wird, wird gegen uns beschlossen! Wir werden es ausnützen wie Alles, was wir bisher abgetrotzt und ausgenützt haben, wir werden es aber nicht billigen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Bezirksorganisation VII anzunehmen.

Dr. Czech (Brünn): Ich halte die heutige Diskussion für durchaus unfruchtbar und überflüssig, denn es ist sicher, daß Wahlreformen heute ohne uns gemacht werden und wir die Letzten sind, an welche sich die herrschenden Klassen um Rath wenden, wenn sie uns ein Wahlrecht geben. Wenn wir von vorneherein wissen, daß alles Fordern und jeder Kampf aussichtslos ist, so haben wir es absolut nicht nothwendig, unsere Forderungen und Prinzipien zu prostituiren. Wir stehen jetzt in Brünn vor einer Wahlreform, nämlich Herabsetzung des Zensus im dritten Wahlkörper von acht auf fünf Gulden und Schaffung einer allgemeinen Wählerklasse nach Art der Wiener Kurie mit zweijähriger Seßhaftigkeit. Ginge es nach dem Vorschlage Austerlitz, so müßten wir jetzt, nachdem wir jahrelang den Kampf für das allgemeine Wahlrecht geführt haben, gegen diese Wahlreform auftreten und den Kampf führen zu Gunsten einer Arbeiterkurie, die wir auf keinen Fall bekommen. Darin wäre aber auch die weitere Gefahr gelegen, daß, wenn wir für eine solche Arbeiterkurie mitarbeiten, wir sie überhaupt nicht mehr los würden. Und dadurch würde die von Austerlitz befürchtete Versteinerung des Wahlrechtes erst recht befördert werden. Wir würden es der Arbeiterschaft dann nicht mehr plausibel machen können, daß sie neuerdings den Kampf für das echte, unverfälschte, allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu führen habe. Wir werden es uns wohl überlegen, für irgend eine Form des Wahlunrechtes eine Stellung zu nehmen, sondern wir fordern das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Wenn wir aber gegen die Resolution Austerlitz sind, so sind wir auch gegen die Resolution der Bezirksorganisation VII, in der ausschließlich für die allgemeine Wählerklasse Propaganda gemacht wird, wenn das auch nicht offen herausgesagt wird. Wir brauchen keine Resolutionen, die ganze Diskussion in der Presse wurde vom Zaune gebrochen, wir bleiben bei unserer alten Parole, wir verlangen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Dr. Ellenbogen (Wien): Der ganze Streit wurde von Austerlitz ganz überflüssig vom Zaune gebrochen. Es schaut das so aus, als ob man gar nicht erwarten könnte, betrogen zu werden. Es war von Austerlitz taktisch unklug, einen solchen Artikel zu schreiben. Solche Artikel können nur den Glauben an den Ernst unserer Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht erschüttern. Es sieht das etwa so aus, als wenn wir zu den Herrschaften sagen würden: Wir wissen, daß wir beschwindelt werden, aber beschwindelt uns gefälligst nicht mit der allgemeinen Kurie, sondern mit der reinen Interessenvertretung. (Heiterkeit.) Ich stimme dem Genossen Dr. Czech vollkommen zu, daß wir die Autorität der Partei nicht für eine Sache in Bewegung setzen sollen, die uns nichts nützt, und daß wir unsere Kraft für das allgemeine und gleiche Wahlrecht aufwenden sollten.

Petersilka (Wien): Es fällt mir nicht ein, ein Jota von der Forderung nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht für die Gemeinde abzulassen, aber Einzelnes, was Austerlitz geschrieben, und der Gedankengang dieser Artikel ist mir sympathisch. Es handelt sich hier nicht um die Frage des Prinzips, sondern um die praktische Erwägung, auf welche Weise wir in der Gemeinde leichter zu Macht und Einfluß kommen. Wir wollen Leute in den Gemeinderath bekommen, damit sie dort wirthschaftliche Interessen der Bevölkerung vertreten, die Jeder, sei es auch der Dümmste, begreifen muß; und wenn unsere Gemeinderäthe in der Gemeindestube eine segensreiche Thätigkeit entfalten, so wirkt dies auch auf die Reichsrathswahlen zurück. Als Genosse Schuhmeier in den Gemeinderath gewählt wurde, wurde er für den Wauwau gehalten. Die Leute haben aber bald gesagt: Das ist ja doch eigentlich ein ganz fescher Kerl! (Heiterkeit.) Je mehr sich unsere Gemeinderäthe mit Realpolitik befassen, desto mehr wird die Bevölkerung einsehen, daß es ein Schwindel ist, was alles über die Sozialdemokratie gesagt wird. Je mehr Genossen wir in die Gemeindestube bekommen, desto leichter wird es sein, eine Erweiterung des Wahlrechts herbeizuführen, und wenn die Thätigkeit unserer Genossen in der Gemeindestube auch noch von Außen unterstützt wird, desto leichter werden wir die Leute zur Vernunft zwingen; von einer Versteinerung des Wahlrechts kann also da keine Rede sein.

Ueber Antrag des Genossen Wlezek wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter **Schuhmeier**: Es war mir vollständig ferngelegen, wie Dr. Adler anzunehmen schien, dem Genossen Austerlitz persönlich nahezutreten, weder in seiner Eigenschaft als Redakteur, noch als Parteigenosse. Ich wollte ihn durchaus keines Mißbrauches seiner Redaktionsgewalt zeihen, indem er die angezogenen Artikel schrieb, sondern nur sagen, daß er ganz unzeitgemäß einen Artikel schrieb, wo ein anderer besser am Platz gewesen wäre. Er hat geirrt, und irren können wir Alle. Wenn Genosse Dr. Adler meint, Austerlitz wollte das Gewissen der Parteigenossen erleichtern, so meine ich, Austerlitz wollte das Gewissen Jener erleichtern, die ein schlechtes Gewissen haben, er wollte die Einen retten, um die Anderen in die Höhe zu bringen. (Heiterkeit.) Eine solche Taktik kann ich aber nicht gutheißen.

Wir können dem, was Genosse Austerlitz uns vorgelegt hat, nicht zustimmen, und bis auf den Genossen Petersilka scheint einmüthige Uebereinstimmung darüber vorzuherrschen, daß der Parteitag die Ansichten, die ich in meinem Referate vorgetragen habe, zu den seinigen gemacht. Nachdem ich nun meinen Zweck erreicht habe und fest überzeugt bin, daß Sie den Antrag Austerlitz ablehnen werden, daß Sie sich von dem bisherigen Wege nicht werden abbringen und sich nicht auf die Interessenvertretung als den kleineren Schwindel statt des größeren verweisen lassen, so getraue ich mich auch nicht mehr, den Antrag der Bezirksorganisation VII zur Annahme zu empfehlen. Genosse Heller soll selbst schauen, wie er damit fertig wird. (Heiterkeit.) Zum Schluß bitte ich Sie noch, dafür zu sorgen, daß die Kommission, die zur Revision des Parteiprogramms gewählt wird, etwas Endgiltiges in dieser Frage zustande bringe. Die Kommission wird uns dankbar sein, daß wir ihr Material geliefert haben und ich hoffe, daß auch der tschechische Parteitag hiefür weiteres Material liefern wird.

Abstimmung.

Der Antrag Austerlitz (**58**) wird einstimmig abgelehnt.

Heller (Wien): Durch die einstimmige Ablehnung des Antrages Austerlitz hat der Parteitag seinen Willen bekundet, daß er eine prinzipielle oder taktische Abweichung von der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für alle Vertretungskörper nicht billige. Hiedurch erscheint der Zweck des Antrages der Bezirksorganisation VII vollkommen erreicht, und ich ziehe unseren Antrag zurück. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag auf Zuweisung der „Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde" (**56**) an die zur Revision des Parteiprogramms gewählte Kommission wird einstimmig angenommen, womit der Antrag Seliger (**60**) und der Antrag der Bezirksorganisation Oskau (**57**) erledigt erscheint.

Das Skrutinium der

Wahl der Parteivertretung

hat folgendes Resultat ergeben:

Gewählt erscheinen in die Parteivertretung: Dr. Viktor Adler mit 93, Heinrich Beer mit 79, Anna Boschek mit 87, Dr. Wilh. Ellenbogen mit 93, Engelbert Pernerstorfer mit 92, Julius Popp mit 91, Franz Schuhmeier mit 92, Ferdinand Skaret mit 92 Stimmen; in die Kontrole: Georg Emmerling (Wien) mit 90, Josef Tomschik (Wien) mit 92, Franz Bentel (Aussig) mit 92, Josef Seliger (Reichenberg) mit 90, Mathias Eldersch (Brünn) mit 92, Julius Spielmann (Linz) mit 93, Vinzenz Muchitsch (Graz) mit 93, Jakob Prähauser (Salzburg) mit 93 Stimmen.

Weiters entfielen für die Wahl in die Parteivertretung auf Widholz 8, Hueber 4, Meizr 4, Smitka 2, Ausobsky 1, David 1, Rieger 1 und Winarsky 1 Stimme; in die Kontrole: auf Grünwald 2, Gröbner 1, Meizr 1, Pokorny 1, Schiller 1, Seidel 1 und Stark 1 Stimme.

Die Sammlung für die Familien der Saazer Inhaftirten hat Kr. 69·29 ergeben.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um halb 5 Uhr geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 1/4 9 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Alters- und Invaliditätsversicherung.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

61. Resolution des Berichterstatters:

Der deutsche Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erklärt die Versorgung der Arbeitsunfähigen als eine ebenso selbstverständliche wie dringende Pflicht der kapitalistischen Gesellschaft und beauftragt den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, die Einbringung einer Vorlage betreffend die obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung energisch zu urgiren, wobei folgende Grundsätze zu berücksichtigen sind:

1. Die Versicherungspflicht hat zu gelten für sämmtliche Arbeiter und Beamten der Groß- und Kleinindustrie, des Bergbaues, der Handels- und Transportunternehmungen, des Hausfleißes, der Land- und Forstwirthschaft, für die Dienstboten — kurz, ausnahmslos für Alle, die im Bezuge von Gehalt, von Geld oder Naturallohn stehen.

Außerdem sollen versichert werden diejenigen Kleingewerbetreibenden, die nur mit Lehrlingen oder mit einem bis zwei Gehilfen arbeiten, sowie Landwirthe, welche nur mit ihren Angehörigen oder höchstens zwei Hilfskräften arbeiten.

2. Als Mindestleistungen sind Renten in der Höhe von 50 Perzent des faktischen Lohneinkommens zu gewähren, und zwar die Altersrente vom 60. Lebensjahre an, die Invalidenrente an zeitweise Arbeitsfähige im unmittelbaren Anschlusse an die Krankenversicherung, an dauernd Erwerbsunfähige ebenfalls sofort beim Eintritte der Invalidität, wobei als invalid Derjenige zu betrachten ist, dessen Arbeitsverdienst infolge seiner mangelnden Arbeitsfähigkeit dauernd unter die Hälfte seines bisherigen Verdienstes in seinem Berufe gesunken ist.

3. Die Renten sollen nach je drei Jahren um zehn Perzent steigen, bis 80 Perzent des wirklichen Verdienstes erreicht sind.

Die Einschätzung hat in acht Lohnklassen nach dem faktischen Einkommen zu erfolgen.

Die Wartefrist hat bei Invaliditätsrenten drei, bei Altersrenten 20 Jahre zu betragen.

4. Die Kosten der Versicherung sind entweder vom Staat und Unternehmerthum unter Garantieleistung des ersteren zu decken oder durch Zuschläge zur Personaleinkommensteuer hereinzubringen, wobei bis zur Einführung der progressiven Einkommensteuer die ersten zehn Stufen von einer Beitragsleistung frei bleiben, so daß also bloß Einkommen über 2000 Kronen belastet werden.

Im ersteren Falle hat der Staat auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit des Arbeiters für die Beiträge des Unternehmers aufzukommen.

Die Deckung der Kosten hat nach dem Kapitaldeckungssystem zu erfolgen.

5. Die Durchführung der Versicherung hat durch die Krankenkassenverbände zu erfolgen, deren Verwaltung den Versicherten und den Unternehmern unter Aufsicht des Staates zu übertragen ist.

62. Antrag Simon Stark (Tachau):

Zu Punkt 2 soll es heißen: „50 Perzent des faktischen Lohneinkommens, dessen Minimum nicht unter zwei Kronen festgestellt werden darf, zu gewähren."

63. Antrag Bauer (Wien):

Die Versicherungspflicht hat zu gelten für sämmtliche männliche und weibliche Personen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, welche als Gehilfen, Lehrlinge und Dienstboten sowie als Beamte der Groß- und Kleinindustrie, des Bergbaues, der Handels- und Transportunternehmungen, des Hausfleißes, der Land- und Forstwirthschaft beschäftigt sind, kurz, ausnahmslos für Alle, die im Bezug von Gehalt, von Geld- und Naturallohn stehen.

64. Antrag Beutel (Aussig):

Um die Lösung der Frage des Ausbaues der Alters- und Invaliditätsversorgung zu beschleunigen, ist derselben in einer ständigen Rubrik der gesammten Parteipresse wie auch in den Volks- und Vereinsversammlungen mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuweisen.

65. Antrag Widholz (Wien):

Der Parteitag erklärt sich prinzipiell mit der vom Referenten vorgelegten Resolution einverstanden und beschließt, mit Rücksicht auf die erst in letzter Stunde erfolgte Vorlage derselben die Resolution dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses zur selbstständigen Entschließung und eventuellen Aenderung der einzelnen Punkte zu überweisen.

Berichterstatter **Kaff**: Wer auf die Regungen und Wünsche der Arbeiterschaft, wenn auch nur mit halbem Ohr, hinzuhorchen pflegt, der konnte in der letzten Zeit die Wahrnehmung machen, daß laut und leise Wünsche nach Einführung einer obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung wach werden und immer deutlicher sich äußern. Die Millionen Proletarier, deren Herzen die Sorge um das Brot der Zukunft quält, sie wollen dieser Sorge enthoben sein! Und merkwürdig! Auch andere Bevölkerungskreise, nicht bloß bürgerliche „Volksvertreter", welche in arbeiterfreundlichem Lichte erscheinen wollen, sogar die Regierung und — man sollte es nicht für möglich halten: selbst landwirthschaftliche Korporationen erklären die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter für eine wünschenswerthe Sache. Es bedarf daher keiner weiteren Begründung, um die Nothwendigkeit dieser Versicherung zu erweisen, und der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs kann es sich füglich ersparen, seine Bereitwilligkeit und seinen guten Willen in dieser Sache zu manifestiren, zumal ja die Sozialdemokratie es sich von jeher zur Aufgabe gemacht hat, den erwerbsunfähigen gleichwie den erwerbsfähigen Arbeiter zu schützen. Wenn nun in der Folge der Interessenschutz des erwerbsunfähigen Arbeiters zeitweilig in den Vordergrund der Agitationsthätigkeit treten und der Parteitag heute den Organisationen den Rathschlag ertheilen sollte, bei der Agitation für die Erweiterung der politischen Rechte auch der Propaganda für die Alters- und Invaliditätsversicherung Raum zu geben, dann gewiß nicht deshalb, weil diesfalls etwas verabsäumt wurde und nun nachgeholt werden muß oder weil der Interessenschutz des erwerbsunfähigen Arbeiters leichter ist als der des erwerbsfähigen, sondern weil mit der Einführung der obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung in der That nicht länger zugewartet werden kann und der Ausbau der Arbeiterversicherung eine dringende Pflicht des kapitalistischen Staates, eine soziale Aufgabe der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist. Denn die Arbeiterversicherung — und damit möchte ich die Stellung der Sozialdemokratie zu derselben prinzipiell erklären — stellt zwar ein Stück bürgerlicher Sozialreform, aber nicht ein Stück Sozialismus dar. Die Kapitalien, welche als Reserven das Vermögen der Krankenkassen und Unfallversicherungsanstalten ausmachen, sind zwar kollektives Eigenthum, aber nicht mehr wie die Kassenbestände des Staates, die er zur Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse benützt. Die Arbeiterversicherung ist nur die moderne Form für die Armenversorgung, die sich, je länger sie in der alten Weise betrieben wird, desto unzulänglicher zeigt.

Damit soll die Bedeutung und Wichtigkeit der Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiterschaft nicht herabgesetzt, sondern nur festgestellt werden, daß mit der obligatorischen Einführung derselben der heutige Staat nichts thut, was er nicht seinem Wesen und seinem Zwecke nach ohnedies thun muß und wozu er auf alle Fälle verpflichtet ist: jedem Erwerbsunfähigen ein Existenzminimum zu garantiren.

Was hat denn der Staat, was hat das Unternehmerthum bisher auf dem Gebiete der Alters- und Invalidenfürsorge geleistet?

Es ist bald erzählt. Fette Pfründen für abgetakelte Minister und ausrangirte Generale, magere Provisionen, Bettelalmosen für die Arbeiter der ärarischen Betriebe.

Und für die Uebrigen? Sieht man von den Bergarbeitern ab, für die eine obligatorische, freilich sehr fragwürdige Alters- und Invaliditätsversorgung besteht, so ist das Riesenheer der besitzlosen Proletarier wie auch ein stattliches Armeekorps vermögensloser Kleinbürger auf die berüchtigte Armenpflege angewiesen, die eine rechtliche Folge unserer nicht minder berühmten Heimatsgesetzgebung ist.

Bekanntlich werden die skandalösen Zustände, die die letztere herbeigeführt hat, durch das neue Heimatsgesetz eine Aenderung erfahren. Millionen heimatloser Proletarier werden im nächsten Jahre und in den folgenden Jahren in ihren Aufenthaltsgemeinden das Heimatsrecht und damit den Anspruch auf Armenpflege erwerben. Wie rüsten sich nun die Gemeindeverwaltungen der Industriestädte, um ihren erhöhten Verpflichtungen nachzukommen? Bisher hat man noch wenig erfahren. Aus einem Industriemarkt an der Südbahn ist mir ein ganz unerhörter Vorfall bekannt geworden: Die Leitung des dortigen Stahlwerkes entließ auf einen Wink der Gemeindeverwaltung ältere Arbeiter, welche das Heimatsrecht bis zum nächsten Jahre ersessen hätten, aus dem Arbeitsverhältniß. Und in den Arbeiterblättern war jüngst zu lesen, daß eine solche keineswegs „stillschweigende Willenserklärung" auch in anderen Gemeinden erfolgte und die Entlassung älterer, derzeit noch nicht heimatsberechtigter Arbeiter herbeiführte.

Andererseits hat das Inkrafttreten des neuen Heimatsgesetzes und die bevorstehende Erhöhung der Armenlasten zur Folge, daß die Gemeindevertretungen dem Gedanken einer staatlichen Alters- und Invalidenversorgung näher treten, und daß auch Viele, die den besitzenden Klassen angehören, sich mit der Sache befreunden. Die Gemeindevertreter wissen, wie sehr die derzeit schon vorhandene Arbeiterversicherung die Armenbudgets der Gemeinden entlastet, und sie wissen auch, daß dies bei Einführung der Alters- und Invalidenversorgung noch weit mehr der Fall sein würde.

Schon die Unfall- und Krankenversicherung wirkt entlastend. Ende 1897 standen 26.252 Personen im Bezug dauernder Renten von zusammen 2,156.702 fl., außerdem leisteten die Unfallversicherungsanstalten im Jahre 1897 über $1^1/_3$ Millionen an sonstigen Entschädigungen. Die Krankenkassen haben in dem Zeitraume von 1890 bis 1897 für rund 7·37 Millionen Erkrankungsfälle mit 125·54 Millionen Krankentagen, sowie für zirka 148.000 Sterbefälle 103·13 Millionen Gulden an Unterstützungen geleistet.

Alle diese Tausende von Arbeitern wären ohne die Unfall- und Krankenversicherung zum größten Theile den Gemeinden zur Last gefallen. Heute ist die Arbeiterschaft versicherungspflichtig und erhält ihre Erwerbsunfähigen größtentheils aus eigenen Mitteln. Denn von den 160 Millionen Gulden, die für Zwecke der Arbeiterversicherung in dem Zeitraume von 1890 bis 1897 eingehoben wurden, haben die Arbeiter allein zirka 84 Millionen direkt aufgebracht, die heute dazu dienen, die Gemeinden zu entlasten und die öffentlichen Mittel, die übrigens ohnedies auch zu einem großen Theile von den arbeitenden Klassen stammen, zu schonen. Aber nicht genug daran: Den Gemeinden steht sogar ein Forderungsübergang hinsichtlich des Krankengeldes zu. Wer Armenpfründe bezieht, muß diese unter Umständen mit seinem Krankengeld zurückzahlen! Es besteht aber eine direkte Leistung der Krankenkassen zu Gunsten der Gemeinden. Die Entlastung der letzteren durch die ersteren erfolgt dadurch, daß die Krankenkassen die Verpflegskosten für die in den Spitälern befindlichen Kassenmitglieder tragen; — was das bedeutet, weiß Jeder, der von der Verwaltung der Krankenkassen Kenntniß hat.

Die Landes- und Gemeindeverwaltungen sind denn auch mit großem Eifer bemüht, die Krankenkassen zur Erhaltung der Spitäler heranzuziehen; wo das nicht geht, schreckt man auch davor nicht zurück, dem Verpflegten selbst die Kosten aufzubürden, und nur der Konnivenz der Krankenkassen haben es viele Arbeiter zu danken, wenn sie nicht um ihre letzten Habseligkeiten gepfändet werden . . . Es ist sonach begreiflich, wenn Professor Mischler in seiner Schrift über das „Armenwesen in

Steiermark" einen Rückgang der Spitalskosten, insbesondere der uneinbringlichen, infolge der Krankenversicherung konstatirt.

Die Einführung der Alters- und Invalidenversorgung würde nun sicherlich noch intensiver entlastend wirken, wie dies Erhebungen, die im Deutschen Reiche diesfalls gepflogen wurden, unzweifelhaft dargethan haben.

Allerdings — und das ist eine höchst werthvolle Beobachtung — ist in der Zahl der Unterstützten und im Aufwand für dieselben seit Einführung der sozialen Versicherung keine Verminderung eingetreten (siehe die vom Deutschen Reichsversicherungsamt für die Pariser Weltausstellung herausgegebene Denkschrift [Seite 229 ff.], Berlin 1900. Verlag von A. Ascher u. Cie.), womit die in einem Athem ausgesprochene Behauptung, daß die soziale Versicherung die wirthschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung gehoben habe, ganz energisch dementirt wird. Allein der Vortheil der Arbeiterversicherung für die Gemeinden steht dennoch außer Frage, weil sie wenn schon nicht direkt entlastet, so doch das allzu rasche Ansteigen der Armenlasten hemmt.

Sehen wir übrigens, was sich am Ende des 19. Jahrhunderts in einem Rechtsstaat als Humanitätspflege ausgeben darf.

Im Jahre 1896 gab es 613 öffentliche und private Krankenhäuser — 1892 waren es mehr: 625, die Zahl der privaten geht zurück — mit 43.452 Betten. Die Zahl der behandelten Kranken betrug 413.562, die Erhaltung kostete den Anstalten 7,741.683 fl. Auf 1000 Einwohner entfielen 1·83 Betten und — 17·44 Kranke, welche durchschnittlich 25 Tage verpflegt wurden und per Tag 97 kr. kosteten . . .

In den 1516 Versorgungsanstalten gab es 1896 43.467 Verpflegte mit 8,366.815 Verpflegstagen, für welche 3,017.433 fl., das ist 36 kr. per Tag (!), ausgegeben wurden.

Endlich vertheilten 10.894 Armenverwaltungen an 353.643 Personen 7,674.483 fl. Unterstützungen, zirka 22 fl. per Person.

Es kam also im Jahre 1896 ein Unterstützter auf 70 Einwohner!

Das ist unsere „öffentliche Armenpflege", die bekanntermaßen im Dienste der politischen Parteien steht und von diesen vielfach — ich erinnere nur an die Schandthaten der Christlich-Sozialen Niederösterreichs — mißbraucht wird, davon zu schweigen, daß sie den Arbeiter entrechtet.

Um unsere „private" Armenunterstützung zu charakterisiren, will ich nur folgende Stellen aus einer Denkschrift des Wiener „Vereines gegen Armuth und Bettelei" ohne jeden Kommentar zitiren:

„Die Dimensionen, welche das Elend der unteren Schichten der Bevölkerung Wiens annimmt, wachsen geradezu ins Ungemessene.

Man komme nur und nehme Einsicht in die Registratur des Vereines, in die nahezu 80.000 Nummern derselben, von welchen jede einzelne einen eigenen Nothstandsfall darstellt, und man wird in eine Welt von Jammer und Elend blicken, von welcher sich der Reiche und Glückliche keine Vorstellung machen kann. Die mit Blut und Thränen geschriebenen Blätter erzählen die Geschichte von zahllosen Witwen, denen ihre von furchtbarer Krankheit dahingerafften Männer nichts hinterließen als eine Schaar von acht bis zwölf hungernden Kindern, oder von tuberkulosen, herz- oder geisteskranken Männern, die ihrer skrophulosen, verkrüppelten Nachkommenschaft kein Brot mehr zu schaffen vermögen.

Nicht das Fünffache, kaum das Zehnfache dieses Betrages (250.000 fl.) würde ausreichen, um all' den Tausenden von würdigen und verschämten Armen, die alljährlich um Hilfe und Rettung an den Verein herantreten, das zu bieten, was sie zur Erhaltung ihrer wirthschaftlichen Existenz oder zur Führung eines nur annähernd menschenwürdigen Daseins unzweifelhaft und unumgänglich benöthigen.

Die Unzulänglichkeit unserer Heimatsgesetzgebung offenbart sich (hiebei) in grellster Weise, da es zumeist Ortsfremde sind, bei denen die Noth so furchtbare Dimensionen annimmt. In Wien Zuständige würden im Falle solchen Elendes monatliche Pfründen oder Erziehungsbeiträge, wenn auch in dem bekannten geringfügigen Ausmaße, aber immerhin doch eine Beihilfe von der Kommune erhalten, während Ortsfremde, wenn sie auch noch so lange in Wien gewohnt haben, an

ihre zumeist armen Heimatsgemeinden gewiesen sind, welche in der Regel die zu leistende Hilfe möglichst hinausschieben, wenn sie dieselbe überhaupt gewähren. Wie sollte aber der Arme dieselbe erzwingen, muß er sich doch noch glücklich schätzen, wenn er überhaupt in Wien geduldet und nicht zu ihm wildfremden Menschen in seine Heimatsgemeinde „abgeschoben" wird!

Die mehrfach erwähnte statistische Zusammenstellung des Vereinspräsidenten v. Inama-Sternegg ergab, daß 89·9 Perzent der männlichen und 90·4 Perzent der weiblichen Bittsteller des Vereines Ortsfremde waren, mit einer Aufenthaltsdauer in Wien von über sechs Jahren, und daß 40·4 Perzent aller Bittsteller über 20 Jahre in Wien wohnten, ohne hier zuständig geworden zu sein!"

So also sieht es mit unserer öffentlichen und privaten Armenpflege aus! Begreifen Sie nun, daß die Arbeiter nur im Schubwagen dahin gebracht werden können, sich dem Genusse der „Armenversorgung" auszusetzen? Und begreifen Sie, daß die Gemeinden und andere öffentliche Korporationen, die heute dem Ansturm der Arbeiter trotz des beschränkten Wahlrechtes nicht mehr widerstehen können, sich beeilen, die Arbeiter mittelst der Arbeiterversicherung zur Entlastung der öffentlichen Verwaltungen heranzuziehen? Die Kosten der Armenpflege trägt die Allgemeinheit, also auch der Arbeiter; die Kosten der Arbeiterversicherung aber trägt vorzugsweise der Arbeiter und in zweiter Linie der Unternehmer. Die Uebrigen: Finanzaristokratie, Grundbesitz, Klerus ꝛc., die sonst doch auch für die Allgemeinheit steuern, gehen da frei aus. Deshalb sinkt die Armenpflege auch bei den bürgerlichen Klassen im Kredit und steigt die Arbeiterversicherung im Werthe.

Und noch andere Gründe wirken auf die besitzenden Klassen ein, die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter zu wünschen: die Leutenoth auf dem Lande. Der mährische Landeskulturrath hat in der Ausschußsitzung vom 8. März 1900 behufs Schaffung einer Altersversorgung der landwirthschaftlichen Dienstboten Beschlüsse gefaßt, welche eingestandenermaßen den Zweck haben, die Leutenoth der Grundbesitzer zu beseitigen. Was die Noth der Arbeiter bisher nicht hervorrief, das bewirkte die Noth an Arbeitern!

Ich wiederhole also:

Die Unfall- und Krankenversicherung war nothwendig nicht allein vom Standpunkte der Arbeiter, sondern ebenso sehr der Gemeinden, die die steigenden Armenlasten nicht ertragen mochten. Und desgleichen ist die Alters- und Invaliditätsversicherung im Interesse der Arbeiter wie der Gemeinden gelegen! Die herrschenden Gesellschaftsklassen, Staat und Unternehmer, mögen sich daher keiner Täuschung hingeben. Die Arbeiterschaft betrachtet die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung nicht als ein Gnadengeschenk, nicht als eine sozialpolitische Errungenschaft von unermeßlichem Werthe, sondern als die Abzahlung einer längst fälligen Schuld.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß der bürgerliche Klassenstaat der Verelendung des Proletariats in seinem ureigensten Interesse steuern muß, daß er die Pflicht hat, die Arbeitsunfähigen, Greise und Invalide, zu versorgen, und sie warten auf die Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht des kapitalistischen Staates seit vielen Jahren — vergebens!

Ist es nicht für das Rechtsbewußtsein des Volkes unfaßbar, daß der durch einen Betriebsunfall invalid gewordene Arbeiter der Großindustrie eine wenn auch geringfügige Rente bekommt, nicht aber Derjenige, welcher durch eine Berufskrankheit dauernd erwerbsunfähig geworden ist? Der Mangel einer Invaliditätsversicherung hat in der Praxis zu einer furchtbaren Belastung der Krankenkassen geführt, wovon insbesonders die Vereinskassen mit ihren vielen alten Mitgliedern erzählen können.

Die Betriebskrankenkassen machen es sich leicht; sie bewirken vom Arbeitgeber, dessen Interesse sie in erster Linie wahren müssen, daß von Zeit zu Zeit die älteren Arbeiter und andere ungünstige Risken entlassen werden, die dann andere Kassen belasten.

Die Zustände auf dem Gebiete der Krankenversicherung erfordern also gleichfalls den Ausbau der Arbeiterversicherung durch die Alters- und Invaliditätsversorgung.

Die Regierung hat sich aber nicht damit begnügt — von den Bruderladen abgesehen — Alles zu unterlassen; nein, sie unterband auch mit bureaukratisch plumper Hand die vorhandenen Ansätze, indem sie im Jahre 1882 die von den klassenbewußten Arbeitern errichteten Invalidenkassen zur Auflösung zwang. Von den aus der Initiative der Arbeiter hervorgegangenen Kassen ist nur die der Buchdrucker leistungsfähig erhalten geblieben.

Erst im Jahre 1892 kam das Gesetz über die registrirten Hilfskassen — zu spät! Das Gesetz ist noch heute so gut wie unbenützt, da die Prämien für die Alters- und Invaliditätsversicherung von den Arbeitern nicht aufgebracht werden können und die Unternehmer natürlich keine Lust haben, freiwillig arbeiterfreundlich zu sein und sich ihren Patriotismus viel kosten zu lassen.

Was an Invalidenkassen in einzelnen größeren Betrieben vorhanden ist, kommt für die Masse nicht in Betracht, kann übrigens auch für die Interessenten selbst nicht als ausreichende Fürsorge gelten, ganz zu schweigen davon, daß diese Kassen für den Unternehmer nur Mittel zu dem Zwecke sind, die Herrschaft im „eigenen" Hause aufrecht zu halten. In den zwölf Handelskammerbezirken gab es nach einer Zusammenstellung der statistischen Zentralkommission vom Jahre 1898 bloß 362 Betriebe = 13·8 Perzent der Gesammtheit (15.308) mit 104.379 Arbeitern = 25·4 Perzent der Gesammtzahl (659.696), welche nothdürftige Einrichtungen zur Alters- oder Invalidenunterstützung hatten. Die wenigsten dieser Institute sind versicherungstechnisch fundirt, so daß man nicht von einem unter allen Umständen gesicherten Rechtsanspruch sprechen kann, für den die Kasse oder der Unternehmer haftet. Vielfach sind es nur nach dem 1867er Vereinsgesetze statuirte Unterstützungsfonds, die bloß nach Maßgabe der vorhandenen Mittel, das heißt nach Gutdünken des Unternehmers, kleine Unterstützungen gewähren. Wie da die Arbeiter betrogen und geschädigt werden, davon zu erzählen würde zu weit führen.

Es genügt diesfalls — um einige typische Beispiele anzuführen — an die Vorgänge bei den Provisionsfonds der Alpinen Montangesellschaft, der Prager Eisenindustriegesellschaft und gewisser Bahnen zu erinnern, woselbst seit 20 bis 30 Jahren ungezählte Arbeitertrenzer aufgehäuft wurden, ohne daß die Unternehmung einen entsprechenden Betrag geleistet hätte, so daß heute die Sanirung der Fonds nothwendig ist.

Wie die Sanirung erfolgt? — Furchtbar einfach! Die älteren Arbeiter werden entlassen . . . . .

Doch selbst dort, wo derlei kapitalistische Brutalitäten nicht vorkommen, wo den Arbeitern ein gewisser Einfluß auf die Verwaltung eingeräumt und der Bezug der Provisionen geregelt ist, kann von einer Altersversicherung nicht gesprochen werden, weil schlechte Geschäftskonjunktur und darauffolgende Arbeitslosigkeit, Willkür der Unternehmung u. A. den Arbeiter jederzeit des Anspruchs berauben können. Schon die Feststellung des Begriffes der Invalidität durch die Organe der Unternehmung führt zu oft schreienden Ungerechtigkeiten, wie zahllose Fälle, die in der Arbeiterpresse veröffentlicht wurden, beweisen. Kurz, diese bei manchen Unternehmungen bestehenden „Wohlfahrtseinrichtungen" sind nicht einmal Surrogate einer Alters- und Invaliditätsversicherung, sondern bloß Zwangsinstrumente der Ausbeuter zum Zwecke willkürlicher Einschränkung des Arbeitsvertrages.

Nicht besser wie den industriellen und kleingewerblichen Arbeitern geht es den ländlichen Proletariern und den Privatbeamten. Für Letztere versprach die Regierung zunächst eingreifen zu wollen. Bisher geschah nichts, und es wäre von den Privatangestellten thöricht, wenn sie ruhig und geduldig abwarten wollten, bis die Regierung sie erhört. Sie müssen gleich den gewerblichen Arbeitern laut und lauter ihre Stimme erheben, um sich wenigstens trockenes Brot für die Tage ihres Alters zu sichern.

Weder die Klerikalen und Christlich-Sozialen, noch die Deutsch- und Tschechischnationalen haben es an geschäftigen Schwindelanträgen von der bekannten Schablonenmache: „Die k. k. Regierung wird dringend aufgefordert, noch in diesem Sessionsabschnitte ꝛc.", fehlen lassen. Das arbeitende Volk weiß, daß es von all' diesen Versprechungen nichts zu halten hat und daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die eine ausreichende Alters- und Invaliditätsver-

sicherung ernsthaft will. Die Regierung wie auch das Abgeordnetenhaus haben übrigens ihre Stellung zur Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung wiederholt gekennzeichnet.

Am 13. Dezember 1892 berichtete der Gewerbeausschuß über einen am 22. April 1891 eingebrachten Antrag, daß die Kranken- und Unfallversicherung nur als der erste Schritt auf der Bahn anzusehen sei, welche weiter verfolgt werden müsse, wenn man ernstlich soziale Reformen wolle und sich der Hoffnung hingebe, durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung die sozialen Gegensätze und die daraus entspringenden Gefahren für die heutige Gesellschaftsordnung mildern zu können. Ein weiterer Ausbau der Arbeiterversicherung sei aber umso dringender geboten, als sich aus den gegenwärtig noch nicht versicherten Gruppen von Erwerbsunfähigen zumeist die Bewohner von Armenhäusern und jene Unglücklichen rekrutiren, welche in ihren Heimatsgemeinden im „Abschubwege" verpflegt oder vielmehr nicht verpflegt würden.

Die Armen- und Heimatsgesetzgebung könne auch bei entsprechender Reform keine genügende Abhilfe schaffen, die private Alters- und Invalidenversorgung seitens der Arbeitgeber greife aber nur in den allerseltensten Fällen Platz, und die wenigen Industriellen und Großgrundbesitzer, welche eine Altersversorgung gewährten, thäten dies meist nur im Gnadenwege, ohne dem Arbeiter einen Rechtsanspruch zu gewähren.

Eine allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung könne selbst bei bescheidenen Leistungen unendlich viel Elend mildern, die fortschreitende Proletarisirung hemmen und wohl auch eine aufsteigende Klassenbewegung fördern. Gleichviel, ob man darin eine wirkliche Versicherung oder nur eine anderweitige Vertheilung der Armenlast erblicke, sei die Invaliditäts- und Altersversicherung geeignet, die Armenversorgung zum größten Theil zu ersetzen, beziehungsweise eine solche überhaupt erst zu schaffen.

Der Bericht befaßt sich dann mit der deutschen Invaliditäts- und Altersversicherung und weist darauf hin, daß, wenn man diesem Vorbilde in Oesterreich auch nicht durchwegs werde folgen können, so doch jedenfalls die Einführung einer allgemeinen Zwangsversicherung in öffentlich-rechtlichen Organisationen auf gemeinwirthschaftlicher Grundlage und die Betheiligung des Staates an den bezüglichen Gesammtlasten nicht zu umgehen sein dürften. Der Bericht schloß mit der Aufforderung an die Regierung, „die Vorarbeiten für die Einführung der allgemeinen zwangsweisen Invaliditäts- und Altersversicherung thunlichst zu beschleunigen und über den Stand derselben dem Abgeordnetenhause ehestens Bericht zu erstatten".

Aehnliche Resolutionen ergingen auch in den Landtagen einzelner Länder und in anderen öffentlichen Korporationen; seitdem sind wiederholt Anträge und Interpellationen von allen möglichen Seiten eingebracht worden, ein billiges Vergnügen für die bürgerlichen Abgeordneten, die sich im Lichte der Arbeiterfreundlichkeit zeigen und ihren naiven Wählern einreden wollen, daß sie für das Volk etwas „gethan" hätten.

Einige dieser Interpellationen wurden in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Mai 1895 durch den Minister des Innern, den Marquis Bacquehem, dahin beantwortet, daß die Frage der Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter den Gegenstand des Studiums der Regierung bilde, daß aber ein bestimmter Termin für die Erstattung konkreter Gesetzesvorschläge in dieser Richtung noch nicht in Aussicht gestellt werden könne, weil es sich dabei um die Lösung einer sowohl hinsichtlich der Organisation als der Aufbringung der Mittel äußerst schwierigen Frage handle, auch bei Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung die Frage einer entsprechenden Organisation der gesammten Arbeiterversicherung in Erwägung zu ziehen sein werde.

Aehnlich ausweichend war die Aeußerung des Ministers Badeni am 3. Juni 1896. Nur Eines ging mit aller Sicherheit aus den Reden der diversen Regierungsmänner hervor: daß ein staatlicher Zuschuß sowie eine Garantieleistung ausgeschlossen ist.

Von Seite der Regierung haben also die Arbeiter nichts zu erwarten, und dasselbe gilt von den bürgerlichen Abgeordneten, die sich nur deshalb der Arbeiter zu erinnern geruhen, weil diese Wähler geworden sind.

Daraus folgt: die Arbeiter müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen! Sie müssen laut und unaufhörlich fordern, daß ihnen in Form von auskömmlichen Alters- und Invalidenrenten mindestens ein Theil des Arbeitsertrages zurückerstattet werde, den man ihnen bei der Lohnzahlung vorenthält. Die sozialdemokratische Partei muß vor Allem diese Forderung aufstellen, damit dem Arbeiter, der alle Werthe produzirt und all den Reichthum schafft, womit die bürgerliche Gesellschaft ihr Leben genießt, wenigstens ein sorgenfreies Alter zutheil werde.

Heraus, Ihr Arbeitergreise und Krüppel, Ihr Insassen der Armenhäuser und „Bädstuben", Ihr städtischen Pfründner und Nutznießer des Ausgedinges, Ihr „Einleger", Ihr „Ueberzähligen"! Heraus, Ihr Arbeitsinvaliden in Stadt und Land, in Feld und Wald und Werkstatt!

Wir wissen schon, was uns die sozialpolitischen Hofräthe, die Industriellen und Grundbesitzer sagen werden: „Woher nehmen? Wer zahlt die Kosten?" Man wird auf das Ausland hinweisen, die Konkurrenz wird wieder zu Tode geritten werden u. s. w. Die Agrarier werden sagen: Ihr Industrielle, geht nur voran! Die Industriellen werden dasselbe zu den Agrariern sagen. Denn wenn sich die Arbeiterfreundlichkeit ins Zahlen umsetzen soll, dann gilt der Vers Heine's von den zwei Schlachzizen mit einer kleinen Variante:

Und da Keiner wollte leiden,
Daß er selber etwas zahle,
Zahlte Keiner von den Beiden.

Wir sind der Ansicht und verlangen es, daß der Staat, dem die Arbeiter direkt und indirekt dienen, dem sie über 91 Perzent der Steuereingänge verschaffen, für die Kosten der Altersfürsorge mitaufkommt. Der altgewordene Bürger hat ein unveräußerliches Recht darauf!

Der Hinweis auf das Ausland ist ganz und gar ungerechtfertigt. Das deutsche Reich besitzt übrigens eine, allerdings unzureichende, Alters- und Invaliditätsversicherung — und die Industrie Deutschlands ist bekanntlich weltbeherrschend geworden — Dänemark hat eine Altersversicherung, und andere Staaten, wie Schweden und England, sind nahe daran, sie einzuführen, während Frankreich vorläufig sich damit begnügt, die von der staatlichen Alterskasse und den Hilfsvereinen geleisteten Unterstützungen durch staatliche Zuschüsse aufzubessern.

Im Uebrigen: Warum beruft man sich denn stets auf das Schlechte, das anderwärts besteht, und nicht vielmehr auf das Gute? Warum übersieht man denn so geflissentlich, daß anderwärts die Arbeiter nicht nur mehr politische Freiheiten genießen, sondern auch unter günstigeren Lohn- und Arbeitsverhältnissen leben?

Von zwei Dingen eines: Entweder man zahle dem Arbeiter einen solchen Lohn, daß er sich davon die Altersfürsorge selbst leisten kann, oder man trage gefälligst diese Last allein! Ersparnisse zu erzielen, ist dem Arbeiter unmöglich, und es geht daher nicht an, ihm zuzumuthen, von seinem heutigen Lohn den ganzen erforderlichen Beitrag für Alters- und Invaliditätsversicherung zu erschwingen. Es genügt, diesfalls als gewiß unverdächtigen Kronzeugen den gewesenen Minister Baernreither aufzurufen, der gelegentlich der Berichterstattung über das Hilfskassengesetz Folgendes erklärte:

Die Mittelklasse, selbstständige Gewerbs- und Handelsleute u. s. w. können die nothwendigen Mittel zu der Invaliditäts-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung aufbringen; wenn wir aber den eigentlichen Lohnarbeiter ins Auge fassen, so kann als eine allgemeine Erfahrung ausgesprochen werden, daß nirgends in Europa der Lohn hoch und stetig genug ist, um es der großen Masse der Lohnarbeiter zu ermöglichen, diese über die Krankenversicherung hinausgehenden Versorgungen aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Selbst in England, wo gewisse Arbeiterschichten die höchsten Löhne unseres Erdtheiles genießen, hat es trotz eifriger Bestrebungen einzelner Gewerkvereine und Hilfskassen nur ein minimaler Theil der Arbeiterschaft dahin gebracht. Was in Frankreich auf diesem Gebiete für den eigentlichen Lohnarbeiter geleistet worden ist, wurde nur durch Zuschüsse der Unternehmer zustande gebracht; ebenso im Deutschen Reiche. Noch viel weniger könnte man bei unseren Lohnverhältnissen nur im Entferntesten darauf rechnen, daß der österreichische Arbeiter die Lasten, die eine Invaliditäts- und Altersversorgung ihm auferlegen würde, ganz aus Eigenem zu tragen im Stande wäre.

Wir müssen erklären, daß der Arbeiter die Lasten der Alters- und Invaliditätsversicherung überhaupt nicht, also auch nicht theilweise, tragen kann. Nach den „Mittheilungen des Finanzministeriums“ (IV. Jahrgang, 3. Heft) über die Ergebnisse der Personaleinkommensteuer machten jene Steuerträger, welche ein Einkommen von 600 bis 1000 fl. beziehen, fast 58 Perzent, also weit über die Hälfte der Gesammtheit aus. Die Sache wird noch trauriger, wenn man bedenkt, daß die Besteuerung erst bei einem Einkommen von 625 fl. beginnt, und daß insgesammt nur 752.588 Personen, das ist 8·65 Perzent der gesammten Bevölkerung, besteuert werden, daß also elf Zwölftel, demnach die ungeheuere Mehrheit der Bevölkerung, von einem Einkommen unter 600 fl. zu leben gezwungen sind. . . . .

Die Arbeiter dürfen also nicht belastet werden, obzwar die Prämien, selbst wenn sie nach dem Kapitaldeckungssystem berechnet werden, für eine Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter nicht so hoch sein müssen wie für einen Pensionsfonds, dem Bourgeois angehören. Die Arbeiter leben nicht so lange wie die Bourgeois! Die Gefahren des Berufes, die lange Arbeitszeit, der karge Lohn, die fressende Sorge, Noth und Entbehrungen kürzen das Dasein des Arbeiters bedeutend ab. Mit dem 40. Lebensjahre sinkt die Arbeitsfähigkeit des Arbeiters rapide, viel rascher als bei der übrigen Bevölkerung. Von 1000 Angehörigen der Gesammtbevölkerung leben nach 60 Jahren nur 44, von 1000 Arbeitern bloß 16! Nach 65 Jahren 33 Bourgeois, 8 Arbeiter, nach 70 Jahren 40 (!) Bourgeois, 4 Arbeiter.

Eine Ermittlung des versicherungstechnischen Departements im Ministerium des Innern hat ergeben, daß das Durchschnittsalter bei vielen Berufen ein ungemein niedriges ist, wie folgende Beispiele zeigen:

	Jahre
Fuhrleute	35·8
Bauarbeiter	35·3
Salinenarbeiter	34·0
Handschuhmacher und verwandte Berufe	30·7
Gold- und Silberarbeiter	30·3
Lederarbeiter	29·9
Buchbinder	29·9
Drechsler	29·6
Eisen- und Metallarbeiter	29·5
Holzarbeiter	29·4
Handlungsbedienstete	29·3
Bäcker, Zuckerbäcker	28·8
Schneider	28·3
Schuhmacher	27·0
Fleischhauer und Selcher	25·9

Bei den Arbeitern dieser Branche sinkt das Durchschnittsalter noch tiefer: in Zündhölzchenfabriken gar auf 25·3, bei Schneiderinnen auf 23·8, in Thon- und Porzellanwaarenfabriken auf 23·4, bei Buchbinderinnen auf 21·1 Jahre . . .

Also, die Herren Unternehmer dürfen unbesorgt sein: Die Arbeiter werden nicht alt. Und da die Herren Industriellen die vom Gewerbeinspektor ausgearbeiteten Unfallverhütungsvorschriften für unannehmbar erklären und die vor- und frühzeitige Invalidität der Arbeiter auch fernerhin bewahrt wissen wollen, so ist auch für die Zukunft nicht zu besorgen, daß die Arbeiter ein allzu hohes Alter erreichen! . . . . Die Versicherungstechniker können daher ruhig für die Arbeiter niedrigere Beiträge berechnen, als sie seinerzeit in den Achtzigerjahren für die Invalidenkassen der Arbeiter und in Deutschland berechneten, wo das Vermögen der Versicherungsanstalten den Kapitalswerth der Renten jetzt schon um 214 Millionen Mark übersteigt.

Hinsichtlich des Umfanges der Versicherungspflicht und der Leistungen der Anstalten nur soviel: Wir wollen, daß alle lohnarbeitenden Klassen und auch Kleinbürger, wenn sie nicht über ein gewisses Einkommen verfügen, obligatorisch versichert und derart versorgt werden, daß ihnen ein menschenwürdiges Dasein für den ohnedies kargen Rest ihrer Tage verbürgt wird. Das, was das deutsche

Gesetz den alten Arbeitern bietet — durchschnittlich eine halbe Krone täglich — ist ungenügend. Wir verlangen für die österreichischen Arbeiter mehr!

Eine Kardinalforderung, die wir hinsichtlich der zu schaffenden Alters- und Invaliditätsversicherung stellen, ist die Verwaltung der Versicherungsanstalten durch die Interessenten, wobei den Versicherten als den Hauptinteressenten zwei Drittel der Stellen in den Vertretungskörpern der Anstalten durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuräumen sind. Nur in der Selbstverwaltung der Arbeiter liegt eine Garantie dafür, daß die Institution nicht gegen die Interessen der Arbeiter verwaltet werde. Freilich müßte auch eine Reform der Unfall- und Krankenversicherung vorhergehen oder gleichzeitig vorgenommen werden. Denn nur dann, wenn die Organisation der Krankenversicherung vereinfacht wird, ist zu erwarten, daß die Kassenverbände die Alters- und Invaliditätsversicherung zur Zufriedenheit der Arbeiter durchführen werden.

Fassen wir unsere Forderungen in eine Resolution zusammen, so müßte dieselbe lauten: (Verliest dieselbe, Antrag 59.)

In der barbarischen vorgeschichtlichen Zeit hat man die arbeitsunfähig gewordenen alten Leute todtgeschlagen oder in die Wildniß ausgesetzt, wo sie von wilden Thieren gefressen wurden oder verhungerten. In unserem Jahrhundert der Humanität ist man zu dem Brauche der Wilden zurückgekehrt. Zwar schlägt man die alten Leute nicht direkt todt, denn das verbietet ja das Strafgesetz, sonst würde es vielleicht auch geschehen; aber daß ein arbeitsunfähiger Greis dem Hungertode preisgegeben wird, das ist in unserer Bourgeoisgesellschaft gar nicht so selten. Man braucht ihn übrigens auch nicht in der Wildniß auszusetzen, er kann mitten in der schönsten Stadt, wo Reichthum und Luxus Orgien feiern, ebenso leicht verhungern. Freilich pflegen die Armen in der Regel wenigstens ihren reichen Mitbürgern diesen Gefallen nicht zu thun, sondern greifen zum Bettel. Da der Bettel verboten ist, so kann man in der Tagespresse fast täglich von Gerichtsszenen lesen, die sich anläßlich der Verurtheilung erwerbloser Krüppel und Greise wegen Bettelns abspielen. Eines der „schönsten" Kulturbilder dieser Art, das in einem Gerichtssaale zu sehen war, habe ich mir aus dem Jahre 1892 aufbewahrt. Damals berichteten die Wiener Blätter folgenden Fall, der sich bei einem Bezirksgerichte im Mai abspielte:

Vor diesem erschien ein 100jähriger Greis, begleitet von seiner 80jährigen Tochter. Der Hundertjährige konnte nicht mehr sprechen, sondern nur noch unverständlich lallen; seine Tochter mußte seine Sache führen. Der Alte war wegen Bettelns angeklagt, und die Tochter führte aus, man könne sein Benehmen nicht als Betteln bezeichnen, denn er könne nicht sprechen und auch nichts fordern; wenn ihm Jemand etwas gebe, so geschehe das eben aus Mitleid. Der alte Mann könne nicht mehr arbeiten, fuhr die 80jährige Tochter fort, und sie selbst könne ihm nur wenig geben, da sie gleichfalls nicht genug verdiene. Die Arme muß also noch arbeiten! Wehe ihr, wenn sie 100 Jahre alt wird!

Und das Wiener Gericht? Nun, es beschloß auf Antrag des Staatsanwalts, den Hundertjährigen von der Anklage des Bettelns freizusprechen, weil er nicht mehr arbeiten könne. So etwas muß in einem christlichen Staate erst durch einen ausdrücklichen Gerichtsbeschluß konstatirt werden!

Und was weiter? Der Alte kann seinen langsamen Hungertod weiter sterben und seine 80jährige Tochter mit ihm. Vielleicht schleppt ihn die diensteifrige Polizei noch öfter wegen Bettelns vor Gericht!

Wenn sich nur ein großer Maler fände, der diese Szene, den hundertjährigen Greis mit seiner 80jährigen Tochter vor Gericht, auf einem großen, farbenprächtigen Bilde verewigte! Dann würde die Nachwelt doch auch einen richtigen Begriff von der „Kultur" dieses kapitalistischen Zeitalters bekommen. . . .

Wir vielgeschmähten und verleumdeten Sozialdemokraten wollen, daß der Lebensabend unserer Arbeitergreise sich sorgenlos gestalte, daß der Großvater und auch die Großmutter nicht als „Ueberzählige" in der Familie empfunden werden, daß Kinder, Eltern und Großeltern in trautem Verein ihr Dasein genießen, ohne von Nahrungssorgen gepeinigt zu werden und Noth zu leiden. Was der Proletarierdichter Herwegh vor fünfzig Jahren von der Zukunft Fernen begehrte, weil es für ihn wirklich die ferne Zukunft war, das fordern wir von der Gegenwart:

„Daß unsre Greise nicht mehr betteln geh'n." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dobiasch (Wiener-Neustadt): Ich würde es für sehr empfehlenswerth halten, daß die Frage der Altersversorgung in dem kommenden Wahlkampf stärker betont würde als bisher, denn diese erregt das Interesse der indifferenten Arbeiter weit mehr als alles Andere. Als in Wiener-Neustadt ein 40jähriger Arbeiter, der entlassen worden war, seinem Leben ein Ende machte, wurde über diesen Fall eine Versammlung einberufen. Ich habe darnach so viele Zuschriften aus der Umgebung bekommen, daß ich beinahe alle Tage eine Versammlung über diese Frage hätte abhalten können. Die schlauen Fabrikanten haben Hilfskassen errichtet, in deren Statuten es nicht heißt, daß der Arbeiter im Alter auf so und so viel Anspruch hat, sondern es wird gesagt, dem Arbeiter kann eine Unterstützung zutheil werden. In den Fabriken, wo solche Hilfskassen bestehen, müssen sich die Arbeiter Alles gefallen lassen, sie müssen sich ängstlich von unserer Partei ferne halten, um vielleicht im Alter der Gnade einer Unterstützung theilhaftig zu werden.

Wenn wir eine allgemeine Altersversorgung hätten, würden auch die Arbeiter ihre Rechte energischer vertreten können.

Bauer (Wien): Im Punkt 3 der Resolution heißt es: „Die Wartefrist hat bei Invaliditätsrenten 3, bei Altersrenten 20 Jahre zu betragen." Wenn Jemand erst mit 45 Jahren in ein Gewerbe eintritt, so müßte er 20 Jahre warten, um eine Altersrente bekommen zu können.

Im Punkt 2 heißt es aber, daß die Altersrente vom 60. Jahre an gewährt werden soll. Das ist also ein Widerspruch. In Deutschland tritt der Anspruch auf eine Altersrente erst mit dem vollendeten 70. Lebensjahre ein und besteht eine 30jährige Karenzzeit. Wenn also zum Beispiel ein Oesterreicher mit 55 Jahren nach Deutschland kommt, muß er auf die Altersrente bis zu seinem 85. Jahre warten. Ich wünschte, daß die 20jährige Karenzzeit vollständig gestrichen werde.

In den Punkt 4 sollte aufgenommen werden: „auch im Falle der Militärdienstleistung." Weiters hätte sich die Versicherungspflicht auf sämmtliche männlichen und weibliche Personen zu erstrecken. Das ist aus dem Punkte 1 nicht ersichtlich.

Man könnte auch einschalten: „Ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit." Wenn nämlich nur die eigenen Staatsbürger die Vortheile dieser Versicherung genießen dürften, würden sich die Unternehmer, wenn sie verpflichtet würden, für Arbeiter Beiträge zu leisten, so viel wie möglich ausländische Arbeiter nehmen. Bezüglich der Lohnklassen möchte ich bemerken, daß hier nicht das Kalenderjahr, sondern das Beitragsjahr zu verstehen ist, wie auch in Deutschland. Das ist aber hier nicht ausgedrückt. Dann möchte ich fragen, was mit dem Lehrling geschieht, der mit 14 Jahren in die Lehre kommt und dem schon in der ersten Woche etwas passirt, wodurch er invalid wird? Es sollte hier heißen: „Die Invaliditätsrente vom 14. Lebensjahre an." Dann fehlt die Selbstversicherung. Es gibt eine Menge Hausweber, Bauern, Handwerker ꝛc., die in keinem Betriebe stehen und die sich selbst versichern wollen.

Krumpholz (Freudenthal): Unsere ausgemergelten Weber werden nicht erst mit 60, sondern schon mit 40 Jahren invalid. Die Unternehmer sind so schlau, wenn sie sehen, daß ein Arbeiter arbeitsunfähig wird, werfen sie ihn beizeiten hinaus. Wo kann ein solcher Mensch dann einen Verdienst finden? Auf der einen Seite zahlen die Unternehmer sehr niedrige Löhne, den Arbeitern, die im Akkord arbeiten, geben sie Prämien, wenn sie sich recht anstrengen, wodurch aber die Kraft des Arbeiters vorzeitig zu Ende geht, auf der anderen Seite sträuben sie sich aber, die Prämien für die Altersversicherung zu zahlen. Es wäre auch angezeigt, daß hier gesagt werde, daß eine Reform des Krankenversicherungsgesetzes anzustreben sei.

Vierkopf (Villach): Bei uns hat sich folgender Fall zugetragen: Eine Frau, die durch eine Krankheit die Sprache verloren hat, erschien in der Gemeinde. Sie wurde aufgegriffen. Da sie keine Dokumente hatte und man sich mit ihr nicht verständigen konnte, wurde sie in den Arrest gesteckt. Nach einigen Tagen wurde sie auf einem Leiterwagen in den Wald hinausgeführt und dort einfach abgeladen. (Pfuirufe.) So etwas geschieht in einer deutschnationalen Gemeinde.

Weiters ist mir vor Kurzem mitgetheilt worden, daß eine kranke Frau in einem Stall mitten unter dem Vieh untergebracht, also der „Versorgung" zugeführt wurde. Ich habe den Gemeindearzt von Villach geholt und wir haben die Frau aufgesucht. Wir fanden sie kaum zwei Meter von einer Kuh entfernt auf einem Bündel Stroh, mit einer Pferdedecke zugedeckt. Sie war eine Arbeitersfrau. Mehr als 20 Jahre war sie als Köchin bei Generalen und anderen hochstehenden Personen bedienstet gewesen. Zu ihrem Unglück hat sie geheiratet. Ihr Mann war zwei Jahre krank. Die Ersparnisse gingen drauf. Die Frau, die noch für ein Kind zu sorgen hatte, mußte sich mit schwerer Arbeit in Triest fortbringen. Endlich wurde sie krank und kam ins Krankenhaus. Die Gemeinde wollte aber die Verpflegskosten von 20 kr. per Tag nicht leisten und erklärte, sie werde die Kranke als Einlegerin übernehmen. Ein Bauer wurde nach Triest geschickt, um sie heimzubringen. Die Frau war gelähmt und konnte auch nicht sprechen. In der Gemeinde wurde sie nun von Stall zu Stall transportirt. Wir haben sie in einem erbärmlichen Zustande getroffen. Das ganze Gesicht war voll von Fliegen und Gelsen. Anstatt der Medizin wurde ihr Schnaps eingegossen. So sieht die Alters- und Invaliditätsversorgung in den Landgemeinden aus. Diesen schändlichen Zuständen muß ein Ende gemacht werden.

Widholz (Wien): Die Festsetzung von 80 Perzent des wirklichen Verdienstes als Maximum, wie es im Punkt 3 der Resolution heißt, scheint mir nicht so ohneweiters akzeptabel zu sein. Wir haben ja die Forderung erhoben, daß im Falle der Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes, da die 60perzentige Rente zu gering ist, dieselbe auf 100 Perzent und bei gänzlich arbeitsunfähigen Personen, die auf fremde Hilfeleistung angewiesen sind, auf 120 Perzent erhöht werde, und dieser Forderung haben in der Enquête auch die Unternehmer zugestimmt.

Den in der Resolution ausgesprochenen Gedanken, daß die Arbeiter keine Beiträge zu leisten haben sollen, begrüße ich auf das Wärmste. Bezüglich der jungen Invaliden müssen wir mit Rücksicht auf die bösen Erfahrungen bei der Unfallversicherung sehr vorsichtig sein. Wenn hier der Lohn zur Grundlage der Rente genommen wird, so besteht eine große Gefahr. Nach dem heutigen Gesetze wird als Lohn der Lehrlinge 300 fl. angenommen. Im Falle der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit infolge eines Unfalles bekommt ein solcher Lehrling also 160 fl. und das bekommt er, auch wenn er noch 30 oder 40 Jahre lebt. Wie er damit auskommen kann, weiß ich nicht. Ich meine, es müßte für diesen Fall eine progressive Steigerung festgesetzt werden. Ich halte es übrigens für nothwendig, daß diese Resolution dem Verbande zugewiesen werde und bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Hackenberg (Krems): Ich glaube, es wäre besser, wenn wir den sozialdemokratischen Verband beauftragen würden, einen selbstständigen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Im Waldviertel haben wir im Schremser Bezirk ein Bezirksarmenhaus, das einen Fassungsraum für höchstens 40 Personen besitzt. In diesem Armenhause sind innerhalb sechs Monaten nicht weniger als 21 Personen gestorben. (Hört!) Die alten Leute werden dort man kann sagen vergiftet. Es werden ihnen zwei Jahre alte saure Rüben zum Essen vorgesetzt. Fleisch bekommen sie in der Woche nur zweimal. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn die Leute darauf verzichten, ins Armenhaus zu gehen. Im Gefangenhause des Kreisgerichtes habe ich einen 78jährigen Mann getroffen, der wegen Diebstahls zu sechs Monaten verurtheilt war. Der sagte mir: In meinem ganzen Leben habe ich's nicht so schön gehabt wie hier! Er ist aus dem Armenhause davongegangen und hat gestohlen, um ins Gefängniß zu kommen. Ich glaube, daß es für Versammlungen kein besseres und dankbareres Thema geben kann als die Altersversorgung, und auch bei den Bauern werden wir damit sehr viel Anklang finden.

Stark (Tachau): Auf Eines möchte ich aufmerksam machen. Im Punkt 2 werden 50 Perzent des faktischen Lohneinkommens als Mindestleistung vorgeschlagen. Wie steht es nun damit bei den landwirthschaftlichen und jenen industriellen Arbeitern, die vielleicht nur 30 Kreuzer per Tag verdienen? Es muß, glaube ich, ein Minimum von 2 Kronen festgesetzt werden. Darüber kann das faktische Lohneinkommen maßgebend sein.

Beutel (Aussig): Es hat uns bisher eine Direktive gefehlt, um gegenüber den skandalösen Vorkommnissen, wie wir sie heute gehört haben, Stellung zu nehmen. Auch hat es in den Parteiblättern hiefür keine ständige Rubrik gegeben. Wir müssen trachten, daß die Forderung nach einer besseren Alters- und Invaliditätsversorgung in Fleisch und Blut der arbeitenden Bevölkerung übergeht. Unter den indifferenten Arbeitern bestehen in dieser Richtung noch sehr getheilte Meinungen.

Die Rednerliste ist erschöpft.

Berichterstatter **Kaff** (Wien): Sehr richtig sind die Bemerkungen der Genossen Stark und Widholz in Bezug auf die Abschätzung des der Bemessung der Altersrente zugrunde gelegten faktischen Lohneinkommens. Es ist klar, daß bei gewissen Personen die Berechnung des Lohnes und die Fixirung der Altersrente nicht möglich wäre. Ebenso selbstverständlich ist, daß für solche Personen ein Existenzminimum von etwa 2 Kronen festgelegt werde. Gegen die Anregung des Genossen Bauer, daß die Uebernahme der Beitragsleistungen durch den Staat auch in dem Falle einzutreten habe, wenn der Betreffende seiner Militärdienstpflicht genügt, läßt sich nichts einwenden. Ich gehe in sehr wichtigen Punkten über die Forderungen hinaus, die der Verband aufgestellt hat. Unsere Abgeordneten haben in ihrem diesbezüglichen Antrag verlangt, daß die Deckung der Lasten der Alters- und Invaliditätsversicherung aufgetheilt werde zwischen Staat, Unternehmer und Arbeiter, während ich auf dem Standpunkt stehe, daß wir die Arbeiter von der Beitragsleistung befreien und diese Lasten nur dem Staat und den Unternehmern aufbürden sollen. Wir, die wir hier als die Vertreter der Arbeiter sitzen, haben keine Ursache, Opportunitätspolitik zu treiben wie unsere Abgeordneten. Wir verlangen, daß der Arbeiter mit diesen Lasten nicht belastet werden darf, daß vielmehr nur der Staat und das Unternehmerthum herangezogen werden sollen — eventuell in Zuschlägen zur Personaleinkommensteuer, wo aber dann das Einkommen bis zu 1000 Gulden, also die Arbeitereinkommen, von diesen Zuschlägen freizubleiben hätten. Ich würde Ihnen empfehlen, diese Frage nicht nur bei Gelegenheit der Wahlagitation, sondern auch bei anderen Gelegenheiten etwas mehr in den Vordergrund Ihrer Agitation zu rücken als bisher.

Abstimmung.

Der Antrag **65** wird in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Parteitag ertlärt sich prinzipiell mit der vom Referenten vorgelegten Resolution einverstanden und beschließt, mit Rücksicht auf die erst in letzter Stunde erfolgte Vorlage derselben die Resolution dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses zu überweisen."

Hiemit entfällt die Abstimmung über die Anträge **61, 62** und **63.**

Der Antrag **64** wird angenommen.

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Zur Beschickung des internationalen Kongresses ergreift das Wort

Dr. **Adler:** Parteigenossen! Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Paris wird für die ganze sozialistische Welt eine ganz besondere Wichtigkeit haben. Es handelt sich gerade in diesem Augenblick um eine sehr kräftige Demonstration der Arbeiter aller Länder gegen die neuerlichen Kriege wie gegen die ganze Politik des Kapitalismus und der Bestialität, die wieder ihre Orgien feiert. Von unseren Bruderparteien — besonders der deutschen — werden für die Beschickung auch schon sehr umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Wenn wir auch leider nicht so reich sind wie unsere deutschen Genossen, wenn wir auch mit Arbeit aller Art überbürdet sind, so scheint es doch nothwendig, daß der Parteitag an die Landesorganisationen und Wahlkreise die Aufforderung richte, womöglich auch ihrerseits neben der offiziellen Beschickung des Kongresses durch die Parteivertretung einen Vertreter nach Paris zu entsenden. Es kann dies vielleicht bewerkstelligt werden, wenn sich mehrere Wahlkreise zu diesem Zweck vereinigen.

Da der Kongreß nicht nur ein Kongreß der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisationen ist, so versteht es sich von selbst, daß zumindest die großen Verbände der Industriegruppen ausreichend vertreten sind, umsomehr, als sich an den Kongreß eine ganze Reihe von internationalen Fachkongressen anschließen wird.

Ich stelle daher den Antrag:

66. Der Parteitag spricht sich dahin aus, es mögen sowohl die Industriegruppen, als insbesondere die größeren politischen Organisationen nach Maßgabe ihrer Mittel dafür sorgen, daß möglichst viele Vertreter nach Paris entsendet werden.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ressel (Grottau) hat folgenden Antrag eingebracht:

67. Es ist eine energische Aktion gegen die willkürliche und schamlose Erhöhung der Kohlenpreise über das ganze Reich einzuleiten.

Ressel (Grottau): Es wäre Pflicht der Parteivertretung gewesen, nicht nur einen energischen Vorstoß gegen die willkürliche Erhöhung der Kohlenpreise zu machen, sondern auch die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß nicht nur der Kohlengräberstreik die Erhöhung der Kohlenpreise bedang.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Die Erbitterung über die neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise ist um so größer, als für diese Erhöhung eine Nothwendigkeit überhaupt nicht vorlag. Im Brüxer Revier zum Beispiel, wo übrigens die Löhne seit fünf Jahren relativ zurückgegangen sind, ist die Kohle seit dem Jahre 1895 um 48 Perzent im Preise gestiegen; im Brucher, Teplitzer, Duxer und in anderen Revieren ist sie um mehr als 50 Perzent gestiegen. Die Industrie muß ebenso wie die übrigen Konsumenten gegen diesen Kohlenwucher in Schutz genommen werden; Glasfabriken, Ziegeleien ꝛc. mußten ihren Betrieb einstellen. Wenn wir auch heute den Beschluß fassen, gegen die Kohlenteuerung zu Felde zu ziehen, so wird das wirkungslos bleiben. In der Gesetzgebung haben wir nicht so viel Macht, um die Herren zu zwingen, auf die Interessen der Bevölkerung und der Industrie Rücksicht zu nehmen. Wir können nur die Oeffentlichkeit zur Entrüstung aufrufen. Aber die Stirnen, die das ertragen haben, was ihnen während des Kohlenstreiks geboten wurde, werden auch das ertragen. Der Kohlenwucher ist die Ausgeburt der kapitalistischen Produktionsweise und wird erst mit ihr verschwinden.

Zeller (Teplitz): Auch anläßlich des Steigens der Kohlenpreise wurde seitens der Partei nicht so eingegriffen, wie es nöthig gewesen wäre. Draußen herrschte ursprünglich die Meinung, daß diese Erhöhung auf den letzten Streik zurückzuführen sei. In den Versammlungen haben wir aber die Leute aufgeklärt, daß die Preissteigerung ihren Grund in dem Kohlenmangel habe, der noch durch das seit einiger Zeit bestehende Kartell der Grubenbesitzer und Großkohlenhändler künstlich gesteigert wird. Dieses Kartell bringt nur ein gewisses Quantum auf den Markt und diktirt die Preise. Der Patriotismus der Herren offenbart sich da auch in recht eigenthümlicher Weise. Während für den inländischen Markt nicht genug Kohle vorhanden ist, auch für Geld nicht zu haben ist, schließen dieselben Herren mit sächsischen, preußischen und bayerischen Kohlenhändlern Verkaufsverträge ab. Die letzte Preiserhöhung der Kohle beträgt 10 bis 14 Kronen, ab 1. September sogar 24 Kronen per Waggon. Wenn diese Erhöhung mit den den Arbeitern gewährten Begünstigungen motivirt werden soll, die übrigens nur den älteren Arbeitern gewährt wurden und dazu dienen, um Zwiespalt in die Bergarbeiter hineinzutragen, so ist das durchaus ungerechtfertigt, weil die den Arbeitern zugestandenen Konzessionen schon durch vorausgegangene Preissteigerungen reichlich hereingebracht wurden, und weil auch die effektive Arbeitsleistung der Bergarbeiter sich wesentlich gesteigert hat.

Bartel (Teplitz): Ich bin dafür, daß wir den vorliegenden Antrag annehmen, dessen Durchführung aber der Parteivertretung überlassen. Bezüglich des Bergarbeiterstreiks wird die Sache so dargestellt, daß wir ihn jetzt als etwas Ungeschicktes ansehen. Wir als Partei haben aber den Streik überhaupt nicht provozirt. Die Bergarbeiter selbst haben den Streik gewollt; er ist ausgebrochen, ohne daß die Partei darauf Einfluß genommen hätte. Nachdem der

Streik ausgebrochen war, haben wir die Leute unterstützt; gerade die tüchtigsten Genossen haben sich mit dem Wenigsten begnügt, während wir gerade Leuten, die nicht zu unseren tüchtigsten Genossen gehört haben, die beste Unterstützung angedeihen ließen. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt wurden, so haben wir doch Erfolge errungen, die, unter dem Gesichtswinkel der österreichischen Verhältnisse betrachtet, bei der Macht der Grubenbesitzer und bei der parteiischen Stellungnahme der Behörden zu Gunsten dieser Grubenbesitzer gewiß nicht unbedeutend sind. Die Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen wurden nur durch den Streik errungen. Es ist eine willkürliche Verdrehung meiner Worte, als ob ich mit dem Worte „verkrachter Bergarbeiterstreik" hätte sagen wollen, daß die Partei mit dem Streik ein Fiasko gehabt hätte. Wir haben vielmehr das öffentliche Gewissen aufgepeitscht, wir haben einen großen Theil der Bergarbeiter aufgerüttelt und haben die Grundlagen für einen besseren Ausbau der Bergarbeiterorganisation geschaffen.

Dr. **Adler** (Wien): In der ganzen parlamentarischen Aktion des Achtstundentages im Bergbau hat ein Argument bei den bürgerlichen Sozialpolitikern und Antisozialpolitikern eine große Rolle gespielt, daß man nämlich die Achtstundenschicht nicht bewilligen könne, weil sie eine Erhöhung der Gestehungskosten der Kohle nach sich ziehen und dadurch die Kohlenpreise für die Konsumenten und insbesondere für die Industrie zu einer unerschwinglichen Höhe steigern würde. Man ging so weit, zu sagen, daß Erzherzog Friedrich, Baron Rothschild und Graf Larisch entweder bankerott werden oder die Kohle zu einem Preise verkaufen müssen, den die Industriellen nicht zahlen können. Für die Industriellen, die gegen ihr eigenes Interesse mit den Grubenbaronen und Kohlenwucherern gegen die Arbeiter zu Felde gezogen sind, und für jeden Anderen ist es heute gründlich erwiesen, daß zwischen den Gestehungskosten und dem Verkaufspreis der Kohle heute gar kein Zusammenhang besteht, sondern daß die Kohlenpreise einzig und allein von den Verhältnissen auf dem Weltmarkt abhängig sind, und daß diese Preise ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten durch das internationale Kohlenwucherersyndikat, welches besteht, rücksichtslos hinaufgetrieben werden. Wenn im nächsten Abgeordnetenhause die so lange verschleppte Frage der Schichtdauer der Bergarbeiter zur Verhandlung kommt — und unsere Abgeordneten werden dafür sorgen, daß sie in erster Linie auf die Tagesordnung gesetzt wird — dann wird dieses angeführte Argument nicht mehr gebraucht werden. Es zeigt sich da wiederum der absolute Bankerott unserer heutigen Wirthschaftsordnung, die ihre eigene Produktion nicht mehr beherrschen kann und an ihren Widersprüchen kläglich zugrunde geht. Eine sozialistische Gesellschaft oder ein Staat, wo die Arbeiter auch nur eine ausschlaggebende politische Macht hätten, würden mit den paar Wucherern von oben bis unten im Parlament in zwei Minuten fertig werden.

Der Antrag **67** wird hierauf angenommen und mit dessen Durchführung die Parteivertretung betraut.

Bartel (Teplitz) stellt folgenden Antrag:

68. Namens der Bezirksorganisation Teplitz wird beantragt, der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist in Nordböhmen abzuhalten. Die Wahl eines passenden Ortes bleibt der Parteileitung überlassen.

Afritsch (Graz) beantragt:

69. Der nächste Parteitag hat aus finanziellen Gründen in Wien zu tagen.

Bretschneider Ludwig (Wien): Parteitage sollen an Orten abgehalten werden, wohin auch die kleinsten Organisationen einen Delegirten schicken können. Ich bin daher dagegen, daß der nächste Parteitag oben an der Grenze des Reiches abgehalten werde; dadurch würde ein verkehrtes Bild unserer Organisation entstehen. Ich lade Sie daher Namens der Wiener Genossen ein, den nächsten Parteitag wieder in der Zentrale des Reiches, der Zentralstelle vieler Organisationen, abzuhalten, und beantrage:

70. Der nächste deutsche Parteitag hat in Wien zu tagen.

Der Antrag **68** wird mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge **69** und **70** werden angenommen.

Antrag Spielmann (Linz), Siegl (Linz), Prähauser (Salzburg), Pechota (Dornbirn).

71. In Anbetracht, daß es einer bedeutenden Anzahl von Wahlkreisen finanziell unmöglich gemacht ist, den Gesammtparteitag im entlegenen Krakau zu beschicken, daher diese Kreise unvertreten bleiben müßten, spricht der deutsche Parteitag in Graz den Wunsch aus, es möge die Gesammtexekutive in entsprechender Weise die Zustimmung der Wahlkreise zur Abänderung dieses Beschlusses einholen und gleichzeitig einen geeigneten Ort in Vorschlag bringen.

Wird gegen eine Stimme angenommen.

Dr. **Adler** (Wien) stellt folgenden Antrag:

72. Die Vertrauensmänner der Partei werden aufgefordert, ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung des Reichsrathes sofort und mit aller Energie an die nothwendigen Vorarbeiten für die Neuwahlen zu gehen.

Dr. **Adler:** Es hat sich wieder eine kleine Verzögerung in den Entschließungen der Regierung eingestellt. Die Herren Polen wünschen nicht die Auflösung des Reichsrathes, sie wollen sich die Neuwahlen ersparen, weil sie ihnen zu viel Geld kosten. Niemand wird aber bezweifeln, daß trotzdem binnen Kurzem die Auflösung erfolgen wird. Es wird uns heute schon angekündigt, daß mit derselben ein Programm der Regierung publizirt werden wird. Was das heißt, wissen Sie: Es ist ein Leitartikel in der „Wiener Zeitung", der genau so viel werth ist, wie das Papier, auf dem er gedruckt ist. Wir haben also nicht zu erwarten, daß in nächster Zeit irgendwelche vernünftige Entschlüsse gefaßt werden, und wir müssen damit rechnen, daß die Wahlen nach dem bisherigen Wahlsystem vorgenommen werden. Wir konstatiren, daß Neuwahlen unter diesen Verhältnissen ein Schlag ins Wasser sind. Wenn sie aber für Oesterreich werthlos sind, so sind sie für uns nicht werthlos. Sie geben uns die Möglichkeit zu einer Agitation auf breitester Basis, und wir sind die Letzten, die über eine solche Gelegenheit etwa bekümmert sind. Wir gehen in die Wahlen mit der Ueberzeugung und dem felsenfesten Vertrauen, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich die einzige Partei ist, die ein klares Programm besitzt, die einen klaren Einblick in die Verhältnisse gewonnen hat und sich durch nichts täuschen läßt, aber auch Niemanden täuschen will, die aber auch die Entschlossenheit hat, ihren Willen durchzusetzen. Wir gehen in die Wahlen mit der Ueberzeugung, daß wir die Todtengräber dieses fluchwürdigen absolutistischen Systems in Oesterreich in allen seinen Formen sein müssen. (Lebhafter Beifall.) Ich will Sie bloß auffordern, Genossen, nicht auf weitere Nachrichten zu warten, sondern sofort, wenn Sie nach Hause kommen, mit aller Energie an die Arbeit zu gehen. Die Parteivertretung wird ihre Pflicht thun; wir fordern Sie auf, daß Sie in den einzelnen Wahlkreisen die Ihre thun.

Der Antrag **72** wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Schluß des Parteitages.

Vorsitzender Gen. **Popp:** Wir kommen nun zum Schlusse. Wir haben in Graz ein großes Stück Arbeit für unsere Partei geleistet, aber auch einige vergnügte Stunden verlebt. Die Grazer Genossen haben Alles gethan, um den Delegirten den Aufenthalt in dieser Stadt angenehm zu machen, und ich spreche ihnen Namens des Parteitages hiefür den Dank aus. (Beifall.) Der Parteitag hat uns gezeigt, daß es vorwärts geht. Nicht die Zahl der Delegirten am Parteitag ist maßgebend bei der Beurtheilung des Standes unserer Organisation, sondern maßgebend für die Fortschritte, die wir gemacht haben, sind die Berichte, die aus den Wahlkreisen eingelangt sind.

Wenn wir diese mit den Berichten früherer Parteitage vergleichen, so müssen wir zugestehen, daß wir Fortschritte gemacht haben. Mag die Situation noch so verworren sein, wir wissen, daß wir davon nicht den Schaden haben werden. Wir sind die einzige Partei, die eine feste Richtschnur hat und die vorwärts schreitet, unbekümmert um das, was rechts und links um sie vorgeht. Deshalb können uns alle die politischen Verwicklungen zwar die Arbeit erschweren, sie können uns in unserem Vormarsch hemmen, aber aufhalten können sie uns nicht.

Wenn wir auf die Arbeiten dieses Parteitages zurückblicken, müssen wir sagen: Wir haben uns neue Gesichtskreise eröffnet, wir haben uns neues Agitationsmaterial geschaffen, und die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Parlaments findet uns gerüstet und auf unseren Posten. Und wir wissen, wie Sie gestern auf dem Kommers die Mittheilung, daß das Haus aufgelöst sei, mit Jubel aufnahmen, so wird diese Nachricht im ganzen Reiche von den Genossen mit Jubel aufgenommen werden. Nicht nur, weil wir froh sind, dieses Haus losgeworden zu sein, sondern vornehmlich auch deshalb, weil uns neue Gelegenheit gegeben ist zu neuen Kämpfen, Gelegenheit, der Bevölkerung unser Programm zu entwickeln und damit die Thätigkeit unserer Gegner zu beleuchten, deren Ziel die Verdummung, Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes ist. (Beifall.) Wenn wir jetzt nach Hause kommen, dann geht es sofort in einen frischen, fröhlichen Krieg. Wir werden mit Frohmuth und Siegeszuversicht in den Wahlkampf eintreten, mit der Zuversicht, daß der Sieg unser sein muß.

Wir sind ein deutscher Parteitag. Dieselben Ziele, die wir verfolgen, streben aber alle Genossen, die diesem Reiche angehören, an. Ich bin überzeugt, daß sich die Genossen, mögen sie welcher Nation immer angehören, dort, wo nationale Gebiete aneinandergrenzen, gegenseitig unterstützen werden. Ich glaube, den Parteitag nicht besser schließen zu können als mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Hoch! Hoch! Hoch! (Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Elderſch (Brünn): Ich glaube im Sinne aller Delegirten zu sprechen, wenn ich den Antrag stelle; daß dem Präsidium für die umsichtige und mühevolle Leitung der Verhandlungen der Dank des Parteitages ausgedrückt werde. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.

Die Versammlung singt stehend das Lied der Arbeit.

(Schluß des Parteitages 12 Uhr Mittags.)

Im Anschlusse an den Parteitag fand eine vertrauliche Sitzung aller Parteitagstheilnehmer statt, die zwei Stunden währte.

Angenommene Anträge.

Bericht der Parteivertretung.

Der Parteivertretung wird das Absolutorium ertheilt.

Die bisherigen finanziellen Abgaben der Landesausschüsse an die Reichsvertretung haben fortan zu entfallen.

Parlamentarische Thätigkeit.

Dem Verbande der Abgeordneten zugewiesen:

1. Der Parteitag fordert den sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses auf, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach bezüglich der Verbindung politischer Vereine untereinander kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht.

Dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten wird das volle Vertrauen ausgesprochen.

Parteitaktik.

2. Der Parteitag beschließt die Absendung folgenden Telegramms an die „Westböhmische Volkszeitung" in Saaz: „Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßt die unschuldig eingekerkerten Opfer deutschnationaler Niedertracht in Saaz." Der Parteitag leitet sofort eine Sammlung zu Gunsten der Familien der Saazer Inhaftirten ein.

4. Die Vorgänge der letzten drei Jahre und der nunmehr eingestandene Bankerott des Privilegienparlaments haben weit über die Kreise der sozialdemokratischen Partei hinaus die Ueberzeugung von dem Widersinn und der Unhaltbarkeit des Privilegienwahlrechts geweckt, in welchem alles politische Elend wurzelt, das heute auf Oesterreich lastet. In Erwägung dessen hält der Parteitag den Zeitpunkt für eine mächtige, sich über das ganze Reich erstreckende Agitation gegen den Volksbetrug der fünften Kurie und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für gekommen und beauftragt die Parteivertretung, sofort an die Organisation dieses Kampfes zu gehen.

10. Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, bei informatorischen Zuschriften an die Organisationen darauf hinzuweisen, daß bei allen größeren Aktionen der Partei in Versammlungen, Zeitungsartikeln ꝛc. ꝛc. die politische Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere das Wahlrecht der Frauen für alle Vertretungskörper, gefordert und begründet werde.

Parteipresse.

12. Dem zweiten Absatz des Punktes 8 des Organisationsstatuts wird folgende Fassung gegeben: Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben unter Zustimmung der Reichsparteivertretung von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, wo Landesorganisationen bestehen, tritt an Stelle der Reichsparteivertretung die Landeskonferenz.

18. 19. 20. Die in den letzten beiden Jahren gegründeten politischen Parteiblätter „Vorwärts" (Tachau), „Wahrheit" (Brüx) und „Salzburger Wacht" (Salzburg) werden als Parteiorgane anerkannt.

22. Unter Berufung auf Punkt 8 des Organisationsstatuts, wonach Parteiblätter nur von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz gegründet werden können, beschließt der Parteitag: Der Antrag der Organisationen Mährisch-Schönberg und Wiesenberg ist der Landeskonferenz für Mähren und Schlesien mit dem Wunsche zuzuweisen, die „Volkswacht" mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse nunmehr als Parteiorgan anzuerkennen.

27. Der Verlag der „Glühlichter" wird beauftragt, dem Blatte, das heute lediglich ein Wiener Witzblatt ist und hauptsächlich dem Kampfe gegen die Christlich-Sozialen dient, einen allgemeineren Charakter zu verleihen.

Der Parteivertretung wurden folgende Anträge zugewiesen:

14. Um der „Arbeiterinnen-Zeitung" unter den Frauen und Mädchen mehr Verbreitung zu verschaffen, soll ihr Inhalt dahin geändert werden, daß leichtfaßliche sozialwissenschaftliche Artikel, sowie auch Artikel und Notizen über die Hauswirthschaft erscheinen.

15. Es ist für sämmtliche in deutscher Sprache nicht täglich erscheinenden Blätter eine Beilage zu schaffen, welche die Aufklärungsarbeit, und zwar über die Ziele der Sozialdemokratie, das Wesen der heutigen Produktionsweise und des Klassenkampfes zu besorgen hätte. Diese Beilage soll ferner eine Rundschau über die wichtigsten Ereignisse des In- und Auslandes, sowie hervorragende Reden unserer Parteigenossen 2c. bringen.

Parteiorganisation.

33. Zu Punkt 1 der Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich: Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

44. Angesichts der Thatsache, daß wir ernsten politischen Kämpfen entgegengehen, angesichts der Thatsache, daß die territoriale Organisation in den Wahlkreisen und Wahlbezirken nicht in dem Maße ausgebaut ist, um insbesondere bei Wahlen thatkräftig und mit Erfolg eingreifen zu können, beschließt der Parteitag:

Den Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, in den Gewerkschaften auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie sich an dem Ausbau der territorialen Organisation mit allen Kräften betheiligen.

45. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesammtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise.

Der Parteivertretung wurden folgende Anträge zugewiesen:

30. Der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist von Seite unserer Parteigenossen mehr Augenmerk zuzuwenden, als es bisher der Fall war; ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die übermäßige sportliche Pflege eingeschränkt wird und sie mehr den ernsteren Bestrebungen zugeführt werden.

36. Das Parteisekretariat hat regelmäßig am Ende Juni und am Ende Dezember den Wahlkreisleitungen mitzutheilen, welche Ortschaften und Organisationen ihrer Verpflichtung in Bezug auf die Parteisteuer nachgekommen sind und in welcher Weise.

Die Wahlkreisleitungen haben nach Erhalt dieser Mittheilungen mit den säumigen Orten und Organisationen sogleich in Verbindung zu treten, um die strikte Durchführung der Parteisteuer zu veranlassen.

37. Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung hat im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission und der Kreisleitung des IX. böhmischen Wahlkreises in Gablonz in kürzester Zeit dafür zu sorgen, daß in Trautenau ein unabhängiger Vertrauensmann angestellt wird.

39. Der Parteitag möge beschließen, daß auch im Westschlesischen eine verläßliche agitatorische Kraft angestellt werde.

42. Das Parteisekretariat wird beauftragt, in seinen Zuschriften an die ihm bekanntgegebenen Lokalorganisationen besser als bisher eine Aufklärung (Instruktion) über die abzuführende Parteisteuer an die Parteivertretung als auch an die Wahlkreisvertretung zukommen zu lassen.

49. Resolution.

Obgleich die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der

industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf, ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Drucke leiden wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der fünften Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise mangelhaft sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservatismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Augenmerk zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirthschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzenden gerichtet sind, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrerleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat, Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch deren Handhabung geschädigten Landwirthe, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichts, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes um so innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

Der Parteivertretung zugewiesen:

53. Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung mit der Ausschreibung einer Preiskonkurrenz für eine den österreichischen wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen angepaßte und leichtverständliche Agitationsschrift, welche für die Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung geeignet wäre.

54. Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, an jenen Orten, wo die Agitation durch Versammlungen momentan unmöglich ist, Agitationsbroschüren und -Schriften durch die dortigen Vertrauenspersonen unentgeltlich verbreiten zu lassen.

Gemeindewahlrecht.

Der Antrag Schuhmeier (**56**) wird der Programmkommission zugewiesen.

Alters- und Invaliditätsversicherung.

64. Um die Lösung der Frage des Ausbaues der Alters- und Invaliditätsversorgung zu beschleunigen, ist derselben in einer ständigen Rubrik der gesammten Parteipresse wie auch in den Volks- und Vereinsversammlungen mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden.

Der Antrag **65** wird in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Parteitag erklärt sich prinzipiell mit der vom Referenten vorgelegten Resolution einverstanden und beschließt, mit Rücksicht auf die erst in letzter Stunde erfolgte Vorlage derselben die Resolution dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses zu überweisen."

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

66. Der Parteitag spricht sich dahin aus, es mögen sowohl die Industriegruppen, als insbesondere die größeren politischen Organisationen nach Maßgabe ihrer Mittel dafür sorgen, daß möglichst viele Vertreter nach Paris entsendet werden.

67. Es ist eine energische Aktion gegen die willkürliche und schamlose Erhöhung der Kohlenpreise über das ganze Reich einzuleiten.

70. Der nächste Parteitag hat in Wien zu tagen.

71. In Anbetracht, daß es einer bedeutenden Anzahl von Wahlkreisen finanziell unmöglich gemacht ist, den Gesammtparteitag im entlegenen Krakau zu beschicken, daher diese Kreise unvertreten bleiben müßten, spricht der deutsche Parteitag in Graz den Wunsch aus, es möge die Gesammtexekutive in entsprechender Weise die Zustimmung der Wahlkreise zur Abänderung dieses Beschlusses einholen und gleichzeitig einen geeigneten Ort in Vorschlag bringen.

72. Die Vertrauensmänner der Partei werden aufgefordert, ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung des Reichsrathes sofort und mit aller Energie an die nothwendigen Vorarbeiten für die Neuwahlen zu gehen.

Präsenz-Liste

des

Parteitages der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs

in Graz.

Kongreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung.
Afritsch Anton	Graz	Lokalorganisation Graz.
Ausobsky Alois	Wien	Parteikontrole.
Bartel Heinrich	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz.
Barth Josef	Gablonz a. N.	9. böhmischen Wahlkreis.
Bauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien IX.
Beer Heinrich	Wien	Parteivertretung.
Beer Rudolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XX.
Beutel Franz	Aussig a. E.	Lokalorganisation Aussig.
Bichl Rudolf	Graz	Landesorganisation Steiermark.
Bierkopf Peter	Villach	Lokalorganisation Villach.
Boschek Anna	Wien	Frauen-Reichscomité.
Bretschneider Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII.
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesorganisation Niederösterreich.
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Parteikontrole.
David Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI.
Dobiasch Josef	Wr. Neustadt	Wr.-Neustadt, St. Veit, Leobersdorf, Eggendorf, Pottendorf, Pottenstein und Redaktion „Gleichheit".
Dolejši Johann	Wien	Redaktion „Solidarität".
Doubrawa Josef	Wien	Industriegruppe der Metallarbeiter Oesterreichs.
Drößler Florian	Graz	Lokalorganisation Graz.
Eich Wilhelm	Villach	Wahlkreis Kärnten.
Elderfch Mathias	Brünn	Lokalorganisation Brünn.
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung.
Emmerling Georg	Wien	3. Wiener Wahlkreis.
Exner Ludwig	Wien	Bezirksorganisation Wien V.
Feichtner Michael	Amstetten	Lokalorganisation Amstetten, Ulmerfeld, Kematen, Waidhofen, St. Valentin.
Freundlich Emmy	M.-Schönberg	Frauenorganisationen von Neutenhau, Philippsthal, Wiesenberg.
Freundlich Leo	M.-Schönberg	Lokalorganisation Mähr.-Schönberg, Landskron, Zwittau; Bezirksorganisation M.-Neustadt, Wiesenberg, M.-Trübau; Bezirks- und Lokalorganisation Müglitz.
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	Lokalorganisationen St. Pölten, Grafendorf, Wilhelmsburg, Pottenbrunn, Harland-Spratzern, Stattersdorf.
Gröbner Johann	Wien	4. Wiener Wahlkreis.
Grünwald Julius	Wien	Fachbl. der Buchbinder ꝛc. „Einigkeit".
Gschiel Marie	Graz	Frauen-Aktionscomité Graz.
Hackenberg Theodor	Krems	7. niederösterreichischen Wahlkreis.
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabg., Bezirksorganisation Haida-Steinschönau u. B.-Kamnitz.

Kongreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Hanusch Ferdinand	Sternberg	6. mährischen Wahlkreis und Industriegruppe der Textilarbeiter.
Heller Hugo	Wien	Bezirksorganisation Wien VII.
Hofer Franz	Wien	Freie Organisation der Buchdrucker und Redaktion des „Vorwärts!“
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission.
Jodlbauer Josef	Graz	Bezirksorganisation Ried.
Kaff Sigmund	Wien	„Arbeiterschutz.“
Kiesewetter Wilhelm	Reichenberg	Reichsrathsabgeordneter.
Klinger Anton	Rumburg	Die Bezirke Warnsdorf und Rumburg-Schluckenau.
Klingsbögl Hermann	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII.
Kraenkel Gustav	Falkenau a. E.	4. böhmischen Wahlkreis.
Krumpholz Konrad	Freudenthal	Jägerndorf, Freudenthal, Troppau.
Lagger Josef	Bozen	2. Tiroler Wahlkreis.
Maar Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien III.
Meizr Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XI.
Mischak Eduard	Wigstadtl	Wigstadtl, Groß-Glockersdorf, Odrau und Wagstadt.
Muchitsch Vinzenz	Graz	Landesorganisation Steiermark.
Müller August	Graz	Parteikontrole.
Pechota Franz	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg.
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteivertretung.
Petersilka Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII.
Piringer Franz	Neunkirchen	Wimpassing, Ternitz, Putzmannsdorf.
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X.
Pokorny Alois	Brünn	Landesorganisation Mähren-Schlesien, Bezirksorganisation Brünn, Redaktion „Volksfreund“.
Popp Adelheid	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung.“
Popp Julius	Wien	Parteivertretung.
Prähauser Jakob	Salzburg	Parteikontrole und den Wahlkreis Land Salzburg.
Resel Hans	Graz	Reichsrathsabgeordneter.
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau.
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter.
Riese Arnold	Klagenfurt	Wahlkreis Land Kärnten.
Ruczka Karl	Wien	Industriegruppe der Lebensmittelarbeiter Oesterreichs.
Schatzmayr Johann	Spittal a. D.	Spittal, Gmünd, Malta und Möllbrücken.
Schäfer Anton	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg.
Scheibein Wilhelm	Innsbruck	1. Tiroler Wahlkreis.
Schenk Peter	Voitsberg	Bezirksorganisationen Voitsberg und Köflach.
Schiller Karl	Reichenberg	Parteivertretung und VIII. böhmischen Wahlkreis.
Schlesinger Therese	Wien	Redaktion „Der Handlungsgehilfe“.
Schlinger Anton	Floridsdorf	8. niederösterreichischen Wahlkreis.
Schmid Josef	Riemes	Lokalorganisation Riemes.
Schönwälder Anton	M.-Schönberg	Bezirksorganisation M.-Schönberg.
Scholz Franz	Mildeneichen	Bezirksorganisation Haindorf-Friedland.
Schrammel Anton	Aussig a. E.	Reichsrathsabgeordneter.
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung.
Seidel Josef	Krumau	16. böhmischen Wahlkreis (deutsche Sektion).
Seliger Josef	Reichenberg	Parteikontrole.
Siegl Johann	Linz	1. oberösterreichischen Wahlkreis.
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung.
Smitka Johann	Wien	Parteikontrole.

Kongreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Smrčka Andreas	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV.
Spielmann Julius	Linz	1. oberösterreichischen Wahlkreis.
Stametz Josef	Eggenberg	Lokalorganisation Eggenberg.
Stark Simon	Tachau	Bezirksorganisation Podersam; Sangerberg, Petschau, Chotieschau und Staab.
Taub Salomon	Wien	Sozialdemokratische Eisenbahner.
Tomschik Josef	Wien	Redaktion „Der Eisenbahner".
Tuller Ludwig	Leoben	Lokalorganisation Leoben.
Wels Johann	Mödling	Lokalorganisation Mödling.
Widholz Laurenz	Wien	Industriegruppe der Holzarbeiter Oesterreichs.
Widlar Anton	Wien	Kontrolkommission Wien.
Winarsky Leopold	Wien	2. Wiener Wahlkreis.
Witzmann Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV.
Wlczek Josef	Wien	5. Wiener Wahlkreis.
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II.
Wolfram Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien IV.
Zehetbauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XII u. XIII.
Zeller Eduard	Teplitz	Reichsrathsabgeordneter.
Zmuegg Moriz	Klagenfurt	Lokalorganisation Klagenfurt.

Als Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Georg von Vollmar (München), Mitglied des deutschen Reichs- und bayerischen Landtages;

Martin Segitz (Nürnberg), Mitglied des deutschen Reichs- und bayerischen Landtages.

Für die tschechoslavische sozialdemokratische Parteiexekutive:

Krapka Josef (Wien),
Nemec Anton (Prag).

Sprechregister.

Adler Viktor, Dr. 68, 81, 92, 101, 119, 121, 129, 141, 160, 162, 163
Afritsch Anton 162
Anfobsky Alois 102, 142
Bartel Heinrich 76, 161, 162
Barth Josef 99, 129
Bauer Franz 77, 141, 158
Bentel Franz 144, 160
Bierkopf Peter 158
Boschek Anna 81, 85, 103
Bretschneider Ludwig 76, 91, 95, 124, 162
Czech Ludwig, Dr. 61, 89, 145
David Anton 58
Dobiasch Josef 90, 114, 158
Doubrawa Josef 79
Drößler Florian 85
Eich Wilhelm 120
Elderfch Mathias 80, 164
Ellenbogen Wilhelm, Dr. 61, 105, 127, 145
Emmerling Georg 79, 101, 140
Exner Ludwig 90, 95
Freundlich Leo 78, 89, 102, 161
Gröbner Johann 93, 100
Hackenberg Theodor 129, 159
Hannfch Ferdinand 94, 101
Heller Hugo 75, 90, 102, 144, 146
Hueber Anton 93, 102
Jodlbauer Josef 125
Kaff Sigmund 149, 160
Klinger Anton 90
Klingsbögl Hermann 89
Kraenkel Guftav 100
Krapka Josef 57, 73, 85, 115
Krumpholz Konrad 158
Maar Josef 141
Meizr Franz 67, 80, 103
Muchitfch Vinzenz 103
Müller Auguft 80
Pechota Franz 115
Pernerftorfer Engelbert 72
Peterfilka Josef 78, 100, 146
Pölzer Johann 75
Pokorny Alois 90
Popp Adelheid 91
Popp Julius . . . 55, 56, 57, 66, 79, 87, 94, 95, 104, 120, 129, 140, 148, 163, 164
Prähauser Jakob 78, 102, 115, 141
Resel Hans 55, 77, 125, 143
Reffel Heinrich 90, 127, 161
Rieger Eduard 61
Schatzmayr Johann 94
Schäfer Anton 104, 119
Scheibein Wilhelm 92
Schiller Karl 79, 119
Schlefinger Therefe 80, 84, 85

Schlinger Anton 100, 124
Schönwälder Anton 79, 123
Scholz Franz 92
Schrammel Anton 121
Schuhmeier Franz 133, 146
Seidel Josef 140
Seliger Josef 76, 92, 124, 144
Siegl Johann 102
Skaret Ferdinand 58, 74, 97
Smitka Johann 89
Smrčka Andreas 94, 103
Stark Simon 75, 89, 100, 140, 159
Tuller Ludwig 120, 129
Vollmar Georg von 56, 116
Widholz Laurenz 102, 159
Widlar Anton 89
Winarsky Leopold 73, 140
Witzmann Johann 99
Wlczek Josef 77, 101, 146
Zehetbauer Franz 90
Zeller Eduard 85, 92, 161

Berichtigung.

Auf Seite 104, Zeile 19 von oben, hat die Ziffer **47** zu entfallen.

Inhalt.

Seite

Einberufer, Bureau, Tagesordnung des Parteitages 3
Hainfelder Programm 4
Parteiorganisation 8
Geschäftsordnung 12
Bericht der Parteivertretung 13
Bericht des Parteikassiers 19
Tabellarische Uebersicht 21
Berichte der Wahlkreise:
- Böhmen 40
- Kärnten 43
- Mähren 43
- Niederösterreich 45
- Oberösterreich 51
- Schlesien 52
- Steiermark 52
- Tirol 53
- Vorarlberg 54

Erster Verhandlungstag 55
- Bericht der Parteivertretung 58
- Parlamentarische Thätigkeit 61
- Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission 67
- Parteitaktik 67

Zweiter Verhandlungstag 79
- Abstimmung über Parteitaktik 85
- Parteipresse 85
- Abstimmung über Parteipresse 94

Dritter Verhandlungstag 95
- Parteiorganisation 95
- Abstimmung über Parteiorganisation 104
- Landagitation 104

Vierter Verhandlungstag 120
- Abstimmung über Landagitation 129
- Gemeindewahlrecht 129
- Abstimmung über Gemeindewahlrecht 146
- Wahl der Parteivertretung 147

Fünfter Verhandlungstag 148
- Alters- und Invaliditätsversicherung 148
- Abstimmung über Alters- und Invaliditätsversicherung 160
- Allgemeine Parteiangelegenheiten 160
- Schluß des Parteitages 163

Angenommene Anträge 165
Präsenzliste 169
Sprechregister 172
Berichtigung 173

Die österreichische Arbeiterpresse.

Sozialdemokratische Tages- und Wochenblätter in deutscher Sprache.

Aussig a. d. Elbe. Volksrecht. Dresdnerstraße 8.
Brünn. Volksfreund. Josefstadt 26.
Brüx. Wahrheit.
Budweis. Böhmerwaldbote.
Czernowitz. Volkspresse.
Falkenau a. d. Eger. Volkswille.
Floridsdorf. Volksbote. Angererstraße 24.
Gablonz a. d. Neisse. Gebirgsbote. Schillergasse 5.
Graz. Arbeiterwille. Keplerstraße 14. — **Die neue Botschaft.** Keplerstraße 14.
Innsbruck. Volkszeitung. Hofgasse 5.
Klagenfurt. Volkswille. Burggasse 14.
Linz a. d. Donau. Wahrheit. Klammstraße 8.
Mähr.-Schönberg. Volkswacht. Neuthorgasse 10.
Neunkirchen. Gleichheit. Hauptstraße 7.
Reichenberg. Freigeist. Steinbruchgasse 16.
Salzburg. Salzburger Wacht. Griesgasse 25.
Steinschönau. Nordböhmischer Volksbote. 309.
Tachau. Vorwärts.
Teplitz. Die Freiheit. Schulgasse 1000.
Warnsdorf. Nordböhmische Volksstimme. Vereinshaus.
Wien. Arbeiterinnen-Zeitung. VI. Aegidigasse 16. — **Arbeiter-Zeitung.** VI., Mariahilferstraße 89. — **Arbeiterschutz.** VI., Gumpendorferstraße 62. — **Neue Glühlichter.** VI., Gumpendorferstraße 18. — **Volkstribüne.** VII., Burggasse 101.

Sozialdemokraten! Lest und verbreitet die **Arbeiter-Zeitung,** das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie! Meidet Lokale, in denen die Arbeiter-Zeitung nicht aufliegt!

Oesterreichische Gewerkschaftspresse.

Bauarbeiter. Wien, XVI/2, Gaullachergasse 15.
Dekorateur. Wien, VII., Kirchberggasse 24.
Einigkeit. (Organ der Buchbinder ꝛc.) Wien, V., Rüdigergasse 5.
Eisenbahner. Wien, V/2, Schloßgasse 22.
Fachblatt der Schuhmacher. Wien, VI/2, Windmühlgasse 24.
Fachzeitung der Gerber. Wien, XII/2, Diefenbachgasse 29.
Gewerkschaft. (Organ der gewerblichen Arbeitervereine Oesterreichs.) Wien, VI., Mariahilferstraße 89.
Glück auf. (Organ der Bergarbeiter.) Falkenau a. d. Eger, Kreuzgasse 30.
Handlungsgehilfe. Wien, I/1, Wildpretmarkt 3.
Holzarbeiter. Wien, VI/2, Stumpergasse 37.
Hutarbeiter. Wien, VIII., Lerchengasse 13.
Der Kleidermachergehilfe. Wien, VII., Mondscheingasse 2.
Metallarbeiter. Wien, V., Kohlgasse 27.
Neue graphische Nachrichten. Wien, XV., Clementinengasse 8.
Oesterreichisch-Ungarische Musiker-Zeitung. Wien, VIII 2, Bennogasse 4, 1/5.
Papierarbeiter. Wien, XII., Breitenfurterstraße 5.
Peitsche. (Organ der Kutscher.) Wien, V., Johannagasse 3.
Solidarität. (Organ aller Glas- und keramischen Branchen.) Wien, V., Johannagasse 42.
Textilarbeiter. Reichenberg, Johannesgasse 8.
Vorwärts. (Organ der Buchdrucker.) Wien, VII/1, Zieglergasse 25.
Wahrheit. (Fachblatt der Drechsler.) Wien, VI/2, Webgasse 3.
Zeitgeist. (Organ der Lebensmittelindustrie.) Wien, XVI/2, Lerchenfeldergürtel 8.

Arbeiter-Zeitung.

Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie.

Erscheint täglich um 6 Uhr Morgens. Montag um 2 Uhr Nachmittags.

Einzelpreis: Wien 8 h, Provinz 10 h.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Mariahilferstraße Nr. 89.**

Pränumerationspreis für Wien:

Zum Abholen in allen k. k. Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich 2 K 60 h. Inklusive Zustellung ins Haus: Vierteljährig 6 K 60 h, monatlich 2 K 20 h, wöchentlich 50 h.

Für die Provinz und Ungarn:

Vierteljährig . . . . . 7 K 80
Monatlich . . . . . 2 K 60

Für Deutschland:

Vierteljährig . . . . . 8 Mar

Arbeiterinnen-Zeitung.

Sozialdemokratisches Organ für Frauen und Mädchen.

Redaktion: **Adelheid Popp.**

Erscheint jeden ersten und dritten Freitag im Monat.

Preis per Nummer 8 h.

Im Abonnement für **Wien** u. **Oesterreich-Ungarn:** Ganzj. K 2.40, halbj. K 1.20, viertelj. 60 h.

Redaktion: **Wien, VI., Aegidigasse 16.** — Administration: **Wien, VI., Mariahilferstraße 89.**

Neue Glühlichter.

Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.**

Erscheint vierzehntägig, reich illustrirt, in buntem Farbendruck.

Preis: Vierteljährig **80 h.** — **Einzelne Nummer 12 h.**

Wiederverkäufer und Kolporteure erhalten hohen Rabatt.

Der Arbeit eine Wehr'!

Volkstribüne.

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Erscheint wöchentlich, und zwar jeden Donnerstag.

Abonnementsbedingungen:

Oesterreich: Bei vierteljährigem Bezuge 1 K 30 h (65 kr.), bei halbjährigem Bezuge **2** K 60 h (1 fl. 30 kr.), bei ganzjährigem Bezuge 5 K 20 h (2 fl. 60 kr.).

Einzelne Nummern kosten 8 h.

Abonnementsbedingungen:

Deutschland: Vierteljährig 1 Mk. 45 Pfg., halbjährig 2 Mk. 80 Pfg., ganzjährig 5 Mk. 80 Pfg. — Frankreich, Schweiz und Weltpostverein Vierteljährig 2 Frcs., halbjährig 4 Frcs., ganzjährig 8 Frcs.

Redaktion und Administration: **Wien, VII/3, Burggasse Nr. 101.**

Telephon Nr. **9314.** — Postsparkassen-Check-Konto Nr. **849.860.**

Arbeiterwille.

Organ des arbeitenden Volkes der Alpenländer.

Erscheint jeden Abend mit Ausnahme d. Sonn- u. Feiertage.

Redaktion: Graz, Zinzendorfgasse 5, I. Stock.

Administration und Expedition: Keplerstraße 11 B.

Inserate werden billigst berechnet.

Postsparkassen-Check-Konto Nr. 831.097.

Telephon Nr. 319. Postfach Nr. 84.

Abonnementspreise:

Bei Selbstabholen im Administrationslokale und in den Verschleißstellen per Monat . . . . . K 1·—
Bei Zustellung ins Haus per Monat . „ 1·3
Mit Postzusendung für Oesterreich-Ungarn per Monat . . . . . „ 1·5
Mit Postzusendung für Deutschland per Monat . . . . . „ 1·7

Einzelne Nummern 6 h. — Abonnement ist im Voraus zu bezahlen.

HX
256
S6
1900

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY